

Stenografischer Bericht

39. Sitzung des Landtages Steiermark

XVI. Gesetzgebungsperiode 17. Dezember 2013

Beginn: 10.03 Uhr

Entschuldigt: LTAbg. Lechner-Sonnek

D1. Einl.Zahl 2376/1

Dringliche Anfrage der KPÖ an Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer

Betreff: *Rotes Gratkorn – rote Zahlen – rote Pleitegemeinde? Rote Pleiteserie setzt sich fort!*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Samt (7056)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (7062)

Wortmeldungen: LTAbg. Samt (7066), LTAbg. Schönleitner (7068)

Beschlussfassung: (7071)

D2. Einl.Zahl 2398/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landeshauptmann Mag. Voves

Betreff: *Ausgliederung des Notarzdienstes*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Klimt-Weithaler (7072)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Mag. Voves (7076)

Wortmeldungen: LTAbg. Klimt-Weithaler (7078), LTAbg. Landeshauptmann Mag. Voves (7080)

Beschlussfassung: (7081)

1. Einl.Zahl 2375/1

Besprechung der Antwort auf eine schriftliche Anfrage

Betreff: *Leistbares Wohnen - Verlangen auf Besprechung einer Anfragebeantwortung von Landesrat Seitinger*

Begründung: LTAbg. Ing. Jungwirth (6942)

Wortmeldungen: Landesrat Seitinger (6945), LTAbg. Klimt-Weithaler (6949), LTAbg. Ing. Schmid (6951), LTAbg. Ing. Jungwirth (6953), LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (6955), LTAbg. Ing. Schmid (6956), Landesrat Seitinger (6956)

2. Einl.Zahl 2347/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gemeinden, Wohnbau, Bau- und Raumordnung
Betreff: *Gesetz über die Neugliederung der Gemeinden des Landes Steiermark (Steiermärkisches*

Gemeindestrukturreformgesetz - StGsrG)

Berichterstattung: LTAbg. Detlef Gruber (6958)

Wortmeldungen: LTAbg. Samt (6959), LTAbg. Schönleitner (6964), LTAbg. Kogler (6972), LTAbg. Detlef Gruber (6974), LTAbg. Dr. Murgg (6977), LTAbg. Dirnberger (6983), LTAbg. Amesbauer, BA (6990), LTAbg. Mag. Drexler (6994), LTAbg. Kolar (6998), LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (7002), LTAbg. Schönleitner (7002), LTAbg. Karl Lackner (7007), LTAbg. Kröpfl (7009), LTAbg. Klimt-Weithaler (7012), LTAbg. Lercher (7016), LTAbg. Tschernko, MSc (7018), LTAbg. Detlef Gruber (7022), LTAbg. Ing. Lipp (7024), LTAbg. Anton Lang (7026), LTAbg. Hubert Land (7029), LTAbg. Erwin Gruber (7032), LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (7035), LTAbg. Tromaier (7038), LTAbg. Ing. Jungwirth (7040), Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (7044), Landeshauptmann Mag. Voves (7049), LTAbg. Khom (7052), Landesrat Dr. Kurzmann (7081)

Beschlussfassung: (7084)

3. Einl.Zahl 2322/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gemeinden, Wohnbau, Bau- und Raumordnung

Betreff: *Finanzielle Auswirkungen der Gemeindefusionen endlich offenlegen und damit Gesetze einhalten (§ 18 Abs. 3 GeoLT)*

Berichterstattung: LTAbg. Schönleitner (7085)

Beschlussfassung: (7085)

Präsident Majcen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Es findet heute eine außerordentliche Sitzung des Landtages statt.

Von Abgeordneten der SPÖ und ÖVP wurde am 11. Dezember 2013 beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages einzuberufen.

Gemäß Art. 15 Abs. 5 L-VG i.V.m. § 40 Abs. 6 GeoLT 2005 ist der Präsident verpflichtet, den Landtag binnen fünf Tagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies wenigstens ein Fünftel seiner Mitglieder oder die Landesregierung es verlangt.

Der vorliegende Antrag wurde von der erforderlichen Anzahl an Abgeordneten des Landtages unterfertigt und entspricht somit den Bezug habenden Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages Steiermark. Aus diesem Grunde habe ich die heutige Sitzung einberufen.

Es ist dies die neununddreißigste Sitzung in der laufenden 16. Gesetzgebungsperiode.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, alle Zuseherinnen und Zuseher und auch diejenigen Damen und Herren, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates. Herzlich willkommen. Entschuldigt ist Frau LTAbg. Ingrid Lechner-Sonnek.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit der Einladung zugegangen und ich frage, ob gegen die Tagesordnung ein Einwand besteht? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher zum Punkt

1. Besprechung der Antwort gem. § 67 GeoLT 2005:

In der Landtagssitzung am 10. Dezember 2013 wurde ein Antrag der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Ingrid Lechner-Sonnek, Lambert Schönleitner, Mag. Dr. Georg Mayer, MBL, Peter Samt, Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg, betreffend die Besprechung der Anfragebeantwortung durch Herrn Landesrat Johann Seitinger über „Leistbares Wohnen in Mietwohnungen in der Steiermark“, eingebracht.

Ich komme nun zur Besprechung dieser Anfragebeantwortung, wie gesagt, gem. § 67 GeoLT 2005. Ich verweise hierbei auf die Bestimmung des § 67 Abs. 5 GeoLT 2005, wonach die Besprechung der Anfragebeantwortung von einer/einem Abgeordneten, der/die das Verlangen unterzeichnet hat, eröffnet wird, wobei die Redezeit zehn Minuten beträgt. Danach kann sich

je eine Rednerin/ein Redner pro Klub mit einer Redezeit von fünf Minuten zu Wort melden. Bei gleichzeitiger Wortmeldung richtet sich die Reihenfolge der Wortmeldungen und der Worterteilung nach der Stärke der Klubs. Stellungnahmen von Regierungsmitgliedern dürfen nicht länger als zehn Minuten dauern.

Ich weise des Weiteren auf die Bestimmung des § 67 Abs. 6 GeoLT 2005 hin, wonach bei der Besprechung über die Beantwortung einer Anfrage der Antrag gestellt werden kann, der Landtag nehme die Beantwortung zur Kenntnis oder nicht zur Kenntnis. Dem Antrag kann eine kurze Begründung beigegeben werden.

Zur Eröffnung der Besprechung der Anfragebeantwortung erteile ich Frau Klubobfrau LTAbg. Ing. Sabine Jungwirth das Wort und verweise noch einmal darauf, dass hierfür eine Redezeitbegrenzung von zehn Minuten gilt. Frau Klubobfrau, bitte um diese Wortmeldung.

LTAbg. Ing. Jungwirth (10.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuschauerbank!

Leistbares Leben und leistbares Wohnen im Speziellen sind in den letzten Monaten ein heiß diskutiertes Thema gewesen, gerade in Wahlkampfzeiten haben sich alle Parteien, würde ich sagen, diesem Thema sehr intensiv angenommen, denn in Österreich merken wir, dass die Menschen verstärkt unter Druck kommen durch die momentan geführte Debatte und durch die Politik, die wir hier im Land haben. Gerade im Themenkomplex Wohnen zeigt sich das besonders stark. SPÖ und ÖVP haben im Nationalratswahlkampf einiges an Ideen präsentiert, wie sie sich das vorstellen werden, der Blick war allerdings nur in die Zukunft gerichtet und den Sünden aus der Vergangenheit wurde leider wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Sünden aus der Vergangenheit wirken sich nun aber massiv aus und es ist zu wenig, die Dinge unter den Tisch zu kehren, hier entstehen gerade in der Steiermark aber auch in anderen Bundesländern, momentan massiv Probleme und ich habe diesbezüglich eine Schriftliche Anfrage eingebracht, weil es mir wirklich wichtig ist, das auch aufzuzeigen und das heute zu thematisieren. In der Steiermark hat nämlich 1999 der ehemalige FPÖ-Landesrat Schmid, der damals für den Wohnbau, für die Wohnbauförderung, zuständig war, über Darlehenslaufzeitverlängerungen ein Sonderprogramm gestartet. Da ging es darum, die Rückzahlungen bei den damals geförderten Wohneinheiten zu verlängern und damit eine Zeitlang auch niedrig zu halten aber die Konsequenz daraus ist, dass ab dem 21. Rückzahlungsjahr massive Steigerungen bei den Rückzahlungen eintreten. Wir sind nun an dem Punkt angekommen, an dem es schlagend wird. Seit 2010 passiert das in der ganzen

Steiermark, es sind 558 Objekte betroffen und das sind 8.033 Wohneinheiten. Das heißt, es betrifft doch eine ganz beträchtliche Anzahl an Menschen in der Steiermark und der Landesregierung ist dieses Problem seit langem bekannt. Im heurigen Sommer sind deshalb Mieterinnen und Mieter an mich herangetreten, und zwar Menschen, die von Rückzahlungssteigerungen von ca. 70 % betroffen sind. Das ist schon ein sehr großer Betrag um den es hier geht. Für viele wird es dann tatsächlich existenzbedrohend. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: In einer Wohnanlage in Feldbach haben MieterInnen den Weg an die Öffentlichkeit gesucht, da sind AlleinerzieherInnen oder PensionistInnen betroffen, die Mieterhöhungen erhalten haben, die sie sich einfach nicht leisten können und beispielsweise eine Mieterin spricht von einer Mieterhöhung von 160 Euro pro Monat. Sie hatte bisher 415 Euro zu bezahlen, seit 1. Oktober sind es 578 Euro für eine 65 m² Wohnung. Das ist schon eine drastische Steigerung und das ist kein Einzelfall um den es hier geht. Auch in Knittelfeld beispielsweise sind Menschen an mich herangetreten. Dort hat sich ein Mieter einer Wohnung, der um sogar 200 Euro pro Monat mehr bezahlen muss, bei mir gemeldet. Er ist inzwischen übrigens ausgezogen, weil er sich das nicht mehr leisten kann. Ich habe, als mir das erzählt wurde, natürlich den Kontakt zur Landesregierung gesucht und ich habe ein Telefonat mit Herrn Landesrat Seitinger geführt, dem die Situation auch bekannt war. Man muss dazu sagen, die Mieterinnen und Mieter, die sich bei mir gemeldet haben, die haben natürlich auch den Weg zur Landesregierung gesucht, einerseits zu den politisch verantwortlichen Regierungsmitgliedern andererseits aber auch zur Abteilung und auch zu den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in ihrer Region. Kollege Schmid, der inzwischen in der Funktion ist, wurde beispielsweise auch kontaktiert und es wurde leider von den Menschen nicht als besonders hilfreich empfunden, was hier gekommen ist. Das Engagement war offensichtlich enden wollend als es mir erzählt wurde - ich gebe nur weiter, was mir gesagt wurde. Wie gesagt, ich habe den Herrn Landesrat Seitinger angerufen und mit ihm ausführlich gesprochen zu der Situation. Er hat mir im Diskussionsverlauf irgendwann einmal gesagt, die Leute sollen sich Ihre Verträge anschauen. Für mich ist das schon eine sehr verkürzte Sichtweise das Ganze, denn man muss das schon unterscheiden, ob Bewohnerinnen und Bewohner von Wohnungen EigentümerInnen sind oder ob sie MieterInnen sind. Denn da gibt es unterschiedliche Erwartungshaltungen der Menschen und das muss berücksichtigt werden, wenn so eine Thematik auftaucht. EigentümerInnen von Wohnungen finanzieren ja auch selbst ihre Wohnungen, das heißt, sie beschäftigen sich gleich zu Beginn damit, wie wird das mit über die gesamte Rückzahlungsdauer ausschauen. Dementsprechend sind

WohnungseigentümerInnen, meiner Meinung nach, eher von Anfang an damit befasst, sich darauf einzustellen, was auf sie zukommt. Also in diesem Fall muss ich sagen, glaube ich auch, dass man den Menschen mehr Eigenverantwortung zutrauen darf, was aber nicht heißt, dass es eine Landesregierung davon entbindet, wenn es dann Schwierigkeiten gibt, auch einzustehen für die Menschen und auch zu helfen, wenn es notwendig ist. Bei Mieterinnen und Mietern stellt sich für mich die Situation aber anders dar. Erstens einmal ist es so, dass die Verträge, die ihnen vorgelegt wurden, so verfasst sind, dass man schon gewisse juristische Grundkenntnisse haben muss, um das überhaupt entsprechend lesen zu können. Andererseits ist es so, dass Mieterinnen und Mieter ja normalerweise mit der Erwartungshaltung in die Wohnungen hineingehen, dass es zwar Indexanpassungen geben wird im Laufe der Zeit, aber mit Mietsteigerungen von einem Monat zum anderen im Ausmaß von 160 bis 200 Euro, wie es beispielsweise bei diesen Beispielen, die ich vorhin genannt habe der Fall war, rechnet schlichtweg niemand. Das heißt aus meiner Sicht ist es unbedingt notwendig hier Verantwortung zu übernehmen, und zwar Verantwortung auch wenn es nicht aus der eigenen Partei kommt, was hier zu übernehmen ist, aber die Verantwortung für die Menschen, die sonst die Wohnungen verlassen müssen, die es sich nicht leisten können und die existenzbedroht sind und einzustehen für die Fehler aus der Vergangenheit. Das ist eine politische Entscheidung die getroffen werden muss. Am 12.12. dieses Jahres ist Landesrat Schrittwieser, der für die Wohnbaubeihilfe zuständig ist, an die Medienöffentlichkeit gegangen und hat mitgeteilt, dass er die Einkommensgrenze für die Ermittlung des zumutbaren Wohnaufwandes um 3,5 % anheben wird. Das ist leider für die Menschen, die da betroffen sind, auch nur der Tropfen auf dem heißen Stein, das ist zu wenig. Ich glaube, dass es hier mehr braucht, dass es eine Abpufferung braucht, über einen längeren Zeitraum größere Summen übernimmt und das natürlich in einen Stufenplan langsam an die Sache heranhält, das was die ursprüngliche Miete war und was die neue Miete ist. Ich stelle mir etwas wie einen Zehnjahresplan vor in dem Zusammenhang, solange die Menschen sich umstellen können, Entscheidungen treffen können, unter Umständen müssen manche trotzdem ausziehen aber es gibt eine Vorbereitungszeit und nicht eine plötzliche überfallsartige Erhöhung von einer Miete, die sie sich nicht leisten können. Also ich würde an Sie appellieren, sich der Thematik noch intensiver anzunehmen und sich das noch genauer anzuschauen, welche Möglichkeiten Sie haben und wo Sie helfen können. Denn in 8.033 Wohnungen, da wohnen 16.000, das mal zwei - gehen wir davon aus - um die 20.000 Menschen. Das ist viel und ich denke, das Land hat hier eine Verantwortung. Noch dazu

kommt, dass diese Personen häufig mehrfach belastet sind und zwar mehrfach dahingehend, dass sie auch von anderen Kürzungsmaßnahmen, die in dieser Periode passiert sind, betroffen sind. Konkret hat mir einer der Betroffenen beispielsweise erzählt, dass er zwei Kinder hat, die in Wien studieren, weil es in Graz keine Möglichkeit gibt bei den Studienrichtungen, die sie sich ausgesucht haben, d.h. hier entstehen schon einmal hohe Kosten. Na gut, es sind seine Kinder, er hat sich eben entschieden, sie zu haben. Aber er ist auch betroffen dadurch, dass er eine pflegebedürftige Mutter hat und diese Mutter ist im Pflegeheim, das heißt, hier wird der Pflegeregress gegenüber den Kindern schlagend also hier ist er wird auch belastet, ganz ordentlich, nämlich mehrere hunderte Euro im Monat. Dann kommt noch eine Mietsteigerung in dem Ausmaß, wie ich es vorhin angesprochen habe, dazu. Das heißt, es ist schon ein ziemliches Paket, das dieser Mensch zu tragen hat. Ich denke, es ist auch notwendig, dass endlich begonnen wird damit, dass man sich bei den Fällen, die hier auftreten konkret anschaut, wie die Menschen mehrfach belastet sind und wie diese Mehrfachbelastungen auch wechselseitig berücksichtigt werden können. Es kann nicht sein, dass es heißt: „Es geht mich nichts an, was sonst noch da ist.“ Diese Situation haben wir im Moment leider, d.h. ich appelliere auch in diesem Punkt an Sie, eine klare Vorgehensweise für die zuständigen Beamtinnen und Beamten einzuführen bzw. ist es ja im Grunde genommen auch etwas wie Case-Management, was hier notwendig ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 10.17 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung, Ich möchte Herrn Landesrat Seitinger zur Beantwortung das Wort erteilen.

Landesrat Seitinger *(10.17 Uhr):* Danke, geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Regierungsmitglieder, meine geschätzten Damen und Herren in den Abgeordneten- und Zuschauerreihen!

Liebe Frau Klubobfrau Jungwirth, danke für diese Anfrage, ich möchte sie selbstverständlich gerne beantworten und versuche hier dieses komplizierte Kapitel ein wenig klarer zu deuten als Sie das zum Ausdruck gebracht haben. Es handelt sich also hier um das Wohnbauförderungsgesetz 1989 und um ein Teilprogramm, das hier im Speziellen angesprochen worden ist, das unter dem Namen „M 1000“ bekannt geworden ist. Dieses Teilprogramm wurde vom Jahr 1990 bis 1995 als Sonderprogramm seitens des Herrn

Landesrates Schmid damals angeboten. Damit wir auch gleich von vornweg wissen, es geht um 8.033 Wohnungen insgesamt, die mit diesem gesamten Förderprogramm finanziert wurden. Davon sind allerdings 4.818 Eigentumswohnungen, 323 Heimplätze, die in Wirklichkeit davon schon betroffen sind aber in der Abrechnung und in der sozialen Betrachtung natürlich völlig anders zu ordnen sind und nur mehr 2000 oder nur mehr - es ist immer noch genug - 2.892 Mietwohnungen, davon wie gesagt 788 Wohnungen dieses Programmes „M 1000“. Im Wohnbauförderungsgesetz 1989 wurde damals ausgeführt, dass die Wohnbaugenossenschaften Wohnbauten durchführen können, in dem sie ein Landesdarlehen in der Größenordnung von 70 % in Anspruch nehmen können und 30 % Eigenmittel dafür zum Einsatz kommen müssen. Diese Verzinsung dieser Wohnbaudarlehen wurde damals auf 28 Jahre ausgelegt, und wurde mit 1 % festgelegt und es war hier eine ganz klare Zins- und Rückzahlungsformel auch festgelegt worden, nämlich vom ersten Jahr bis zum fünften Jahr war die Rückzahlung mit 1 % der Darlehensgröße vorgegeben, vom sechsten bis zum zehnten Jahr mit 2 %, vom 11. bis zum 15. Jahr mit 3 %, vom 16. bis zum 20. Jahr mit 4 % und dann gab es diese Steigerung vom 20. auf das 28. Jahr auf 9 %. So wurde das damals im Wohnbauförderungsgesetz auch festgehalten. Im sogenannten Sonderprogramm „M 1000“ war das dann etwas anders, dort hat man im Rahmen von Baurechtsverträgen in den Gemeinden gebaut, die Genossenschaften haben das damals nicht mit 70 % Landesdarlehen sondern mit 75% Landesdarlehen finanzieren können und das Eigenmittelkapital war eben mit 25 % vorgesehen. Das heißt, diese günstigere Form dieses „M 1000“ war auch dahingehend darin gegeben, dass ab dem Jahr 1999 dann natürlich eine Sonderdotierung hier freigegeben wurde, nämlich dass der Zinssatz von 1 % auf 0,5 % gesenkt wurde und letztlich gleichzeitig auch die Rückzahlungszeit von 28 auf 38 Jahre verlängert wurde. Der zweite Unterschied war, dass damals die Mieter bzw. auch die Eigentümer bzw. die im Sinne von Heimplätzen vergebenen Wohnungen keine Grund- und Aufschließungskosten bezahlen mussten und es war damals sehr, sehr klar festgelegt, dass nur Wohnbeihilfeempfänger in diese begünstigte Form dieses „M 1000“ letztlich kommen konnten. Wenn allerdings ein derartiger Mieter ein Jahr später kein Wohnbauhilfeempfänger mehr war, musste er aus dieser Wohnung nicht ausziehen. Es war damit zwar nicht niedergeschrieben, aber ein unausgesprochenes Gesetz. Zumindest war damals bis dorthin finanzmathematisch gesehen das Ganze noch im Lot. Dann kam allerdings Landesrat Schmid mit diesem Sonderprogramm im Jahr 1999, das war ein wenig Nikolaus, Weihnachtsmann und Osterhase zugleich, wenn man das so im übertragenen Sinne sehen möchte. Er hat damals

diese Rückzahlungsmethodik umgebaut, nicht so belassen wie es war, nämlich mit dieser geteilten Staffel, die ich Ihnen bereits vorher genannt habe, sondern er hat also erstens einmal von 28 Jahre auf 38 Jahre die Rückzahlung verlängert, er hat von 1 % auf 0,5 % die Verzinsung zurückgeschraubt und er hat dann letztlich auch eines gemacht - und das ist das fatale an der ganzen Geschichte - er hat den Mietern damals angeboten, vom 1. bis zum 20. Jahr auf der Ebene von 1 % Darlehensrückzahlung sozusagen hier eine sehr, sehr günstige Miete zu sichern und das ist jetzt der wunde Punkt. Die Mieter, die in diesen „M 1000-Wohnungen“ und letztlich auch in den sogenannten Programmwohnungen des Wohnbauförderungsprogrammes 89 gewohnt haben, haben 20 Jahre lang 79 Cent, auf Schilling habe ich das nicht zurückgerechnet, haben 79 Cent an Miete bezahlt und vom 20. Jahr an, wie gesagt, gab es dann diese Erhöhung, die natürlich letztlich sicherlich furchtbar war für den Einen oder den Anderen, das kann man nicht bestreiten. Wir haben uns das sehr sehr genau angeschaut und eines muss man schon klar sagen: 79 Cent auf 20 Jahre lang die gleiche Miete ist schon ein besonders günstiges Angebot, das die Mieter natürlich auch dementsprechend geschätzt haben. Jetzt vom 21. Jahr an aufwärts ist natürlich dieser Prozentsatz von 0,5 auf 5,3 angestiegen, das war sozusagen damals im Angebot des Landesrates Schmid enthalten. Es hieß also im Extremfall, dass ein Mieter von einem Monat auf den anderen eine Mieterhöhung - ich rede nur von der Miete, damit wir das klarstellen - von 79 Cent auf 4,19 Euro gehabt hat. Mir wurde mitgeteilt - und das möchte ich hier auch klar sagen - dass damals der Landesrat Schmid allen Beteiligten diese Zinsstaffel und diese Rückzahlungsstaffel auch mitgeteilt hat, sodass sie also von dieser causa prima sehr wohl gewusst haben. Ich habe aber gehört, dass es in den letzten Jahren einige Einzelfälle allerdings gegeben hat, die die Wohnungen weiter gegeben haben, und wo die neuen Mieter von diesen Einzelheiten nicht so gut informiert waren. Meine Damen und Herren, allerdings, das muss man auch sagen, war das natürlich eine kleine Mogelpackung - und da gebe ich der Frau Klubobfrau durchaus ja Recht - weil sich natürlich nach 20 Jahren keiner gemerkt hat, was ab dem 21. Jahr passieren wird. Wie Sie natürlich völlig richtig gesagt haben, Frau Klubobfrau, eine gewisse Eigenverantwortung, wenn ich einmal einen Vertrag unterzeichnet habe, einen Mietvertrag in Händen halte, muss es eigentlich schon geben. Das heißt, dass man einmal weiß, was blüht einem über den gesamten Ablauf dieser Periode letztlich auch an Rückzahlungen. Es ist richtig, es war sicher nicht die Förderung, die man als der Weisheit letzter Schluss bezeichnen kann, aber es ist nun mal eine Förderung gewesen, die damals sehr sehr viele angenommen haben. Damals 2005, kurz nach meiner Verantwortungsübernahme in

dieser Landesregierung habe ich versucht, diese Staffel neu zu ändern, nämlich diese Softlandingvariante sozusagen einzuleiten, die allerdings damals nicht gelungen ist, weil auch die Arbeiterkammer 2005, ich muss auch sagen, die SPÖ, damals dagegen war und gesagt haben, dieses Programm, wie es steht, auch entsprechend abgearbeitet werden muss und so habe ich im Jahr 2012 eine Abfederung für die laufenden Jahre vorgenommen, in dem wir im Jahr 2013, schon beginnend im Jahr 2012, das Programm „M 1000“ von 38 auf 44 Jahre verlängert haben, also die Rückzahlungsphase um 6 Jahre verlängert haben, und gleichzeitig den Rückzahlungszinssatz von 5,3 % auf 4 % gesenkt haben. Das heißt, die Mieter, die eigentlich diesen Sprung von 0,79 Euro auf 4,19 Euro gehabt hätten, mussten dann nur mehr 3,19 Euro bezahlen. Das war ein kleines Angebot meinerseits damals gewesen, mehr war nicht möglich, alles andere würde natürlich eine gewaltige Rückzahlungsverlängerung bedeuten und das kann man auch nur gemeinsam mit der Finanzlandesrätin ausreden, die aber im Zuge ihrer Finanzplanung hier sehr, sehr wenig Spielraum hat. Meine Damen und Herren, ich möchte es ein bisschen veranschaulicht darstellen: Wenn ein Mieter, der 20 Jahre lang für eine 90-m²-Wohnung eine Miete von 71 Euro pro Monat bezahlen muss - für eine 90-m²-Wohnung - dann ist das aus meiner Sicht sehr sehr günstig. Dieser gleiche Mieter zahlt jetzt im Rahmen des abgesenkten Programmes 287 Euro pro Monat für diese 90-m²-Wohnung bzw. wenn er nicht in diesem „M 1000“-Programm drinnen ist, 3,77 Euro. Also ich glaube, es ist immer noch ein sehr sehr günstiger Mietsatz, der durchaus vergleichbar ist mit den Einstiegsmietten von neuen Wohnungen. Ich möchte zusammenfassen, meine Damen und Herren, was wir hier getan haben. Zum Ersten haben wir für dieses „M 1000“-Programm die entsprechenden Rückzahlungen verlängert, wir haben die Zinssätze abgesenkt von 5,3 auf 4 % und wir haben auch versucht, gemeinsam mit den Wohnbaugenossenschaften den EVB 2, den Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag zu strecken und wir haben auch versucht, die Verzinsung der Eigenmittel, die die Genossenschaften hier eingebracht haben, auch entsprechend abzusenken. Ich möchte aber trotzdem eines dazusagen, das Entscheidende war dann auch der gemeinsame Schritt der letzten Woche, Landesrat Schrittwieser hat gemeinsam mit uns in der Regierung eine Verbesserung der Wohnbeihilfe eingebracht, auch dieses Angebot kann zusätzlich von den Betroffenen genutzt werden. In der Summe meine ich doch, geschätzte Frau Klubobfrau, dass wir hier den Mietern maximal entgegen gekommen sind. Wenn ich jetzt nochmals eine Streckung vornehmen würde, wie Sie es angedacht haben, würde das für die Finanzlandesrätin bedeuten, dass Sie bis zum Jahr 2020 in der Finanzplanung 10 Millionen Euro nicht wieder findet, d.h. die fehlen ihr, und wenn sie mir

den Ball dann zurückspielt, dass sie das durchaus machen würde, wenn wir das aus dem Wohnbauresort finanzieren würden, dann heißt das nichts anderes, als wir die Programme für die nächsten fünf Jahre gigantisch zurückschrauben müssen, das heißt, dass sich wieder ein Missverhältnis im Angebot und in der Nachfrage im Bereich des Wohnens auftun wird, dass dann letztlich einen noch schlechteren Effekt für die künftigen Bewohner von neuen Wohnungen haben würde. Das ist also der Zugang zum gesamten Sektor, wir haben versucht, (*Präsident Majcen: „Die Zeit, Herr Landesrat, die Zeit!“*) - letzter Satz Herr Präsident - wir haben versucht, hier alles Mögliche zu tun, um diesen Betroffenen zu helfen aber mehr kann ich Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht anbieten. Vielen Dank. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.31 Uhr*).

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Bevor ich zu den nächsten mir vorliegenden Wortmeldungen komme begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der Neuen Mittelschule in Mautern mit der Gruppe Politische Bildung, unter der Leitung von Herrn Hauptschuloberlehrer Günther Zellner. Herzlich willkommen. (*Allgemeiner Beifall*) Begrüße weiter die Damen und Herren aus Markt Hartmannsdorf unter der Leitung von Herrn Bürgermeister Otmar Hiebaum. Auch herzlich willkommen. (*Allgemeiner Beifall*) Eine weitere Gruppe, die ich begrüße, sind die Damen und Herren der Gemeindeinitiative unter der Leitung von Herrn Bürgermeister Florian Taucher und Herrn geschäftsführenden Obmann Professor Max Taucher. Auch willkommen in dieser Sitzung. (*Allgemeiner Beifall*) Die nächste Wortmeldung mit fünf Minuten begrenzt ist die der Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Frau Abgeordnete, bitte.

LTAbg. Klimt-Weithaler (10.32 Uhr): Danke Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Regierung, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Zuschauende und Zuhörende via Livestream!

Ich bin erstens einmal dem Herrn Landesrat Seitinger sehr dankbar für die Ausführungen. Ihr habt genau aufgezeigt, wie diese jetzige Situation zustande gekommen ist und es ist da ja eines der wenigen Themen, wo wir uns immer einig sind. Dass es mehr Investition in den sozialen Wohnbau bräuchte, dass die Wohnbaufördermittel zweckgewidmet sind, da sind wir uns ja einig. Ich danke aber auch den Grünen für die Anfragebesprechung, weil ich glaube, dass das ein sehr wesentliches Thema ist, das hier leider meiner Meinung nach viel zu wenig

thematisiert wird. Ich darf auf ein paar Punkte eingehen. Erstens, Kollegin Jungwirth hat erwähnt, das Thema „Leistbares Wohnen“ war im Wahlkampf vor den Nationalratswahlen in aller Munde. Sie wissen, dass ich als Vertreterin der KPÖ mit dem Thema Wohnen eigentlich schon sehr lange befasst bin. Ich habe mich sehr gewundert, einerseits auch sehr gefreut, dass das nun endlich auch ein Thema auf Bundesebene wird, aber ich war auch sehr skeptisch. Wenn ich mir jetzt anschau, was von diesen Versprechungen übrig geblieben ist, die die großen Parteien gemacht haben, dann muss ich leider sagen, ich bin nicht einmal enttäuscht, weil ich habe mir, ehrlich gesagt, auch nichts anderes erwartet. Es ist davon nämlich nicht wirklich etwas übrig geblieben. Besonders bedauerlich halte ich die Tatsache fest, dass es weiterhin keine festen Mietzinsobergrenzen geben wird, die wir immer gefordert haben. Sie wissen alle, dass es eigentlich besonders notwendig wäre, weil die Wohnungskosten einfach Monat für Monat steigen und Sie wissen, dass die Teuerung groß ist und dass man nicht mehr zusammenkommt, wenn die Lebensmittelpreise ständig steigen, wenn die Stromkosten ständig steigen, wenn die Wohnungskosten ständig steigen, und wenn man deshalb selbst nicht mehr Gehalt bekommt. Sie wissen, dass die Löhne und Einkommen seit Jahrzehnten stagnieren. Also irgendwann geht das einfach nicht mehr. Was ich auch kritisieren möchte an dem, was ich bis jetzt von der Bundesregierung gehört habe - und ich kritisiere das deshalb hier, weil da sitzen die Kolleginnen von den selben Fraktionen, die hier auf der Regierungsbank sind - dass zwar eine versprochene Zweckbindung der Wohnbaumittel angekündigt wurde, aber wenn ich richtig informiert bin - aber vielleicht stimmt das ja auch nicht, und der Herr Landesrat kann mich aufklären - wenn ich richtig informiert bin, ist diese mit dem Finanzausgleich verknüpft und der wird erst im Jahr 2016 neu verhandelt. Da stellt sich für mich die Frage: Heißt das jetzt, dass die Länder weiterhin aus den Jahren 2014 und 2015 die Wohnbaufördermittel zweckwidrig verwenden dürfen zum Budgetloch stopfen oder wofür auch immer? Was ich positiv anmerken möchte, damit mir nicht immer vorgeworfen werden kann, hier wird immer nur Mist gemacht und schlecht geredet, was uns freut ist die Tatsache, dass die Bundesregierung weiterhin daran denkt, Kasernengründe umzuwidmen, so wie wir das ja in Graz immer gefordert haben und am Beispiel der Grazer „Hummelkaserne“ ja auch wirklich umsetzen haben können für den sozialen Wohnbau oder dass man zumindest Teile davon dem sozialen Wohnbau zur Verfügung stellen kann. Zwei Dinge möchte ich noch kurz ansprechen: Ich habe vor einiger Zeit interessiert festgestellt, dass von Seiten der SPÖ zwei Presseaussendungen ausgesendet wurden, die beide den Inhalt haben: „Forciert den Wohnbau!“ Die Schlagworte sind also: „Forciert den Wohnbau“ und „Wohnbauoffensive“.

Einerseits kam diese Presseaussendung über die Region Südoststeiermark, und - wenn ich es richtig im Kopf habe - auch aus der Obersteiermark. Ich darf zitieren aus dieser Presseaussendung, die SPÖ-Abgeordneten Schleich und Weber haben dafür geworben: „Wir brauchen eine umfassende Wohnbauoffensive mit Neu- und Umbauten, die vom Land entsprechend gefördert werden.“ Wunderbar! Vielleicht kann ja einer der Kollegen dann noch rausgehen und uns erklären, wann das stattfinden wird, wie viele Gelder da zur Verfügung gestellt werden und wann diese Offensive dann auch umgesetzt wird. Zweite Anmerkung noch, weil es der Herr Landesrat Seitinger auch erwähnt hat: Es tut sich etwas bei der Wohnbeihilfe. Sie wissen, die KPÖ hat hier in diesem Haus die Valorisierung der Wohnbaubeihilfe - seit wir hier sind - gefordert. Es hat immer geheißen, es gehe nicht. Wir haben immer kritisiert, dass hier andere Dinge wie Parteienförderungen sehr wohl valorisiert werden. Jetzt gibt es diese Erhöhung -und da freue ich mich sehr darüber - von 3,5 %, die der Herr Landesrat Schrittwieser angekündigt hat, man darf aber auch nicht vergessen, dass im Jahr 2011 die Betriebskostenpauschale halbiert wurde, das heißt, in Wahrheit ist das damit noch nicht gegessen und ausgeglichen aber vielleicht überlegt man sich ja auch, dass man bei dieser Betriebskostenpauschale noch etwas zustande bringt. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 10.38 Uhr).*

Präsident Majcen: Danke. Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Schmid, Herr Abgeordneter, bitte.

LTAbg. Ing. Schmid (10.38 Uhr): Danke vielmals Herr Präsident, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer!

Ja, Wohnen ist teuer - Wohnen ist zu teuer. Wenn teilweise für das Wohnen mehr als 50 % des Einkommens bezahlt werden muss, dann gilt es entsprechend Maßnahmen zu setzen, zu regulieren und über vieles nachzudenken. Die Kollegin Jungwirth hat es angesprochen, von Landesrat Seitinger haben wir in den Ausführungen auch gehört, was bis jetzt getan wurde. Es bleibt eines, das Menschen aus diesen Wohnungen zum Teil ausziehen müssen, weil der Mietanstieg ein eklatanter ist. Aber eines müssen wir auch entsprechend wissen: Die Miet- und Mietzinsentwicklung, speziell in den Ballungsräumen, geht nach oben. Die Lehre der Volkswirtschaft hat ja die Lösung, nämlich das Schaffen eines Mehrangebotes, eines Überangebotes und damit lässt sich der Preis regulieren. Aber es gilt natürlich auch

aufzupassen, denn das betrifft jetzt z. B. dieses Setzen der Mehrangebote im Ballungsraum Graz, aber gleichzeitig gilt es das Kunststück zu schaffen, auch attraktiven, günstigen Wohnraum in der Peripherie, in der ländlichen Region, auch z. B. in der Obersteiermark, wo ich herkomme, entsprechend zu erhalten. Warum? Weil viele, die in unserer Region keinen Arbeitsplatz finden und auspendeln z. B. nach Graz, es auf Grund der Wohnqualität und auf Grund der günstigeren Wohnpreise noch in Kauf nehmen, täglich zu pendeln. Landesrat Seitinger schreibt in seiner Beantwortung: „Es gibt jedoch schon seit einiger Zeit unter Einbeziehung der betroffenen Wohnbauträger intensive Gespräche bei denen geprüft wird, inwieweit auf Grund der budgetären Situation des Landes eine gemeinsame, adäquate Lösung für diese Problematik gefunden werden kann.“ Damit ist vieles gesagt, ich vertraue auf die Findung einer Lösung. Was ich aber für einen auch wichtigen Ansatz in die richtige Richtung für leistbares Wohnen halte, ist der jüngst getroffene Beschluss der Reformpartnerschaft, gemeinsam beschlossen unter der Initiative von Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser, nämlich eine 3,5%ige Erhöhung der Einkommensgrenzen, die beschlossen wurden, um entsprechend Wohnbeihilfe beziehen zu können. Die Inflation der beiden letzten Jahre konnte somit auch in Zeiten der Budgetkonsolidierung für die Steirerinnen und Steirer in diesem so wichtigen Bereich abgefedert werden. Ganz kurz zu den Fakten: Insgesamt beziehen derzeit rund 28.000 Steirerinnen und Steirer Wohnbeihilfe. Die durchschnittliche Wohnbeihilfe beträgt derzeit rund 130 Euro. Das Land verwendet dafür in etwa 150 Millionen Euro im Jahr um Menschen, die es brauchen, leistbares Wohnen in vielen Bereichen zu ermöglichen. Durch diese beschlossene Erhöhung können künftig wieder mehr Steirerinnen und Steirer als bisher die Wohnbeihilfe beziehen, zusätzlich erhalten auch die derzeitigen Bezieher wieder etwas mehr Wohnbeihilfe. So z. B. eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern bis zu 160 Euro mehr pro Jahr an Unterstützung aus dem Wohnbeihilfetopf des Landes. Für einen Ausgleichszulagenbezieher, z. B. einem Mindestrentenbezieher, wird sich die Wohnbaubeihilfe um rund 120 Euro im Jahr erhöhen. Es gilt anzumerken, dass dies ein Baustein, ein Beitrag in die richtige Richtung ist, um leistbares Wohnen für die Steirerinnen und Steirer auch weiterhin zu gewährleisten. Ich danke Ihnen vielmals. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.42 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke auch für diese Wortmeldung. Nächste Wortmeldung ist Frau LTAbg. Ing. Jungwirth noch einmal mit der Redezeitbegrenzung von fünf Minuten. Frau Abgeordnete, bitte

LTabg. Ing. Jungwirth (10.42 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich möchte schon ein paar Dinge, die noch nicht gesagt wurden und mir wichtig sind, richtig stellen oder kommentieren, weil ich glaube, dass man es nicht so stehen lassen kann. Lieber Hans, du hast gesagt, die Wohnbaugenossenschaften waren informiert, ich habe ein bisschen den Eindruck, so wie du das formuliert hast, war es der Versuch zu sagen, die Wohnbaugenossenschaften sind verantwortlich. Ich habe vorher schon gesagt, dass das bei Mieterinnen und Mietern einfach nicht die gleiche Situation ist wie im Eigentum. Wenn die Wohnbaugenossenschaft informiert ist aber die Informationspolitik gegenüber den Mieterinnen und Mietern nicht wirklich funktioniert, dann hilft es nichts, wenn sie informiert sind, weil es ist Fakt, dass das nicht passiert ist. Im Speziellen hat sich die BUWOG - die ehemalige BUWOG, aber im Grunde genommen sind es BUWOG-Wohnungen, um die es da geht - besonders „ausgezeichnet“. Es ist nämlich sogar so, dass es nicht nur in der Steiermark gerade bei dieser Genossenschaft Schwierigkeiten gegeben hat, sondern es ist ein bundesweites Problem, auch in Kärnten, in Oberösterreich, in Salzburg hat es Fälle gegeben, wo genau von der BUWOG die Mieterinnen und Mieter nicht vorgewarnt wurden, keine Informationen geflossen sind sondern einfach von einem Tag auf den andern eine höhere Vorschreibung gekommen ist und auch wenig Gesprächsbereitschaft da war. Das hat sich auch bei diesem einen Fall, der mir zugetragen wurde, so abgespielt. Da wurde im Juni bekannt gegeben, dass ab 01. Juli die neue Vorschreibung gilt. Also das ist schon eine sehr eigenwillige Art des Umganges miteinander, und ich denke, dass auch die Wohnbaugenossenschaften vom Land Steiermark in die Pflicht genommen werden müssten, nämlich dahingehend, dass man ein bisschen die Schrauben anziehen muss und sagen muss: „Liebe Leute, wenn ihr so vorgeht, dann werden wir uns in Zukunft sehr genau anschauen, was ihr noch bekommt und was nicht.“ Auch wenn gleiche Regeln für alle gelten müssen, aber dennoch, Sie selbst wissen auch, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, wo das Land steuern kann, wenn die Wohnbauträger unverantwortlich umgehen und vor allem unmenschlich umgehen mit ihren Mieterinnen und Mietern. Hans, du hast es auch angesprochen, dass nur Wohnbeihilfeempfänger eingezogen sind, damals waren ein Großteil der Mieter Wohnbeihilfeempfänger, inzwischen verdienen die Menschen nach 20 Jahren verständlicherweise vielfach mehr und sie fallen oft raus aus diesem Programm. Abgesehen davon haben sich auch die Bedingungen für das Beziehen der Wohnbeihilfe sehr verändert im Laufe der Jahre. Wir wissen das alle, dass es schon wesentlich bessere Konditionen gegeben hat, wo Menschen leichter Zugang hatten zur Wohnbaubeihilfe als es jetzt der Fall ist. Also

auch das ist eine Darstellung, die denjenigen, die jetzt betroffen sind, im Endeffekt wenig nützen. Um auf Herrn Landesrat Schmid zu verweisen: Ja, er war es, aber genau das ist der Punkt. Du stellst es so dar, als ob du auf ihn mit den Finger zeigst und sagst: Er war es! Hilft aber nichts, wir haben es hier gewusst. Die Landesregierung hat gewusst, dass das auf sie zukommt, vor allem die Wohnbaulandesräte waren mit dem Problem seit längerem befasst und deswegen hätte vielleicht schon wesentlich früher etwas getan werden können, wenn man das gewollt hätte. Das ist ja immer der Punkt in einer politischen Debatte: Man muss etwas wollen, damit dann auch etwas passiert. „Wollen“ scheint genau in dieser Angelegenheit eine zähe Partie zu sein. Was ich auch nicht stehen lassen kann ist, dass es Mieterhöhungen von 79 Cent auf 4 Euro pro m² gewesen wären um die es da geht. Es mag sein, dass dies in manchen Fällen der Fall war. Es ist sicherlich nicht in allen Fällen der Fall. Ich habe hier beispielsweise die Mietvorschrift von einem dieser Mieter, der seit 01.07. bei der kostendeckenden Miete - das ist rein nur der Betrag, der die Rückzahlung abdeckt - gerundet 470 Euro netto bezahlen muss, da geht es eben um diese Steigerung von 200 Euro pro Monat, das heißt, es waren vorher 270 Euro pro Monat, das ist schon ein bisschen eine größere Wohnung, so um die 100 m², soweit ich informiert bin, so ist damals noch gebaut worden. Das geht sich mit 90 Cent pro m² jedenfalls auf gar keinen Fall aus. Also das stimmt so nicht, sondern es sind durchaus andere Steigerungen, von denen wir hier sprechen. Letzter Punkt, auf den ich noch kurz eingehen möchte: Kollege Schmid, du hast gesagt, es geht darum, attraktiv günstigen Wohnraum in der Peripherie, in der Obersteiermark halten zu können. Ja, ich glaube, dass das wichtig ist. Die Menschen wollen draußen in den Regionen leben, weil die Lebensqualität in den Regionen einfach für viele ein hoher Wert ist, aber es gibt auch die Möglichkeit, dass die Stadt Knittelfeld etwas tut. Es könnte auch die Stadt Knittelfeld einen Zuschuss gewähren, wie es ja beispielsweise in Graz auch passiert, dass die Stadt Graz zusätzliche oder höhere Zuschüsse gewährt, als es das Land Steiermark gewährt. Also es gibt auch Möglichkeiten für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, hier im Raum einzugreifen und zu helfen. Darum geht es, man muss den Menschen helfen, wenn sie in Not geraten. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 10.48 Uhr).*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Es ist noch eine Wortmeldung angesagt, die Frau Abgeordnete Pichler-Jessenko.

LTabg. Mag. Pichler-Jessenko (10.48 Uhr): Geschätzte Anwesende!

Ich werde es kurz machen, weil wir ja im Anschluss einen sehr spannenden Tagesordnungspunkt haben. Ich möchte zwei Dinge kurz klarstellen und vielleicht jetzt aus meiner Sicht noch einmal erläutern. Ein Thema war von der Claudia Klimt-Weithaler „Leistbares Wohnen“, wo du sozusagen auf die Bundesebene verwiesen hast und gesagt hast, es passiere nichts. Es gab in der Steiermark vor rund zwei, drei Wochen eine Wohnbaureferentenkonferenz, wo alle Bundesländer teilgenommen haben und ich glaube, dass hier sehr wegweisende Dinge beschlossen worden sind, die genau Wohnen wieder leistbarer machen. Das eine sind die OIB-Richtlinien, wo jetzt endlich auf Bundesebene eine gemeinsame Vereinfachung dieser Richtlinie stattfinden wird, für die Herr Landesrat Seitinger schon sehr lange eintritt. Das wird sich im Bereich der Baukosten so auswirken, dass Wohnungen in Zukunft günstiger gebaut werden können. Das zweite sind diese Zusatzmittel, die der Bund für Neubauten sozusagen in Aussicht gestellt hat. Hier gab es relativ sehr schwierige Zugangsbestimmungen seitens des Bundes, auch hier gibt es einen gemeinsamen Beschluss der Bundesländer, dass diese Mittel - im nächsten Jahr sind es immerhin 37 Millionen für die Steiermark - abgeholt werden können. Also soweit ist einmal was passiert zum Thema „Leistbares Wohnen“, was das Bauen von neuen Wohnungen betrifft. Der zweite Bereich sind diese beiden Gesetze, das Wohnbauförderungsgesetz 1989, und diese „M-1000-Wohnungen“. Mein Zugang bei diesem Problem ist, dass wir hier nicht mit der Gießkanne vergeben sozusagen für alle Wohnungen - es handelt sich ja nicht nur um die 800, sondern es geht um 2.104 geförderte Mietwohnungen in der Steiermark, die von diesen Erhöhungen jetzt betroffen sind. Bei den Versammlungen der Genossenschaften waren die Mieter eingeladen, bzw. wurden sie darüber informiert, was auf sie zukommt und war das Interesse endend wollend. Es hat mir die ÖWGes aus Feldbach berichtet, dass dort lediglich 40 % von den Mietern teilgenommen haben. Es hat der Chef der Ennstaler, Herr Sacherer, berichtet, dass in Frohnleiten von 70 Wohneinheiten lediglich 50 % ihren Einkommenssteuerbescheid vorgelegt haben und dass davon lediglich sieben Wohnbeihilfebezieher waren. Mein Zugang dort ist es, nicht mit der Gießkanne jetzt für alle auszuteilen, die dort wohnen. Dort wohnen sicherlich viele drinnen, die sich mittlerweile diese Wohnung sehr gut leisten können, das wissen wir, sonst wären sie aufgestanden und hätten sich gemeldet. Sabine, das weißt du auch. Die, die es wirklich brauchen, das sind diese Härtefälle, die sollen natürlich mehr bekommen, aber ich kann nicht immer für alle alles günstiger machen, weil zahlen wird es das Land müssen und zahlen werden es die

Bürgermeister, die Gemeinden müssen. Denn irgendwo wird dieses Geld, das dann wieder alle bekommen, herkommen müssen. Also sozial treffsicher fördern und man wird sich - das passiert im Ressort des Herrn Landesrates Schrittwieser - das anschauen und man wird es den Menschen geben müssen, die es wirklich brauchen. Aber jetzt für alle hier sozusagen „abzufedern“ halte ich in Wahrheit für einen echten Blödsinn. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.52 Uhr)*.

Präsident Majcen: Nochmals zu einer kurzen Ergänzung hat sich der Herr Abgeordnete Schmid zu Wort gemeldet, bitte.

LTAbg. Ing. Schmid (10.52 Uhr): Danke Herr Präsident!

Ganz kurz replizierend auf die Frau Kollegin Jungwirth: Du hast angesprochen, Gemeinde, Städte, in diesem Falle direkt angesprochen die Stadt Knittelfeld. Frau Kollegin, wenn du vielleicht Zeit hättest, mir dein Ohr zu schenken - danke vielmals. Du hast wie gesagt, die Stadt Knittelfeld angesprochen, und ob man da nicht noch etwas tun könnte. Vielleicht ganz kurz: Knittelfeld hat an Gemeindewohnungen nach wie vor 500 Stück in ihrem Besitz und auch im Erhalt, damit können wir auch günstiges und leistbares Wohnen entsprechend anbieten – Punkt eins. Punkt zwei: Die Stadt Knittelfeld nimmt natürlich die Initiative der Reformpartnerschaft unter der Federführung vom Landesrat Schrittwieser auf, die Ortszentren entsprechend durch die Initiative „Wohnen im Ortskern“ zu stärken. Hier wurden bereits Liegenschaften gekauft, um im Ortszentrum günstigen Wohnbau anzubieten. Eines vielleicht noch, Frau Kollegin Jungwirth, wenn du sagst, die Gemeinden könnten ja auch noch finanzieren dann muss ich sagen, das halte ich generell für keine gute Idee. Die Gemeinden haben schon so viele Aufgaben, die Gemeinden haben zum Teil finanzielle Nöte, was sie alles zu stemmen haben, muten Sie doch nicht den Gemeinden noch mehr finanziellen Druck zu. Danke vielmals. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.54 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke. Abschließend zu Wort gemeldet ist nochmals Herr Landesrat Seitinger. Ich weise nochmals auf die Redezeitbegrenzung von fünf Minuten hin.

Landesrat Seitinger (10.54 Uhr): Herr Präsident!

Ich werde die fünf Minuten nicht brauchen. Nur ganz kurz, Frau Kollegin Klubobfrau Jungwirth. Zum Ersten: Die Mitteilung an die Mieter haben nicht nur die Genossenschaften

vorgenommen sondern damals auch explizit Herr Landesrat Schmid. Er hat - so haben es die Genossenschaften mir berichtet - jeden einzelnen angeschrieben und ihnen mitgeteilt, wie sich dieser Rückzahlungsverlauf darstellen wird. Zum Zweiten: Das was die Frau Klubobfrau Weithaler angesprochen hat ist natürlich wirklich ein Thema, das „Leistbare Wohnen“ begleitet uns gerade in Zukunft im Besonderen, weil wir auch die Verzerrungen ländlicher Raum, urbane Räume, hier sehen. Wir haben bewusst hier bei der Wohnbauförderungskonferenz, wo alle Wohnbaulandesräte hier Gott sei Dank auch anwesend waren in der Steiermark, all diese Fragen: Was können wir tun im Bereich der Bauordnung, im Bereich der Raumordnung, den OIB-Bestimmungen, den 15a-Bestimmungen, auch der steirischen Förderungsrichtlinien? Was können wir hier tun, um selbst an dieser Leistbarkeit zu rütteln? Da wird es in den nächsten Wochen und Monaten einiges geben, wo ich mir wünsche, dass wir auch eine breite Zustimmung haben. Das Zweite, was die Zweckbindung angeht, das ist ein Begriff, der immer wieder breitgetreten wird. Wir bekommen so symbolisch gesagt da 240 Millionen Euro an Mitteln zurück vom Bund, die natürlich nicht zweckgebunden sind, aber ich sage Ihnen, wir verbrauchen auf Grund unserer Verpflichtungen die wir haben, die Verkäufe an die Banken und die Zusagen über die 28 Jahre an die Genossenschaft, weil wir hier beraten und nichts auf diese Zeiträume verteilen. Wir haben Verpflichtungen von 330 Millionen Euro, wenn wir ab morgen nichts mehr bauen. Das heißt die 240, die wir erhalten mit einem Mascherl und jetzt ohne Bezeichnung, sind sowieso zweckgebunden weg, um die Altlasten des Wohnbaues zu finanzieren. Letzter Punkt: Ich habe selbst versucht, eine Härtefalllösung zu finden für diese wirklich schwerst betroffenen Persönlichkeiten. Das ist uns gesetzlich auf Grund der Wettbewerbsverzerrungen aber auch auf Grund extremer Ungleichheiten mit anderen Neumieter wirklich nicht gelungen. Herr Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser und meine Wenigkeit haben uns hier wirklich bemüht, alles Mögliche auszuloten, um hier Lösungen zu finden. Wir haben einfach in diesen Dingen, die ich vorhin angesprochen habe, EVB-Reduzierung und die Verzerrung der Rückzahlung, und vieles mehr versucht, einfach maximal entgegen zu gehen. Aber mehr ist leider in dieser causa prima nicht möglich, wobei ich eine Sonderfalllösung für den einen oder anderen nie ausschließen möchte. Ich glaube, auch dafür sollte man immer wieder ein Herz haben. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.57 Uhr).*

Präsident Majcen: Danke. Damit ist dieser Punkt eins, Besprechung einer Antwort, beendet ich komme nun zu den weiteren Punkten nämlich zur Bekanntgabe einer schriftlichen Anfrage.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass gem. § 66 Abs. 1 GeoLT 2005 eine Schriftliche Anfrage eingebracht wurde und zwar von Abgeordneten der Grünen.

Diese Anfrage wurde an Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer eingebracht. Es wurde weiters eine Anfragebeantwortung gem. § 66 Abs. 3 GeoLT 2005 seitens des Herrn LR Dr. Gerhard Kurzmann eingebracht.

Meine Damen und Herren, am Dienstag, dem 10. Dezember 2013 wurde um 10.08 Uhr von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer, betreffend „Rotes Gratkorn – rote Zahlen – rote Pleitegemeinde? Rote Pleiteserie setzt sich fort!“ eingebracht.

Weiters wurde am Freitag, dem 13. Dezember 2013 um 11.26 Uhr von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves, betreffend „Ausgliederung des Notarztdienstes“, eingebracht.

Die Behandlung dieser beiden Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT 2005 nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen. Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet gemäß § 68 Abs. 1 GeoLT 2005 je eine Wechselrede statt.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT 2005 über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß § 55 GeoLT 2005.

Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Gemeinden über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2347/1, betreffend Gesetz über die Neugliederung der Gemeinden des Landes Steiermark (Steiermärkisches Gemeindestrukturreformgesetz – StGsrG).

Berichterstatter ist Herr LTAvg. Detlef Gruber. Herr Landtagsabgeordneter Gruber, ich erteile dir das Wort zur Berichterstattung.

LTAvg. Detlef Gruber (10.59 Uhr): Danke, Herr Präsident, Geschätzte Vertreter auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen!

Der Ausschuss für Gemeinden hat in seinen Sitzungen vom 03.12. und vom 11.12. über den Gegenstand „Gesetz über die Neugliederung der Gemeinden des Landes Steiermark, sprich Steiermärkisches Gemeindestrukturreformgesetz – StGsrG“ seine Beratungen durchgeführt. Das Gesetz regelt die Vereinigung von steirischen Gemeinden und ich stelle im Namen des Ausschusses der Gemeinden den Antrag: Der Landtag möge das Gesetz in der vorliegenden Form beschließen. *(11.00 Uhr)*

Präsident Majcen: Ich danke für die Berichterstattung. Es liegt eine Reihe von Wortmeldungen vor. Als erstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Peter Samt. Herr Abgeordneter, bitte ans Rednerpult.

LTAbg. Samt *(11.00 Uhr)*: Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer und vor allem den geschätzten Anwesenden aus der Gemeindeinitiative und den betroffenen Bürgermeistern möchte ich hier meinen Gruß entbieten.

Der Anlass dieser Landtagssitzung, dieser Sonderlandtagssitzung, ist nicht besonders weihnachtlich, es ist kein Weihnachtsfeiertag für die Steiermark, es ist eher - so würde ich es bezeichnen - ein schwarzer Tag, vor allem für die direkte Demokratie in unserem Land. Wir können davon ausgehen, und ich bin nicht der einzige hier der das so sieht, dass mit Wirkenwerden dieses Gesetzes die Eigenständigkeit und die so gerne von den hier anwesenden Abgeordneten der Reformpartnerschaft und Abgeordneten gepriesene Gemeindeautonomie mit dem heutigen Tage in vielen Bereichen zu Grabe getragen wird. 89 Gemeinden, so zumindest sagt der ORF - wir haben 86 Gemeinden geortet - die immerhin in etwa 1000 Gemeindemandatare betreffen, Bürgermeister, Vizebürgermeister und Vizebürgermeisterinnen und Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die immerhin in diesem Land, in unserer Steiermark, annähernd 100.000 Einwohner ihrer Gemeinden vertreten, sind zurecht heute nicht besonders gut drauf, so wie wir, regen sich zu Recht heute auf, dass etwas stattfindet, was gegen jedes demokratisches Verständnis in diesem Land stattfindet. Schauen wir zurück, dieser Weg hat in den Anfangsmonaten des Jahres 2011 begonnen. Dieser Weg der Reformpartnerschaft, hier eine Gemeindestrukturreform auszurufen, die über lange Zeit erst im Geheimen stattgefunden hat, wo ja keiner gewusst hat, was passiert hier, wie passiert es, wer betroffen ist, wer nicht, wo die Reise überhaupt hingeht. Zu dem damaligen Zeitpunkt

- ich kann mich sehr gut erinnern - wurde nicht nur von den GemeindevertreterInnen in diesem Hause sondern auch von den Regierungsmitgliedern, vor allem vom Herrn Landeshauptmann und vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter immer wieder behauptet: „Es wird auf Dialog gesetzt, es gibt Dialog, wir werden nicht müde werden zu reden, es wird geredet, wir gehen überall hin, wir werden mit jedem reden. Es gibt kein Drüberfahren!“ Das war immer wieder die sofortige krampfhaftige Abwehrhaltung der Reformpartner wenn es geheißen hat, wenn die Vorwürfe von uns gekommen sind, dass hier Zwangsmaßnahmen in den Raum gestellt werden. Am Ende dieses Weges, an dem wir uns heute befinden, stellen wir fest - genau das was wir prognostiziert haben - es gibt Zwangsmaßnahmen. Es gibt genau das, von dem man im Vorfeld geredet hat, es wird nicht stattfinden. Es wird zwangsweise per Gesetz heute und hier beschlossen, dass verschiedenste Gemeinden geographisch, oder wie auch immer, ob qualitativ oder quantitativ gerechtfertigt und gewichtet, gegen den Willen ihrer Bevölkerung zusammengelegt werden, in vielen Fällen und auch gegen den Willen der Gemeinderäte, die hier von diesen Maßnahmen betroffen sind. Das, meine Damen und Herren, möchte ich gleich zu Beginn festhalten, das ist nicht Politik, die in diesem Land um sich greifen sollte, sondern das ist genau das Gegenteil, es wird Diktatur, es ist Absolutismus, den wir absolut verabscheuen. *(Beifall bei der FPÖ und KPÖ)* *(Präsident Majcen: „Ich möchte hier bitte ganz kurz dazwischen etwas sagen. Wir haben hier Spielregeln und ich möchte den anwesenden Damen und Herren auf der Zuschauerbank ganz dringend die Bitte gegenüber äußern, sich an die Spielregeln des Hauses zu halten. Es ist hier eine öffentliche Sitzung. Selbstverständlich darf jeder Steirer Bürger hier dabei sein, aber es ist ausgemacht, dass es keine Beifalls- oder Missfallskundgebungen seitens der Damen und Herren auf der Zuschauerbank geben darf. Ich bitte das von vorne herein einmal klar gesagt zu haben, auch wenn der Redner nahezu in Wortmeldungen dazu auffordert. Ich bitte Sie nochmal, Herr Abgeordneter Samt, entschuldigen Sie bitte, dass ich unterbrochen habe.“)* Danke, Herr Präsident. Wenn dann nach einer Pressekonferenz die gestern stattgefunden hat, die in Augen der Reformpartnerschaft - und so haben es die Klubobleute definiert - als skurrile Koalition der Reformverweigerer dargestellt wird, was wir so absolut belegen können und das möchte ich nicht nur für unsere Partei sondern auch für die zwei anderen Parteien festlegen, dem nicht so ist, dass wir durchaus in vielen Bereichen hier schon Reformen zugestimmt haben. Noch einmal möchte ich festhalten, weil es so dargestellt wird, wir, die Freiheitlichen wären in jedem Fall gegen die Gemeindegemeinschaften - stimmt ja nicht! In unzähligen Anfragen und in unzähligen Abstimmungen in den Gemeinden in unserem Land wurde auch das

widerlegt, nämlich, dass Freiheitliche, wenn dort etwas freiwillig stattfindet, wo die Gemeinderäte und die benachbarten Gemeinden einverstanden sind, wir hier genauso bereit sind, diesen Weg mitzutragen wie jeder andere vernünftig denkende Mensch. Halten wir es fest: Zwangsmaßnahmen sind nicht der richtige Weg. *(Beifall bei der FPÖ und KPÖ)* Wenn wir dann via Medien ausgerichtet bekommen, dass wir uns jahrelang gegen Reformen gewehrt und gegen Reformen getrommelt haben und Reformen verlangt haben und dann werden sie endlich gemacht und dann stimmen wir geschlossen dagegen. Das ist bestenfalls eine Chuzpe, meine Damen und Herren, weil, dass wir keine stichhaltigen Argumente haben, dass 89 Gemeinden, 100.000 Menschen in diesem Land, keine stichhaltigen Argumente für einen Abänderungsweg oder für eine Alternative darstellen, das werden Sie uns hier nicht weis machen können. Auch wehre ich mich dagegen, dass wir hier billigen Populismus betreiben, wir finden die Abkanzlung von demokratischen Parteien und die Abkanzlung der eigenen Vertreter und ihrer Basisvertreter in unserem Land als sehr sehr bedenklich von Ihrer Seite her. *(Beifall bei der FPÖ)* Wie ich schon gesagt habe, die Argumente der Opposition sind noch lange nicht am Ausgehen, meine Damen und Herren, im Gegenteil! Ich wundere mich eigentlich schon mehr über das Verhalten, wobei wundern kann man schon gar nicht mehr sagen, es gibt hier einen Rechnungshofbericht, der hier schon sehr ausführlich behandelt wurde. Ich kann mich an eine ORF-Sendung im Report erinnern, wo auf die direkte Konfrontation der beiden Landeshauptleute mit diesem Rechnungshofbericht hergestellt wurde, vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter - und verzeihen Sie mir, dass ich auf dem herumreite - aber dass dieses Werk bestenfalls ein Praktikant errichtet hat, das ist eine Missachtung einer eigentlich unparteiischen Organisation innerhalb unseres Staates, wie es eigentlich ärger nicht mehr geht. Um auf diesen Rechnungshofbericht einzugehen, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, so schlecht ist der nicht, außer dass er mehrfach darauf hin verweist, dass die eigentlichen Ziele und die gesetzlichen Verpflichtungen, die mit diesen Zielerreichungen verbunden sein sollten, eigentlich in dem Entwurf nicht enthalten sind. Das ist eine Kritik, die meiner Meinung nach ziemlich gerechtfertigt ist. In weiterer Folge weist auch der Rechnungshof auf die Erläuterungen des vorliegenden Entwurfes grundsätzlich darauf hin, dass in diesem nicht sämtliche mit dem Entwurf verbundenen Folgen, sowie allenfalls weitere folgende ligistische Maßnahmen nicht ausreichend dargestellt werden. Einer der wesentlichen Punkte für mich - und das ist ein Thema, mit dem wir schon seit einiger Zeit beschäftigt sind - das ist die Frage nach den Kosten. Da steht ein ganz spannender Absatz drinnen, dass die Kosten für diese Geschichte innerhalb des FAG's, des

Finanzausgleichsgesetzes 2008, genau im Absatz 9, enthalten sind und dort steht sehr deutlich, dass für die geplanten Fusionen von Gemeinden 200.000 Euro an diesen Mitteln bereit gemacht werden je Fusionsgemeinde. Wenn man sich jetzt das Leitbild, das Sie liebe Reformpartner auf den Weg geschickt haben anschaut, steht dort das ähnlich, praktisch sonst gleich mit dem FAG, nur mit dem Zusatz, dass hier diese 200.000 auch für jede wegfallende Gemeinde gelten. Das ist eine massive Divergenz, da sind Differenzen von mehreren Millionen Euro, die sich hier auftun und wir fragen uns jetzt: Was stimmt jetzt? Sind die Gemeinden mit den in Aussicht gestellten 200.000 Euro nach den Regeln über vier Jahre verteilt in gestaffelter Auszahlung, die hier zum Tragen kommen, sind diese Zahlen, die hier von Seiten der Reformpartner genannt werden, schlicht und ergreifend falsch oder stimmt das FAG nicht? Das wird eine interessante Frage sein, die der Rechnungshof aufgeworfen hat. Wenn dem so ist, dass hier einiges nicht so stimmt, dann frage ich hier die Herren hinter mir, woher wird das Geld für diese Mehrkosten, die nicht im FAG enthalten sind, schlussendlich kommen? Heute nun, wo wir da stehen und auf Antrag der Reformpartnerschaft dieses Gesetz beschließen sollen, nachdem vorige Woche ein Sonderausschusstag eingerichtet wurde, wo uns ja spannenderweise der Herr Klubobmann Kröpfl im Vorfeld über die Zeitung ausrichten hat lassen, dass wir jetzt einen Sonderlandtag haben, einen zusätzlichen Ausschusstag machen, wo jede Frage gestellt werden kann, nur es wird sich schlussendlich nichts ändern an dem, was hier tatsächlich vorgelegt wird. Ich finde es schon ziemlich spannend, die ganze Zeit wird von Geld und Kosten geredet, wir beschäftigen uns in Sonderausschusstagen mit dieser Gemeindestrukturreform, die für die Reformpartnerschaft schon gegessen ist. Wir beschäftigen uns bei einem Sonderlandtag mit diesem Gesetzesentwurf, den wir ohne Probleme vorige Woche hätten beschließen können, wo Sie ja mit Ihrer grunddemokratischen Haltung, unter Ablehnung der direkten Demokratie vieler Gemeinden der Steiermark, hier das ja ohne weiteres mit Ihren Mehrheiten bereits hätten durchziehen können. Gestatten Sie mir trotzdem die Bemerkung: Ich bin ziemlich verwundert und ich denke mir einiges dabei, dass hier doch sehr viele Gemeindevertreter, Bürgermeister und Gemeindefunktionäre sitzen, die ja eigentlich wissen müssten, wie es in Gemeinden zugeht. Beim Kollegen Kröpfl orte ich ein sehr hohes Maß an Gemeindeaffinität, beim Kollegen Drexler glaube ich nicht, der kann sich dem bestenfalls legistisch und rhetorisch sehr stark nähern, da werden wir heute sicher noch einiges davon hören und wir werden natürlich das hören, wie schön und wie klass und wie gut und wichtig diese Gemeindestrukturreform im Wirklichkeit ist. Wir werden wieder einmal mehr - und das finde ich ja schon fast unnötig an dieser Stelle - das Schönreden dieser

Reform, die ja in vielen Bereichen wirklich nichts Schönes an sich hat, erleben. Auf Grund dieser Tatsache, dass hier und zwar von Ihnen, liebe Reformpartner, dieses Podium eröffnet wird, das sicherlich nicht uns dienen sollte und dienen wird sondern Ihnen medial hier sehr stark wieder die Möglichkeit geben wird zu erklären, wie böse die Opposition ist und wie falsch wir mit all unseren Argumenten, die wir ja nicht haben, und wie richtig und wichtig es für dieses Land ist. Ich kann Ihnen nur eines garantieren: Sie, liebe Reformpartner, haben die Bodenhaftung und den Kontakt zu Ihren Gemeinden am Land längst verloren. *(Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen)* Sie ignorieren im Grund genommen all diese Sensorik, alle diese Eindrücke, die schon auf Sie eingestürmt sind, sie ignorieren und forcieren das wirklich, da muss ich Ihnen dazu gratulieren, Sie forcieren die absolute Endsolidarisierung Ihrer Basisfunktionäre. Sie sind nicht deswegen so angefressen, weil sie wegrationalisiert werden, sie sind angefressen, weil die Art und Weise, wie Sie das durchführen, untragbar und in Wirklichkeit undemokratisch ist. *(Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen)* Ich glaube nicht, dass ich jetzt irgendwem erklären muss, wie das Stimmverhalten der FPÖ zu diesem Tagesordnungspunkt sein wird. Es wurde in Wirklichkeit praktisch alles gesagt, in Wirklichkeit haben Sie in den letzten eineinhalb Jahren alle unsere Einwendungen, alle unsere Vorschläge, alle unsere Argumente ignoriert, nicht einmal diskutiert, besonders spannend für mich: Eineinhalb Jahre hat es hier in diesem Haus absolute Diskussionsverweigerung gegeben. Jetzt zum Schluss, wo dieses Gesetz am Tisch liegt, wollt ihr kommen und sagen: „Jetzt sprechen wir darüber weil jetzt ist es schön und gut.“ Falscher Weg, meine Damen und Herren! Sie werden das nicht wettmachen können. Vielleicht noch ein letztes Wort, weil es sehr wichtig ist, weil es ja auch die mediale Auswirkung betrifft: Ich würde vielen Medienvertretern raten, nicht nur hier in Graz, nicht nur in diesem Haus Leute zu fragen, was da draußen abgeht, geht hinaus aufs Land, auch an die Herrschaften der Reformpartner, die hier nicht direkt vom Land her kommen, gebe ich diesen Ratschlag. Geht hinaus, erkundigt euch, fragt die Leute, wie sie darüber denken und ihr werdet sehen, es wird eine Niederlage. Damit möchte ich zum Schluss kommen. Auf Grund der Tatsache, dass hier diese Leistung durchaus eine Ehrung und Würdigung verdient hat, darf ich heute hier zwei von uns in Auftrag gegebene Leibchen verteilen, ich hoffe, ich habe die richtige Größe. *(LTAvg. Samt befestigt T-Shirts mit der Aufschrift `Zwangsfusion Nein!` am Rednerpult der Landeshauptleute und Landesräte)* *(Präsident Majcen: „Ich habe die Vermutung schon gehabt, dass hier eine Geschenküberreichung stattfindet. Weil ich hier sehe, dass der Herr Samt schon alle bestellt hat, Herr Abgeordneter, bitte fahren Sie fort.“)* *(LTAvg. Mag. Dr.*

Mayer, MBL: „Es ist ja Weihnachten, Herr Präsident!“). Danke, ich bin am Ende meiner Ausführungen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit, ich appelliere noch einmal an die Vernunft der anwesenden Abgeordneten, die hier heute ein nicht demokratisches Gesetz beschließen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen – 11.18 Uhr)*.

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Sie hat uns allen weitergeholfen. Sie haben die 20 Minuten Redezeit, die ausgenützt werden hätten können als Hauptredner, glaube ich, verkürzt. Es ist die nächste Wortmeldung die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Schönleitner. Herr Abgeordneter, bitte.

LTAbg. Schönleitner (11.19 Uhr): Herr Landesrat Schrittwieser möchte, dass ihm das Geschenk abgenommen wird, sehe ich gerade. *(LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Wieso denn? Ist doch ein Nettes!“)* Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Mitglieder der Landesregierung, vor allem Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn ich gewusst hätte, dass heute sogar Geschenke verteilt werden, hätte ich vielleicht auch zwei vergoldete Schraubzwingen oder Ähnliches mitbringen können, um Sie Ihnen noch vor Weihnachten zu überreichen. *(LTAbg. Rinner: „Lass dir etwas Besseres einfallen!“)* Aber eigentlich ist dieser Tag heute - ich glaube auch im negativen Sinn, ich schicke es gleich vorweg - ein besonderer Tag im Landtag, ein gewichtiger Tag und ein Tag, der glaube ich, das Bild, das die Reformpartnerschaft vor allem in den letzten Monaten, auch in den letzten Jahren abgegeben hat, vervollkommt. So ist es. *(LTAbg. Lercher: „Deine literarischen Ergüsse kannst du weglassen!“)*. Es ist in Wirklichkeit so, Herr Landeshauptmann, Sie wissen es ganz genau, dass Sie versucht haben auch mit diesem Sonderlandtag heute und bitte, verheimlichen Sie es nicht, das gleiche gilt für den Herrn Landeshauptmannstellvertreter, dass Sie geglaubt haben, es wird im Windschatten der Regierungsbildung auf Bundesebene passieren. *(LTAbg. Mag. Drexler lacht auf)* Ich möchte mir erlauben einleitend schon in paar Dinge zu sagen, Herr Klubobmann Drexler, dass es wirklich abenteuerlich und absurd ist. *(LTAbg. Mag. Drexler: „Ihre Argumentation ist abenteuerlich!“)* Beruhigen Sie sich bitte, Sie sind nervös. *(Heiterkeit bei den Abgeordneten von SPÖ und ÖVP)* Ich weiß, Sie sind nervös wie immer in letzter Zeit, weil Sie vom Dobermann der ÖVP zum Schoßhündchen des Landeshauptmannes geworden sind, Sie kommen aus dieser Geschichte nicht mehr heraus. *(LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Ich glaube, es war eher die Nationalratswahl, die ihn so*

nervös gemacht hat!“) Es tut Ihnen leid, diese Geschichte, Sie finden keinen Weg heraus. Aber ich möchte schon noch etwas dazu sagen, zu dieser Geschichte, dass die steirischen Regierer in Richtung Wien in den letzten Tagen fürchterlich geschimpft haben. Ich glaube, das darf man im steirischen Parlament nicht ausblenden, was der Grund war. Es ist nämlich schon interessant, Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass Sie, wie diese Regierung dann gestanden ist, die ersten waren, die gesagt haben: „Mit dem haben wir alles nichts zu tun, das ist in Wien passiert, das ist ja alles unglaublich! Es gibt keine Reformen, schaut in die Steiermark!“ Bevor die Bundesregierung - und das möchte ich Ihnen nicht ersparen - in diese Verhandlungen gegangen sind, haben Sie uns versprochen hier im Landtag, Sie werden in Wien aufdrehen, Finanzausgleich in Bezug auf die steiermärkische Gemeindestrukturreform, Pflegeregress, Sie werden stark in Wien sein, der Landeshauptmann wie immer auf der BMW 250 durchgestartet: „Wir werden in Wien auftreten!“ Am Abend, Herr Landeshauptmann, wo war es, sind Sie mit Ihrem Maxi Mobile zurückgefahren, am roten Nummerntaferl ist draufgestanden: „Wieder nichts!“ Keine Kraft in Wien, das ist es, was Sie für die Steiermark gemacht haben. Gleiches auch Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, er wird schauen, dass der Finanzausgleich einmal bewegt wird, dass da einmal etwas Innovatives weitergeht. Am Abend, als es finster wurde, sind sie über den Semmering wieder mit dem leeren Rucksack zurückgeschlichen (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, *MBL*: „*Geflüchtet ist er aus der Sitzung!*“) und dann haben Sie wieder nach Wien geschimpft. Dann haben sie wieder die Starken gespielt. Wissen Sie, was ich Ihnen sage? Es hat jeder durchschaut, ich hoffe, es durchschauen auch die steirischen Medien, dass die Steiermark unter dieser Vertretung in Wien überhaupt nichts mehr zu melden hat, das ist das, was Ihnen vorweg zu diesem Tagesordnungspunkt auch mitgegeben werden muss, Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter. Es ist ja eine permanente Flucht vor der Bevölkerung, was Sie seitdem Sie die Reformen machen hier in der Steiermark de facto aufführen, Sie sind einfach nicht in der Lage. Ich glaube das wissen mittlerweile nicht nur die Kritiker der Gemeindestrukturreform, es hat ja auch andere Bereiche gegeben. Sie sind nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung auf Ihrem Weg zu Reformen mitzunehmen. Denn niemand - Kollege Samt hat es erwähnt - hat gesagt von der Opposition hier im Landtag, es soll in der Steiermark keine Reformen geben, ich möchte es nämlich ganz klar vorweg schicken: Auch Reformen dieser Reformpartnerschaft zu Beginn, wo man noch geglaubt hat, da könnte etwas zustanden kommen, wurden auch von der Opposition, teilweise von manchen Oppositionsparteien, teilweise von allen, mitgetragen. Wir haben Ihre

Verfassungsreform „Abschaffung des Proporz“ mitgetragen. Wir haben die Haushaltsreform in der Steiermark mitgetragen, wir haben die Abschaffung des Grundstücksbefreiungsgesetzes mitgetragen. Ich nenne ein paar Beispiele, weil Sie immer sagen, die Opposition wäre quasi auf Grund ihrer genetischen Eigenschaft schon gegen alles. Das ist nicht der Fall gewesen. Warum wir in diesem Fall - und das möchte ich schon erwähnen - so klar gegen diese Reformen sind, Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter, weil Sie es eben nicht geschafft haben, wie es in diesem Jahrhundert einmal das Wichtigste wäre, weil Sie stecken ja noch im vorigen Jahrhundert, wenn es um Bürgerbeteiligung geht, die Menschen mitzunehmen. Nicht nur die Funktionärinnen und Funktionäre, wie Sie immer behaupten, sind gegen Ihre Reform. Es tut besonders weh, weil dies sind Leute gewesen, die für euch Jahrzehnte draußen gerannt sind, die für euch jene Politik - seinerzeit hat es ja noch Regionalpolitik in der ÖVP gegeben, die alles ins Land hinausgetragen haben - zu denen sagt ihr jetzt: „Es sind die Funktionäre, die alles blockieren!“ Sie blenden völlig aus - das ist wirklich eine Abenteuerlichkeit - Sie blenden völlig aus, dass es in vielen steirischen Gemeinden natürlich Bürgerentscheide gegeben hat. Nicht irgendwelche Briefumfragen, sondern Herr Landeshauptmann, nach dem steiermärkischen Volksrechtegesetz, und es ist eine gesetzliche Grundlage, die genau dazu geschaffen wurde, um die Bevölkerung letztendlich einzubinden. Ihr Signal war als Landeshauptmann: „Das ist mir egal.“ Sie haben gesagt - wie Sie als Landeshauptmann in letzter Zeit nicht nur einmal sondern mehrfach entgleist sind, sind Sie auch hier verbal entgleist - Sie haben gesagt: „So lange ich Landeshauptmann bin, werde ich schon schauen, dass der Schwanz nicht mit dem Hund wedelt.“, das war die Botschaft, die Sie an die steirische Bevölkerung gegeben haben. Ja, Herr Landeshauptmann, bei der Nationalratswahl hat man dann gesehen, dass der Schwanz ziemlich stark mit dem Hund gewedelt hat. Da hat Ihre Regierung in der Steiermark nämlich noch einmal so viele Stimmen verloren wie die restlichen Parteien und das muss einmal gesagt werden. (*Beifall bei den Grünen und der FPÖ*) Sie blenden das völlig aus, das sind Ihre Signale. Dann haben Sie gesagt: „Ja sollen wir jeden Maikäfer und jeden Regenwurm fragen, wenn wir abstimmen?“ Das haben Sie auch gesagt. Wissen Sie, was ich Ihnen sage? Wenn Sie so weitermachen, wird für Sie nicht einmal irgendein Maikäfer oder ein Regenwurm wedeln, denn Sie sind letztendlich gegen die Bevölkerung in der Steiermark mit Ihrem Kurs unterwegs, die Menschen unterstützen Sie nicht mehr und das ist Ihnen viel zu spät bewusst geworden. Es wäre noch ein Stärkezeichen gewesen, Herr Landeshauptmann, ein wirkliches Stärkezeichen, wenn Sie nach dieser

Nationalratswahl das Zeichen erkannt hätten und gesagt hätten: „Wir machen Folgendes: Nicht die ganze Reform wischen wir vom Tisch“, dann hätten Sie verstanden. Sie hätten sagen sollen: „Die, die wirklich Volksentscheide haben, die freiwillig entscheiden, die geben wir in einer ersten Phase in eine Fusionslösung und jene, die viele gute Vorschläge“, und mir ist es wichtig einmal zu erwähnen, dass es viele Gemeinden gegeben hat, die gute Vorschläge gemacht haben, was Kooperationen anlangt, „jene versuchen wir in Richtung Gemeindeverbände zu bewegen, in Richtung Verwaltungsgemeinschaften um vielleicht in der Folge letztendlich nach zwei bis drei Jahren auch eine Zusammenarbeit in Form einer Fusion zu erreichen.“ Doch was Sie gemacht haben, und das ist, glaube ich, das Gravierende und das merken die Menschen in diesem Land; Sie sind verantwortlich, dass mittlerweile eine Bruchlinie durch dieses Land geht, die kontraproduktiv ist, auch dort, wo es um wirtschaftliche Zusammenarbeit geht. Erklären Sie mir bitte einmal, wie es in Schladming oben aussieht, Bürgermeister Winter ist heute da, wenn ihm seine ganzen Umlandgemeinden de facto erklärt haben: „Wenn so mit uns umgegangen wird, wir haben über lange Zeit gut kooperiert, dann wird es schwierig werden, dann sind wir nicht einverstanden, weil unsere Bevölkerung, nämlich jene, die sich für den Tourismus in der Dachstein-Tauernregion immer stark gemacht hat, letztendlich dann nicht dabei sein wird, wenn über uns drübergefahren wird.“ Es ist in Ihrer Verantwortung als Landeshauptmann und als Landeshauptmannstellvertreter, Sie sind dafür verantwortlich, dass Kooperationen de facto verhindert werden, Zusammenarbeit im positiven ökonomischen Sinn, weil Sie etwas per Zwang aufoktroyieren, von oben verordnet haben. Das können Sie nicht vom Tisch wischen. Sie kennen ganz genau die Studien von WIFO und KDZ - DI Kampus, glaube ich, sitzt irgendwo hinten, hat seinerzeit damit argumentiert, genau umgekehrt - die besagen, Fusionen haben dann einen Sinn, wenn sie de facto von der Bevölkerung breit mitgetragen werden. Wenn eine Blockadehaltung vorhanden ist, dann ist auch volkswirtschaftlich, auch ökonomisch kontraproduktiv auf diese Weise vorzugehen. Das blenden Sie völlig aus und Sie verheimlichen, dass Sie eigentlich vor fünf oder sechs Jahren genau das Gegenteil von dem gesagt haben, was Sie tun. Der Plan war festgelegt, wir haben viel investiert, finanzielle Mittel in dieses Projekt investiert. Da hat die Frau DI Kampus und die Gemeindeablehnung gesagt: „Eines wird es in der Steiermark sicher nicht geben“, ich habe es bei der vorletzten oder letzten Landtagssitzung zitiert, „es wird in der Steiermark keine Zwangsfusionen geben, wir gehen den Weg der Kooperation.“ Genau das Gegenteil machen Sie jetzt. Dann wundern Sie sich, dass Sie letztendlich die Bevölkerung auf diesem Weg verlieren. Ich möchte noch

kurz auf den Bundesrechnungshof eingehen, der wirklich, glaube ich, in einzigartiger Weise im österreichweiten Vergleich von zwei Verantwortlichen an der Spitze eines Landes hier diskreditiert wurde, hier verunglimpft wurde. Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn Sie sich hinsetzen und sagen: „Das hat ein Ferialpraktikant geschrieben bei einem Bundesrechnungshof“, und Sie kennen den Bundesrechnungshof gut, dann muss ich Sie schon fragen: Haben Sie jegliche Bodenhaftung verloren? Wenn ein Instrument der politischen Kontrolle, der sachlichen Kontrolle, auch der unabhängigen Kontrolle in einer Stellungnahme etwas vorlegt und Sie dann nichts mehr zum Sagen haben wie: „Das hat ein Ferialpraktikant geschrieben.“ Das ist wirklich, ich glaube im österreichweiten Vergleich, einzigartig gewesen. Das Gleiche: Der Herr Landeshauptmann, unlängst bei dieser ominösen pompös einberufenen Sitzung des Gemeindeausschusses, da haben Sie auch gesagt: „Na dem Bundesrechnungshof“, ich habe Ihnen noch erklärt, wie das aussieht, Herr Landeshauptmann, „ich werde ein persönliches Gespräch mit dem Präsidenten führen, weil so geht es nicht, dass man quasi dort die steirische Landesregierung kritisiert, wenn sie ein Gesetz fasst.“ Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das sagt viel über die grundsätzliche Haltung eines Landeshauptmannes aus. Sie haben nicht einmal mehr so viel politischen Anstand, ich sage Ihnen das ganz klar, dass Sie den zwei wichtigsten Kontrollgremien, die Parlamente haben - das ist der Bundesrechnungshof auf der einen Seite und der Landesrechnungshof auf der anderen Seite - irgendeinen Respekt würdigen. Sogar das ist Ihnen verloren gegangen. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer hat dann im Ausschuss gesagt: „Ich werde Sie niederreden im Landtag.“ Das können Sie jetzt heute machen, Sie werden wieder eine staatstragende Rede halten, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich kenne das bei Ihnen, Sie werden wieder sagen, was das für ein historischer Schritt ist. Historisch ist er ganz sicher. Historisch ist er gerade deswegen, weil eines mit dieser Reform noch eingespart wird, das muss man sagen, da muss man dem Landeshauptmann gratulieren, nämlich die steirische Volkspartei in ihrer Gesamtheit. Dass die Konsequenz auch aus dieser Reform ... *(Unverständlicher Zwischenruf vom Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer)* so ist es, Herr Landeshauptmannstellvertreter, in Wirklichkeit spielen Sie keine Rolle mehr, wenn es um die Absicherung der Regionen geht. In Wirklichkeit sind Sie den Zentralisierungskurs mit dem Herrn Landeshauptmann mitgefahren. Alle Anträge, die ihr gehabt habt, der weiß-grüne Weg, wo beschrieben wurde, wie wichtig der ländliche Raum ist, wie wichtig Kleinschulen sind, wie wichtig es ist, dass Strukturen am Land erhalten bleiben von hoher Qualität, alles vom Tisch gewischt. In Wirklichkeit sind Sie den

Zentralisierungskurs im Beiwagerl vom Herrn Landeshauptmann mitgefahren, Sie sind nicht ein einziges Mal für die Regionen eingetreten, und es wird Ihnen auch bis 2015 nicht mehr gelingen, von diesem Kurs herunter zu kommen. Das ist Abgehobenheit, das ist Ignoranz, es sind gebrochene Versprechen. Ich glaube, eines ist allen Parteien sehr bewusst und allen Menschen, die in der Politik sind: Das größte Problem, Herr Landeshauptmann, das wir haben, ist, dass sich die Bevölkerung von der Politik derzeit stark abwendet. Ich sage Ihnen, es ist die größte Gefahr, dass die Menschen nicht mehr zur Wahl gehen, dass sie sagen: „Wir wollen mit dem allen nichts mehr zu tun haben. Wir sind de facto abgeschnitten von den Entscheidungen.“ Das wirklich Dramatische ist, dass die Steiermärkische Landesregierung mit dem heutigen Beschluss diesen Weg in der Politik derartig einbetoniert vorangeht, dass sie nämlich die Menschen nicht einbindet. Robert Jungk, Zukunftsforscher - er hätte jetzt den hundertsten Geburtstag gehabt - hat einmal gesagt: „Wir müssen aus Betroffenen Beteiligte machen.“ Sie haben die Beteiligten vor der Türe stehen lassen, das ist Ihre Politik der letzten Jahre gewesen. In Wirklichkeit haben Sie das Gegenteil erreicht und dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die Politikverdrossenheit groß ist und damit richten Sie nicht nur den Menschen großen Schaden an sondern auch der gesamten Steiermark in ihrer Qualität im österreichweiten Vergleich. Sie reden immer von Sparen und von den konsolidierten Haushalten – volle Unterstützung, Herr Landeshauptmann, volle Unterstützung. Glauben Sie denn wirklich, dass die Steirer derartig dumm und einfach gestrickt sind, dass sie nicht durchschauen, dass in den letzten Jahren Milliarden, genau von Ihren Regierungen - Voves 1 war die Regierung, wo es so zugegangen ist - derartig verschwendet wurden? Sie haben letztendlich den Schuldenstand der Steiermark, wenn ich den ausgelagerten Bereich mitnehme, die Landesunternehmungen, haben Sie die Schulden verfünffacht in dieser Zeit. Als Sie von Klasnic übernommen haben, war es eine Milliarde, jetzt sind es ungefähr fünf Milliarden, und jetzt spielen sie den großen Sanierer. Gerade in der letzten Zeit haben Sie z. B. bei Großveranstaltungen - und ich nehme jetzt ganz bewusst die Schi-WM - den Finanzrahmen nicht eingehalten. Sie haben bei Großveranstaltungen letztendlich den gesamten Konsolidierungsbedarf der Steiermark bei einer Veranstaltung eines Haushaltsjahres, nämlich dessen des Jahres 2013, verbraucht. Das kann man doch nicht vom Tisch wischen. Es ist doch eigentlich völlig unseriös zu sagen, Sie würden irgendwo sparen. Sparen tun Sie bei der Bevölkerung, im Behindertenbereich, im Sozialbereich, da sind Sie immer die ersten, vor allem die SPÖ natürlich auch, wenn es um Regress und andere Dinge geht und Sie sagen: „Ja wir können nicht anders, wir müssen!“ Herr Landeshauptmann,

glauben Sie denn, dass hier irgendwer noch versteht, wenn Sie sagen, Sie wollen sparen? Haben Sie sich einmal überlegt, welchen Finanzblock Sie in den letzten Wochen zu tragen gehabt haben, der leider viel zu stark im Hintergrund geblieben ist? Ich glaube, da müsste man in Richtung der Medien fragen, warum das so war. Sie haben es als Beteiligungsreferent des Landes zu verantworten, dass ein dreistelliger Millionenbetrag in Mellach in den Kamin geheizt wurde. Wir, die Opposition, haben Sie davor gewarnt im Landtag, wir haben herinnen nicht nur eine Anfrage gestellt, nicht nur eine Dringliche Anfrage und haben gesagt, wenn wir das tun, wo andere Länder schon längst im erneuerbaren energietechnologischen Bereich Photovoltaik, Windenergie, unterwegs sind und wir, die das Erdgas haben, werden verlieren. Sie haben den steirischen Landesenergieversorger in seinem Wert, Herr Landeshauptmann, in den letzten Wochen de facto um einen dreistelligen Millionenbetrag gebracht. Dann sagen Sie uns noch, Sie wollen sparen? Dann gehen Sie her und sagen, wir müssen die Gemeinden einsparen, dass wir uns vielleicht ein bisschen was holen können. Ganz im Gegenteil, wenn es darum geht, die eigene Parteikasse aufzufüllen, das haben wir ja auch gesehen, haben Sie auch sofort einen Gesetzesbeschluss parat. „Gemeinde-Fünfer“, ja dann greifen wir einmal in die Gemeindekassen, damit wir uns die Parteisekretariate de facto finanzieren können, die ja an einem Mitgliederschwund leiden, der ja offensichtlich ist. Das alles haben Sie zu verantworten, und dann reden Sie von Sparen? Das ist kein Sparen, das ist eigentlich genau das Gegenteil, was passieren müsste. Eine der wichtigsten Reformen in der Steiermark, Herr Klubobmann Drexler, und jetzt spreche ich Sie einmal konkret an. Sie haben mir im vorletzten Verfassungsausschuss versprochen, Sie werden endlich dazu schreiten, nachdem es die Grünen und auch andere Parteien seit drei Jahren beantragen, die Rechnungshofkontrolle für Gemeinden unter 10.000 Einwohnern in der Steiermark zu verhandeln und in ein Ziel zu führen. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Ich habe Ihnen beim letzten Landtag eine Wette vorgetragen.“*) Ich sage Ihnen ganz ehrlich, (*LTAvg. Mag. Drexler: „Schauen Sie einmal, was Sie für eine Verantwortung haben!“*) Sie können noch so schreien, es ist so, dass keine einzige Zusage, die Sie als Obmann des Verfassungsausschusses gemacht haben, irgendwie eingehalten wurde, Herr Kollege. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Aber sicher, aber sicher!“*) Sie haben keine eingehalten. Warum sage ich das? Nämlich weil diese Kontrolle genauso wichtig wäre, für jede Pleitegemeinde, die wir in der Steiermark haben. Es sind nämlich nicht die kleinen sondern vor allem jene der mittleren, größeren, die Bedarfszuweisungsmittel (*LTAvg. Mag. Drexler: „Was reden Sie da daher, bleiben Sie bei der Wahrheit! Sie können nicht irgendetwas daherreden!“*) der ordentlich wirtschaftenden Gemeinden in diesem Land

natürlich aufbauten. Es ist ja nicht nur die Opposition, ich möchte schon auch zitieren, was in den Medien gestanden ist, weil es ist nicht nur so, ein bisschen könnte sonst der Eindruck entstehen, weil hier zwei steirische Kleinformaten besonders freudig waren, mit der Landesregierung zu kooperieren in Bezug auf die Gemeindestrukturreform. Aber in Wirklichkeit selbst diese Medien haben in letzter Zeit ganz klar – und ich glaube, das muss man Ihnen zu Gute halten – schon erkannt, dass eine Reform, die als solche bezeichnet wird, nun keine Reform ist. Es hat so kritische Fragen gegeben und ich möchte hergehen und einen Artikel aus dem Standard zitieren, Klubobmann Walter Kröpfl zitiert auch immer wieder, wie toll die Reformpartnerschaft ist. Walter Müller, im Standard: „Wie die Polit-Diven die Steirer hinhalten“ schreibt er. „Da muss irgendetwas schief gelaufen sein in der Steiermark, dass die zwei führenden Männer, die 2010 so tatendurstig angetreten sind, jetzt oft mürrisch, müde und nachdenklich wirken.“, schreibt Walter Müller. Die Abgeordneten fungieren nur noch als ausführende Organe, die Befehle werden von oben vom Landesparlament durchgewirkt. Zur SPÖ/ÖVP-Koalition hat der Grazer Ökonom Steiner, der in diesem Artikel zitiert ist, gesagt, versuchen sich zwei an der Sanierung des Landesbudgets, das sei loblich. Dies sei aber noch lange keine Reformpartnerschaft. Es fehlt ganz einfach ein Gesamtkonzept, eine klare politische oder finanzpolitische Linie, wo die Reise hingehen soll, wo die Steiermark in fünf oder zehn Jahren stehen soll. Das hat nicht Walter Müller gesagt, er zitiert den Ökonom Steiner im Standard, Herr Landeshauptmann, dann sagen Sie nicht dauernd, es ist nur die böse Opposition, die dagegen Sie vorgehen würde und die de facto dauernd in Feindseligkeit Ihre Reformen kritisieren würde. In Wirklichkeit, glaube ich, müssen wir erkennen, dass diese Strukturreform schief gegangen ist. Sie hat letztendlich das wichtigste Element, das eine Reform braucht, nicht mitgebracht, nämlich sie hat es nicht geschafft, die steirische Bevölkerung auf diesem Reformweg mitzunehmen. Die steirische Bevölkerung steht dieser Reform außerordentlich kritisch gegenüber, auch jene, die zu Beginn gesagt haben, strukturell muss etwas passieren, dieser Meinung bin ich auch, aber der gewählte Weg (*LTabg. Mag. Drexler: „Sie sind immer aller Meinung!“*) war letztendlich ein fataler. Wenn man sich die Bilanz dieser steirischen Reformpartnerschaft, Herr Klubobmann, anschaut, von vorne bis jetzt, da muss ich Sie wirklich einmal fragen, wo ist hier der große Sparansatz, wo ist hier die große Reform? Sie haben Kleinschulen zugesperrt, dann haben Sie den Bildungslandesrat auswechseln müssen, Sie haben unzählige Finanzierungsflops gehabt, ich habe Mellach als Beispiel genannt, Sie haben es nicht geschafft, das Beteiligungsmanagement, wo es um die Landesunternehmungen geht, auf die Reihe zu bringen, Sie haben fatale touristische

Privatisierungen durchgeführt, wie im Lachtal, wo Sie uns in einer Nacht fast um eine Million Euro gebracht hätten. Das sind alles nur Beispiele, in Wirklichkeit ist reformpolitisch nichts sichtbar. Ich bin fest überzeugt, Herr Landeshauptmann: Wahltag ist Zahntag. (*Landesrat Schrittwieser: „Da werdet ihr schön schauen!“*) 2015 werden die Menschen darüber urteilen, ob ihr Weg richtig oder nicht richtig war und ich werde Ihnen sagen, an diesem Tag werden Sie wirklich mit Schaudern auf das Wahlergebnis schauen. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen – 11.39 Uhr*).

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung ist die des Herrn Abgeordneten Kogler, Herr Abgeordneter, bitte.

LTAbg. Kogler (11.40 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wertere Regierungsmitglieder, wertere Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer, liebe Bürgermeister im Zuhörerrang!

Wenn heute hier in diesem Haus, und davon gehe ich aus, dass das mit der Mehrheit der beiden Regierungsparteien beschlossen wird, dieses Strukturreformgesetz beschlossen wird, erleben wir tatsächlich einen Niedergang der direkten Demokratie. (*Allgemeine Unruhe bei den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ*) (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Repräsentative Demokratie!“*) Einen Niedergang der direkten Demokratie insofern, es gibt natürlich eine repräsentative Demokratie aber ich spreche konkret von der direkten Demokratie und ich kann Ihnen Beispiele zeigen, z. B. im Bezirk Weiz in der Gemeinde Reichendorf, wo sich bei 88 % Wahlbeteiligung 95 % der Bevölkerung gegen eine Fusion ausgesprochen haben, (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Dafür!“*) (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Zuhören bitte!“*) dagegen, gegen eine ausgesprochen haben. Wenn Sie meinen, das ist eine Politik für mich, geschätzte Damen und Herren, die eine Marke herstellt, Regieren gegen das Volk, das sind konkrete Beispiele. (*Beifall bei der FPÖ*) Wenn ich noch weiter eingehen darf, in der Gemeinde Reichendorf - hören Sie gut zu - gibt es einen Verschuldungsgrad von 0 %, keine Darlehen, positiv, (*LTAbg. Khom: „Keine Darlehen?“*) keine Darlehen, das hat der Herr Bürgermeister auch ganz klar festgelegt, und da fragt man sich schon und berechtigterweise die Bevölkerung, warum und wieso soll das passieren? Geschätzte Damen und Herren, das ist nur beispielhaft, natürlich gibt es auch viele andere Gemeinden, speziell die Bezirke Südoststeiermark, Hartberg-Fürstenfeld, sind sehr stark von Fusionen betroffen. Natürlich hat es hier sehr viele Bürgerbefragungen gegeben, wo man sich auch darüber hinweggesetzt hat.

Auch zu dem Vorwurf, uns gegenüber der FPÖ, wir verweigern unsere Reformen, geschätzte Damen und Herren, Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich stehe da vor Ihnen, Sie haben mich das letzte Mal zitiert, auch der Herr Abgeordnete Kogler hat in seiner Gemeinde für eine Fusion gestimmt, aber was war uns wichtig? Es hat eine Volksbefragung stattgefunden und ich habe immer gesagt, von Anfang an: Wenn eine Mehrheit für eine Fusion gegeben ist, werden wir auch zustimmen. Das ist unsere Linie und wir sind keine Reformverweigerer, wir sind konstruktive Kräfte in diesem Haus. *(Beifall bei der FPÖ)* Es würde auch wirklich - und das ist auch von der Gemeindeinitiative und von vielen Bürgermeistern in der Südoststeiermark aufgezeigt worden - es würde auch wirklich andere Möglichkeiten geben wie beispielsweise die Zusammenarbeit von Gemeindeverbänden, dies sollte wirklich auch forciert werden und nicht torpediert werden. Wir müssen wirklich die Reise mit den Menschen, mit der Bevölkerung gehen. Nur dann können wir, glaube ich, liebe Kollegen, auch eine nachhaltige Zukunft in diesen Gemeinden sicherstellen. Mit einer Drüberfahrstrategie wird es langfristig sicher nicht gut gehen. Es wird nicht zum Ziel führen, denn eine echte Erneuerung braucht eine Partnerschaft und zwar eine Partnerschaft mit den Bürgern, mit den Gemeindeverantwortlichen und nicht durch zwei selbsternannten Fürsten in diesem Land. *(Beifall bei der FPÖ)* Man darf nicht gegen die Bürger, sondern gemeinsam mit ihnen gestalten. Geschätzte Damen und Herren, ein kleiner Sidestep - der Kollege Samt hat es auch schon angesprochen: Ich habe mich maßlos geärgert gestern über die Kleine-Zeitung-Online. Diese Befragung der Kleinen Zeitung, wo vermittelt wurde, eine große Mehrheit spricht sich für die Gemeindefusion aus. Ich habe mir dann das genau angeschaut, von wo die Befragten gekommen sind, die meisten aus Graz. Da würde ich gerne das gleiche anstoßen: Bitte ihr von der Kleinen Zeitung, fährt hinaus in die Regionen, fährt hinaus in diese Gemeinden, die direkt betroffen sind von Fusionen, fährt hinaus in die Bezirke, nur dann werden Sie die tatsächliche Wahrheit erfahren. *(LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Da waren tausende Wortmeldungen aus der Steiermark!“)* *(Beifall bei der FPÖ)* Ich weiß schon, dass Sie diese Berichterstattung verteidigen, das ist mir schon klar. Zur Stellungnahme des Rechnungshofes auch, und wie viele Stellungnahme auch eingegangen sind, ich habe mir das natürlich sehr genau durchgeschaut. In vielen Stellungnahmen, und das war vom Kollegen Böhmer eine Gemeinde, der Kollege König aus Rabenwald hat natürlich auch seine Argumente eingebracht und das sind wirklich teilweise berechnete Argumente. Da wurde darauf hingewiesen, dass teilweise die Auskunftspflicht nicht gewährleistet wurde, das sind andere Fakten, die rechtliche Situation. Natürlich wird das genau angeschaut werden, die

rechtliche Situation, und ich hoffe doch sehr, dass das im Bundeskanzleramt nochmals genau betrachtet wird, die Einflüsse oder die Aussagen des Rechnungshofes in dieser Stellungnahme auch ernst genommen werden und ich gehe davon aus, dass heute dieser Beschluss gefasst wird. Ich appelliere nochmals an die Abgeordneten, an ihr Gewissen auch, ich persönlich fühle mich als Abgeordneter für die Gemeinden, für die Menschen draußen vor Ort und bin glücklicherweise keinem Zugzwang unterlegen und ich kann Ihnen sicher sagen, dass wir dieses Strukturreformgesetz, diesen Beschluss heute nicht mittragen. Ich appelliere nochmals an die Kollegen von SPÖ und ÖVP, sich das Ganze noch einmal ganz genau zu überlegen, um den Bürgen auch vor Ort in die Augen schauen zu können. Danke. (*Beifall bei der FPÖ – 11.46 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Detlef Gruber. Herr Abgeordneter, ich bitte dich.

LTAbg. Detlef Gruber (11.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren im Auditorium!

Es ist immer so, wenn der Kollege Schönleitner zum Rednerpult geht, dann gibt er mir ein Stichwort für meinen Einstieg. Hast du auch diesmal wieder gemacht - ich bedanke mich dafür - als du gesagt hast, dass unsere Herren Landeshauptleute anders reden würden, wenn sie über den Semmering zurückkommen als sie dort sprechen. Da hat schon ein anderer, ein in diesem Jahr sehr oft geehrter Literat und eigentlich unser Dichter, vieles dazu gesagt. Ich meine jetzt den Peter Rosegger und geschätzte geeinte Reformverweigerer: Für manche ist die Strukturreform so ähnlich wie in der Erzählung „Als ich das erste Mal auf dem Dampfwagen saß“, (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Bitte, was hast du für einen Vergleich!“*) die erste Begegnung seines Paten mit der Eisenbahn und er gemeint hat, sie sei ein Kind des Teufels. So meine Herren ist es sicherlich nicht. Die Strukturreform ist meiner Meinung nach ein Meilenstein in der Geschichte des Landes. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Das vergleichst du jetzt aber nicht mit dem Peter Rosegger!“*) Zumindest - Herr Kollege Mayer, zu dir komme ich noch - zumindest in diesem Ausmaß, wie die vereinigten Reformverweigerer jene erfolgversprechenden Maßnahmen immer zerreden müssen oder wollen, (*LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Na geh!“*) werde ich nicht anstehen, diese zukunftsorientierte Gemeindestrukturreform aus tiefster Überzeugung mitzutragen.

(Beifall bei der SPÖ und ÖVP) Es ist nicht die parteipolitische Motivation, die im Hintergrund steht, meine Damen und Herren, es ist vielmehr die Erfahrung, die aus langjähriger, jahrzehntelanger Tätigkeit resultiert und das Erkennen, dass es notwendig ist, einfach Kurskorrekturen vorzunehmen. Unsere Gemeinden sind wahrlich sehr, sehr gut aufgestellt und wir können stolz sein darauf. Das ist auch ein Ausdruck der jahrzehntelangen Arbeit einerseits, der verantwortlichen auf Seiten der Landesregierung natürlich aber auch von den vielen Bürgermeistermeisterinnen- und Bürgermeisterkollegen, die teilweise auch hier sind. Unser Land ist in den letzten Jahrzehnten wirklich zum Erstrahlen gelangt, aber diese Strukturen, die wir alle geschaffen haben, die infrastrukturellen Einrichtungen und die Bauten zu erhalten und zu sanieren ist eine andere Aufgabe. Die werden wir nur dann erledigen können wenn wir uns vereinigen, wenn wir gemeinsam neue Chancen entwickeln, neue Finanzen vielleicht auf tun können, auf die werde ich später noch eingehen. Herr Kollege Mayer, Sie haben gestern in Ihrer Pressekonferenz über eine Vereinigung der Selbstautonomie gesprochen, das erklärt sehr vieles. Die Selbstautonomie - meines Wissens ist Autonomie die Selbstverwaltung – die Selbstverwaltung, die Sie da nennen, das ist nämlich das, was Sie wollen, Opposition zum Selbstzweck zu machen, das ist genau Ihre Geschichte. *(LTAvg. Amesbauer, BA: „Das ist nicht sehr einfallsreich, Herr Kollege, langweilig!“)* *(LTAvg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Das ist österreichisches Bundesverfassungsgesetz!“)* Autonomie ist wichtig, meine Damen und Herren, und das ist die eine Seite. Es ist die Autonomie, Herr Klubobmann, Sie können später kommen und sprechen, es ist kein Problem. Die Autonomie ist uns wichtig, das ist die eine Seite, aber wenn man sie sich nicht mehr leisten kann, muss man neue Wege beschreiten oder bereit sein, neue Wege zu beschreiten und sie zu erhalten, aber in geänderter Form. Wieso sprechen Sie einem Gemeinderat, der demokratisch gewählt wurde, das Recht auf Entscheidungen ab? Wieso tun Sie so etwas, das ist für mich etwas Unerklärliches. Wieso verlagern wir vielfach die Entscheidung auf eine Ebene, wo Menschen mit Budget, mit mittelfristigem Finanzplan, überhaupt nichts zu tun haben *(LTAvg. Amesbauer, BA: „Was? Das ist der einzige Bürgermeister!“)* und die werden dann entscheiden darüber, das wird ein bisschen schwierig werden. *(Unverständlicher Zwischenrufe von den Grünen)* Ja, Herr Kollege Schönleitner, Frau Kollegin Jungwirth, Sie sprechen von schlechtem Stil. Warum haben Sie nicht in der Phase, wie wir monatelang oder weit mehr als ein Jahr lang versucht haben, alle ins Boot zu holen, wieso haben Sie da nicht konstruktiv Ihre Vorschläge gemacht? *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* *(LTAvg. Ing. Jungwirth: „Ja, weil es dir immer egal war!“)* Sie haben immer

wieder eingefordert die Landesregierung möge möglichst eine Landkarte vorlegen und wie sie da war, haben Sie gesagt: Na so wollen wir sie nicht haben. So schaut es aus. Dagegen sein kann natürlich auch zum Hobby werden, ist schon klar. Wenn die lieben Freunde von der KPÖ von der Zerschlagung der Infrastruktur sprechen, dann muss ich widersprechen, das hat ungefähr dieselbe Qualität wie die Aussage der Kollegin Jungwirth, es ist leider eben nicht so. (LTAbg. Klimt-Weithaler: „Geschlossene Schulen, geschlossene Spitäler, was ist das, Detlef?“) Liebe Claudia, ein Beispiel: Ich habe so viele Mails bekommen in der letzten Zeit, das war hervorragend. Ich habe alle gelesen und habe mich natürlich Gott sei Dank per Internet schlau gemacht. Was man da alles erfahren kann, das ist wirklich toll. Genau dort kommen wir jetzt hin. Ich sage jetzt keinen Namen einer Gemeinde, weil es einfach so ist: „Wir sind dagegen!“, ich verstehe das, aus persönlichen Motivationen einzelner handelnder Personen ist das erklärbar. Da ist eine Gemeinde, die einen über sechs Seiten langen Brief schreiben, warum sie nicht dafür sind, für die Vereinigung, ich gehe dann auf die Homepage, schaue mir das Satellitenbild an und sehe dann zu meinem Erstaunen, wenn man auf den Button Bildung klickt, Kindergarten in der neuen Gemeinde, Volksschule in der neuen Gemeinde, Neue Mittelschule in der neuen Gemeinde. Leben wir irgendwo anders? Das ist ja jetzt schon Realität und dann sind wir dagegen in einer Gemeinde von 700, 800 Einwohnern. Das sind Realitäten, die Sie teilweise verweigern. Es tut mir leid, solche Sachen sagen zu müssen. (LTAbg. Amesbauer, BA: „Sie verweigern die Demokratie!“) Diejenigen, die die Demokratie so einfordern, treten sie meistens mit den Füßen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP) Wenn Sie nicht zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Amesbauer, dass drei Viertel der Vertreter hier in diesem Hause eine Meinung haben und Sie mit einem Viertel eine andere Meinung haben, (LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Sie respektieren unsere nicht!“) wenn das demokratisch ist, wenn Sie so reden, dann soll es demokratisch sein. Das ist Ihr Empfinden und nicht unseres. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP) Dort, wo sich die Damen und Herren in den Gemeinderäten das sich wirklich zu Herzen genommen haben und auch die Chance ergreifen wollten, die diese Strukturreform bietet, da bilden sich Synergien, die ungeahnt sind. Allein in unserem Bereich - mein Kollege, ehemaliger Nationalratsabgeordneter Hannes Zweytick, mit dem wir sehr gut zusammenarbeiten - sind wir bei der genauen Analyse unserer Gemeinden, ohne dass wir irgendwelchen Liegenschaften den Verkaufspreis geben, zu einem Einsparungspotential pro Jahr von 170.000 Euro gekommen - 170.000 Euro - die wir der Bevölkerung für sinnvolle Projekte verweigern. So kann es doch nicht sein, dass man da einfach so drüber schaut. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP) Wir haben die Chance in dieser

Strukturreform in der Gemeindestrukturreform, die Raumordnung neu zu denken. Ein ganz, ganz wesentliches Anliegen. Wie oft haben wir in diesem Haus gesprochen, wie zergliedert und zerstückelt unser schönes Land ist. Diejenigen, denen das ernst ist, werden das auch machen, wir werden so die Steiermark auf neue, gesunde Beine stellen können. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Die Siedlungsentwicklung, meine Damen und Herren, ist uns ein großes Anliegen. Nur in dieser Kleingliedrigkeit können wir das in den nächsten Jahrzehnten nicht so bedienen, Baulandausweisungen, und und und. Eine verbesserte Einleitung der Gewerbe- und Industriegebiete, nicht alles im Kleinen, ich weiß, wovon ich spreche als Bürgermeister von einer Gemeinde mit 450 Einwohnern. Meine Damen und Herren, geben Sie diesem Gesetz, das wohl durchdacht, lange vorbereitet, ausreichend diskutiert wurde, die Chance. Stecken Sie alle ihre Kräfte in die Umsetzung dieser Möglichkeiten, die uns dieses Gesetz gibt. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Abänderungsantrag einbringen. Da sich nämlich seit dem Ausschusstag am 11. der vergangenen Woche einige Gemeinden noch zu Beschlüssen bewegt haben, freiwillig natürlich, ist eh klar: *(LTAbg. Schönleitner: „Ja, ja!“)* *(Heiterkeit bei den Abgeordneten der Grünen)* Marktgemeinde Deutschfeistritz und die Gemeinden Großstübing, Dobl und Zwaring-Pöls, Edelsgrub, Langegg bei Graz und Nestelbach bei Graz und Geistthal und Södingberg. Auch eine Namensänderung ist da enthalten in diesem Abänderungsantrag, den ich ersuche anzunehmen. Abschließend möchte ich mich ganz, ganz herzlich bedanken bei der Abteilung, bei Frau Mag. Kampus, bei den Hofräten Wlattnig und Kindermann für die Schaffung der neuen gesetzlichen Bedingungen und bei allen, die im Anhang daran so gewissenhaft gearbeitet haben, dass wir die Gemeinden der Steiermark in Zukunft besser aufstellen können. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.57 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke auch für diese Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Murgg. Herr Abgeordneter, bitte.

LTAbg. Dr. Murgg (11.58 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vor allem ein herzliches Glückauf an die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Gemeindeinitiative, an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und vielleicht auch, ich weiß es nicht, unter Anführungszeichen – „normale Gemeindebürgerinnen und -bürger“ -, die

heute hierher mitgekommen sind aus den Gemeinden, die mit diesem Gesetz zwangsfusioniert werden sollen.

Ich möchte versuchen ein wenig darauf einzugehen, warum die KPÖ gegen dieses Gesetz ist und eigentlich auf die Folgen, die durch dieses Gesetz für viele Gemeinden. Wir haben heute, Schönleitner, Kogler, Samt, alle Vorrednerinnen und Vorredner der Opposition sind auf die demokratiepolitischen Dinge hauptsächlich eingegangen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Ich möchte ein bisschen auch auf das eingehen, was in diesem Gemeindeausschuss vor einer Woche diskutiert worden ist. Da sind ja vom Herrn Landeshauptmann, aber auch vom Landeshauptmannstellvertreter aus Ihrer Meinung Fakten gesagt worden, warum man eben diese Strukturreform machen sollte. Vorneweg: 86 oder sind es jetzt 89 oder 80, es hat sich ein bisschen was verändert, ich weiß es nicht genau, werden oder sollen heute ohne Gemeinderatsbeschluss fusioniert werden. Dazu muss man aber sagen, es hat ja darüber hinaus zig Gemeinden gegeben, wo es gegenteilige Volksbefragungen gegeben hat und wo aber die Gemeinderäte sich über das Ergebnis dieser Volksbefragungen hinweggesetzt haben. Das kann man nicht oft genug sagen. Die KPÖ ist ja bekannt als Reformverweigerer. Ich werde dann ein paar Beispiele bringen, ich sage: Ja, in diesem Punkt bekennen wir uns dazu, Reformverweigerer zu sein. Ich sage Ihnen auch, warum Sie viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Gemeinderäte von kleinen Gemeinden letztlich dazu gebracht haben, hier Gemeinderatsbeschlüsse auf das Tablett zu bringen, obwohl eine Bürgerbefragung dagegen war oder, obwohl es gar keine gegeben hat und wenn es eine gegeben hätte, sie auch dagegen gewesen ist. Warum war das? Weil Sie diesen Bürgermeistern Dinge versprechen und die das in die Gemeinde hinaustragen, ungefähr so: „Nein, es wird eh alles besser“, und passieren wird im Wesentlichen nichts. Wir werden unsere Kindergärten behalten und unsere Schule, unser Abfallwirtschaftszentrum, außerdem bekommen wir mehr Geld. Das sind alles teilweise Lügen. Ich werde Ihnen Beispiele für diese Lügen bringen. Das ist einmal der erste Punkt. Herr Landeshauptmann, Sie haben in diesem Ausschuss vor einer Vorwoche gesagt: „40 bis 50 Millionen Euro sollen jährlich“, da waren Sie ganz besonders stolz, „nicht einmal, sondern jährlich, nicht eingespart“, das darf man Ihnen nicht vorwerfen, das sagen Sie nie, dass das eingespart wird, sondern das sind Synergieeffekte, das wird umgeschichtet. Davon haben alle was. Warum? Sie argumentieren, dass diese 40 bis 50 Millionen in der Vergangenheit für den Haushaltsausgleich vieler Gemeinden, die Abgangsgemeinden waren, verwendet worden sind. Jetzt gibt es bis 2016 zumindest für viele Gemeinden, die ja mehr Ertragsanteile bekommen, dadurch einen besseren Finanzausgleich und die

Abgangsgemeinden verringern sich. Ich komme dann zu einem Beispiel, und deswegen hat man das Geld sozusagen für die Gemeinden zur Verfügung. Das Geld ist ja bisher genauso in die Gemeinden geflossen. Das waren nicht Abgangsgemeinden, aber die haben es ja nicht in den Kanal gesteckt, die haben vielleicht ein Volkshaus gebaut oder eine Schule und da haben sie Schulden aufgenommen und deswegen sind sie eine Abgangsgemeinde. Das ist ja nicht so, dass diese 40 bis 50 Millionen bisher nicht für die Gemeinden verwendet wurden. Dann haben Sie, Herr Landeshauptmann, von den Synergien gesprochen und da haben Sie ein Beispiel gebracht – ich habe es aufgeschrieben, nein ich weiß es schon – Baierdorf-Anger. Da gibt es jetzt einen Kindergarten in der Gemeinde und ein Gemeindeamt wird in der Gemeinde sein und die Schule in der anderen Gemeinde und so wird das alles schön aufgeteilt. Ich bin jetzt mit Baierdorf-Anger - Naintsch kommt da glaube ich, auch dazu – nicht so, sage ich einmal, auf Du und Du, aber ich habe den schweren Verdacht – einen Verdacht habe ich nicht, das ist Realität – da hat es drei oder vier Gemeindeämter gegeben und eines wird übrig bleiben. Vielleicht hat es bisher ja nur einen Kindergarten gegeben in diesen Gemeinden. Mein Verdacht ist, es hat möglicherweise zwei gegeben und einer kommt weg und den bekommt jetzt eine Gemeinde. Wir haben Beispiele, wo das so war. (*Landesrat Mag. Schickhofer: „Da kommt eine Kinderkrippe rein. Das weiß ich, da wohne ich. In das Gemeindeamt kommt ein Kindergarten rein. Da geht meine Tochter. Das sage ich als Bürger.“*) Wie viele Kindergärten haben Sie den in den Gemeinden gehabt? Ich sage Ihnen ein anderes Beispiel. (*Landesrat Mag. Schickhofer: „Eine Kinderkrippe kann dadurch errichtet werden. Das ist super.“*) Ich habe nichts gegen Kinderkrippen. Nur, wenn es vorher zwei gegeben hat und jetzt haben wir nur mehr eine ... (*Unruhe bei der SPÖ und ÖVP*) Ich komme jetzt aber zu einem Beispiel, das mit dem zusammenhängt, wo ich mich auskenne. Erwähne, Beispiel „Kleine Zeitung“, die uns das dankenswerterweise schon vor fast einem Jahr präsentiert hat. Das war diese Gemeindestrukturreform um Birkfeld. Da hat der Bürgermeister von Birkfeld und auch Bürgermeister von anderen Gemeinden klipp und klar gesagt: „Naja gut, die Gemeindeämter kommen sowieso weg, aber von den drei Kindergärten wird es halt nur mehr zwei geben“, zum Beispiel. Und da kenne ich zig Beispiele und das wird den Menschen vorher nicht gesagt. Herr Landeshauptmannstellvertreter hat in diesem Gemeindeausschuss gesagt: „120 Millionen BZ-Mittel, Bedarfszuweisungen.“ Das war ungefähr so: „Der Betrag, der halt auf die Gemeinden jetzt mit diesem Finanzausgleich ausgeschüttet wird, das ist jetzt alles viel besser, weil diese 120 Millionen werden jetzt auf weniger Gemeinden ausgeschüttet.“ Das ändert in der Realität ja überhaupt nichts, weil die

Köpfe der Gemeindebürgerinnen und –bürger, der Steirerinnen und Steirer, die diese 120 Millionen dann indirekt kassieren, weil für sie etwas getan wird, da ändert sich ja nichts. Da haben halt vier Gemeinden vorher zusammen zehn Millionen bekommen und jetzt bekommt halt die große Gemeinde dieses Geld, aber die BZ-Mittel werden ja nicht mehr und die Köpfe, die diese BZ-Mittel oder für die etwas getan wird, die ändern sich nicht. Das ist auch eine Milchmädchenrechnung. Und jetzt komme ich zu dem besonderen Beispiel, wo ich eben auch sagen möchte, dass wir bereits ein Versuchsobjekt länger beobachten können, wo diese, wo ihre prophetischen Versprechungen sich ins Gegenteil gewendet haben. Das ist die fusionierte Gemeinde Trofaiach mit Gai und mit Hafning, so quasi ein Homunculus dieser Gemeindestrukturreform. Da ist der Bürgermeister von Trofaiach freiwillig, sage ich einmal, vorgeprescht und das ist schon seit dem 1. Jänner 2014 fusioniert. Zuerst mit Regierungskommissär und dann hat es eine Wahl gegeben. Das ist eh für Sie zu Recht in die Hosen gegangen. Vielleicht wird es dort in den anderen Gemeinden dann auch noch so sein, das wünsche ich Ihnen in der Ost- und Weststeiermark. Aber schauen wir uns jetzt Trofaiach einmal an. Ertragsanteile: Ich habe mir das da rausgeschrieben von 2007 bis 2014. 2007 war es 52, 2008 56, 2009 48, 2010 48, 2011 ist es wieder raufgegangen auf 52, warum ist es da untergegangen? Weil da war natürlich die sogenannte Finanzkrise, die die Ertragsanteile sinken hat lassen. Wir wissen nicht, wie sich das weiter entwickeln wird. Viele sagen - ein interessantes Buch, das ich Ihnen übrigens empfehlen kann, vom Wolfgang Streeck: „Gekaufte Zeit“ - also jeder von uns weiß, dass dieses Aufschieben mit heißem Geld, dass ja irgendwann die Blase platzen wird und wir müssen damit rechnen, dass dieser gesamte Finanztopf, wenn eine neue Krise wieder aufbricht, wieder zurückgehen wird. Aber was war jetzt? Jetzt sind die Ertragsanteile tatsächlich 2012 auf 54 gestiegen und dann auf 91 und 93. Das ist schon die fusionierte Gemeinde. Wenn man die alten Gemeinden Gai und Hafning dazuzählen würde, wären es 7,5, knappe acht Millionen gewesen. Also tatsächlich ein Mehr, das ist klar, das ist eine Folge der Gemeindefusion. Aber Sie wissen genau, und das haben wir heute schon gehört, dieser Finanzausgleich geht bis – jetzt haben sie in ein Jahr verlängert – bis 2016. In der letzten Budgetsitzung des Trofaiacher Gemeinderates habe ich schon gehört vom Finanzdirektor, es wird jetzt in der Steiermark eine Zweckgemeinschaft - so heißt das, 10.000 Einwohner – gebildet. Weil es natürlich jetzt schon - jetzt sage ich „dämmert“, aber das Wort verwende ich gar nicht - aber ich sage jetzt auch, einen nicht sehr gut Betroffenen dämmert es schon, dass in 2016 das mit den 10.000 weg sein wird, weil die anderen Bundesländer werden sich das ja nicht gefallen lassen, dass auf ihre Kosten dort sozusagen

der Finanzausgleich - das weiß du, lieber Kollege Dirnberger, genauso - angezapft wird. (*Landeshauptmann Mag. Voves: „Was haben wir uns gefallen lassen müssen durch die Kleinstrukturierung?“*) Das müssen Sie sich selber fragen. Sie machen ja die Finanzausgleichsverhandlungen. (*Landeshauptmann Mag. Voves: „Was haben wir 40 Jahre akzeptieren müssen!“*) Herr Schönleitner hat es Ihnen ja eh gesagt, wie Sie mit dem BMW rausfahren und mit dem Moped zurückkommen. Ich hätte mir das erspart, aber jetzt sage ich es noch einmal: Den Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen. Also, so wird es mit dem Finanzausgleich ausschauen. Demokratie, wir sind die Demokratie. Detlef Gruber hat gesagt: „Wir wissen, wo die Demokratie zuhause ist.“ Du hast es auf die ÖVP hauptsächlich gemeint, du hast das Beispiel gebracht, weiß ich, aber das gilt ja für uns und für die Grünen auch, und die eigenen Leute, Bürgermeister sind ja eh alle, ich möchte alle – ich zitiere es nicht, weil ich habe es eh im Kopf – ich möchte einen klugen Kopf, um beim Kopf zu bleiben, von euch zitieren, und das war Manfred Kainz, weil der ist nämlich finanzmäßig völlig unabhängig und der hat euch ausgerichtet, was ihr von Demokratie hält. Ihr radiert die Demokratie, dort wo sie wirklich noch mit dem Bürger auf Du und Du ist, aus. Die vielen Hunderte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, die um Gottes Lohn arbeiten verschwinden heute und werden mit einem kleinen Körpergeld - jetzt wird es von 84 Euro auf 120 Euro erhöht, das darf man, 1,5 % des Nationalrates - sozusagen geködert. Auch in Trofaiach, wo früher über 50 Gemeinderäte waren, sind jetzt 31. Im Übrigen kostet das - du weißt das eh als Bürgermeister, Kapitel 0, Bezüge der Organe, - jetzt mehr als vorher. Klar wirst du sofort sagen: „Die Bürgermeisterbezüge-Erhöhung“, aber auch, Lambert Schönleitner hat es gesagt, ist ja eine direkte Folge der Gemeindefusion. Weil man hat natürlich den Bürgermeistern ein Körpergeld irgendwie geben müssen, dass man halt den einen oder anderen, wo es eh schon brennt, weil die Bevölkerung Druck macht, mit seinem Gemeinderat auf die richtige, in eurem Sinne, Seite ziehen wollte. Jetzt komme ich zur Infrastruktur. Das ist wirklich in dem Zusammenhang mein Lieblingsprojekt. Auch hier, der Homunculus, neue Gemeinde Trofaiach: Abfallwirtschaftszentrum in Hafning und Gai geschlossen. Wirtschaftshof in Gai und Hafning geschlossen. Gemeindeämteraußenstellen, wie es vorher versprochen wurde – bleibt sicher, ein klares Versprechen abgegeben worden vom Bürgermeister Abel und seiner SPÖ, die Gemeindeämter werden als Außenstelle in Gai und Hafning sicher erhalten bleiben. Was ist ein halbes Jahr später passiert? Vorgestern oder Vorvorgestern war es im Gemeinderat: Außenstellen Gai und Hafning geschlossen. Die Schule ist schon länger geschlossen dort im Laintal, kann man sagen, hätte mit der Gemeindefusion nichts zu tun,

aber ist auch ein Ausfluss Ihrer segensreichen Regionalpolitik. Das gebe ich den vielen, die da sitzen und zuhören mit hinaus. Tut auf eure Infrastruktur aufpassen und glaubt nicht, was ihr vielleicht von Gemeinderäten und Bürgermeistern hört. Die sagen, es wird alles bleiben. Nichts wird bleiben oder vieles wird nicht bleiben, weil natürlich irgendwo, und so steht es auch in dieser Joanneumsstudie drinnen, die wir ja vor einem Jahr ungefähr hier ausgeteilt bekommen haben, dass man durch Infrastruktursynergien auch Mittel freispielen will. Und das heißt natürlich, dass man dort oder da eine Infrastruktur auflässt. Ich wollte vorher fragen Detlef, du wirst dich vielleicht noch einmal zu Wort melden und mir dann sagen, du hast gesagt: „170.000 oder 117.000?“ 170.000, glaube ich (*LTA*bg. *Detlef Gruber*: „170!“) ist bei euch freigespielt worden, ohne dass irgendetwas verkauft worden ist, nehme ich an, auch nicht zugesperrt wurde – kommt vielleicht erst - aber das, was ihr da freigespielt habt, nehme ich an, hätte man auch machen können, ohne dass man die Gemeinden fusioniert. Ich nehme an, das war ja Kooperation (*LTA*bg. *Detlef Gruber*: „Nein!“) gut, du sagst Nein, du wirst es uns dann erklären, weil dazu bekennen wir uns nämlich, zu dieser Zusammenarbeit mit den Gemeindeverbänden, zu Kooperation, zu Regionext und zu all diesen Dingen. Aber ich glaube, da braucht man keine Zwangsfusionen. Jetzt will ich noch zu dem Ausschuss noch einmal zurückkommen. Ich habe jetzt die Presseaussendung nicht da, die die selige Reformpartnerschaft über uns ausgeschüttet hat, möchte ich fast sagen, wo Sie irgendwie sagen – wo habe ich es aufgeschrieben – im Ausschuss haben wir angeblich keine substanziellen Fragen gestellt. Also ich muss sagen, das, was ich zu Kohlberg beispielsweise gefragt habe, oder zu Stanz, das war meiner Meinung nach sehr substanziell. Ich möchte jetzt was anderes sagen: Ihr habt keine substanziellen Antworten gegeben. (*Beifall bei der KPÖ, den Grünen und der FPÖ*) Jetzt bin ich bei der Stanz. Dort ist mir gesagt worden vom Herrn Landeshauptmann und auch von Frau Doktorin Kampus: „Naja die Stanz das war eigentlich eine Überlegung von dem dortigen Bürgermeister und das hätte überhaupt nie dazugehören sollen und deswegen haben wir die Stanz ziehen lassen.“, gleich nach diesem gewaltigen Bürgerprotest eine selbstständige Gemeinde. Dann frage ich mich schon, warum dort die Frau Doktorin Kampus, auch mit anderen Beamten des Landes aufmarschiert ist und wirklich unter großem Druck versucht hat, die Bürger dort zu überzeugen, in einer Bürgerversammlung, wo es hart auf hart gegangen ist, doch bei dieser Fusion mitzumachen. Da hätte man ja gleich sagen können: „Leute, das wollen wir ja sowieso nicht, weil das war eine Idee von einem Bürgermeister, das brauchen wir nicht, wir lassen euch eh in Frieden.“ Also, offenbar stimmt da vieles nicht zusammen. Wir bekommen immer wieder, Sie und ich und wir alle Mails

zugesendet von betroffenen Bürgermeistern. Ich habe unlängst eines bekommen vom Bürgermeister von Petersdorf II, gehört noch zur Südoststeiermark, wird dann, wenn es nach dem Willen der Reformpartner geht, bei Graz-Umgebung sein, Herr Löffler, ich weiß nicht, ob er da ist. Wenn er da sein sollte, auch ein herzliches Glückauf an Sie. Ich schreibe immer zurück, was ich allen diesen Bürgermeistern und Protestschreibern schreibe, ich sage, die einzige Sprache, die die Reformpartnerschaft verstehen, sind die Gemeinderatswahlen und die Landtagswahlen 2015. Rufen Sie, und wenn Sie schon hundert Jahre bei der ÖVP und SPÖ waren, rufen Sie auf, dass diese Parteien dort nicht mehr gewählt werden, weil dann Voves und Schützenhöfer diese Sprache verstehen werden. Ich bin dann eigentlich schon am Ende. Ich werde mich vielleicht noch einmal melden. Werde sehen, wie die Diskussion weitergeht. Sie werden wahrscheinlich fragen: „Was machen wir jetzt?“ Heute wird es beschlossen werden, da brauchen wir kein großer Prophet sein. FPÖ, Grüne und KPÖ werden dagegen sein. Die sogenannten Reformpartner werden dafür sein, eine große Mehrheit, aber in den Regionen schaut es anders aus. Gut, was machen wir? Ich würde Sie wirklich bitten, dort wo es Chancen hat, gehen Sie zum Verfassungsgerichtshof, wir und auch die anderen Oppositionsparteien werden im Rahmen unserer Möglichkeiten das alles unterstützen, aber eines kann ich versprechen, ich habe die große Hoffnung, dass nach 2015 in diesem Haus SPÖ und ÖVP - vielleicht sind sie mit einem Mandat noch darüber - aber es könnte auch die Chance bestehen, dass sie zusammen keine Mehrheit zusammenbringen. Wir werden alles tun, sollten wir in diesem Hohen Haus wieder vertreten sein, im Rahmen unserer Möglichkeiten, dass mit anderen Kräften viele dieser Dinge wieder rückgängig gemacht werden, denn es ist nichts in Stein gemeißelt. *(Beifall bei der KPÖ)* Das fängt bei den Schließungen der Spitalsabteilungen, von Schulen und auch von den Gemeindefusionen an. Wer heute so tut als wenn alles, was einmal beschlossen wird, so bleiben muss, der argumentiert in eine Richtung, dass man heute vielleicht noch 60 Stunden am Tag arbeiten müsste. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 12.18 Uhr)*

Präsident Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Erwin Dirnberger.

LTAbg. Dirnberger *(12.18 Uhr):* Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Regierungsmitglieder, geschätzte Kolleginnen und

Kollegen Bürgermeister, ob jetzt nicht Befürworter oder Befürworter, werte Beamtenschaft und werte geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Plenum!

Ja, es ist wahrlich eine historische Sitzung, diese Sondersitzung des Landtages mit einem sehr sehr sensiblen brisanten Thema und es ist verständlich, dass die Opposition natürlich alle Register zieht, die nur auf der Negativseite sind und dass sie natürlich überhaupt nichts Positives sieht. Das ist durchaus verständlich, ist auch in deren Form in mehreren Sitzungen ja schon abgehandelt worden. Ist ja nicht das erste Mal, dass wir dieses sehr brisante Thema hier behandeln und wesentlich Neues ist nicht dazugekommen. Ich erlaube mir aber trotzdem, ein bisschen einen Rückblick zu tätigen. Das Ganze hat natürlich, ich bezeichne es einmal so, mit einem Paukenschlag begonnen nach der Landtagswahl 2010, wie dann plötzlich verkündet wurde: „Wir stellen die Steiermark neu auf“ Beginnend von der Landesregierung, über Landtag, über Verwaltungsreform, Budgetsanierung und auch die Gemeinden sind betroffen. Das war vorher ein Tabu-Thema, ein totales Tabu-Thema. Man hat sich die Struktur angeschaut und die Landesverantwortlichen - in dem Fall SPÖ und ÖVP - namentlich Landeshauptmann und Landeshauptmannstellvertreter haben gemeint: „Eigentlich sind wir sehr kleinstrukturiert, obwohl dort tolle Arbeit geleistet wird, aber um die Gemeinden quasi zukunftsfit, (*LTA*bg. *Amesbauer*: „*Enkelfit!*“) wie es so schön heißt, zu machen, müssen wir eine gewisse Veränderung herbeiführen.“ Das Ziel ist ja lebensfähige Gemeinden zu erzielen und da beginnt schon die Diskussion heftig: Was ist eine lebensfähige Gemeinde? Mit welcher Infrastruktur? Mit welcher Größe? Wie viel Einwohner? Wie viele eigene Einnahmen? (*LTA*bg. *Amesbauer*, *BA*: „*Direkte Demokratie!*“) Ist eine Gemeinde, die einen finanziellen Abgang jährlich hat, auch eine lebensfähige Gemeinde, usw.? Da könnte man genüsslich diskutieren, wäre wahrscheinlich auch eine Landtagssitzung wert. Da hat man den Prozess eingeleitet mit einem Leitfaden u. dgl. und dementsprechenden Informationsveranstaltungen, das ist natürlich unterschiedlich aufgenommen worden, auch akzeptiert worden, aufgegriffen worden. Manche haben gesagt, dass sie sich das gut vorstellen können und manche haben sofort die und die Schwierigkeiten gesehen und haben eher die Mauer gemacht. Aber, ich muss auch feststellen, dass es durchaus nicht nur Gegnerschaft bei den Bürgermeistern und Gemeindefunktionären gegeben hat, sondern auch sehr sehr positive Rückmeldungen, denen es viel zu lange gedauert hat, dass es eigentlich viel rascher gehen sollte, dass man gar nicht so viel fragen sollte, sondern manche waren sogar der Meinung, ein Plan gehöre aufgelegt, der präsentiert und darüber abgestimmt werden sollte. Ist nicht mein Zugang. Ich bin durchaus sehr froh, dass dieser Diskussionsprozess so

stattgefunden hat. Es ist vollkommen richtig: Die Bevölkerung soll, damit es funktioniert, mitgenommen werden. Die Frage können wir jetzt natürlich wieder diskutieren: Wie? In einer verpflichteten Volksbefragung oder kann man es in einer anderen Form machen? (LTAvg. Schönleitner: „Direkte Demokratie kann man nicht diskutieren, die muss man verstehen!“) Ja, wir haben sie in dieser Form nicht. Wir haben uns sehr genau die Beispiele in Dänemark angeschaut. Wie sind es die angegangen? Dänemark ist aus meiner Sicht die radikalste Form und kein Vorbild für uns. In Deutschland, in der Schweiz haben wir das auch sehr genau betrachtet. Dort ist die direkte Demokratie natürlich bei jeder Entscheidung mit dabei, ob in der Kommune, im Kanton oder auf Bundesebene und auch von Kanton zu Kanton unterschiedlich. (LTAvg. Schönleitner: „Du sprichst dich gegen die direkte Demokratie aus!“) Nur man muss schon dazu sagen, dort entscheidet der Bürger bei jeder Entscheidung mit, nicht nur bei Gemeindefusionen, sondern auch wenn Investitionen getätigt werden, wenn eine Schule gebaut wird, wenn ein Kindergarten gebaut wird. (LTAvg. Schönleitner: „Also, dagegen kannst du nichts sagen!“) Ein wesentlicher Unterschied zu uns ist, dass es in der Schweiz eigentlich viel mehr direkte Steuern gibt, ungefähr 50 % werden direkt von den Gemeinden dort eingehoben. Das ist der wesentliche Unterschied zu uns, wir bekommen die Finanzmittel in den Kommunen zu 70, 80, ja über 90 % aus dem Finanzausgleich. Dort ist natürlich dann der Bürger in den Entscheidungen mit dabei. Brauchen wir diese Infrastruktur, dann müssen wir auch mehr Steuern zahlen. Will ich weniger zahlen, gibt es weniger Infrastruktur, das ist ein ganz wesentlicher Unterschied. Auch z. B. im Bundesland Kanton Glarus hat die Gesamtbevölkerung über diese Struktur abgestimmt. Das wollen wir natürlich in der Steiermark in keiner Weise, dass die Grazer genauso mit abstimmen, ob die Gemeinde X oder Y fusioniert wird. Dass die Opposition, habe ich schon erwähnt, diese Problemfälle aufgreift, genau das diskutiert, ist für mich vollkommen verständlich. Ganz egal wäre es in die andere Richtung gegangen, dass wir jetzt nicht ... ich glaube konkret sind es jetzt 306 freiwillige Beschlüsse, (LTAvg. Samt: „Stimmt doch nicht!“) wären es nur 50 oder 40 würde genau im Gegenzug der Vorwurf kommen: „Versagt, nichts zustande gebracht!“ (LTAvg. Schönleitner: „Hat der Gemeindebund irgendwann eine Position in dieser Frage eingenommen? Hat der Gemeindebund irgendwann einmal eine Stellungnahme dazu abgegeben?“) Eigentlich hätte das wesentlich weiter gehen müssen. Kollege Lambert Schönleitner, warum bist du heute so aufgeregt? Du kannst heute eh noch einmal rausgehen. (LTAvg. Schönleitner: „Du hast verschlafen, die Gemeinden zu vertreten und das müssen wir jetzt büßen!“) Zu dem komme ich noch. Natürlich hat es vorher

Informationen gegeben in unterschiedlichen Formen, ausgehend von Informationsveranstaltungen, von Briefen usw. von den Landeshauptleuten, von den Beamten über die Medien bis hin zu den Abgeordnetenkollegen, für die natürlich das auch eine dementsprechende Herausforderung war. Im Jänner 2013 ist es dann vorgeschlagen oder präsentiert worden, dass es in Zukunft 288 Gemeinden geben soll und wie du richtig sagst, für uns als Gemeindebund eine Riesenherausforderung. (LTAvg. Amesbauer, BA: „Der Österreichische Gemeindebund ist nach wie vor dagegen!“) Der Österreichische nicht, im Österreichischen hat es nie einen Beschluss gegeben gegenüber dem Steirischen. Lieber Kollege Amesbauer, der Österreichische, das ist die Meinung von Präsident Mödlhammer, aber der österreichische hat keinen Beschluss gefasst. Wir in der Steiermark aber sehr wohl. Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich jedes Thema, ob im Sozialbereich oder in einem anderen, möglichst sachlich zu betrachten versuche und ich war auch bei dem Thema sehr vorsichtig, weil ich weiß, welche Emotionen da ausgelöst werden, welche Sensibilität das hat. Natürlich war die Frage für uns: Wie gehen wir mit diesem Thema um? Aber wir haben dann oft diskutiert und wir haben gemerkt, es gibt Pro und Gegnerschaft. Die Pro – Befürworter – waren eben im Vorstand des Steiermärkischen Gemeindebundes immer bei jeder Abstimmung die Mehrheit. Nur die Mauer automatisch zu machen und nicht in die Tiefe zu schauen, das ist für mich zu wenig. Jetzt schlagartig, natürlich mit dieser Diskussion Gemeindestruktur, sind die Gemeindeverbände natürlich das Allheilmittel geworden. Vorher eher wenig Bewegung, wenig Freunde, punktuell ja, hervorragende Ergebnisse. Die meisten haben gesagt: „Um Gottes Willen, schon wieder eine neue Struktur. Was wird da los sein? Zusätzliche Verwaltung usw.“ Natürlich jetzt, wie man gesehen hat, das könnte sich in die andere Richtung bewegen, hat man natürlich die Verbände ernster genommen – ich bezeichne das jetzt einmal so - aber wir wissen alle und ich liste jetzt nicht alle Probleme auf, die in den Verbänden entstehen, aber wir haben das sehr rasch bemerkt, dass selbst jetzt keine wirklich konkreten Aufgaben vielfach definiert werden. Im Verband zusammenzuarbeiten heißt, Kompetenzen abtreten, Entscheidungen auf Verbandsebene zu hieven, aber trotzdem noch immer eine Zustimmung im Gemeinderat zu fassen und das macht das Ganze natürlich wesentlich schwieriger. Auf der einen Seite, jeder kleinen usw. Gemeinde natürlich auch mitzuteilen, die sind wichtig und ohne die gibt es keine Zukunft in der Steiermark, aber gleichzeitig bei Raumordnung, Gesetzen und anderen Dingen zu sagen: „... aber Entscheidung habt ihr keine draußen.“ Bebauen dürfen wir nicht, wir zersiedeln alles u. dgl., das finde ich unfair. Und was bei den Verbänden ein wesentlicher Punkt ist, dass alle

Aufgaben, die dort erledigt werden, mit 20 % Mehrwertsteuer belastet werden und das ist natürlich ein Problem, das zwar auf österreichischer Ebene versucht wird abzustellen, aber bis jetzt nicht gelungen ist. Wir schauten uns auch die anderen Bundesländer an und so haben wir uns - weil du Präsident Mödlhammer angesprochen hast - auch Salzburg angeschaut. Salzburg hat aktuell 47 % der Gemeinden, die bis 2.500 Einwohnerzahl haben. Bis 5.000 sind es 35 %. Wir in der Steiermark haben 2.500 Einwohner 55 % und von 2.500 bis 5.000 29 %. Das heißt, im unteren Bereich haben wir noch etwas mehr Gemeinden, im Bereich von 2.500 bis 5.000 etwas weniger, aber nach der Reform. Das heißt, mit der Reform sind wir durchaus vergleichbar mit Salzburg und ich glaube auch, in Salzburg, von der Topografie usw. vergleichbar, nicht von der Gesamtgröße, von der Einwohnerzahl, gibt es auch ein Vereinsleben, gibt es auch ein Gemeinschaftsleben. Wenn ich mit Präsident Mödlhammer unter vier Augen spreche, dann sagt er, er hat eine optimale Gemeindegröße mit 4.000 Einwohner, noch überschaubar, auch verwaltungsmäßig sehr gut handelbar und was natürlich dazukommt, eine wunderbare Lage in Salzburg Stadt Umland, eine tolle Finanzkraft und damit bin ich beim Finanzausgleich. Nur weil in der Steiermark von 5 auf 15 Gemeinden die Einwohnerzahl über 10.000 steigt, wird die 10.000er Staffel sicher nicht abgeschafft. Aber es ist eine zentrale Forderung, dass diese 10.000er Grenze fällt, aber da bin ich nicht Feuer und Flamme, weil das bedeutet zwar, dass wir alle ein bisschen mehr Geld bekommen, das heißt aber auch, die anderen österreichischen Gemeinden unter 10.000 Einwohner bekommen mehr. Und wir wissen, dass unsere Kopfquote im Vergleich zu Salzburg, im Vergleich zu Vorarlberg und im Vergleich zu Wien mit der Stadt Graz wesentlich höher ist und wenn dort die 10.000er fällt, nehmen wir wieder ein bisschen mehr aus diesem Topf heraus. Und wenn das kommt, ist keine Finanzmasse mehr, was wir vehement einfordern, frei für Regionen, die ganz stark von Abwanderung betroffen sind und wo es wirklich notwendig wäre, ganz gezielt den Gemeinden unter die Arme zu greifen. Das ist der große obersteirische Raum und auch die Südoststeiermark, aber ich glaube genauso die Weststeiermark betroffen, dort sind wir gefordert, dass wir über den Finanzausgleich zusätzliche Mittel in diese Richtung bekommen, egal ob für die Kleinstgemeinde oder die über 10.000 Einwohner. Das ist die große Herausforderung. Nach dem wir als Gemeindebund mehrheitlich dieses Fusionsthema nicht so aufgegriffen haben, ist es für mich auch verständlich gewesen, dass es eine Gemeindeinitiative gebildet hat, die sich da sehr engagiert hat. Ich verstehe es auch, wenn da Bürgermeisterkollegen 20 Jahre, 30 Jahre aktiv sind, die Gemeinderäte das gut in Schuss haben, sehr gute Arbeit leisten, dass die frustriert sind und sagen, dass sie sich dagegen

wehren, sich formieren und gemeinsam auftreten. Das ist mir sehr sehr klar. Die Forderung der Gemeindeinitiative war am Tisch, Zweidrittelmehrheit beim Beschluss im Gemeinderat und eine verpflichtende Volksabstimmung. Da ist die Schwierigkeit die, sobald ich dieses Instrument verpflichtend einführe, kann es natürlich auch sehr leicht als Verhinderungsinstrument verwendet werden. Warum soll eine Bevölkerung aus einer Gemeinde mit einer guten Finanzkraft dafür stimmen, damit sie ein, zwei Gemeinden mit einer schlechten Finanzausstattung dazu nimmt? Ist fast unmöglich. So manches Gebilde würde dann in keiner Weise funktionieren. Warum solle ein große Gemeinde eine kleine dazu nehmen, wo riesen Flächen von Straßen usw. dazukommen? Also hier ist das dann sehr leicht zu emotionalisieren. Selbst wenn die Bürgermeister dafür sind, kann die Opposition sofort versuchen das aufzugreifen und sagen: „Da kann ich punkten, da emotionalisiere ich, da nehmen wir nur die Negativthemen.“ Wir wissen alle: Etwas verhindern ist wesentlich leichter, als etwas umzusetzen. Das ist glaube ich, uns alle bewusst. Nachdem immer die Kritik gekommen ist - heute aber noch nicht - dass meine Gemeinde nicht betroffen ist, weil ich habe es mir ja gerichtet ist immer gekommen, keiner von den Abgeordneten ist betroffen, was ja bei Gott nicht stimmt, mindestens die Hälfte unserer Abgeordneten auf der ÖVP und SPÖ Seite sind auch von dem Prozess betroffen. Selbst die Gemeinden gehen in manchen Fällen auf, also die Abgeordnetenkollegen, die Bürgermeister sind - Karl Lackner ist ein Beispiel, dem seine Gemeinde wird fusioniert und er wird sicher nicht mehr Bürgermeister sein, haben wir uns auch in unserer Kleinregion „Mittleres Kainachtal“ mit diesem Thema beschäftigt. Leider war keine Bereitschaft da zur Fünfer-Lösung, da wäre eine 11.600 Einwohner Gemeinde entstanden. Unabhängig davon hat die Nachbargemeinde Söding gemeint, dass sie sich das trotzdem anschauen und wir haben es uns angeschaut. Ich glaube, dass, wenn es eine Bereitschaft gibt, ein optimaler Prozess wäre, wie wir es gemacht haben. Das war ein Glück, dass alle Oppositionsparteien auch mit im Boot waren. Da kann ich dir schon sagen, da kann man nicht so reinheizen, wie du versuchst. Da musst du damit sachlich konstruktiv umgehen, du musst Rücksicht nehmen, ja selbst in dieser Steuerungsgruppe, die wir in beiden Gemeinden eingerichtet haben, wo alle Parteien vertreten waren, muss man bei der Terminfindung aufeinander Rücksicht nehmen, damit der dabei sein kann bei der Diskussion. Und nach dem der Prozess vor einem guten Jahr eingeleitet worden ist, konkret ist er dann vor einem Dreivierteljahr in die heißere Phase gekommen, haben wir mindestens zehn Sitzungen durchgeführt mit Begleitbesprechungen usw. Wir haben dann eine Analyse gehabt bei den Finanzen, ganz wichtig alles offenlegen, transparent: Wie schauen alle anderen

Geschichten aus, wie schaut es mit dem Personal usw. aus? Und dieses haben wir natürlich dann auch der Bevölkerung bekannt gegeben und eine Befragung durchgeführt. Erfreulicherweise ist es in meiner Gemeinde dazu gekommen, dass 74,2 % zugestimmt haben und in der Nachbargemeinde 55 %. (*LTabg. Schönleitner: „Das ist okay, wenn wir abstimmen!“*) Genau das Gegenteil war aber bei der Nachbargemeinde Krottendorf auf der anderen Seite zu beobachten, wie das aufgekommen ist, das Thema Gemeindestruktur. Was war die erste Reaktion? Bürgerbefragung! Ein paar emotionale Themen, die einen haben Schulden – wir haben Gott sei Dank keine. Sofort ist gefragt worden, ohne eine Analyse durchzuführen, was auf uns zukommt, mit der Emotion gespielt: „Wollt ihr freiwillig fusionieren, wollt ihr selbstständig bleiben, wollt ihr euch zerteilen?“ Na klar, herausgekommen ist eine Mehrheit dagegen. Ich muss aber fairerweise dazusagen, das sind bei uns Gemeinden, die von Reformprozessen nicht betroffen waren, weil sie selbstständig, lebensfähig und natürlich auch Zuzug haben, ein nicht unwesentlicher Faktor. Bei uns in St. Johann ist die Prognose fast 30 % Zuzug bis 2030, das ist erfreulich. Geht aber meistens zulasten anderer Gemeinden und anderer Regionen. Natürlich ist immer bei diesem Gemeindestrukturprozess aus der Sicht, das jeweilige einzelne Thema ganz entscheidend. Sind es bei einem die hohen Schulden der Nachbarn, ist es die Größe usw., da kann man jetzt unzählige Beispiele aufzählen, aber natürlich ist auch die Frage immer gekommen, was es uns bringt. Das Land soll sagen, was es uns bringt. Natürlich ist das nicht möglich gewesen. Wenn keine Bereitschaft zum Mitarbeiten ist, dass man da wirkliche Fakten auf den Tisch legt, kann man nichts erarbeiten. Das haben wir selbst gesehen. Die Landesbeamten haben uns nicht sagen können, wie das in den einzelnen Angelegenheiten aussieht. Man muss schon selbst mitarbeiten mit externer Unterstützung. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Ihr habt ja immer das Gespräch verweigert!“*) Wer? So ist es gestern zu guter Letzt auch für uns eine historische Sitzung gewesen, für die beiden Gemeinden Söding und St. Johann Köppling, wir haben eine gemeinsame Gemeinderatssitzung durchgeführt, die Nachbargemeinde Söding hat einstimmig dafür und in meiner Gemeinde, mit einer Stimme dagegen, dafür. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Somit gibt es jetzt 306 – bleiben wir einmal dabei – mehr oder minder freiwillige Beschlüsse in der Steiermark und es wird ab 01.01.2015 287 Gemeinden geben. Diesen Prozess hat es in meiner Gemeinde schon zweimal gegeben. Im 47er Jahr, da sind alle vier Gemeinden zwangsweise zusammengelegt worden und im 67er Jahr, da sind weitere drei Kleingemeinden dazugekommen. Da war es bei zwei ein Zwang und bei einer freiwillig. Also, das ist an sich nichts Neues. Die Geschichte wiederholt sich mit ein bisschen anderen

Vorzeichen, aber im Grundsätzlichen ist es das Gleiche. Aber es ist gestern kein Jubel ausgebrochen. Das war eine Sachentscheidung, und das ist schon etwas Bewegendes. Aber wir wissen, dass die Arbeit erst jetzt anfängt. Ich appelliere an alle Konstellationen, wenn man auch keine Begeisterung hat, das Jahr 2014 zu nutzen; Zu nutzen, alle diese Themen, Fragen usw. aufzuarbeiten, damit es möglichst reibungslos ab 01.01.2015 funktioniert. Jetzt kommt es: Manch einer fragt mich: „Warum tust du dir eine freiwillige Fusion an?“ Warum tue ich mir das wirklich an? In meiner Gemeinde habe ich begonnen mit 29 % Zustimmung, nach fünf Wahlen bin ich bei 74 %. Mehr geht glaube ich nicht mehr. Aber ich traue mir zu, die nächste Wahl in meiner Gemeinde hätte ich wieder gewonnen. Jetzt tue ich mir den Prozess, die Arbeit an. Ganz etwas Neues, was eine riesengroße Herausforderung ist. Warum machen wir es? Weil wir, glaube ich, nicht kurzfristig, sondern mittel- und langfristige denken und eine neue Gemeinde aufstellen wollen mit 4.000 Einwohner, die den Zukunftsaufgaben besser bewältigen kann für unsere Jugend. Nicht für mich selber, weil ich bin auch langsam in Richtung Ausscheiden unterwegs. Genauso soll man im Land denken und das sehe ich beim Landeshauptmann und Landeshauptmannstellvertreter, der Landesregierung und auch bei uns im Landtag größtenteils gegeben. In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung, auch wenn es für die einen oder anderen eine schmerzliche Entscheidung bedeutet und ich für die Emotionen durchaus Verständnis habe. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.39 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hannes Amesbauer.

LTAbg. Amesbauer (12.40 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, geschätzte Bürgermeister, geschätzte Zuseher!

Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus. Meine Damen und Herren, heute erleben wir wahrhaft keinen Glanztag und keine Glanzstunden dieses Hohen Hauses. Wir erleben auch keinen großen Tag der Demokratie in diesem Land. Vor allem der hochgelobten repräsentativen Demokratie. Die Abgeordneten von Rot und Schwarz haben das Ansinnen heute, gleich mehrere Verstöße gegen die Demokratie, mehrere Verstöße auch gegen die Verfassung durchzuführen. Zum einen gibt es einen Verstoß gegen das demokratische Prinzip. Es gibt einen Verstoß gegen das rechtsstaatliche Prinzip. Es gibt einen Verstoß gegen das Recht auf Selbstverwaltung und es gibt einen Verstoß gegen den

Gleichheitssatz, meine Damen und Herren. Das sind die Systemprinzipien unserer Bundesverfassung. Was habe ich zuerst gesagt? Ja der Verstoß gegen das demokratische Prinzip. Meine Damen und Herren – Volksbefragungen - es ist ja schon schlimm genug, dass Sie keine Volksbefragungen von sich aus eingeleitet haben und das als verbindliches Element, oder Volksabstimmungen als Grundlage für Fusionen überhaupt herangezogen haben. Nein, Sie ignorieren auch abgehaltene Volksbefragungen. Sie ignorieren die rechtlichen Möglichkeiten des Volksrechtegesetzes. Wenn es Gemeinden gibt, die mit 97 % oder mehr, um jetzt die Gemeinde Ganz als Beispiel zu nehmen, gegen eine Fusionierung stimmen und das wird von Ihnen ignoriert, das wird vom Tisch gewischt. Bitte, dann brauchen wir von Demokratie nicht mehr sprechen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* (LTAbg. Detlef Gruber: „Wie viele Einwohner sind da in Ganz?“) Das rechtsstaatliche Prinzip, das angesprochen wurde, meine Damen und Herren, vielfach bei vielen Fusionen keine klar erkennbaren Kriterien dargelegt und selbst Kriterien und Ziele dieses Zwangsgesetzes an sich treffen oft nicht zu. Selbst Kriterien, die Sie in diesem steirischen Strukturreformgesetz normiert haben, halten Sie in vielen Gemeinden nicht ein, meine Damen und Herren. Das muss man Ihnen auch sagen. Also, in vielen Gemeinden ist die Nachbargemeinde das einzige Kriterium, noch wichtiger wird in vielen Gemeinden wahrscheinlich die richtige Parteifarbe der Bürgermeister haben, meine Damen und Herren. Der Verstoß gegen das Recht auf die Selbstverwaltung, meine Damen und Herren, der Gemeinden als Gebietskörperschaften, das ist eklatant. Kollege Dirnberger hat ja vorher so gemeint, was der österreichische Gemeindebund ... das ist nicht von Belang für die Steiermark. (LTAbg. Mag. Rinner: „Es gibt keinen Beschluss!“) Ich glaube, die Steiermark gehört auch zum österreichischen Gemeindebund und der Herr Mödlhammer ist ja der Präsident und ein Parteifreund von dir und den möchte ich kurz zitieren, was er sagt zu dem Recht auf Selbstverwaltung, lieber Kollege Dirnberger. Zitat des Gemeindebundpräsidenten Helmuth Mödlhammer: „Wer an der Gemeindeautonomie rüttelt, ist kein Reformier, sondern ein Zerstörer und ein Brandstifter an der Grundmauer des Föderalismus und der Demokratie“, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Das hat jetzt nicht der Amesbauer gesagt, das hat der Mödlhammer gesagt: „Verstoß gegen den Gleichheitssatz.“ Die Fusionen widersprechen in vielen Bereichen dem Sachlichkeitsgebot, meine Damen und Herren, da eben keine sachlich nachvollziehbaren Gründe herangezogen werden. Das ist politische Willkür, das ist Willkür des Landesgesetzgebers. Das kann man nicht einfach so hinnehmen. Abgesehen davon, dass auch andere durchaus praktische Gründe oder wichtige Gründe wie z. B. die Finanz- und

Haushaltsentwicklung der Gemeinden explizit nicht berücksichtigt wurde in vielen Fällen, oder auch Fragen der Raumordnung explizit nicht in ausreichender Form berücksichtigt wurden, meine Damen und Herren. Also, man kann es erkennen, dass das Ganze verfassungsrechtlich schon ziemlich höchst bedenklich ist und auf wackeligen Beinen steht. Es gibt sogar namhafte Juristen, die sprechen wörtlich von Verfassungswidrigkeit. Aber es ist ja mehrfach schon angekündigt worden, dass auch der Gang zu den Gerichten beschritten wird. Wir vertrauen auf den Rechtsstaat und wir können uns als Freiheitliche nicht vorstellen, dass dieses Gesetz, wie Sie es hier heute beschließen wollen, in allen Punkten halten wird. Das kann ich mir nicht vorstellen. Meine Damen und Herren, die FPÖ ist nicht gegen Reformen der Gemeindestruktur. Das hat Kollege Samt dargelegt, das hat Kollege Kogler dargelegt und das legen wir als freiheitlicher Landtagsklub seit Jahren hier in diesem Haus dar, dass wir nicht gegen Reformen sind. Ja, Gemeindefusionen können Sinn machen – können - müssen aber nicht. Aber was spricht dagegen, wenn man eine ordentliche Kosten-Nutzen-Rechnung anstellt, eine ordentliche aufklärende Information für die Gemeinderäte aber vor allem auch der Bürger. Diese Gesprächsverweigerung, die wir hier erlebt haben in diesem Land, ist ja sensationell. Es wird zwar immer gesprochen von Hunderten Gesprächen, aber die Wahrheit sieht meistens anders aus. In meinem Bereich, in meiner Gemeinde hat es ein einziges Gespräch auf Beamtenebene auf der Bezirkshauptmannschaft gegeben. Ein Einziges, da ist nie wieder darüber gesprochen worden. Nach dem man auseinandergegangen ist, man will das eigentlich so nicht, hat es nie wieder ein Gespräch gegeben. Bevor jetzt wieder von einem Kollegen der ÖVP der höhnische Zwischenruf kommt, dass der Amesbauer in seiner Gemeinde für die Fusion gestimmt hätte: Ja das habe ich gemacht! (*LTabg Mag. Rinner: „Bravo, man kann nur gescheiter werden!“*) Selbstverständlich habe ich das gemacht, aber in meiner Heimatgemeinde, in allen vier Gemeinden hat es eine Volksbefragung gegeben. Die Bürger haben sich für die Fusion ausgesprochen und das akzeptieren wir als Demokraten. Das würden wir uns aber auch von euch hier im Landtag wünschen, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ und der KPÖ*) Der Bürger muss das letzte Wort haben und ich glaube, wenn man Gemeinden, wenn man das klar analysiert, die Kosten-Nutzen aufstellt, die Vor- und Nachteile gegenüber stellt, die Bürger einlädt mitzugestalten und man kommt darauf: „Ja das macht Sinn für unsere Region, ja dann profitieren wir davon, dann haben die Bürger einen Vorteil, das ist kein Nachteil für die Region. Wir können wachsen, wir können stärker werden, wir können uns im gemeinsamen Verband als Gemeinde neu entwickeln und neu erfinden“, und das dann den Bürgern vorlegt

zu einer Befragung, ja meine Damen und Herren, da wird ja kein vernünftiger Mensch dagegen stimmen. Aber es geht immer um das Wie: Wie transportiert man was? Ist es eine Zwangsmaßnahme, eine Zwangsbeglückung oder holt man die Bürger ins Boot und überzeugt sie von der Richtigkeit und der Notwendigkeit? Das Problem ist halt, dass in vielen Gemeinden diese Notwendigkeit einerseits nicht gegeben ist und andererseits die Richtigkeit nicht gegeben ist. Also tatsächlich wurden ja in vielen Gemeinden, ich würde behaupten in einem Großteil der betroffenen Gemeinden, lediglich allgemeine Überlegungen zu den Fusionen angestellt, ohne jedoch die Sinnhaftigkeit einer Zusammenlegung im Einzelfall genau zu prüfen. Genau um diese Einzelfallprüfung geht es. Wie kann man sich sonst erklären, dass wir jetzt in Zahlen wissen und kennen und uns bekannt ist seit Kurzem, dass ohnehin nur 14 Gemeinden überhaupt freiwillig der Fusion zugestimmt haben? Weil dem großen Freiwilligkeitsmärchen, dem möchte ich jetzt auch ein bisschen die Zähne ziehen, denn das stimmt ja so nicht. Auch vieler jener Gemeinden, die heute nicht hier beschlossen werden im Zwangsfusionsgesetz, haben ja keineswegs freiwillig fusioniert, in dem Sinne, dass einerseits die Bevölkerung eingebunden wurde, das hat es in vielen Gemeinden nicht gegeben. Es hat lediglich Gemeinderatsbeschlüsse gegeben und auch, wo es Gemeinderatsbeschlüsse gegeben hat, muss man schon auch sagen, dass hier massiv mit Druck gearbeitet wurde, eigentlich mit finanziellen Gründen. Das kann man auch Erpressung nennen solche Taktiken, solche Argumente, dass man sagt: „Ja ihr müsst auf euren Haushalt schauen, ihr seid abhängig von dieser Fusionsprämie“, wo einige standhafte Bürgermeister wirklich löblicherweise gesagt haben, dass sie für 50.000 Euro ihre Gemeinde nicht verscherbeln. Das ist Haltung, meine Damen und Herren, das ist Charakter, aber nicht das, was Sie da fabrizieren. *(Beifall bei der FPÖ und KPÖ)* Sehr geehrte Damen und Herren, die Willkür geht ja noch weiter. Es wird darübergefahren mit der Dampfwalze, die ich symbolisch heute auch am T-Shirt trage. Die Bürger müssen sich identifizieren mit der Gemeinde, das ist wesentlich. Sie müssen eine Verbindung haben zu der Gemeinde. Aber da bekommt man heute eine Abänderung hingeknallt, fünf Minuten vor der Landtagssitzung bei den Gemeinden Wartberg, Veitsch und Mitterdorf - Markus Zelisko, gut zuhören! Das ist ja sehr interessant. Die Bürger hat man dort nirgendwo gefragt. Die haben nur gestritten um den Namen und jetzt wird die Gemeinde Wartberg, Veitsch und Mitterdorf – hätte Wartberg-Veitsch heißen sollen, auch nicht besonders originell - aber jetzt steht drinnen die Gemeinde heißt Marktgemeinde St. Barbara im Mürztal. Meine Damen und Herren, wollen Sie Menschen auch noch demütigen? Das ist ja lächerlich. Sind das dann Babarinnen? Markus

Zelisko, normalerweise kannst du aus moralischen Gründen gar nicht mitstimmen. Das gibt es ja gar nicht. (*LTAbg. Zelisko: „Herr Kollege Amesbauer, du weißt aber schon, dass der Name aus der Bevölkerung kommt!“*) Über kurz oder lang ... meine Redezeit ist abgelaufen, vielleicht melde ich mich noch einmal. Aus der Nationalratswahl haben Sie nichts gelernt, meine Damen und Herren. Heute wird von SPÖ und ÖVP, von den Abgeordneten hier die direkte Demokratie mit Füßen getreten. Heute werden wesentliche Bausteine der Bundesverfassung missachtet. Heute ist ein schwarzer Tag für die Gemeinden. Heute ist ein schwarzer Tag für Steiermark. Heute ist ein pechschwarzer Tag für das Hohe Haus, für den Landtag Steiermark. (*Beifall bei der FPÖ – 12.51 Uhr*)

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Christopher Drexler.

LTAbg. Mag. Drexler (12.51 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber auch geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer hier bei uns im Zuschauerraum oder auch im Internet!

Ich finde es sehr erfreulich, dass diese Debatte so breiten Zuspruch oder so breites Interesse findet, und es ist kein Geheimnis, dass in unseren Zuschauerraum glühende Gegner der Reform sitzen, aber auch beherzte Befürworter der Reform sitzen. Das, Herr Kollege Amesbauer, ist schon Zeichen unserer vitalen Demokratie, in der wir uns befinden. Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil Kollege Schönleitner heute – ich glaube es war Schönleitner – wieder gesagt, dass er ein ganz bemerkenswertes Argument gefunden hat: Wir hätten den Sonderlandtag zur Beratung und Beschlussfassung des Steiermärkischen Gemeindestrukturreformgesetzes deswegen beantragt, um im Windschatten oder unbemerkt von der Öffentlichkeit, weil heute die Bundesregierung im Nationalrat sich erklärt, also unbemerkt hätten wir heute listigerweise einen Sonderlandtag beantragt, damit keiner von dem Beschluss etwas mitbekommt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen eines: Sonderlandtag deswegen, weil wir wissen, dass das eine historische Reform ist, weil wir wissen, dass das eine umstrittene Reform ist. Weil wir wissen, dass das ein Herzstück der Politik der Reformpartner ist und weil wir sicherstellen wollen, dass es eine ausführliche parlamentarische Debatte über diese Reform gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und irgendwer - ich glaube es war Dr. Murgg - hat sich beschwert, dass wir kritisiert hätten, dass der letzte Mittwoch so ereignislos vorübergegangen

ist. Ja, Herr Dr. Murgg, als wir vergangenen Mittwoch im Gemeindeausschuss dieses Gesetz diskutiert haben, hätte ich mir mehr an Debatte erwartet. Ich hätte mir nämlich erwartet von den Freiheitlichen, von den Grünen, auch von Ihrer Fraktion, der KPÖ, dass man nicht nur mit irgendwelchen Beiträgen in Regionalzeitungen, irgendwelchen Beiträgen bei Pressekonferenzen, sondern auch in der zuständigen Ausschusssitzung Fragen stellt, diskutiert, Kritik übt und nicht nach 1 ½ Stunden nach Hause geht und so tut als wäre nichts gewesen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ein weiteres Argument, möchte ich Ihnen schon sagen. Wenn ich vorhin dem Kollegen Amesbauer zugehört habe, darf ich Ihnen vorweg eines sagen: Wissen Sie, Herr Kollege Amesbauer, wenn Sie über Verfassungsgrundsätze sprechen und wenn Sie die Demokratie und die Verfassung hier in einer Wortmeldung bearbeiten, ist es ungefähr so, wie wenn ich über den Almkataster oder dem Maiswurzelbohrer rede, das muss ich Ihnen einmal in aller Deutlichkeit sagen. *(Heiterkeit bei der ÖVP und SPÖ)* Jetzt sage ich Ihnen einmal eines: Ich kenne auch dieses Gutachten, das Sie da zitieren von einem Rechtsanwalt für die Gemeinde Ganz. Wissen Sie, ich will da nicht über Gebühr deutlich werden, aber wenn das demokratische Prinzip der österreichischen Bundesverfassung einzig und allein auf Artikel 1 der österreichischen Bundesverfassung zurückgeführt wird, dann erkennt man, dass man sich nicht tiefer mit dem Thema beschäftigt hat. Das demokratische Prinzip der österreichischen Bundesverfassung wächst nämlich aus einer Fülle von Vorschriften, die zusammengenommen dieses demokratische Prinzip ausmachen und dieses ist in der österreichischen Bundesverfassung, insbesondere in den Vorschriften über den Nationalrat oder auch Artikel 95 fortlaufend folgend über die Landtage in aller erster Linie eine repräsentative Demokratie. Und wenn Sie oder Herr Dr. Mayer im Ausschuss erklären, die Reformpartnerschaft, die Mehrheit, die hier im Hause dieses Gesetz heute beschließen werden, würde ein Gesetz beschließen, das a priori mit einem Bauprinzip der österreichischen Bundesverfassung, nämlich dem demokratischen kollidiert, dann sage ich Ihnen ganz ehrlich und in tiefster Überzeugung, dann haben Sie entweder die entsprechenden Unterlagen unzureichend studiert, oder aber Sie betreiben mit den wesentlichsten Grundsätzen unserer Verfassung ein billiges parteipolitisches Spiel, oder aber Sie wollen einfach in die Irre führen. Ich sage Ihnen eines, ich bin zu tiefst überzeugt, dass das Gesetz in seiner Gesamtheit verfassungsmäßig ist und ich möchte wirklich hier um etwas qualitativere Argumente bitten. *(LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Machen wir eine Wette. Ich biete eine Wette an!“)* In dem Gutachten, in dem Nämlichen wird beispielsweise auch - ich glaube, Artikel 3 ist es - das

Staatsgrundgesetz von 1867 zitiert. Da geht es um das: Sie wissen 1867, ein Jahr nach Königgrätz, Schwächephase des Kaisers, Ausgleich mit Ungarn, Staatsgrundgesetz von 1867, bürgerliche Grund- und Freiheitsrechte werden Gott sei Dank eh 80 Jahre später als etwa in den Vereinigten Staaten den Österreicherinnen und Österreichern garantiert. Und da gibt es einen Artikel, der spricht von der Zugänglichkeit der Ämter. Damit ist natürlich nicht gemeint, dass man hinkommt am Weg, sondern damit ist gemeint, dass man ein Amt innehaben darf. Wissen Sie was in dem Gutachten steht? Dass es gegen die Verfassung verstößt, weil jetzt die Bürger aus Ganz die Infrastruktur von Mürzzuschlag nutzen. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das habe ich aber nicht gesagt!“*) Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will da nicht über Gebühr solche Kritikpunkte herausziehen, ich möchte aber um Verständnis dafür werben, dass wir uns um eine sachliche Diskussion in den letzten drei Jahren bemüht haben. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „St. Barbara im Mürztal ist sachlich!“*) Das sei, sagt Kollege Zelisko, ein Wunsch der Bevölkerung. Im Übrigen, es gibt etliche St. Barbara auf der ganzen Welt und Sie können ja nicht alle Bürgerinnen und Bürger, die in St. Barbara wohnen a priori ins Lächerliche ziehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) So, meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir aber auf die Qualität des Prozesses hinzuweisen und das ist mir besonders wichtig. Wissen Sie, manches an der Diskussion hat hier eine interessante Schlagseite bekommen. Medien und auch wir beschäftigen uns ja primär mit jenen verbliebenen Gemeinden, die, wenn man so will, zu den erbitterten Widerstandsnestern gegen die Gemeindestrukturreform gehören. Natürlich sind sie es auch wert, dass man dort hinblickt, das ist ja gar keine Frage. Aber wir sollten schon auch den Blick auf die überwiegende Mehrheit jener Gemeinden wenden, die diesen Prozess mitgetragen haben, die diesen Prozess maßgeblich mitgestaltet haben, und meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ja weitgehend ein konsensualer Prozess, von dem wir hier sprechen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten am Beginn der Periode 542 Gemeinden in der Steiermark. Derzeit sind es 539, wie wir alle wissen. Von der Strukturreform werden insgesamt 385 Gemeinden in unterschiedlicher Form betroffen sein und da sage ich Ihnen schon eines: Wir haben - Erwin Dirnberger hat von St. Johann berichtet - jetzt 306 Gemeinderatsbeschlüsse für eine Fusion im Sinne des Landesvorschlages. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, tun wir nicht so, als wäre das nichts. Das sind 306 Beschlüsse und Sie wissen ja, dass wir aufgrund einiger Beschlüsse, die erst in der letzten unmittelbaren Vergangenheit erfolgt sind, ja auch heute diesen Abänderungsantrag da haben, weil wir die Anzahl jener Gemeinden, die über die gesetzliche

Maßnahme, die wir heute beschließen wollen, geregelt werden, sich weiter verringert hat. Nämlich von 188, die in der Regierungsvorlage waren, sind es heute nur mehr 179 Gemeinden, die im Gesetz angesprochen werden. Und im Gesetz angesprochen werden - und das wissen Sie ja auch hier alle und auch die Vertreter der Medien - heißt ja noch nicht, dass die dagegen sind. Weil von den 179 haben ja 100 Gemeinden dem Landesvorschlag entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse gefasst. Bleiben also lediglich 79 Gemeinden, die im Kernbereich sozusagen dieser gesetzlichen Maßnahme stehen und da, meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt entstehen daraus 58 neue Gemeinden. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, was ich Ihnen einfach sagen wollte, ist: Wenden wir den Blick auch auf jenen Teil der Gemeindestrukturreform, erstens, die wir nicht heute mit dem Gesetz regeln. Das ist nämlich jene, wo übereinstimmende Gemeinderatsbeschlüsse aller betroffenen oder beteiligten Gemeinden vorhanden sind und, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Mehrheit. Dann gibt es weitere, offensichtlich 100 oder ca. 100 Gemeinden, die heute im Gesetz angesprochen sind, wo man also auf den ersten Blick den Eindruck haben könnte, die sind von einer Zwangsmaßnahme erfasst, die aber auch so einen Gemeinderatsbeschluss haben. Jetzt sage ich Ihnen schon eines, Herr Demokratieexperte Amesbauer, wenn drei Gemeinden in einer Viererkonstellation sagen, wir wollen diese Viererkonstellation und drei Gemeinderäte das beschlossen haben oder auch vielleicht sogar Volksbefragungen gab und die Vierte sperrt sich, aus welchen Gründen auch immer, das können persönliche Motive sein, (*LTabg. Amesbauer, BA: „So wie in Vordernberg!“*) das können egoistische wirtschaftliche Motive sein, was auch immer, dann soll es demokratisch sein, wenn wir den breiten Wunsch in den drei Gemeinden auf dem Altar des Wunsches der vierten Gemeinde opfern, meine sehr verehrten Damen und Herren? Demokratie darf nicht nur dort stattfinden, wo es Ihnen gerade in den Kram passt, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Wissen Sie, Herr Kollege Amesbauer, weil Sie zuvor in einem Zwischenruf so despektierlich über die Gemeinderäte gesprochen haben, als Kollege Dirnberger auf diese 306 mit den Landesvoranschlag übereinstimmenden Gemeinderatsbeschlüssen gesprochen hat haben Sie gesagt: „Das zählt ja nichts.“ Haben Sie gesagt: „Was ein paar Hanseln da beschließen, kann einem wurscht sein.“ Wissen Sie, Herr Kollege, jetzt sage ich Ihnen schon eines: (*LTabg. Amesbauer, BA: „Die Bürger sollen beschließen. Zuhören, Herr Kollege!“*) Wenn das Ihre Wertschätzung für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ist, „ein paar Hanseln“, (*LTabg. Amesbauer, BA: „Was ist denn Ihre Wertschätzung?“*) die eh beschließen können, dann sage ich Ihnen schon, Herr Kollege, dann

sind Sie auf dem Kriegsfuß mit der österreichischen Bundesverfassung, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wie ich Ihnen überhaupt abschließend, weil es schon blinkt, sagen darf, die Verächtlichmachung allgemeiner Vertretungskörper, demokratischer Vertretungskörper hat sich in der Geschichte nicht bewährt. Schreiben Sie sich das ins Stammbuch! Zum Kollegen Schönleitner darf ich auch noch eines sagen. Wenn Sie mir jedes Mal mit der Rechnungshofkompetenz für Gemeinden unter 10.000 Einwohnern kommen, *(LTabg. Schönleitner: „Ja, wo ist sie?“)* erstens einmal, sie wird kommen. Ich habe Ihnen in der letzten Landtagssitzung, nicht in der letzten Ausschusssitzung eine Wette angeboten. Ich habe Ihnen eines gesagt, wir werden diese Gemeindeprüfkompetenz - im Übrigen weiß ich nicht, ob alle Ihre Verbündeten Ihrer Meinung sind - aber wir werden diese Rechnungshofprüfkompetenz für Gemeinden unter 10.000 Einwohner jedenfalls früher haben, als Ihre Kollegen in Wien einen unabhängigen Rechnungshof überhaupt zusammenbringen, Herr Kollege. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.03 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Gabriele Kolar.

LTabg. Kolar *(13.03 Uhr):* Geschätzte Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Was mir aufgefallen ist, dass es gestern eine Pressekonferenz zum Thema Gemeindestrukturreform der vereinigten Opposition gegeben hat, nämlich der FPÖ, der Grünen und der KPÖ. Was mir auch aufgefallen ist heute, beim Tagesordnungspunkt 1 hat es keine vereinte Opposition gegeben. Beim Tagesordnungspunkt 1 ging es um leistbares Wohnen für die Mieterinnen und Mieter. Hier hat die FPÖ sich wirklich so verhalten, als wenn sie noch schlafen würde. *(LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Das macht ihr, das ist eure Aufgabe!“)* Nein, wir wissen natürlich ganz genau, warum die FPÖ sich beim Tagesordnungspunkt 1 heute nicht zur vereinten Opposition gesellt hat, weil natürlich der Herr Landesrat mit FPÖ *(LTabg. Amesbauer, BA: „BZÖ!“)* dieses Konstrukt entwickelt hat. BZÖ, ja ich weiß, ihr gehört ja nicht dazu. Aber egal, ich möchte weiterführen. Mir scheint, dass von der FPÖ die Steirerinnen und Steirer verschiedenen bewertet werden. Die Mieterinnen und Mieter auf der einen Seite, sie sind euch wurscht, auf der anderen Seite die Gemeindestrukturreform, da setzen Sie sich darauf. *(LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Zur Sache bitte, Frau Kollegin!“)* Zur Sache der gestrigen Pressekonferenz, *(LTabg. Mag. Dr.*

Mayer, MBL: „Bitte versuchen Sie logisch zu argumentieren!“) lieber Herr Klubobmann Mayer. Gestern sind die Klubobleute der vereinigten Opposition, nämlich Klubobmann Mayer, Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, Frau Klubobfrau Jungwirth gemeinsam zur Gemeindestrukturreform zur Pressekonferenz gegangen. Ich möchte Ihnen sagen, das sind drei Abgeordnete aus dem Raum Graz, wo Graz mit der Gemeindestrukturreform nämlich gar nichts zu tun hat. Wir in den Regionen (*LTA* *Abg. Klimt-Weithaler:* „Deswegen dürfen wir dazu nichts sagen?“) – jetzt bin ich am Wort, Frau Klimt-Weithaler – wir in den Regionen, und da muss ich dem Abgeordneten Kogler leider widersprechen, sind sehr wohl mit dem Thema Gemeindestrukturreform seit Jahren befasst und ich denke, ich schaue meinen Abgeordnetenkollegen Werner Hartleb an, in der Großregion Obersteiermark West, wir haben über die Jahre hindurch sämtliche Großregionen, sämtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehr, sehr oft besucht, sind mit Ihnen in Gesprächen gekommen, in Diskussionen, haben mit den Funktionärinnen und Funktionären wirklich eine Diskussionskultur gehabt, die man sich nur wünschen kann, und herausgekommen ist, dass wir im Bezirk Murtal von 38 Gemeinden jetzt auf 20 herunterkommen, was sehr gut ist meiner Meinung nach. Zum Thema Ausschusssitzung, Herr Klubobmann Drexler hat es ja schon erwähnt, am vergangenen Mittwoch, das war der 12.12.2013, da hatte ich übrigens Geburtstag und ich habe mir gedacht: „So schön ist das nicht, an einem Geburtstag so lange eine Ausschusssitzung zu haben.“ Und auf einmal, während der Ausschusssitzung sagt der Herr Klubobmann Mayer – ich habe es wortwörtlich mitgeschrieben – „Warum sitzen wir eigentlich noch hier?“ (*LTA* *Abg. Mag. Dr. Mayer, MBL:* „Da haben Sie aber falsch mitprotokolliert, Frau Kollegin!“) „Ich will ja nicht über jede Gemeinde hier diskutieren.“ Jetzt haben alle Abgeordneten und alle Menschen auf der ganzen Welt sehen können, diese 300 Seiten Erläuterungen, weil sie im Internet nämlich für alle zugänglich sind und man hätte vonseiten der Opposition die Möglichkeit gehabt, in dieser Ausschusssitzung, nämlich den ganzen Tag über - bis 15.00 Uhr war diese Ausschusssitzung anberaumt - Fragen zu stellen zu den einzelnen Gemeinden, nämlich an die Expertinnen und an den Experten, die von der Abteilung 7 zahlreich erschienen sind. Ein paar Fragen sind gekommen, und das sollten Sie, liebe geschätzte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch wissen, dass hier das Interesse endenwollend war. Diese Ausschusssitzung hat Herr Klubobmann Mayer beendet mit dieser Aussage: „Was sollen wir da eigentlich noch? Wieso sollen wir das alles diskutieren?“ 300 Seiten Erläuterungen, die uns alle zwei, drei Wochen vorher zugegangen sind, dass wir wirklich über jede Konstellation fragen hätten können, Fragen stellen können. Gut, jetzt

möchte ich aber ganz kurz über meine Region reden. Ich habe in meinem Altbezirk Judenburg eine Gemeinde, die sozusagen heute hier auf der Liste ist, nämlich die Gemeinde Kötztal mit den Gemeinden St. Johann, Möderbrugg, Oberzeiring und Bretstein. Drei von diesen vier Gemeinden haben sich freiwillig zur Fusionierung genannt, die Gemeinde Bretstein leider nicht, aber man sehe und staune, ich habe mich sehr gefreut, es gab bereits vor zwei Wochen eine gemeinsame Pressekonferenz aller vier Gemeinden mit allen Bürgermeistern, mit allen Amtsleitern und ich habe auch diesen Presseartikel mitgenommen. Sie sind ganz stolz, denn alle vier Gemeinde sagen, dass Kötztal eine Marke werden soll und sie wollen sich, Abgeordneter Ober, auch du bist hier zitiert mit dem Vulkanland, genauso positionieren wie das Vulkanland. Also bitte ziehe dich warm an, wir werden auch so eine tolle Region haben wie das Vulkanland bei dir, geschätzter Herr Abgeordneter. Ja, und was machen die jetzt, obwohl hier eine Gemeinde dabei ist, die heute hier fusioniert ist, sind alle vier Gemeinden darauf und dran gemeinsame Ziele zu formulieren, nämlich eine gemeinsame Grundstrategie und langfristige Ziele und Visionen zu verschriftlichen. Es geht hier um die Herstellung eines Aktionsplanes, wo der Nutzen für die Bürger verschriftlicht wird, ein Kostensenkungspotenzial wird hier aufgearbeitet, Herausforderungen und zukünftige Themen besprochen. Ansprechpersonen natürlich auch, wie wir alle wissen, Ortsteilbürgermeister, Servicestellen werden auch hier in weiterer Folge kommen. Dann die Umsetzung von gemeinsamen Projekten ist ganz, ganz wichtig für diese neuen Gemeinden, denn wie Sie wissen, das Geld ist nicht mehr so zuhauf da, dass wir im Gießkannenprinzip durch die Steiermark fahren können und jetzt ist auch diese Gemeinde hier bereits darauf und dran, größere gemeinsame Projekte zu entwickeln. Ganz wichtig ist den Gemeinden natürlich auch die Schaffung von Wohnraum. Und auch ganz wichtig - das hat der Abgeordnete Dr. Murgg heute schon angesprochen - wie schaut es aus mit Schulen, wie schaut es aus mit Kindergärten? Hier ist natürlich das Thema Shuttlebussystem ein ganz Großes. Ich denke mir, dass diese Sache mit den Kindergärten und Schulen, diese Vernetzung ganz, ganz wichtig ist, und wenn Herr Abgeordneter Murgg sozusagen in das Jahr 2015 blickt und meint: „Wenn wir am Ruder sind werden wir alles wieder rückgängig machen!“, (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: „Das hat er nicht gesagt!“) dann muss ich dir sagen, lieber Herr Abgeordneter Murgg, dann musst du auch dafür sorgen, dass in den Regionen wieder mehr Kinder kommen. Da hast du einiges zu tun, steiermarkweit. (*Allgemeine Heiterkeit*) Also, es geht nicht nur um Abwanderung, es geht auch darum, dass sich heute eben nicht mehr so viele Frauen und Männer dazu bekennen, eben Kinder oder viele Kinder zu haben. Es geht auch in den

Regionen um die Stärkung der Wirtschaft, die durch diese Gemeindestrukturreform natürlich auch gefördert wird, es geht um ein gemeinsames Gemeindezentrum, es geht um Wohnungen und um Seniorenbetreuung und betreutes Wohnen. Ganz, ganz wichtig, geschätzte Damen und Herren, ist natürlich in dem Zusammenhang immer und immer wieder die Kommunikation. Es müssen konstruktive Gespräche geführt werden, einheitliche Informationen ausgesendet werden wie Briefe, Zeitungen, Infoabende für die Bürger und ganz ganz wichtig: Es muss in diesen Gemeinden die Gemeindestrukturreform ein zentrales Thema sein. Wissen Sie wie oft ich erfahren habe, dass Bürger gar nicht gewusst haben, worum es geht? Nicht deshalb, weil die Beamten nicht mit den Bürgermeistern und Funktionärinnen und Funktionären gesprochen haben, sondern weil die Bürgermeister und die Funktionärinnen und Funktionäre das Thema so lange zurückgehalten haben, weil es immer geheißen hat, dass es eh nicht kommt, brauchen wir uns nichts antun. Wenn man mit den Bürgerinnen und Bürgern ordentlich, ehrlich und richtig spricht, Ihnen auch die Vorteile erklärt, die daraus resultieren, dann sind die Bürgerinnen und Bürger sehr wohl mehrheitlich dafür, dass es zu dieser Reform kommen wird. Jetzt möchte ich Ihnen noch sagen, ich habe so ein Déjà-vu dieser Gemeindestrukturreform, wir hatten ja schon einmal eine andere Reform, ganz am Anfang, nämlich die Verwaltungsstrukturreform und da kann ich mich erinnern, was hat die vereinte Opposition wirklich dagegen gewettert. Eine Verwaltungsstrukturreform, Zusammenführung von Bezirken, wir im Murtal waren die erste Bezirkshauptmannschaft, die zusammengeführt worden ist, nämlich Judenburg und Knittelfeld. Und wie Sie wahrscheinlich auch hören konnten oder lesen konnten, haben wir - die Verwaltung in Judenburg - einen Preis bekommen. Die Verwaltung in Judenburg zählt zu den besten Europas. Diese hohe Auszeichnung haben wir als Bezirkshauptmannschaft Murtal bekommen, worauf wir ganz ganz stolz sind. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ich glaube daran, ganz fest, wenn alle, auch Sie geschätzte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die heute hier anwesend sind, jetzt daran gehen und wirklich das Positive an dieser Gemeindestrukturreform erkennen, für die Bürgerinnen und Bürger und vor allem für die Jugend, dann kann nichts mehr schief gehen und die Steiermark wird einen guten Weg in die Zukunft gehen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.13 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Klubobmann Georg Mayer gemeldet.

LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL (13.13 Uhr): Danke schön, Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen, werte Zuhörer!

Soviel schief gehen, wie bei Ihrer Wortmeldung, Frau Kollegin, wird hoffentlich nicht. Ich muss jetzt einige Dinge klarstellen, weil sie einfach faktisch nicht richtig sind. Zum einen sind wir in den Ausschuss gegangen und das ist ja schon einmal ... vorher hat das jemand gesagt, hat uns Herr Klubobmann Kröpfl in der Zeitung schon ausgerichtet: „Wir diskutieren gerne mit euch darüber, aber es bleibt alles so, wie es ist.“, also unter diesen Voraussetzungen sind wir in den Ausschuss gegangen. Ich kann den Ausschuss nicht beenden, Frau Kollegin. Vielleicht lesen Sie einmal die Geschäftsordnung, denn ich bin nicht Vorsitzender dieses Ausschusses, deshalb habe ich diese Kompetenz gar nicht. Jetzt, Frau Kollegin, zweiter Vorschlag, vielleicht üben Sie einmal ein bisschen Protokollführung, denn da hapert es noch ein bisschen. Wenn Sie schon zitieren, dann sollten Sie auch wirklich wahrheitsgemäß zitieren. Ich sagte ganz genau: „Ich halte es nicht für zielführend, wenn wir uns über einzelne Details von verschiedenen Gemeinden unterhalten.“ Und da hat so ziemlich jeder andere zugestimmt. Ich weiß, das ist immer so ein bisschen eine Art Finte diese Dinge dann rauszuziehen und zu sagen: „Der Mayer will nicht darüber reden.“, sondern - genau das habe ich gesagt - dass über einzelne Dinge in Gemeinden zu reden ich nicht für zielführend halte. Soweit zur tatsächlichen Berichtigung. *(Beifall bei der FPÖ – 13.15 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Lambert Schönleitner.

LTabg. Schönleitner (13.15 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, werte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es ist ja schon irgendwie bezeichnet, Landeshauptmann und Landeshauptmannstellvertreter sind nicht mehr hier. Klubobmann Drexler ist nicht mehr am Stuhl, das ist schon ein Ausdruck, glaube ich, wenn man zuerst einen Sonderlandtag einberuft und dann nicht auf der Regierungsbank sitzt, dann muss man sich schon die Frage stellen, warum das so ist. Ich möchte das jetzt nicht bewerten, aber die Bevölkerung kann sich ein Bild machen, wenn es einen Sonderlandtag gibt und die Regierer, die zuständig sind, nicht auf der Regierungsbank sind. *(LTabg. Kaufmann: „Du hast eh schon 20 Minuten Aufmerksamkeit gehabt!“)* Liebe Kollegin Gabi Kolar, offenbar bist du jetzt glücklich, also, wenn man sich deine Rede angehört hat - ich habe immer gewartet, bis irgendetwas Substanzielles kommt, was wirklich

wichtig gewesen wäre. Es gibt ja bestimmt auch Dinge, die zu berichten gewesen wären, aber das Highlight war, das die Pölstaler jetzt auch zu Vulkanier werden wie im Vulkanland. (LTAbg. Kröpfl: „Seit wann beurteilst du die Reden anderer? Wir beurteilen deine Rede ja auch nicht!“) Das war der Höhepunkt deiner Rede. In Wirklichkeit muss man schon sagen, auch wenn du aus dem letzten Ausschuss berichtet hast, ich meine, das sind ja Dinge, die ihr hier darstellt, die in dieser Form ganz einfach und in voller Sachlichkeit nicht so gewesen sind. Wenn du dich z. B. erinnerst, ich habe bezugnehmend auf einen Paragraphen in der Landtagsgeschäftsordnung - ich sage einmal ganz was Konkretes – gesagt, und das ist ganz ein wichtiger Punkt: Es fehlt dieser Strukturreform in der Steiermark etwas Wesentliches, was in der Landesgesetzgebung verankert ist, noch dazu im Verfassungsrang, nämlich in der Landtagsgeschäftsordnung, dass die Kosten und Nutzen, aber insbesondere die finanzielle Darstellung dieser ganzen Reform für die jeweilige Gebietskörperschaft dargestellt sein muss. Dann habe ich dort gefragt, wie schaut das in einem konkreten Fall aus und die Antwort war von der zuständigen Abteilungsleiterin: „Ja, das kann man noch nicht so genau sagen.“ Dann habe ich eine zweite Frage gestellt, gelinde gesagt, das was die Grünen im Landtag zu dieser Strukturreform eigentlich schon seit Beginn einfordern, nämlich dass wir sagen, was es uns am Beginn kostet, was es nach fünf Jahren bringt, was nach zehn Jahren. Das ist nicht erfolgt, obwohl wir sachlich und konstruktiv genau diese Antworten eingefordert haben. Dann habe ich die zweite Frage gestellt an den Herrn Dr. Kindermann, an den ist sie weitergereicht worden. Die Landeshauptleute haben ihre Fragen ja weitergereicht an ihre zuständigen Beamten, das ist ja durchaus okay. Ich habe gesagt, dass ihr immer das Argument gehabt habt, ein wesentlicher Vorteil dieser Reform war - ich bringe nur sachliche Dinge, weil sonst wird immer gesagt, dass das alles nur Populismus ist und ich rede nur rein – ein wesentliches Argument eurerseits für diese Reform von SPÖ und ÖVP war immer, dass wir bei den Funktionärskosten, bei den MandatarInnen einsparen werden. Dann habe ich die Frage gestellt, wie das aussieht jetzt, gemeinsam mit der Bezügereform, wo ja nicht nur - was wir ja immer gefordert haben - nicht nur die Gehälter der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kleinen Gemeinden angehoben werden, das ist ja völlig okay aus unserer Sicht, sondern auch jene der großen Gemeinden, ganz massiv, sage ich jetzt einmal, angehoben sind und ich habe die Frage gestellt: „Ist das richtig, was ihr uns immer gesagt habt, dass wir uns bei den Funktionärinnen und Funktionären viel ersparen?“ Dann ist eine Antwort gekommen, die sehr offen war, aber immerhin hat es geheißen: „Na ja unter dem Strich wird es dann nicht billiger sein.“ Ich darf euch sagen, ich habe es mittlerweile durchgerechnet, dieses Argument, das ihr

gebracht habt, ist unrichtig. Es wird nach der Gemeindestrukturreform gemeinsam mit der Reform des Bezügegesetzes wesentlich teurer werden für die Gemeinden. Und so wie in diesem Fall habt ihr eigentlich vorgegeben, ihr macht Reformen, damit eingespart werden kann. Der Landeshauptmann hat immer genau vorgerechnet - Prettenthaler Geschichte - freie Finanzspitze für die Gemeinden 40 Millionen. Sollte man sich im Übrigen auch einmal ausrechnen, wie viel diese 40 Millionen vom Gesamthaushalt aus der Gemeinde sind. In Wirklichkeit ist dieser Kostenvorteil nicht eingetreten. Dann habt ihr natürlich auch noch eure Parteiabgaben die Gemeinden zusätzlich belastet. Das alleine waren schon 10 % von dem, was ihr als Einsparungspotenzial im Bereich der freien Finanzspitze vorgegeben habt. Ich bringe ein paar Beispiele, weil ihr tut dauernd so, als hätte sich die Opposition mit Details und den Fakten nicht beschäftigt. Es geht nur um eines und mir ist es nämlich ganz wichtig, um es hier zu sagen. Es geht nicht darum - und das hat auch Bürgermeister Hiebaum und die Gemeindeinitiative immer wieder gesagt - in Abrede zu stellen, dass Strukturreformen in der Steiermark notwendig sind. Immer wieder, ihr habt Recht, wir haben das auch eingefordert, aber es geht um etwas ganz was anderes. Die Frage ist, ob man diese Reform nicht auch durchführen hätte können mit einer klaren Vorgabe, die Menschen bei Abstimmungen am Ende einzubinden. Warum ist das so wichtig? Weil natürlich die Bürgerinnen und Bürger, egal ob sie Grün, Schwarz, Blau oder Rot sind, draußen in den Gemeinden eines nicht verstehen, sie werden alle fünf Jahre zu einer Gemeinderatswahl gerufen und entscheiden de facto darüber, wie ihr Gremium zusammengesetzt ist. Das ist ein demokratischer Vorgang, der alle fünf Jahre wiederkehrt. Das ist ja doch nur logisch, wenn alle Parteien ... der Max Lercher, wie er noch bei den Jungsozialisten war, mittlerweile versteckst du dich ja hinter dem Ofen, wenn es um irgendwelche Beschlüsse geht. Vielleicht solltest du dir mit Kollegen Schützenhöfer gemeinsam einen Tarnanzug besorgen, weil der ist ja beim Beschluss der Bundesregierung auch vorher geflüchtet, bevor es zur Abstimmung gekommen ist, so machst es du hinter dem Ofen, aber was ich euch damit sagen will ist: De facto ist ja vieles wirklich sachlich bis ins letzte Detail diskutiert worden. Aber eines konnte nicht hergestellt werden, nämlich, dass das, wovon die großen Parteien in diesem Land immer reden, Demokratiereform, Beteiligung der Bürger an wichtigen zentralen Entscheidungen, Mitbestimmung, wenn es um den engsten Lebensraum geht, diese Dinge habt ihr ausgehebelt und das ist der Grund, warum es gegen diese Reform derartig große Widerstände gibt. Wenn Klubobmann Drexler de facto sagt: „Wir haben ja eh alles gemacht und wir haben lange geredet“, und wir würden ja da in Abrede stellen, dass wir überhaupt irgendetwas verändern

würde. Das hat doch niemand gesagt. Herr Klubobmann Drexler, wir hätten uns gewünscht, dass diese Reform auf einen Weg kommt, dass Blockadehaltungen in diesem Land bleiben, die wirtschaftspolitisch kontraproduktiv sind. Aber Sie haben das Gegenteil erreicht. Wissen Sie, warum ich das genau in Ihre Richtung sage? Weil es war die ÖVP, die uns über Jahre versucht hat, weis zu machen, und das früher vielleicht in vielen Fällen auch getan hat, für die Regionen, für den ländlichen Raum einzustehen. Aber heute haben Sie Regierer, Herr Klubobmann Drexler, nämlich die ÖVP auf der Regierungsbank sitzen, die genau das, was das Wichtigste wäre, nicht tun. Wir werden dann später noch einen Entschließungsantrag einbringen - meine Kollegin Sabine Jungwirth - der einen Masterplan für Regionen einfordert. Genau das haben Sie nicht getan. Landesrat Buchmann hat es in der Wirtschaftsförderung nicht zustande gebracht, wie das Pühringer und andere Landeshauptleute in Österreich durchaus machen, Prioritäten für den ländlichen Raum mit der Wirtschaftsförderung zu setzen. Wir wissen doch alle, wir können die Menschen nicht in den Regionen halten, wenn wir keine Arbeitsplätze haben. Und dann erzählt ihr uns, wenn wir drei Gemeinden zusammenlegen, werden wir die große Betriebsansiedelung auslösen. Das ist doch ein Unsinn. Wir müssen die Wirtschaftsförderung vom Zentralraum in die Regionen bringen. Das Gleiche ist, Herr Landesrat Seitinger - der sich offenbar überhaupt aufgegeben hat - vor zwei Jahren oder vor einem Jahr einmal hat er versucht die Kronen Zeitung zu bewegen oder hat ein Kommentar geschrieben: „Die Landflucht droht. Wir müssen was tun. Der Steirerhut brennt“ ist sogar oben gestanden. Entschuldigung, gemacht hat der Landesrat Seitinger nichts. Er ist nicht eingestanden für den ländlichen Raum und für seine Gemeinden. Die Frage ist ja, ist die Maßnahme des Rezeptes die Richtige, um zu erreichen, dass Menschen in den Regionen bleiben. Ich sage euch, dass was ihr uns vorgelegt habt und das ist ja das sachliche Problem, Herr Klubobmann Drexler, das ist nicht die Antwort darauf auf die demografische Entwicklung. Sicher gibt es einen Geburtenrückgang, sicher haben wir auch mit den Faktoren zu kämpfen, die es woanders auch gibt. Aber schauen Sie sich einmal an, wie andere Bundesländer reagieren, was die machen. Die machen nämlich aktive Maßnahmen mit Zielsetzungen. Da ist von euch nichts gekommen. Lieber Erwin Dirnberger, du hast von einem Paukenschlag geredet. Weißt du, was der Gemeindebund gemacht hat? Du hast die Triangel ganz leise im dritten Keller-Untergeschoss gespielt. Vom Gemeindebund war überhaupt nichts wahrzunehmen. Du hast de facto überhaupt nie Position bezogen. Du bist gekommen zu den Sitzungen, hast den roten Teppich für Voves und Schützenhöfer ausgerollt. Das war dein Beitrag und darum gibt es jetzt die Gemeindeinitiative, die den Gemeindebund

ganz sicher über kurz oder lang ablösen wird, weil du de facto hier gescheitert bist. Was du da heraußen gesagt hast, das war deine eigene Welt. Da bist du irgendwo unter einer Käseglocke abgeschirmt, eingebunkert, von dem was deine Leute, die du eigentlich vertreten hättest sollen, in Wirklichkeit gefordert haben. Entschuldigung, du hast gar nichts gemacht. Wie es um die Parteienförderung gegangen ist, Erwin Dirnberger, hat es nicht einmal mehr eine Wortmeldung gegeben, wie den Gemeinden vom Gemeindebund in die Kassa gegriffen worden ist. Ich habe das Gefühl gehabt, wie du da geredet hast, letztendlich ist es vorbei. Gleichzeitig hast du dann argumentiert, ja, bei dir habt ihr direkte Demokratie angewendet, ist abgestimmt worden. Da hast du es gelobt. Da soll es richtig sein, und wenn aber auf der anderen Seite Bevölkerungsteile dagegen sind und Mehrheiten haben, die vielleicht mit guten Gründen, weil es bessere Konzepte gibt, oder weil sie sagen, wir haben ein anderes Ziel, wir wollen es nicht haben, da ist die direkte Demokratie plötzlich nichts mehr wert. Viele in der ÖVP, lieber Sepp Ober, ich schaue dich ganz besonders an, du hast jahrelang gepredigt, die Vielfalt sei wichtig, die Steiermark in Vielfalt und diese Kleinteiligkeit. Ich kann mich noch erinnern, der Grüne Umweltminister von Nordrhein-Westfalen war da, der sich das in der Steiermark angeschaut hat und ihr habt gesagt, dass uns die Kleinteiligkeit und die dezentralen Lösungen kräftig machen und wir vielen Einzelmaßnahmen haben. Und du warst dann der Erste als großer Regionalentwickler – ich bin gleich am Ende, weil meine Redezeit ist gleich zu Ende – der so etwas von umgefallen ist und mit Voves und Schützenhöfer mitgefahren ist und das ist wirklich, damit bin ich schon am Ende, glaube jetzt sichtbar geworden. Da wird versucht, der Opposition, der vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und auch der Bevölkerung in den Initiativen zu unterstellen, das wäre ja grundsätzlich nur eine Funktionärgeschichte. Das ist etwas, wo es Einzelinteressen gibt. In Wirklichkeit habt ihr eure Leute de facto bis ins Letzte fallen gelassen. Ich muss schon noch abschließend sagen, es wird die Zeit kommen und die wird 2015 sein, wo diese Bumerang-Reform -weil das ist eine Bumerang-Reform diese Gemeindestrukturreform - auf SPÖ und ÖVP zurückschlägt und die Bevölkerung wird ein System verlassen, nämlich das rot-schwarze System. *(Präsidentin Mag. Lackner: „Herr Abgeordneter, kommen Sie jetzt wirklich zum Schluss, nicht nur ankündigen!“)* Mein letzter Satz: Ich sage euch, egal ob es die Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene ist, das Verlassen des rot-schwarzen Systems ermöglicht neue Chancen. Ihr habt es verbockt, ihr werdet nicht mehr dabei sein in diesem Ausmaß und das müsst ihr leider zur Kenntnis nehmen. Danke. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 13.26 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Karl Lackner.

LTabg. Karl Lackner (13.26 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, Landeshauptmannstellvertreter, liebe Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, Frauen und Männer in unsrem Hohen Haus!

Geschätzter Kollege Schönleitner, ich möchte dich aufmerksam machen, unsere Landeshauptleute sind anwesend. Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer - jetzt in Wien und nicht dahin - bei den Verhandlungen. Er hat nur vieles nicht mittragen können, wie das viele andere Bundesländer jetzt auch gleich sehen, dass viele wichtige Reformen notwendig wären und diese anscheinend auf Bundesebene, so wie wir uns es vorgestellt haben, nicht in Angriff genommen werden. Ich möchte zu den Debattenbeiträgen vor allem auch in Richtung Freiheitliche einmal festhalten, der Vorwurf, der bei der ersten Hauptrede im Raum gestanden ist, von uns würde der Dialog nicht gepflogen werden, es gäbe keine Gespräche mit den Gemeinden und auch mit den Bürgermeistern. Ich muss sagen, Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer als Gemeindereferent - und dort war ich vielfach dabei - hat an die 700 Gesprächsrunden seit 2010 mit Gemeinden und Gemeindeverantwortlichen geführt. Aus meinem Bezirk Liezen nur ein paar Beispiele: Gemeinde St. Nikolai im Sölketal – 10.09., Büro LH, 30.01.13, Büro LH, 06.05. Landeshauptmannstellvertreter persönlich, 17.06. Büro LH wiederum. Das Gleiche für Pichl-Preunegg, das Gleiche für Tauplitz, nicht in diesem Ausmaß, aber jedenfalls für Weißenbach und sicherlich auch für viele andere Gemeinden mehr. Dass wir in diesem Plenum die Gemeindereform bisher nicht ausgiebig diskutiert hätten, geschätzte Opposition, jeden Anlass habt ihr wahrgenommen, um die Debatte zu eröffnen. Das ist ja euer gutes Recht. Ausführlich ist es diskutiert worden. Mehrere Dringliche Anfragen hat es gegeben an Voves und Schützenhöfer, die ausführlich geantwortet haben und auch die Debatten waren dementsprechend mit einhergehend. Lieber Lambert, nicht alle Grünen sind deiner Meinung. In deiner Heimatgemeinde Hall hat dein eigener Gemeinderat, der Grüne, für die Fusion gestimmt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Gestern in Rohrmoos hat eine Gemeinderatssitzung stattgefunden. Nicht nur ÖVP-Mandatare, auch die Freiheitlichen haben gegen einen Antrag der Bürgerliste gestimmt zum OGH zu gehen betreffend dieser Reform. *(LTabg. Kröpfl: „Naschau!“)* Bürgermeistergehälter, muss ich auch dazusagen, die Rechnung stimmt für 2014, die du gesagt hast. Dort wird es mehr kosten. Ab 2015 schaut es ganz anders aus und wird auch

dem entsprechen, was wir unter Zweckmäßigkeit in diesem Lande verstehen. Und ein Wort auch noch zum Ausschuss. Ja, vier Stunden haben wir gemeint wird es dauern. Eineinhalb Stunden hat es dann wirklich gedauert. Lambert ich hätte mich sehr gefreut, wenn du das, was du im Stillen oder mit ein paar Beamten des Landes gesprochen hast, auch dort vor der gesamten vertretenden Beamtenschaft diskutiert hättest. Da war es in eineinhalb Stunden aus, weil eben die Damen und Herren der Beamtenschaft, weil eben Schützenhöfer und Voves beste Antworten und ausreichende Antworten geliefert haben. Und ihr habt euch gedacht: „Was tun wir uns das noch an? Im Plenum können wir es ihnen anständig geben, da haben wir Publikum und da können alle mit teilhaben, was wir da in diesem Raum sagen wollen.“ *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ja, diese Reformen sind keine einfachen und die Reformer und Pioniere haben eines gemeinsam, sie werden oft nicht dafür belohnt, wofür sie stehen, wofür sie einstehen und wofür sie sehr sehr viel Lebenszeit und persönlichen Einsatz aufwenden bis hin zur gesundheitlichen Gefährdung, um dem Land zu dienen und nicht der Partei, wie es unterstellt wird. Weil wir uns immer den Vorwurf machen lassen müssen, wir würden den ländlichen Raum schwächen. Landesrat Seitinger ist explizit angeführt worden. Bitte, schauen wir doch raus in die Bezirke. Wenn ich auch wieder nur nach Liezen schaue, vor zehn Jahren haben wir noch ca. 82.000 Einwohner gehabt. Zurzeit haben wir 78.000 Einwohner. Das Phänomen dabei: In den Seitentälern wandern die Leute ab, entlang dem Talboden, entlang der Enns, entlang der Eisenbahn nehmen die Einwohner in den Gemeinden zu. Aufsaugungswettbewerb ist es in Wahrheit, der so auf die Dauer nicht gut gehen kann. Deshalb bitte mein Credo in dieser Hinsicht im Bezirk draußen, sage ich immer auch wieder: Talaufwärts verstärken, um dann einwärts überleben zu können. Das glaube ich muss unsere Zielsetzung sein und ich glaube, in dieser Reformarbeit, da möchte ich jetzt z. B. in die eigene Gemeinde kommen, ist da sehr viel geleistet worden. Wir haben jene, die wirklich die Beschlüsse gefasst haben, möchte nicht in Abrede stellen, auch viele, die die Beschlüsse nicht gefasst haben, haben sich intensiv mit der Arbeit auseinandergesetzt. Der Bürgermeister von Irdning, Herbert Gugganig, ist heute auch anwesend. Donnersbachwald, SPÖ-Gemeinde, Bürgermeister Erwin Petz und wir zusammen in einem Reformpakt haben in 17 Gemeinderatssitzungen, in 13 Verhandlungsrunden, drei Bürgerversammlungen, einer Klausur, vielen Einzelgesprächen, alle in Gemeinden mit allen Verantwortungsträgern, Vereinsobleuten bis hin zu den Feuerwehren Gespräche geführt in diesen zwei Jahren in einem Umfang, die sich halt viele andere in der Form nicht angetan haben. Und dann noch das Letzte unter dem Strich: Drei einstimmige Gemeinderatsbeschlüsse hat es gegeben. Und

nicht dass man glaubt, jegliche Kritik ist inzwischen weg. Es gibt die Kritik nach wie vor, die Notwendigkeit des ständigen Hinterfragens, die Aufklärungsgespräche, die notwendig sind, aber das ist halt eine Arbeit, die sich diese 303 Bürgermeister wirklich angetan haben und zur Ehrenrettung so mancher anderen, die die Gemeinderatsbeschlüsse dann nicht gefasst haben, auch viele dieser Bürgermeister. Deshalb bitte mein Appell an alle, die noch nicht Beschlüsse gefasst haben oder in die Reformarbeit aktiv eingestiegen sind: 2014 ist bitte noch ausreichend Zeit mitzumachen. Jeder wird herzlich aufgenommen. Ich erinnere mich immer wieder an eine Aussage von unserem Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Wir reichen jeder Bürgermeisterin, jedem Bürgermeister bis zuletzt die Hand, aber dann müssen wir entscheiden.“ Heute wollen und werden wir entscheiden müssen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.34 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Walter Kröpfl.

LTAbg. Kröpfl (13.34 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, meine Herren Landeshauptmannstellvertreter, verehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Opposition, die vereinte Opposition hat ja schon gemeint, wozu man überhaupt einen Sonderlandtag brauche, das sei ja gar nicht notwendig. Wenn Sie jetzt auf die Uhr schauen, es scheint doch notwendig gewesen zu sein, dass wir diesen Sonderlandtag einberufen haben, denn die Diskussionsbeiträge zeigen es ja, wie interessant dieses Thema für alle ist. Wir hätten es heute vielleicht kürzer haben können, wenn die vereinte Opposition den Ausschusstag genutzt hätte, aber das hat sie ja nicht in diesem Ausmaß gemacht. Ich behaupte hier und heute, dass diese Gemeindestrukturreform ein sehr großer Wurf ist, der gelungen ist. Da möchte ich mich recht herzlich bei den Abteilungen und bei den politischen Büros bedanken für die Arbeit, die sie hier geleistet haben und es war sicher keine einfache Arbeit. Es wird uns undemokratisches Verhalten vorgeworfen, verehrte Damen und Herren. Was ist undemokratisch, wenn die Landeshauptleute Informationsveranstaltungen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern abhalten? Wenn unsere Beamtinnen und Beamten in den einzelnen Bezirken, in Gemeinden, rund um die Uhr kann man fast sagen, unterwegs sind? Wenn wir hier in diesem Haus, und es ist erwähnt worden, ich glaube sieben oder noch mehr Dringliche Anfragen gehabt haben zum Thema Gemeindestrukturreform? Also dieses

Thema ist in diesem Haus ausführlichst diskutiert worden, deshalb weise ich das entschieden zurück, meine Damen und Herren von der Opposition, dass gewählte MandatarInnen in den Gemeinden und dass die Abgeordneten der SPÖ und ÖVP undemokratisch handeln. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Eines hat dieser Prozess ja gezeigt: Dort, wo diese Strukturreform von Anfang an positiv gesehen wurde, wo konstruktiv gearbeitet wurde, dort sind auch tolle Ergebnisse herausgekommen. Ich sage Ihnen ein Beispiel aus meinem Bezirk, Deutschlandsberg, die große Gemeindefusion der Stadtgemeinde Deutschlandsberg mit der Marktgemeinde Bad Gams und mit den Gemeinden Trahütten, Osterwitz, Kloster und Freiland. Die Stadtgemeinde Deutschlandsberg und die Marktgemeinde Bad Gams haben sich zusammengesetzt und haben eine Analyse über die Gemeinden gemacht. Wenn Sie sich das anschauen, das wäre vielleicht gut, wenn man sich so etwas einmal zur Hand nimmt. Die haben sich Gedanken gemacht. Ich gebe Ihnen nur ein Beispiel daraus, weil Sie immer fragen, was bei der Fusionierung herauskommt, die zwei Gemeinden haben mithilfe des Landes errechnet – es wird immer vorgeworfen von Lambert Schönleitner, es gibt ja keine Zahlen vom Land – das kann das Land alleine nicht liefern, da müssen die Gemeinden dabei sein und da waren die Gemeinden dabei. Da kann ich Ihnen sagen, was da herausgekommen ist bei dieser Berechnung: Und zwar Barwerte des Ertrags und Kosteneffekte ohne Finanzeffekte, damit nicht der Vorwurf kommt, da ist schon wieder geschummelt worden. Bei der Variante, dass die Marktgemeinde Bad Gams, die Stadtgemeinde Deutschlandsberg, Freiland, Kloster, Osterwitz und Trahütten zusammengehen, wird das einen Mehrertrag geben in vier Jahren von 6,4 Millionen Euro – hochgerechnet auf zehn Jahre sind das 13 Millionen Euro. Wenn man die 15-jährige Betrachtung heranzieht, sind das 16,6 Millionen Euro. Diese 16,6 Millionen Euro oder wie Sie es auch jetzt lesen, ob das jetzt für ein, vier oder zehn Jahre ist, diese Erträge bleiben natürlich in der Gemeinde und die neue größere Gemeinde hat natürlich diese Finanzmittel zusätzlich zur Verfügung. Wenn sich alle Gemeinden hier hingesetzt hätten und deutlich analysiert hätten und dann entschieden hätten, dann wäre ich sofort dabei gewesen und hätte gesagt, das ist nichts Gescheites geworden hier. Alle, die es gemacht haben, haben gesehen, es kommt eine deutliche Verbesserung für die Bevölkerung der Gemeinden heraus. Verehrte Damen und Herren, noch etwas, weil es immer heißt wir seien so undemokratisch und wir arbeiten an der Bevölkerung vorbei: Lambert Schönleitner und auch Kollege Murgg, das wundert mich ja, dass ihr schon im Träumeland seid, dass es nach der nächsten Landtagswahl wahrscheinlich diese Mehrheit ÖVP/SPÖ nicht mehr geben wird in diesem Haus. Ich kann Ihnen sagen, wir sind auf der Seite der Bevölkerung und wir

hören in die Bevölkerung hinein. Wir haben auch den Mut eine Umfrage zu machen und so haben wir diese im August in den drei Bezirken Leibnitz, Deutschlandsberg und Voitsberg gemacht. Jetzt darf ich Ihnen das Ergebnis sagen von dieser Umfrage: 64 % der Befragten und das waren über 1.000 sind für eine Gemeindestrukturreform, 27 % sind dagegen. Wir haben natürlich auch abgefragt, wie das bei den Parteien aussieht. Bei der SPÖ sind 61 % dafür und 32 % waren dagegen. Bei der ÖVP waren 73 % dafür und 20 % dagegen. Bei der FPÖ, die ja so die Trommeln gerührt hat die ganze Zeit, sind 66 % für die Gemeindestrukturreform und nur 23 % dagegen. Bei den Grünen, man höre und staune, 73 % dafür und 26 % dagegen. *(Allgemeine Unruhe - Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ich weiß schon, verehrte Damen und Herren von der vereinten Opposition, das hören Sie nicht gerne. Diese Ergebnisse hören Sie nicht gerne, weil wir sind ja so weit weg von der Bevölkerung und wir werden die Rechnung bekommen. Ja, wir werden die Rechnung bekommen für diese Reformarbeit in diesem Land, nämlich eine Rechnung, die eine breite Zustimmung zu diesen Reformen zeigt, weil die Bevölkerung schon erkennt, dass diese Reformen notwendig sind, damit wir die Steiermark für die Zukunft weiterhin fit halten werden und nicht weiter in eine Entwicklung hineinschlittern, die in Richtung Kärnten oder woanders hingeht, verehrte Damen und Herren. Dafür bedanke ich mich bei unseren Verantwortlichen, bei unserem Herrn Landeshauptmann und dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter, weil die zwei sind mutig. Sie haben sich hingestellt und gesagt: „Wir wollen die Steiermark ordentlich regieren und in eine gute Zukunft führen, die Parteiinteressen hinten anstellen“, und das ist glaube ich, das Entscheidende, dass wir für das Land arbeiten und die Parteiinteressen in den Hintergrund stellen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Nur noch ein paar Bemerkungen und dann komme ich schon zum Schluss. Kollege Murgg hat heute das Thema Trofaiach, Gai und Hafning angesprochen. Ja, das ist eine lustige Geschichte, das gefällt mir ganz gut. Kollege Murgg ist da sehr pessimistisch, ist dagegen, weil da werden ja jetzt Gebühren angepasst und für eine Gemeinde gibt es eine Erhöhung, für die andere gibt es weniger. Heute in der „Kleinen Zeitung“ ist dieses Thema aufgenommen worden. In der „Kronen Zeitung“ auch, die „Kronen Zeitung“ hat das wieder ganz anders aufgerissen. Sie hat gesagt: „In dieser neuen Gemeinde gibt es plötzlich mehr Geld für die Feuerwehren. Das hat es vorher nicht gegeben. Man kann sanieren, weil mehr Geld da ist.“ Kollege Schönleitner, der sonst ja überall so dagegen wettet, der bejubelt das sogar, was da in dieser neuen Gemeinde Trofaiach, Gai, Hafning passiert. Da gibt es eine eigene Aussendung der Grünen dazu. *(LTAbg. Schönleitner: „Dort ist aber gefragt worden. Das ist der Unterschied!“)* Es ist toll das Match zu sehen, auf der

anderen Seite seid ihr beide gegen die Strukturreform und dann gibt es ein tolles Match zwischen dir, Kollege Schönleitner und dem Kollegen Murgg. Das ist natürlich auch etwas, was mich natürlich amüsiert, Herr Kollege Schönleitner. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Kollege Schönleitner hat auch gesagt, in der Gemeinde bei den Bezügen, das wird alles viel teurer und du hättest das berechnet. Ich muss nur den Konjunktiv nehmen, weil wenn du es tatsächlich berechnet hättest, dann wärest du auf Zahlen gekommen die auch stimmen. Wir haben es sehr genau durchgerechnet. Wir haben natürlich eine Erhöhung der Kosten im Jahr 2014 von monatlich derzeit 2,03 Millionen auf 2,9 Millionen. Dieser Betrag wird sich aber monatlich für die gesamte Steiermark im Jahr 2015 nach der Gemeindestrukturreform reduzieren auf 1,98 Millionen. Das sind trotz der Erhöhung monatlich gegenüber heute Einsparungen von 4.800 Euro, auf das Jahr hochgerechnet 67.000 Euro. Das ist, glaube ich, doch erwähnenswert, wenn auf der anderen Seite immer gesagt wird, das würde alles viel viel teurer werden - nur zur Richtigstellung, Herr Kollege. Abschließend, verehrte Damen und Herren, ich freue mich, dass es in einigen Gemeinden in der Steiermark oder im Großteil der Gemeinden der Steiermark gelungen ist, diese Gemeindestrukturreform positiv zu begleiten, auch bei der Bevölkerung eine positive Stimmung rüberzubringen. Wir haben auch bemerkt, wo von Anfang an positiv gearbeitet wurde und die Energie in das Positive hineingesetzt wurde, da hat man auch die Bevölkerung überall mitgenommen. Dort, wo von Anfang an negative Energie verstreut wurde, sind auch Umfragen negativ ausgefallen. Aber eines darf ich Ihnen sagen, diese Gemeindestrukturreform wird die steirischen Gemeinden zukunftsfit machen und halten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.45 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

LTabg. Klimt-Weithaler (13.45 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Regierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer und Zuschauende!

Ich werde jetzt versuchen nicht so nach Karl Valentin: „Es wurde zwar schon alles gesagt, aber nicht von mir“, einschlagen, sondern mich bemühen, wirklich noch auf ein paar Dinge, die gesagt wurden, noch einmal einzugehen. Unsere generelle Position hat Kollege Murgg ausführlich erklärt, auch warum wir gegen diese Zwangsfusionen stimmen. Noch einmal zu dieser gestrigen Pressekonferenz und der darauf folgenden Aussendung von Klubobmann

Kröpfl und Klubobmann Drexler. Ich finde das schon sehr spannend, wenn eine Pressekonferenz stattfindet von anderen Parteien und sich dann die Klubobmänner der sogenannten Reformpartnerschaft bemüßigt fühlen, das zu beurteilen oder zu bewerten, (*LTA*bg. Karl Lackner: „Was tut denn ihr, Frau Klubobfrau?“) auf alle Fälle auch, wer jetzt schlecht formuliert, ihren Senf dazuzugeben. Ich darf aus dieser Presseaussendung zitieren: „Die Landtagsopposition zeigt sich beim Thema Gemeindestrukturreform als eine skurrile Koalition vom Jammerern, Miesmachern, Schlechtrednern und Zukunftsverweigerern.“ Das schreiben die beiden Herren, im Übrigen, weil Sie den Herrn Amesbauer vorhin darauf aufmerksam gemacht haben, dass er die „Innen“ vergessen hat – zu Recht! - auch Ihre Klubobmänner haben die „Innen“ vergessen, denn bei dieser Pressekonferenz ist ja nicht nur der Kollege Mayer gesessen, sondern auch Frau Kollegin Jungwirth und ich. Sie schreiben auch: „Zuerst jahrelange Reformen verlangen und so weiter und so fort ...!“ Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, und ich habe es an dieser Stelle schon sehr oft gemacht: „Reform“, das Wort an sich bedeutet in der ursprünglichen Form Verbesserung.

Das, was Sie machen, sind keine Verbesserungen für die Menschen in der Steiermark. Deswegen fordere ich das absolut nicht von Ihnen. Im Gegenteil, ich sage Ihnen, bitte schön machen Sie keine Reformen mehr, wenn die alle so sind wie die bisherigen, die wir seit 2010 da erleben müssen. Ich kann auch die Worte „zukunftsfit“ und „enkelfit“ nicht mehr hören. In Wahrheit geht ihr die ganze Zeit nur her und verwendet diese Worte, um es so darzustellen, dass die Bevölkerung in Wahrheit auf die Dinge verzichten muss, die z.B. in anderen Bundesländern sehr wohl möglich sind; Beispiel Pflegeregress. In ganz Österreich haben wir keinen Pflegeregress. In der Steiermark sagt man den Leuten, das geht leider nicht anders (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder*: „Kinderregress.“) – den Kinderregress, ja Frau Edlinger-Ploder –, müssen wir eigentlich, weil, wir haben kein Geld. Dass das aber alles natürlich auch mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Bundesregierung zusammenhängt, da sagen Sie kein Wort dazu. Sie sagen nicht, dass Milliarden für Bankenrettungspakete schon geflossen sind. Es ist das Geld offensichtlich vorhanden, sonst könnten wir das auch nicht zahlen. Jetzt möchte ich auf ein paar Wortmeldungen eingehen, die vorher gefallen sind. Lieber Kollege Detlef Gruber, du hast eben auch gesagt, das ist ein Meilenstein hier und heute. Du hast auch nicht dazugesagt, auf wessen Kosten dieser Meilenstein sich letztendlich hier entwickelt. Und du wirfst uns vor, dass wir den Gemeinderäten und Gemeinderätinnen

Kompetenz absprechen. Gleichzeitig aber ignorierten deine Kolleginnen und Kollegen sowie der Herr Landeshauptmann und der Herr Stellvertreter, genauso wie die Kolleginnen von der ÖVP Volksbefragungen – ein direktes Mittel der Demokratie. „Ist uns wurscht. Darauf wird keine Rücksicht genommen.“ Mehrfach sogar wird keine Rücksicht genommen. Für mich schaut das Ganze jetzt mittlerweile wirklich schon so aus, als würden der Herr Landeshauptmann und der Herr Landeshauptmannstellvertreter ihre Pläne da durchpeitschen, egal was kommt, und so handeln, als wäre die Steiermark ihr Privatbesitz. Das ist es nicht, meine sehr verehrten Herren. Die Steiermark gehört immer noch den Steirern und Steirerinnen und Sie sind gewählt, das bestmöglich zu vertreten hier. Aber Sie legen absolut keinen Wert auf die Meinung der Bevölkerung. Das tun Sie nicht, sonst würden Sie diese demokratischen Mittel zumindest wahrnehmen. Der Kollege Dirnberger hat erklärt, die Opposition, die ziehe ja alle Register. Wie auch immer man es auch bezeichnen möchte, lieber Kollege Dirnberger – jetzt ist er gar nicht da, ah, da hinten. Wie auch immer man das bezeichnen möchte, was wir hier tun. Ich kann sagen, wir nehmen die Bedenken der Bevölkerung ernst. Es ist meine Aufgabe als Oppositionspolitikerin mich auch hier herzustellen und zu sagen: „Hallo, aufpassen. Die wollen eigentlich ganz etwas anderes.“ Das ist wirklich Volksvertretung. Mir ist schon bewusst, dass die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP zumindest in dieser Periode diesen Begriff nicht mehr wirklich ernst nehmen. Denn leider hat sich diese Runde hier ja zu einer Ja-Sager-Landschaft entwickelt, d.h. die Landesregierung gibt das vor und die Abgeordneten heben brav die Hand. Es ist so, es tut mir leid, das erleben wir immer wieder. Interessanterweise haben sich aber jetzt, gerade was die Gemeindefusionen anbelangt, nicht nur Menschen, die irgendwo wohnen und betroffen sind, an uns gewendet, nein, es haben sich auch Parteifunktionäre und Parteifunktionärinnen an uns gewendet. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, meine sehr verehrten KollegInnen, da gehört schon einiges dazu, wenn ich mich als gestandener SPÖ-ler oder als gestandene ÖVP-lerin an die Klubobfrau der Kommunisten und Kommunistinnen wende und anrufe und sage: „Entschuldigung, ich möchte Ihnen gerne erzählen, wie es uns da gerade geht, weil von meinen eigenen Leuten hört mir niemand zu.“ Es wurden ganz, ganz viele Dinge erzählt über diese Gespräche, wie uns jetzt schon x-mal gesagt wurde, wie viele stattgefunden haben, wie oft man gesprächsbereit sich gezeigt hat. Beispiel Steinhalle Lannach, sage ich nur. Da war auch so eine Gesprächsrunde. Da sind nur diejenigen, die etwas dagegen sagen wollten, komischerweise nicht drangekommen. Also das sind lauter Dinge, auf die ich jetzt gar nicht mehr breit eingehen möchte. Aber eines müssen Sie schon auch ganz ehrlich zugeben: Sie

können Millionen Gespräche führen; so lange Sie Ihre Gesprächspartner und –partnerinnen bei diesen Gesprächen nicht ernst nehmen, können Sie sich die alle miteinander sparen, ja. Weil entweder rede ich mit den Leuten und höre mir an, was sie wollen und nehme sie als Partner auf Augenhöhe ernst, oder ich sage ihnen von vornherein, so wie es bei allen möglichen passiert ist: „Wir machen jetzt eine Informationsveranstaltung, dort sagen wir euch, was wir vorhaben und hinterher könnt ihr dann Fragen stellen.“ Genauso ist es uns als OppositionspolitikerInnen ja da auch gegangen. Das ist ohnehin schon mehrmals erklärt worden. Wenn uns gesagt wird: „Stellt Fragen, wir geben euch fünf Stunden im Ausschuss, stellt doch Fragen. Wir machen einen Sonderlandtag.“ Ja, ich kann tausend Fragen stellen, wenn ich nicht die Möglichkeit habe, etwas zu verändern, dann führt sich das Ganze ad absurdum. Da müssen wir ja ganz ehrlich sein und da braucht ihr euch jetzt, nämlich vor allem die Gestandenen, von denen ein Beispiel nehmen, sich da herzustellen und zu sagen: „Na ja, wir haben ja eh.“ Ihr wisst ja ganz genau, dass das eine sinnlose Aktion war, weil von vornherein klar war, dass es nichts mehr ändern wird – egal was da jetzt jemand von der Opposition sagt oder egal, welche Frage gestellt wird.

So, jetzt noch zur Gemeindeinitiative. Die Formierung dieser Gruppe, die war ganz sicher ein Schlag ins Gesicht des Herrn Landeshauptmannes und des Herrn Landeshauptmannstellvertreters. Man ist aber nicht hergegangen, nach dieser Formierung, und hat sich überlegt: Was machen wir eigentlich falsch oder was passt da nicht, dass sich so eine Initiative überhaupt gründet? Als erstes hat man zum Gegenschlag ausgeholt und hat gesagt: „Ja die Gemeindeinitiative, lauter Bürgermeister, die nur um ihr eigenes Leiberl rennen und kein ernstes Interesse haben, in der Steiermark etwas weiterzubringen.“ Sie wissen alle ganz genau, dass das absolut nicht stimmt und dass viele dieser Bürgermeister, die sich in dieser Initiative engagieren, demnächst in Pension gehen. Also denen geht es ganz sicher nicht um das eigene Leiberl. Aber gleich einmal herzugehen und auf etwas, was sich als Kritik formiert, einzuschlagen anstatt sich selbst zu fragen: Was machen wir eigentlich falsch?, das ist leider eine Gangart, die wir auch erleben, weil sie SPÖ und ÖVP sich in diese sogenannte Reformpartnerschaft geflüchtet haben. Der Höhepunkt dieser Auseinandersetzung zwischen der Gemeindeinitiative und den beiden Landeshauptleuten in der Regierung, das war ja wohl der Aufruf bei der Nationalratswahl zum Wahlboykott. Ja, wo hat es das in der Geschichte bis jetzt gegeben, dass die eigenen Leuten sagen: „Bitte schön, wählt nicht die“? Also spätestens dann hätte man sich die Frage stellen können, machen wir irgendetwas falsch? Was tun die sogenannten Reformpartner? Sie sagen: „Jetzt erst recht und dieses Wahlergebnis hat ja mit

uns eigentlich überhaupt nichts zu tun.“ Meine sehr verehrten Herren, Sie haben jetzt zusammen noch weniger als 45 % in der Steiermark gehabt bei dieser Wahl. Da sind Sie immer noch nicht draufgekommen, dass vielleicht sich etwas in der Richtung der Politik ändern sollte? Lieber Walter Kröpfl – jetzt ist er, glaube ich, nicht da –, wenn du mir dann erklärst: „Wir sind so nahe bei der Bevölkerung“, dann frage ich mich, bei welcher? Sicher nicht von den Steirerinnen und Steirern.

Es blinkt bereits, ich möchte nur noch eines sagen, und zwar zu dem Entschließungsantrag der Grünen, vielleicht kann mir jemand von den Grünen erklären, was unter Punkt 2. c) genau gemeint ist, weil ansonsten würde ich eine getrennte Abstimmung verlangen. Ansonsten werden wir diesem Entschließungsantrag unsere Zustimmung geben. Wenn Sie es wirklich ernst meinen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und ÖVP, wenn Sie es ernst meinen mit dem, dass wir hier erst debattieren, dass hier nicht drübergefahren wird, dann lassen Sie eine Änderung zu und stimmen Sie dem Grünen Entschließer zu. Ich bin mir ganz, ganz sicher, dass das leider nicht passieren wird. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ – 13.56 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Maximilian Lercher.

LTabg. Lercher *(13.56 Uhr):* Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Lieber Lambert, vielleicht bleibst du noch kurz sitzen oder hörst du mir beim Gehen zu. Ich glaube bzw. ich habe den leisen Verdacht, du hast den Phasenprozess im Zuge der Gemeindestrukturreform bis heute noch nicht begriffen. Weil du stehst vor einem demokratiepolitischen Meilenstein und siehst es nicht, lieber Lambert. Dieser Prozess nämlich ermöglicht all das, von dem du sprichst und er hat einen ganz essentiellen und wichtigen Punkt enthalten, nämlich Eigenverantwortung. Diese Eigenverantwortung wird auch der Gemeindeautonomie gerecht; nämlich indem die Gemeinden auch in diesen Prozess als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner Verantwortung übernehmen und Dinge mit dem Land gemeinsam abarbeiten. Weil überall dort, wo das passiert ist, hat man die Finanzanalyse. Überall wo das passiert ist, hat man gute Ergebnisse und das gibt uns das Recht, an diesem Weg festzuhalten, der ein demokratiepolitischer Meilenstein ist, meine lieben Kolleginnen und Kollegen *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP - LTabg. Mag. Dr.*

Mayer, MBL: „Schreibst du das so in dein Parteiprogramm?“) Wenn Sie wollen, gerne. Können Sie auch nachschauen, Herr Klubobmann, wie ein gutes Parteiprogramm geschrieben wird. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL:* „Eigenlob stinkt.“) Na ja, immer nicht. Ich muss Ihnen ganz ehrlich einiges entgegenhalten, wie Sie heute darangegangen sind, hier diese große Entscheidung dieses Hauses zu boykottieren. Letztlich wird heute mit der Zukunft begonnen und die Gemeindestrukturreform, und davon bin ich überzeugt, gibt uns die zukünftige Struktur, mit der wir den Herausforderungen der Zukunft begegnen können. Sie gibt uns die Struktur, wo wir die impulsgebende Kraft haben werden, um zukünftige Projekte zu realisieren. Es braucht mir niemand zu erzählen, der aus einer Region wie ich, aus dem Bezirk Murau kommt, dass es so in einer Kleinteiligkeit oder einer Verzettelung der Ressourcen weitergehen kann. Wir brauchen die Bündelung der Ressourcen im Zuge dieser Gemeindestrukturreform, um langfristig wirkliche impulsgebende Projekte in der Region zu realisieren und, Lambert, das ist in der zweiten Phase der Masterplan. Der Masterplan, der aufbauend auf die Gemeindestrukturreform kommen wird, um die Leuchtturmprojekte in den Regionen zu realisieren und um gut in die Zukunft zu gehen und um auch tatsächlich der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken. Das tun wir im Rahmen dieser verantwortungsvollen Politik, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Und die direkt – Hannes, ich habe jetzt gewartet, dass du klatscht. Noch einmal zu den direktdemokratischen Elementen: Es ist doch ein vollkommener Irrglaube der Grünen, mit einer Hineinbettung von willkürlichen demokratischen Elementen eine Demokratisierung im Ganzen herbeizuführen. (*Unruhe bei den Grünen – Unverständliche Zwischenrufe*) Das ist doch keine progressive Politik der Grünen, lieber Lambert. Das ist doch nicht das, was du willst, wir haben einen Ausgangspunkt von Österreich als repräsentative Demokratie und da direktdemokratische Instrumente hineinzufeuern, ist nicht der Weg demokratiepolitisch etwas weiterzubringen, (*LTabg. Schönleitner:* „Unglaublich, unglaublich.“) demokratiepolitisch etwas weiterzubringen bedeutet dann den Prozess; das gelobt dann den Prozess, den wir im Zuge der Gemeindestrukturreform begonnen haben und dieser Prozess wird uns auch in der Demokratiep politik in diesem Land weiterbringen. Herr Abgeordneter, ich bin überzeugt und nicht so direktdemokratische Instrumente zu verlangen. (*LTabg. Amesbauer:* „Was regst du dich so auf?“) Herr Amesbauer, du geißelst mich jetzt, dass ich mich nicht so aufregen sollte, du bist wahrscheinlich neidig, weil ich mich nicht wegen dir aufrege, sondern wegen dem Lambert Schönleitner (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*). Fakt ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorstellung der Grünen, die einmal eine progressive Partei waren, (*LTabg.*

Schönleitner: „Ihr seid sehr progressiv derzeit.“) zur direkten Demokratie sind vollkommen irreführend, die werden uns nicht in eine moderne Demokratie führen und sind auch nicht zielführend. (*LTAbg. Schönleitner:* „Unglaublich.“ – *LTAbg. Amesbauer, BA:* „Was jetzt?“) Ich möchte mitgeben, steigt noch ein in diesen Prozess, der unglaublich ist, der uns in eine gute Zukunft bringen wird im positiven Sinne und der zeigt, dass der Prozess an Hand vom Beispiel – Herr Amesbauer, du hast ja eine Person, die diesen Prozess aufgegriffen hat, der mitgetan hat, der kapiert hat, um was es geht und letztlich auch in deiner Gemeinde für die Fusion gestimmt hat. Dieser Prozess ermöglicht ein Umdenken, wenn er wahrgenommen wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben mit allen gesprochen. (*LTAbg. Amesbauer, BA:* „Nein stimmt nicht. Gesprächsverweigerung.“) Nur wenn man nicht das gesagt hat, was gehört werden wollte, dann war es kein Gespräch. (*LTAbg. Amesbauer, BA:* „Stimmt nicht.“) Aber geredet haben wir mit allen. Wir werden auch in Zukunft mit allen reden, denn diese Reform und dieser Beschluss heute eröffnet die Zukunft. Heute der Beschluss und morgen die positive Entwicklung für eine gute Steiermark. Glück auf. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.02 Uhr*)

Präsident Breithuber: Die nächste Wortmeldung kommt vom Abgeordneten Kollegen Peter Tschernko. Bitte darum.

LTAbg. Tschernko (14.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Herren Landeshauptleute, Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, Zuhörerinnen und Zuschauer und auch via Livestream!

Ich kann Ihnen versprechen, dass es jetzt nicht so emotional wird, dass es ruhig wird, denn ich bin schon über 24 Jahre Kommunalpolitiker und auch Sachpolitiker und möchte einleitend damit beginnen und Ihnen sagen, dass ich ein Zitat aus dem Gemeindestrukturreformhandbuch genommen habe, das mich eigentlich sehr bewegt hat und wir darauf auch diese Strukturreform aufgebaut haben. Parkinson hat hier, ich zitiere jetzt, gesagt: „Unsere Städte und Gemeinden haben Grenzen aus dem 19. Jahrhundert, haben Verwaltungsstrukturen aus dem 20. Jahrhundert und müssen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen.“ Und genau das war und ist unsere Motivation diese Gemeindestrukturreform zu machen und uns auch dieser Herausforderungen zu stellen, mit den Reformpartnern Landeshauptmann Voves und Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer und ihren Zielen und ihren Abgeordneten, die hier dieses Projekt und diese

Gemeindestrukturreform mittragen. Es ist schon vieles inhaltlich gesagt worden, aber ich möchte jetzt ein paar Dinge konkret ansprechen, inhaltlich, die ich auch hier beweisen kann, weil immer von „Schätzungen und vom Glauben“ gesprochen worden ist. So möchte ich aus meiner eigenen Fusionsgemeinde Zahlen, Daten und Fakten liefern und auch Synergien hier bekanntgeben, die wir schon erarbeitet haben. Die haben wir schon vor ca. zehn Jahren erarbeitet, d.h. da haben wir uns das erste Mal getroffen, weil auch kleinere, periphere Gemeinden Haushaltsabgänge hatten. Was machen wir mit den Haushaltsabgängen? Wie lösen wir unsere Probleme mit den zentralen Gemeinden, wie können wir als Gemeinde in diesem Bereich, in diesem peripheren Bereich, überleben oder welche Synergien führen uns zusammen? Wir haben viele, viele Kooperationen und Verbände auch gemacht, zu diesen komme ich noch. Warum ich nicht so von diesen Kooperationen und Verbänden überzeugt bin, die das Allheilmittel jetzt sein sollten, in Zukunft ich mich nicht dafür ausspreche, weil meine 24-jährige Erfahrung dagegen spricht, aber ich werde das später dann noch begründen. Ich kann jetzt hier aus unserer Reformgemeinde sagen, in erster Linie möchte ich Ihnen jetzt folgende Daten, und wir haben auch eine Volksabstimmung gemacht, hier mitteilen. Wir sind Gemeinden aus dem Rebenland Leutschach, die neue Gemeinde wird Leutschach an der Weinstraße heißen. Wir werden als Fusionsgemeinde ca. 3.800 Einwohner und Einwohnerinnen haben und wir haben im Jahre 2005 schon die erste Volksbefragung gemacht. Da haben 80 % bis 95 % von drei Gemeinden zugestimmt, dass wir die Gemeinden vereinigen sollten, dass wir sie fusionieren sollten. Eine Gemeinde war damals dagegen und war nicht so überzeugt. Das wird man immer haben, dass es Kritiker gibt und das ist auch gut so, dann können wir überlegen, was können wir noch besser machen? Diese Gemeinde hat jetzt mit 84 % dafür gestimmt, diese Fusion einzugehen. Ich kann jetzt in Zahlen und Fakten sagen, was diese Fusion uns jetzt bei den Haushaltsabgängen bringen wird und welche Einsparungspotentiale hier zutage treten, ohne Fusionsförderung. Damit der Kollege Lambert Schönleitner mir das jetzt glaubt, sage ich „geschätzt auf Cent, nicht auf Cent aber auf Euro genau“. Es sind im Jahr 2015 105.832 Euro, im Jahr 2016 116.839 Euro, im Jahr 2017 123.017 Euro, im Jahr 2018 128.600, im Jahr 2019 134.183 und im Jahr 2020 netto. Also ohne dass wir jetzt Immobilien verkauft haben, ohne dass wir die Förderungen oder die Fusionsförderung dazugerechnet haben, das sind reine Einsparungspotentiale ab 2015. Insofern ist es für mich, oder die Schätzung glaubwürdig, dass wir im Land Steiermark Handlungsspielräume für unsere Gemeinden frei bekommen, die jetzt geschätzterweise in Zahlen gegossen für diese 288 oder 287 Gemeinden rund 100 Millionen Euro pro Jahr

ausmachen werden. Es ist ja auch schon in den Strategieplänen festgehalten, das war keine Willkür, die hier geschehen und passiert ist, denn da sind im Vorfeld mit den Beamten und Beamtinnen aus den Abteilungen, mit den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen in dieser Gemeindereformgruppe, die jetzt die Strategiepläne erarbeitet haben, und da ist sehr viel Hirnschmalz auch hineingeflossen. Da sind auch die Kritiker mitbefragt worden und dadurch ist man zu diesem Entschluss gekommen, die Gemeinden sollten leistungsfähig, wirtschaftlich, professionell handeln können und vor allem in Gemeindezentren geordnet und geschaffen werden. Vielleicht noch einmal kurz zusammenfassend: Die Chancen einer Gemeindefusion liegen wirklich in diesen raumordnungspolitischen und verkehrspolitischen Maßnahmen oder in dieser verbesserten Koordination der Infrastrukturausstattung. Ich denke ja auch an meine eigene Gemeinde und kann nur sagen, auch meine Kollegen teilen diese Meinung, es geht hier um die Nichtausnutzung und Nichtauslastung von Geräten, vom gesamten Fuhrpark, es geht aber auch um die Rechtssicherheit, um die Professionalität in den Gemeinden, die eine Verwaltung braucht. Oder es geht auch um einen geringeren Koordinationsaufwand in den Verwaltungsebenen. Ich kann Ihnen sagen, ich war in hunderten oder mehr oder x-hundert von Sitzungen, wo wir in der Kleinregion über Möglichkeiten diskutiert haben, diese Projekte dann nicht zustande gekommen sind, weil es eben die Kooperation, die jetzt heute und hier auch immer wieder „heiligesprochen“ wurde, erstens einmal sehr, sehr, sehr entscheidungsunfähig ist, dann, wenn ein Kooperationspartner nicht einverstanden ist, wird das Thema überhaupt ad acta gelegt. Oder wie es uns nach einem zehnjährigen Versuch nicht gelungen ist, ein Projekt auf die Füße zu stellen, weil es dann wieder einen anderen Bürgermeister in einer anderen Gemeinde einen Amtsleiter oder Amtsleitung gegeben hat. So könnte ich Ihnen viele, viele Beispiele aus der eigenen Region aufzählen. Insbesondere mussten wir immer 48 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte überzeugen. Wenn ich jetzt den Kern der Sache herausnehme, die raumordnungspolitische – die Raumordnung ist für mich der Kern und auch das Fleisch in meiner Gemeinde und auch dieser Strukturreform. Denn wenn es um wirtschaftliche, verkehrspolitische und bildungspolitische Maßnahmen geht, dann kann ich in einer 700-Einwohnergemeinde und 800-Einwohnergemeinde kaum Wohnraum schaffen, Gewerbe ansiedeln und wir schreiben in vier Gemeinden oder in sieben Gemeinden in einer Kleinregion unsere Entwicklungsleitbilder voneinander ab und in Wirklichkeit führt das zu kleinen Erfolgen bis zu keinen Erfolgen. Die Gemeindezentren haben dadurch auch immer darunter gelitten, dass sie zwar Vorleistung leisten mussten, wie z.B. die Bezahlung der Musikschulen, der eingeschulten Gemeinden, das

Geld, das sie nicht erhalten haben und bekommen haben, vorfinanzieren mussten. Diese Probleme können wir mit diesen zentralen Gemeinden gut lösen und bestens lösen. Ich denke auch, und jetzt als raumordnungspolitische Maßnahme, haben wir, das war das Projekt, über das wir schon über zehn Jahre diskutiert haben, über den interkommunalen Ausgleich einen Kooperationsvertrag zu machen. Ist uns nicht gelungen. Ich hoffe jetzt, dass uns jetzt durch diese Fusion das gelingt, dass wir uns schneller, rascher und effizienter hier entwickeln können und auch entwickeln müssen. Jetzt noch ein Wort zum Kollegen Schönleitner; nein ich glaube, das war die Kollegin Klubobfrau Klimt-Weithaler oder Schönleitner, das habe ich jetzt nicht sofort bei der Hand. Da geht es um die Zerschlagung der Gemeinden in den peripheren Gebieten, weil sie sich in Kernräumen – weil sich die Bürgerinnen und Bürger in Kleinräumen ansiedeln. Gott sei Dank gibt es Kernräume. Aber wir können uns in den peripheren Lagen nur retten, indem wir jetzt auf unsere Synergien schauen, dass wir die Menschen durch eine gemeinsame Kinderbetreuung, gemeinsame Bildungsangebote, Einrichtungen usw. vor Ort halten. Wenn die Bürgerinnen und Bürger 20 Kilometer, 25 Kilometer pendeln, dann bleiben sie bei uns in den Orten und Vororten als Wohngemeinde und als lebenswerte Gemeinde im ländlichen Raum. Der Kollege Schönleitner war das mit dem weiß-grünen Weg. Das war der Vorteil, Kollege Schönleitner, der weiß-grüne Weg, um den ländlichen Raum zu stärken; jetzt sind wir zu diesen Ergebnissen gekommen, damit wir eben diese Kleinstgemeinden auch in den peripheren Lagen halten können. Wir sind froh, wenn es Wirtschaftsentwicklungen in den Kernräumen gibt. Das ist einmal so, der Kollege Lackner hat das heute auch sehr, sehr gut erklärt, dass eben entlang den Talböden der Infrastruktur sich die Betriebe ansiedeln. Das ist gegeben und gegessen – aber wenn wir uns noch so wehren, das wird auch immer so sein. Wir entwickeln ja Leitbilder. Das ist Aufgabe der Regionen in der Steiermark, dass sie die Leitbilder hier entwickeln müssen für alle Gemeinden und für die Bezirke in der Steiermark. Abschließend, weil es schon blinkt, möchte ich doch ein Wort zum Bezirk dazusagen. D.h. wir sind von 48 Gemeinden auf 29 Gemeinden gelangt und drei Gemeinden haben sich nicht freiwillig da fusioniert. Aber ich hoffe, dass es noch Gespräche gibt und vielleicht möglicherweise eine Gemeinde doch noch zu einer freiwilligen Fusion kommt. Abschließend möchte ich noch Danke sagen an die Beamtinnen und Beamten aus den Abteilungen. Die haben genug Arbeit mit uns vor Ort in den Bezirken aber auch in den Landstuben gehabt und ich glaube jedenfalls, dass die neuen größeren Einheiten in Kooperationen mit denen, die geblieben sind, auch sicher größere Chancen für unseren Bezirk und die Steiermark haben werden und darstellen und vielleicht sind die

Auswirkungen der Reform nicht sofort und gleich spürbar, aber mittel- und längerfristig sind ja diese Reformen mit Sicherheit spürbar, damit es auch für unsere Kinder eine sichere und von Wohlstand geprägte Zukunft geben wird. Ich denke, wir sollten diesen wichtigen Schritt heute auch mittragen. Zitat Ende. Ich habe in der Einladung des Landesfrauentages von der deutschen Publizistin Wilma Thomalla gefunden, die gesagt hat: „Es sind nicht die äußeren Umstände, die das Leben verändern, sondern die innere Veränderung, die sich im Leben äußert.“ Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.14 Uhr)*

Präsident Breithuber: Die nächste Wortmeldung, Detlef Gruber.

LTAbg. Detlef Gruber (14.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein paar Ergänzungen noch. Einerseits, weil ich verschiedentlich angesprochen wurde, andererseits, danke Peter Tschernko für die Zahlen aus dem Bezirk. Ich möchte das vielleicht noch ein bisschen statistisch oder mit Prozenten untermauern. 27 Gemeinden haben es nicht oder waren nicht betroffen, das sind 56,25 %; Entschuldigung, haben Beschlüsse gefasst, dass sie fusionieren wollen. 18 Gemeinden, das sind 37,50 % da gab es keinen Grund für Fusionierungen, weil sie zentralräumliche Aufgaben haben und nur 6,25 % unserer Gemeinden, Bezirk Leibnitz, haben keinen Beschluss gefasst. So viel also zur Relation. Es sind einige Dinge angesprochen worden, Herr Kollege Murgg hat im Besonderen ein paar Fakten wissen wollen, ich werde sie ihm gerne geben. Aber vorweg noch eines: Lieber Kollege Murgg, du weißt, dass ich deine Aussagen sehr schätze, sie sind meistens von dir aber auch sehr einseitig. Aber wenn du da hergehst und jetzt die Leute, die mit voller Verantwortung für eine Reform eintreten, der Lügen bezichtigst, aber im selben Atemzug dann hergehst und den Finanzausgleich 2016 interpretierst, dann ist das nicht mehr wie Kaffeesud lesen, was du machst. Das kann nicht anders sein. Also so kann ich das nicht machen. Genauso wie immer wieder jemand hergeht und ich möchte das jetzt abschließend noch einmal betonen: Die Bürgermeisterbezüge haben absolut nichts mit der Gemeindefusion zu tun. Ich bin jetzt das 13-te Jahr im Landtag und seitdem habe ich mich immer wieder, wenn es um Gemeinden gegangen ist, dafür eingesetzt, dass die Bürgermeister unseres Landes, Bürgermeisterinnen natürlich auch, endlich einmal diese Wertschätzung erhalten, die die anderen Bürgermeister, Bürgermeisterinnen in allen anderen Bundesländern Österreichs schon längst haben. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Da jetzt

herzugehen, das ist wieder der berühmte Vergleich von Äpfel mit Birnen, zu vergleichen und zu sagen: „Ja, das kostet uns jetzt wieder so viel mehr.“ Das ist das Eine, das ist die Wertschätzung an die Leistung aber auch an die Herausforderungen der Zukunft für unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Die 170.000 Euro, die ich angesprochen habe, teilen sich auf verschiedene Bereiche auf. Alleine im Bereich der EDV-Ausstattungen, wo wir in vier Gemeinden allesamt den gleichen Anbieter haben, extrem hohe Beträge bezahlen müssen, wird es zu einer Halbierung der Kosten kommen. Da sind mindestens 30.000 Euro drinnen. Die Bezüge natürlich der Mandatare, Bürgermeister, Vizebürgermeister, Kassiere verringern sich auch gewaltig, da ist sehr vieles drinnen, die bessere Auslastung des Fuhrparks ist der nächste Teil, der dann drinnensteckt und natürlich auch der geringere Aufwand für Amtsgebäude, die nicht mehr in der neuen Form benötigt werden und wo sich die Gemeinden freiwillig bereit erklärt haben, sie nicht mehr zu verwenden, einem privaten Zweck zuzuführen, z. B. eine Art Nahversorgung hineinzubringen. Das sind alles sinnvolle Ergänzungen dort, wo die Gemeinden sich zusammensetzen und wirklich Anstrengungen unternehmen, um zu Verbesserungen zu kommen. Ein Problem ist heute noch nicht angesprochen worden, das ist das Problem der Vereine allgemein. Wir haben alle – und ich lebe im ländlichen Raum schon ewig lang und bin auch immer in Kleinstschulen tätig gewesen – überall ein Problem mit dem Nachwuchs, auch in den Vereinen. Das Wunderbare daran ist, dass viele Vereine, egal in welcher Ausrichtung sie da sind, wieder Hoffnung schaffen, schöpfen durch die Zusammenlegung, weil es dann eher zum Nachwuchs kommt in den einzelnen Bereichen. Also viele, viele Dinge sind positive Dinge. Dann möchte ich jetzt zum Abschluss, ich möchte das jetzt ein bisschen mit einem Lächeln sagen, einen Akt einer direktdemokratischen Aktion machen, weil der Herr Landesrat Schickhofer, der keine Ressortzuständigkeit heute hat, zu diesem Thema mich gebeten hat, weil du Baierdorf angesprochen hast, die Fakten von Baierdorf zu sagen. Er hat es mir aufgeschrieben und ich darf das jetzt zur Kenntnis bringen. In Baierdorf selbst, nein, Entschuldigung, das Gemeindeamt Oberfeistritz wird der Erweiterung der Feuerwehr dienen. Das Gemeindeamt in Baierdorf wird den Kindergarten und dadurch auch alle Sechsjährigen beheimaten oder beherbergen und dadurch ein besseres Raumangebot haben. Der Kindergarten in Anger wird zur Kinderkrippe umfunktioniert, auch ein wesentlich verstärkter Beitrag für die neue Gemeinde. Das Hauptgemeindeamt wird anders sein und die Schule in Baierdorf soll 2016 zu Anger kommen. Dadurch gibt es dort eine Weiterfreistellung, eine Nachmittagsbetreuung und ein wesentlich verstärktes Angebot an unverbindlichen Übungen. Und da soll mir dann

irgendjemand sagen, dass nicht ein Mehrwert da ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit.
(*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.20 Uhr*)

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung von Kollegin LTAbg. Eva-Maria Lipp.

LTAbg. Lipp (14.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landeshauptleute, liebe Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

„Wer nicht verändert, wird verändert“, so sind die Worte unseres Bürgermeisters von Leoben und er hat damit auch gezeigt, dass viel machbar ist. Diese Worte sollten wir uns eigentlich in das Stammbuch schreiben. Der Freiheitlichen Fraktion möchte ich sagen, wir sind draußen am Land, wir sind bei den Bürgern. Es ist nicht so, dass nur Sie unterwegs sind, wir sind auch unterwegs, sehr viel unterwegs. An die Opposition ein Appell: Reden wir nicht immer nur Probleme herbei, sondern reden wir in Lösungen. Das würde unser Land wesentlich rascher weiterbringen. Der Herr Amesbauer ist leider nicht da. Ich wollte ihm zum Beschluss in den Gemeinden gratulieren. Das ist ein Zeichen, dass dies sehr gut vorbereitet wurde von den Bürgermeistern und überall, wo die Bürgermeister dahintergestanden sind, sind die Umfragen oder die Bürgerbefragungen auch positiv ausgefallen. Dasselbe Beispiel haben wir auch in Trofaiach, Gai und Hafning. Zu dieser Gemeinde, zur neuen Stadt Trofaiach möchte ich mich insbesondere zu Wort melden, weil die KPÖ dort überhaupt alles kritisiert, was dort stattfindet. Die Schließung der Volksschule hat es schon vor der Fusion gegeben. Herr Murgg, sind Sie sind heute schon angesprochen worden, man muss auch etwas dazu beitragen, dass es Kinder gibt, dann werden unsere Schulen offen gehalten werden. (LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Herr Murgg, Sie müssen ran.“) Wir bauen Schulen. Wir haben Schulen für die Kinder und nicht für die Lehrer. Das Beispiel, der Verkauf der Stadtwerke an oder die Fusion mit Judenburg, das hat bereits vor vier Jahren stattgefunden und wäre das nicht passiert, würde es die Stadtwerke heute nicht mehr geben. Jetzt ist das ein profitables Unternehmen und wirft wegen der Stromerlöse Gewinne ab – und übrigens, die Strompreise für 2014 werden sogar gesenkt. Die Eigenkapitalquote der Stadtwerke konnte von 10 % auf über 30 % erhöht werden. Zum Verkauf der Gemeindewohnung muss ich noch bekritteln, da hat die ÖVP auch dagegen gestimmt damals, allerdings mit einer Überlegung, dass sie zu billig verkauft wurden. Gerade die Indexsteigerung, die die KPÖ bei jeder Gelegenheit vehement ablehnt, hat der Gemeinde beinahe das Genick gebrochen. Real gesehen hat die Gemeinde bei einem Großteil der Wohnung bereits dazugezahlt zu der damaligen Zeit. Zu

den Bürgerservicestellen, die Sie angesprochen haben, Herr Dr. Murgg, die KPÖ ist natürlich dagegen, dass diese geschlossen werden. Nur, wenn die Besuchsfrequenz in der Bürgerservicestelle beispielsweise von Gai im Monat August zwei Menschen sind, zwei Menschen in einem Monat, dann, glaube ich, ist da eine einvernehmliche Auflösung der Bürgerservicestelle mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Kräfte, die in den Bürgerservicestellen jetzt sitzen, werden in der Stadtgemeinde Trofaiach arbeiten, wo sie gebraucht werden. Zu den Funktionären: Aus drei Bürgermeistern wurde einer; aus drei Vizebürgermeistern zwei; aus drei Kassieren ein Finanzreferent; aus drei Amtsleitern wurde einer plus eine Stellvertretung. Bei der Verwaltung und beim Bauhof hat es keine Einsparungen gegeben. Sie werden alle dringend gebraucht und Einsparungen wird es im Laufe der Jahre mit den natürlichen Abgängen dann erst geben. Zu den Gebühren, die heute schon mehrmals angesprochen wurden, vor allem in der Gemeinde Trofaiach: Hätten wir die KPÖ-Variante genommen, alles zum Niedrigtarif, dann frage ich mich immer, wie wollen Sie das alles finanzieren? Dann hätte es einen Abgang von knapp einer Million pro Jahr ergeben. Dass keine BZ-Mittel fließen, ist dann auch klar, weil es ja keine Kostendeckung gibt und die Investitionen wären auch nicht möglich, weil wir keine Einnahmen haben. Umstrukturierungen wie z. B. beim Müll wirken sich auch sehr positiv aus. Früher war es mitunter so, dass die Leute angerufen haben und jederzeit ist alles abgeholt worden. Jetzt ist es anders, weil es genau geregelt ist. Manche üben Kritik, aber ein Großteil der Bevölkerung sieht das sehr positiv. Das Beispiel Straßenerhaltung, das ist eine Gemeinde mit einem sehr langen Wegenetz. Es wurde in den letzten Jahren in allen Gemeinden wenig investiert, nur das Notwendigste wurde gemacht. Jetzt gibt es ein Straßenbauprogramm bis 2018, das ist nachhaltige Gemeindepolitik. Auch für die Familien wurde viel getan: Erste Klasse Volksschule 200 Euro Startgeld; bei den Geburten auch 300 Euro Unterstützung; Unterstützung auch für Startwohnungen im Stadtzentrum. Das alles bringen Sie nicht ans Tageslicht, was Positives geschehen ist. Auch die Feuerwehren haben so einiges bekommen. Geplant ist noch der Umbau bzw. die Umsiedelung des Rüsthauses Hafning. Eine besondere Erfolgsgeschichte dieser Gemeindestrukturreform in den drei ehemaligen Gemeinden ist der „gMeinBus“. Inzwischen ist ein zweiter Bus notwendig und mit dem Citybus und gMeinBus sind die ehemaligen drei Gemeinden sehr, sehr gut vernetzt. Das bitte auch zu bemerken, Herr Dr. Murgg. Ganz einfach gesagt, es rührt sich was in der Stadt Trofaiach. Die umliegenden Gemeinden beneiden inzwischen die Stadt Trofaiach, weil sie sich eben wieder bewegen können. Es ist eine sehr positive Stimmung, nicht nur innerhalb der Funktionäre, sondern

auch innerhalb der Bevölkerung, was sich auch in Wiederansiedelungen positiv auswirken wird. Sie kennen die Firma BKE, die in die Gemeinde Trofaiach kommen wird; damals in der Gemeinde Gai war es nicht möglich, obwohl es derselbe Standort ist. Positiv zu den Betriebsansiedelungen ist auch anzumerken, dass eben durch die größere Einheit der Gemeinde Fachleute im Gemeindeamt sitzen, die natürlich auch ganz spezielle Anforderungen bewältigen können. Auf diese Fachleute sollte man keineswegs verzichten. Durch diese Beispiele sieht man, dass die Reform schon jetzt zu greifen beginnt. Es reicht, alles schlecht zu reden, wie es die Opposition so gerne macht. Hören wir auf die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger. In dieser Gemeinde, in der Stadt Trofaiach herrscht große Zufriedenheit.

Die Vereine wurden angesprochen. Das ist auch immer die große Sorge, ob ein Verein bestehen bleibt. Hängt einerseits vom Nachwuchs und andererseits von den handelnden Menschen ab. Die Funktionäre auf Gemeinde- und Landesebene sind gewählt, um Verantwortung für die Gemeinden, für das Land zu übernehmen, und um für die Bürgerinnen und Bürger eine gute Zukunft zu gestalten. Unsere Landeshauptleute und 306 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen haben diese Verantwortung wahrgenommen. Dafür danke ich ihnen.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.28 Uhr)

Präsident Breithuber: Die nächste Wortmeldung, Herr Kollege Anton Lang.

LTAbg. Anton Lang (14.28 Uhr): Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Es ist von den Oppositionsparteien eigentlich immer nur das Negative, oder ausschließlich das Negative angesprochen worden und Höhepunkt war die Wortmeldung von Herrn Dr. Murgg. Die Frau Kollegin Lipp hat schon einiges ins rechte Licht gerückt, aber Sie erlauben mir doch noch einiges zur neuen Stadt Trofaiach zu sagen. Es ist ca. ein Jahr her als die KPÖ eine Kampagne gestartet hat und im wahrsten Sinn des Wortes ein Schreckensszenario für die zukünftige Stadt Trofaiach gemacht hat. Einige Highlights, einige Aussagen von damals: Es wird keine Bürgernähe mehr geben, die Bewohnerinnen und Bewohner von Hafning und Gai werden abgeschieden und werden keine Möglichkeit mehr haben zur Verwaltung nach Trofaiach zu kommen. Es wird keine finanziellen Vorteile geben. Das Vereinsleben wird stark eingekürzt werden, es wird keine Weiterentwicklung mehr geben. Das sind nur so einige Höhepunkte, auch die Feuerwehren wurden angesprochen. Herr Dr. Murgg ich gebe Ihnen Recht, das haben Ihnen einige Bewohnerinnen und Bewohner geglaubt. Das haben wir bei der

Wahl gesehen. Aber ich kann Ihnen versichern, mittlerweile ist die Stimmung gekippt. In vielen Gesprächen wurde mir versichert, hätte man das gewusst, wie sich diese Stadt entwickelt in dieser kurzen Zeit, dann hätten sie bei dieser Wahl anders entschieden. In darf ein paar Themen ansprechen: Bürgerservice, das Sie immer wieder so betonen. Frau Kollegin Lipp hat schon gesagt, es wurden zwei voll funktionsfähige Bürgerservicestellen, eine in Gai und eine in Hafning, eingerichtet. Nach einem Jahr kann man Bilanz ziehen. Wissen Sie, wie viele Bürgerinnen und Bürger diese beiden Bürgerservicestellen insgesamt aufgesucht haben? Insgesamt zehn. Aber nicht zehn Bürgerinnen und Bürger pro Tag, auch nicht zehn pro Woche, sondern zehn pro Monat. Wissen Sie, welche Leistungen die in erster Linie dort angenommen haben bzw. beansprucht haben? Das war die Abholung von Müllsäcken und Säcke für unsere Runde. Das hat dann die Stadt bewogen, diese Bürgerservicestellen zukünftig zu schließen und die große Bürgerservicestelle in der Stadt Trofaiach wurde ausgebaut und wird dort bestens angenommen. Man sieht also, Schwarzmalerei um diese Bürgerservicestellen in Gai und Hafning wurden nicht angenommen. Ein weiterer Punkt, Sie haben es heute schon gesagt: Infrastruktur wird zugesperrt. Sie haben hier ganz explizit angeführt, die Wirtschaft, der Bau- und Wirtschaftshof in Gai und Hafning bzw. Umweltwirtschaftszentren in Gai und Hafning. Wissen Sie, Herr Dr. Murgg, das ist wirklich ein starkes Stück. Sie wissen, wie das wirklich abläuft und stellen sich hier heraus und sagen nur teilweise die Wahrheit. Nämlich, in Gai hat es eigentlich keinen Bauhof gegeben, da hat es nur eine Garage gegeben. Das muss man hier einmal klar festhalten. Umweltwirtschaftszentrum: Meine Damen und Herren, das Umweltwirtschaftszentrum von Gai wurde schon lange vorher geschlossen, bevor es überhaupt noch Gespräche von Fusionen gegeben hat. Man hat damals schon eine Fusion, eine Kooperation mit Trofaiach begonnen. Das muss man jetzt einmal klar sagen. Hafning, der nächste Punkt: Sie sagen, das Umweltwirtschaftszentrum in Hafning wurde geschlossen. Ja richtig, nur wissen Sie, wie die Öffnungszeiten waren bei diesem Umweltwirtschaftszentrum in Hafning? Das hat alle 14 Tage einmal offen gehabt. Also sicher nicht bürgerfreundlich und wahrscheinlich mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger haben es viel näher in das Umweltwirtschaftszentrum von Trofaiach gehabt und haben dieses auch schon genutzt. Was haben die Stadtverantwortlichen gemacht? Sie haben dieses Umweltschutzzentrum in Trofaiach bürgerfreundlich umgebaut. Sie haben ganz stark die Öffnungszeiten geändert. Mittlerweile ist das Zentrum 40 Stunden in der Woche für die Bürgerinnen und Bürger offen und auch jeden zweiten Samstag. Also wenn Sie jetzt sagen, das ist nicht freundlich und das ist keine Verbesserung des Service für die

Bürgerinnen und Bürger, Herr Dr. Murgg, dann weiß ich nicht, wovon Sie sprechen. Das zu dem. Dann möchte ich noch sagen, ganz kurz: „Ja zu den Finanzen.“ Sie kennen ja das Budget 2014, Sie haben auch eine Frau Vizebürgermeisterin und Sie wissen sehr wohl, dass es in den letzten Jahren in der ehemaligen Stadt Trofaiach nicht möglich war einen Sollüberschuss zu erwirtschaften. Das wird 2013 passieren, in nicht unbeträchtlicher Höhe. Für 2014 wurde ebenfalls ein Sollüberschuss budgetiert und das bei gleichzeitigem Abbau der Schulden und die Rücklagen konnten auch noch aufgestockt werden. Jetzt frage ich Sie, Herr Dr. Murgg, wo es hier keinen positiven Effekt für die Stadt Trofaiach gibt? Aber wenn man weiß, dass im Außerordentlichen Haushalt 2014 rund 2,3 Millionen für Investitionen budgetiert sind, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen, dann kann man sagen, auch da wird etwas gemacht, was in den Jahren zuvor nicht möglich war. Sie können jetzt natürlich sagen: „Ja, das ist ein Einmaleffekt.“ Das ist nicht so, Herr Dr. Murgg, weil wenn Sie sich den mittelfristigen Finanzplan anschauen, von 2014 bis 2018 für die Stadt Trofaiach, dann sehen Sie, dass dort per anno zwischen 1,5 Millionen und zwei Millionen an Investitionen für die Stadt Trofaiach vorgesehen sind. Vereinsleben, auch dort haben Sie gesagt, da wird es einen Rückgang geben, es wird zum Teil in den ehemaligen Gemeinden Gai und Hafning nicht mehr stattfinden. Da muss ich Ihnen was dazu sagen, Herr Dr. Murgg. Ich habe heuer im Sommer ein Erlebnis gehabt, das hat mich sehr berührt. Ich war bei der Rüsthausübergabe bei der Freiwilligen Feuerwehr in Gai eingeladen. Da sind bei mir ein paar ältere Feuerwehrkameraden gestanden und die haben gesagt, das hätten sie nicht geglaubt, dass das noch einmal zustande kommt, nämlich 12 Jahre wurde versucht, das alte Rüsthaus zu sanieren, ein neues zu bauen, eines umzubauen. Es ist nicht möglich gewesen. Es war erst in der neuen Stadt Trofaiach möglich und zusätzlich war es möglich, diesen großen Vorplatz zu asphaltieren und eine Straße geht Richtung Gai, die war wirklich nicht in Ordnung, auch die hat man neu asphaltiert. Das zu dem, dass niemand profitiert – weder Vereine noch Feuerwehr. Jetzt zum Abschluss noch ein paar Worte, die Frau Kollegin Lipp hat es schon angesprochen. Es war in den letzten Wochen immer in den Medien diese Gebührenangleichung in den Bereichen Kanal, Wasser und Müll. Es ist schon richtig, es hat verschiedene unterschiedliche Gebühren gegeben. Aber ein dreiviertel Jahr wurde verhandelt und es haben sich alle Parteien eingebracht, auch die Kollegin der Grünen, die Kollegen der FPÖ, und man hat sich geeinigt und es hat eine große Mehrheit gegeben, jetzt in der Gemeinderatssitzungen, als diese Gebühren beschlossen wurden. Na was hat die KPÖ gemacht? Sie hat dagegen gestimmt, das ist ihr gutes Recht, aber was hat sie dieses dreiviertel

Jahr eingebracht, nämlich nur einen Vorschlag. Die niedersten Gebühren in allen Sparten heranzuziehen und alle anderen Gebühren anzugleichen. Dass das gesetzlich nicht in Ordnung ist, das wissen wir alle. Aber, Herr Dr. Murgg, das ist eine unverantwortliche, kommunistische Wirtschaftspolitik. Die ist auf der ganzen Welt gescheiter wie in den letzten Jahrzehnten. Verschonen Sie doch endlich einmal die Steiermark mit ihren wirtschaftspolitischen Ideen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Meine Damen und Herren, in kurzen Punkten, so schaut das wirklich aus in der Stadt Trofaiach: Die Stadt Trofaiach hat eine sehr positive Zukunft. Es herrscht eine sehr gute Stimmung in der Bevölkerung und dass ist ein best-practice-Beispiel für Gemeindefusionen. Ich danke dem Herrn Landeshauptmann, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter und bedanke mich im Namen der Region mit einem obersteirischen Glück auf. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.36 Uhr)*

Präsident Breithuber: Die nächste Wortmeldung von Kollegen Hubert Lang.

LTAbg. Hubert Lang *(14.37 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Es ist jetzt gerade vorher viel von Trofaiach gesprochen worden und das passt jetzt zu meiner Wortmeldung sehr gut dazu, weil ich in meiner Region Hartberg/Fürstenfeld in meiner Funktion die ganzen Fusionierungsgespräche mit begleitet habe. Eine Fusionierung hat ja schon stattgefunden, nämlich die Gemeinde Buch/Geiseldorf und die Gemeinde St. Magdalena zur Gemeinde Buch-St. Magdalena mit jetzt 2.000 oder etwas über 2.000 Einwohnern. In diesen Gesprächen ist es ja immer wieder darum gegangen, die Vorteile und die Nachteile in der Analysephase herauszuarbeiten und nachdem die Gemeinde Buch/St. Magdalena seit 1.1.2013, also beinahe ein Jahr jetzt, besteht, war es für mich natürlich im Laufe des Jahres immer interessant, wie sich diese Konstellation auf die Bevölkerung ausgewirkt hat, ob es Vorteile oder Nachteile gibt. Am letzten Sonntag haben wir eine größere Veranstaltung in dieser Gemeinde gehabt, mit 150 Teilnehmern, und ich darf euch aus praktischer Erfahrung berichten – ein Jahr Fusionierung Buch/St. Magdalena –, keine einzige Meldung dass sich diese Fusionierung negativ ausgewirkt hätte. Null, keine einzige Meldung, dass sich diese Fusionierung negativ ausgewirkt hat, liebe Frau Klimek-Weithaler, liebe Frau Klubobfrau. Es stimmt einfach nicht, dass sich automatisch diese Fusionierungen negativ auswirken. Ich habe den Bürgermeister dann darauf angesprochen, wie er aus praktischer

Erfahrung diese Fusionierung sieht und er hat mir berichtet, er hat einige sehr große Vorteile in diesem Fusionierungsjahr gehabt und die Verwaltung zusammengeführt und automatisch hat er das Personal zusammen. Wenn es Urlaubsansprüche gibt, ist es wesentlich leichter, diese Urlaubsansprüche zu koordinieren und auch bei Krankenständen ist es wesentlich leichter für ihn, die Verwaltung sicherzustellen, damit tagtäglich die Büros für die Bevölkerung, für die Gemeindebevölkerung offen stehen. Ich habe sehr viele Gespräche im Laufe der Jahre geführt, der beiden Jahre, wo es um die Fusionierung gegangen ist. Nicht nur mit Bürgermeistern sehr intensive und sehr fordernde Gespräche, aber sehr gute Gespräche; ich habe auch Gespräche geführt mit dem Bürgermeister von Markt Hartmannsdorf, mit dem Herrn Otmar Hiebaum. Wir kennen ihn in diesem Hause. Er hat mich zu einem Gespräch in Anwesenheit von zwei Bürgermeistern eingeladen, die ebenfalls in der Gemeindeinitiative mit involviert sind und hat mich vor Ort befragt, wie ich zur Gemeindestrukturreform persönlich stehe. Es war in der Phase der Analyse und ich habe ihm darauf geantwortet, ich habe jeden Bürgermeister, jeden Verantwortungsträger aufgefordert und fordere jeden auf, die Vorteile und Nachteile abzuwiegen, herauszuarbeiten. Daraufhin hat mich der Bürgermeister Otmar Hiebaum angesprochen, wo ich persönlich Vorteile und Möglichkeiten sehe? Meine Antwort darauf: Es gibt natürlich ein Entwicklungspotential, gerade was die Raumplanung betrifft. Der Otmar Hiebaum, der geschätzte Bürgermeister, hat dann aus seiner Gemeinde berichtet. Sie wissen ja, Markt Hartmannsdorf hat rund 3.000 Einwohner und in der Raumplanung ist er sehr erfolgreich und wir wissen das auch, er hat mich auch persönlich darauf angesprochen, er hat Gewerbeflächen mit Siedlungsflächen räumlich getrennt ausgewiesen, was den großen Vorteil hat, Gewerbeflächen konzentriert auszuweisen in der Aufschließung, aber auch wenn es darum geht, das Konfliktpotential mit den Siedlungsflächen im Vorhinein schon auszuschließen. Es sind wesentlich leichter Bescheide für Firmenansiedlungen zu erstellen. Im Bereich der Siedlungsräume hat er darauf hingewiesen, ja er hat die Flächen in der Nähe der Schulen der Freizeiteinrichtungen ausgewiesen. Was natürlich für Jungfamilien dementsprechende Vorteile bietet, dass Kinder auch zu Fuß oder mit dem Fahrrad in die Schule fahren oder Freizeiteinrichtungen benutzen können. Hat auch mir dann eingeleuchtet, dass das natürlich Sinn machen würde oder Sinn macht. Meine Frage daraufhin, wie schaut es jetzt in einer 3.000-Einwohner-Gemeinde mit den Betreuungseinrichtungen aus? Da hat der Otmar Hiebaum gesagt. „Wir haben auch eine Kindergartenbetreuung am Nachmittag.“ (*Hoher Lärmpegel*) (*Präsident Breithuber: „Entschuldigung, meine geschätzten Damen und Herren, liebe Kollegen! Etwas ruhiger. Man*

verstehst das eigene Wort nicht mehr und schon gar nicht das Wort des Abgeordnetenkollegen am Rednerpult. Ich bitte, den Geräuschpegel zu senken. Danke.“) Danke schön. Wir haben auch Betreuungseinrichtungen für die ältere Generation, wo es darum geht, dass sie in vertrauter Umgebung älter werden können. Auch wenn sie Unterstützung brauchen, wenn es darum geht, Essen auf Rädern oder ärztliche Versorgung sicherzustellen. Ich habe den Bürgermeister Otmar Hiebaum darauf angesprochen: „Lieber Herr Bürgermeister“, im Beisein der beiden weiteren Bürgermeistern, „ich hätte den Sinn der Gemeindestrukturreform nicht besser erklären können, wie du es jetzt aus Sicht deiner Gemeinde, hier die Entwicklung deiner Gemeinde dargestellt hast.“ Darum, wenn man diese Entwicklung anschaut, es gibt keinen Nachteil, direkten Nachteil für die Gemeindebevölkerung; auch nicht im finanziellen Bereich. Es gibt aber Entwicklungspotential für die Zukunft. Dann gibt es auch immer wieder die Frage der Demokratie. Wenn man diese Auswirkungen betrachtet und wenn man die vor Ort ernst nimmt, dann stehen wir momentan kurz vor der Erstellung der Voranschläge für das kommende Jahr in den Gemeindehaushalten. Da gibt es sehr wohl Entscheidungen, die sich direkt auf das finanzielle Geldbörstel unserer Gemeindebürger auswirken. Es geht um Gebührenanpassungen und der Gemeinderat berät darüber und entscheidet darüber, ohne das Volk zu befragen. Natürlich, darum ist er ja auch gewählt, um Entscheidungen zu treffen. Es geht in dieser Erstellung um Förderungen für das kommende Jahr. Auch hier entscheidet der Gemeinderat nach Beratungen. Kann man die Förderungen erhöhen, müssen wir Förderungen kürzen. Das wirkt sich direkt auf das Geldbörstel, auf den Haushalt der einzelnen Gemeindebürger aus. Auch hier wird das Volk nicht befragt, die Gemeindebürger nicht befragt. Auch hier entscheidet der Gemeinderat nach bestem Wissen und Gewissen. Meine Damen und Herren, es geht auch um die Investitionen vor Ort, wo in Abfallzentren investiert wird. Auch hier entscheidet ein Gemeinderat. Oder in der Raumplanung, wo man Siedlungsschwerpunkten ausweicht. Auch hier entscheidet der Gemeinderat nach bestem Wissen und Gewissen, wo es sich direkt auf die Gemeindebevölkerung auswirkt. Meine Damen und Herren, die Gemeinderäte sind ja gewählt, um Entscheidungen zu treffen und wir stehen hier heute vor einer Entscheidung, wo wir als Abgeordnete gewählt sind, eine Entscheidung zu treffen. Es wirkt sich diese Gemeindestruktur persönlich in der Bevölkerung finanziell nicht negativ aus und wenn man es genau betrachtet, können wir keine Nachteile sehen. Aber wir sehen ein großes Potential an Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft. Darum glaube ich, ist die Entscheidung, so wie es in der Gelöbnisformel in der Gemeinde heißt, nach bestem Wissen und Gewissen, unparteilich eine Entscheidung zu treffen, für uns

ein Gebot der Stunde – eine Entscheidung für eine positive Entwicklung der Steiermark zu treffen und ich bin stolz darauf, wenn ich heute und hier klar „Ja“ zu diesem Gesetzesbeschluss sagen darf. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.47 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Erwin Gruber.

LTAbg. Erwin Gruber *(14.47 Uhr):* Geschätzter Herr Präsident, werter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder auf der Regierungsbank, meine geschätzten Damen und Herren!

Vieles ist bereits angesprochen worden und ich möchte noch einmal kurz zur Frage des Warums kommen, warum machen wir das eigentlich? Weil wir einfach zusammengewachsenes zusammenführen wollen. In Bezug auf Lebensrealität hat sich in den letzten Jahrzehnten wahnsinnig viel verändert, aber auch, was das Mobilitätsverhalten der Menschen betrifft oder auch auf das hin, dass bei zusammengewachsenen Lebensräumen viele Einheimische im Prinzip die Gemeindegrenzen gar nicht mehr kennen. Es soll vor allem eines schaffen, dass Räume in Zukunft viel effizienter geplant werden können, um einfach Interessen gut zu positionieren, aber auch Interessenskonflikten in der Raumplanung auszuweichen. Es ist uns, glaube ich, damit sehr viel gelungen. Es sind keine Moloche entstanden, sondern überschaubare Einheiten, im Regelfall zwischen 2.000 und 5.000 Einwohner. Ich bin zutiefst überzeugt davon, dass bei diesen neuen Einheiten vor allem auch das Vereinsleben und die Ehrenamtlichkeit nicht leiden wird. Wenn ich ein bisschen zu den Oppositionsparteien kommen will, ich möchte jetzt die Grünen hier nicht auslassen, weil da gibt es ja regelmäßig vom Kollegen Schönleitner die Märchenstunden, aber wenn ich zu den Blauen vielleicht kurz komme, da ist schon sehr interessant, wie Sie Zwiespältigkeit, Doppelzüngigkeit und Populismus an den Tag legen. *(LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Das machen die Grünen, der Lambert macht das.“)* Wenn die Blauen, die Grünen und die Blauen, du hast recht Kollege Mayer, beide machen das, hier im Land und im Landtag wird agiert von den Blauen, dass eigentlich alles des Teufels ist, dass man gegen Reformen auftritt und dass man eigentlich gegen alles ist und linke und rechte Positionen ständig wechseln. Dann schauen wir in den Bezirk hinein, Bezirk Weiz, und da stellen wir etwas von den Blauen fest, dass es auch so etwas wie ein reformpartnerschaftliches Zusammenspiel gibt, das es Vernunft gibt. Da darf ich auf die Gemeinde Gersdorf blicken, die z.B. freiwillig mit dem Bezirksobmann der FPÖ dort eine Fusion beschlossen hat. Oder wenn ich mir die Gemeinde

Neudorf bei Passail anschauen, dort haben wir den einzigen Bürgermeister der FPÖ im Bezirk Weiz, der sofort gesagt hat, wie der Prozess gestartet worden ist: „Okay, wir denken den Plan B, wir schauen uns das genau an.“ Es sind viele Verhandlungsrunden gestartet worden, bis man zuletzt zu dem Entschluss gekommen ist, die größere Lösung mit der Gemeinde Passail ist sinnvoll und die hat man dort fast als erste Gemeinde freiwillig beschlossen. Also dieser Unterschied, diese Zwiespältigkeit (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, *MBL*: „Kollege, du hast nicht den vorigen Wortmeldungen zugehört. Warst du am Klo? Du hast nicht zugehört.“) Herr Kollege Mayer, manche Dinge magst du nicht so gerne hören, das weiß ich, aber den Populismus durchschauen die Wähler in der Zukunft sehr wohl. (*Beifall bei der ÖVP*) Ich möchte damit aber zur Erfolgsgeschichte auch im Bezirk Weiz kommen. Vom Land haben wir das ja heute alles gehört und das Ganze ist mit Zahlen und Fakten hinterlegt. Auch im Bezirk Weiz sind laut freiwilliger Bereitschaft und laut gesetzlicher Grundlage 35 Gemeinden im Prozess und 30 Gemeinden haben bis gestern beschlossen, das sind 86 %, fügen sich in diesen und sehen die großen Chancen ihrer Gemeinden in der Zukunft. Also 14 % sollten wir noch überreden und wir werden auch mit diesen intensiv weiterverhandeln. Was heute überhaupt noch nicht beleuchtet worden ist und das ist für mich persönlich sehr wichtig, was bringt dieser mutige Prozess allgemein? Das bringt nicht nur, dass man neue effiziente, moderne und dienstleistungsorientierte Gemeinden schafft, sondern auch für die bestehenden Gemeinden – die eben bleiben, wie sie derzeit sind, das sind immerhin rund 155 – bringt das einen Art Reinigungs- und Erneuerungsprozess. Es ist einfach festzustellen, dass es nicht mehr diese große Zahl an Abgängen gibt und dass man einfach dort auch schaut, dass Budgets in Ordnung gebracht werden, dass die Ausgaben- und Einnahmensituation genau beleuchtet wird, dass man sich aus in den bestehenden Gemeinde, die unverändert bleiben, darauf besinnt, dass man Hoheitsaufgaben entsprechend wiedererkennt und erfüllt, dass man bei Neuinvestitionen schaut, dass es gute Auslastungen gibt und dass man trotzdem über die Gemeindegrenze hinausblickt, was eben Zusammenarbeitspotential betrifft, sprich: z.B. Zusammenarbeit in der Baubehörde. Also dieser Prozess der Gemeindestrukturereform, darum bin ich wirklich den Reformpartnern mit den Namen Schützenhöfer und Voves extrem dankbar, bringt einen Doppelnutzen für die Steiermark und stellt einfach insgesamt die gesamten Gemeinden auf neue Füße. (*LTA*bg. *Samt*: „Das ist Populismus pur.“) Es ist angesprochen worden heute, die Verantwortlichen der Bezirke draußen, die reden zu wenig mit den Betroffenen. Da muss ich dazusagen, dass man wirklich unzählige Gespräche, fast im Monatstakt, im Sinne des Vierphasenmodells geführt hat, was einfach da gesetzlich und in

Grundlagen verankert ist und wir werden noch weiterreden, weil eine Begleitung braucht das noch bis weit über den Zeitpunkt 1. Jänner 2015 hinaus. Aber eines muss man schon sagen: Diejenigen Gemeinden und Bürgermeister, die sich mit dem Gedanken des Planes B oder einer möglichen Fusion überhaupt nicht anfreunden können, bei denen ist es ein bisschen schwierig gewesen, dass man einfach zu größeren Gesprächsrunden dazu gekommen ist. Da hat es manchmal fast so ausgesehen, die wollen das abschirmen – zu viel Information, was auch das Chancenpotential bringt, ist vielleicht nicht gut. Da müssen wir dann unter Umständen unsere Position verlassen und so sehen wir heute schon ein bisschen ein Bild. Wo man sich vehement dagegen gewehrt hat, dort haben wir die hohen Prozentsätze der Ablehnung bei den Bürgerbefragungen. Dort wo man offen über den Prozess gesprochen hat und über das Chancenpotential, da gibt es heute letztendlich fast überall positive Beschlüsse. So möchte ich da wirklich ganz herzlich noch einladen dazu, wo man den Funken noch nicht zusammengebracht haben, dass er übergesprungen ist, vielleicht gelingt es noch in den nächsten Wochen, damit wir einfach möglichst bald mit den neuen Strukturen entsprechend starten können. Ich möchte jetzt Birkfeld als positives Beispiel noch kurz ansprechen, weil es am Anfang in Birkfeld, und das ist ja eine neue Vorzeigegemeinde, die natürlich absolut keine „gemähte Wiese“ war, genauso Gegnerschaften gegeben hat, bis ein paar der Verantwortungsträger gesagt haben: „Okay, schauen wir uns das Chancenpotential an.“ Dann ist eigentlich das Entscheidende gewesen, wo dann das Eis gebrochen wurde, dass man gesagt hat: „Machen wir gemeinsam eine Ausfahrt. Schauen wir uns in Mitteleuropa einfach die Strukturen der Gemeinden an.“ Da sind wir vier Tage gemeinsam in Südtirol unterwegs gewesen, in der Schweiz, aber auch in Bayern und haben damals gemeinsam festgestellt, dass dort die Verwaltungsgemeinschaften deutlich größer sind, und durch die Fusion die kleinen verbleibenden Ortsteile auch deutlich aufgewertet worden sind. Da ist eigentlich das Eis gebrochen worden. Was für die Birkfelder auch positiv war, in dem Prozess hat man nicht mit Bürgerbefragungen ohne Information und mit klaren Positionen des Bürgermeisters, nämlich dagegen, gestartet, sondern man hat die Menschen in Bürgerversammlungen in diesen Prozess einbezogen. Mehrmalig, sie mit diskutieren lassen, sodass letztendlich etwas gereift ist, wo dann der Gemeinderat mit ruhigem Gewissen gesagt hat, als Vertreter des Volkes: „Ich kann ohne Befragung eine Entscheidung treffen, weil die Bürger eigentlich im gesamten Prozess entsprechend einbezogen waren.“ So ist in Birkfeld ein Bollwerk mit über 5.000 Einwohnern entstanden, was zusammengewachsen war und jetzt offiziell zusammengeführt und es gibt auch ein errechnetes kurz- und mittelfristiges Einsparungspotential von 400.000 Euro im Jahr.

Das bezieht sich auf jenen Bereich, dass eben nicht mehr 15 Gemeindevorstandsposten da sind, sondern fünf, und dass auch das Verwaltungspersonal reduziert wird. (*LTabg. Schönleitner: „Unverständener Zwischenruf.“*) Lieber Lambert, zuhören, das Modell kennst du nicht, dass einfach das Gebäudemanagement doch eines aussagt, dass langfristig, dort gibt es 50 Gebäude in der Öffentlichen Verwaltung bei fünf Gemeinden. Zuhören musst du noch lernen, lieber Lambert, ich tue es auch immer bei dir, ich höre manchmal weg, aber dazwischenreden tue ich nicht. Aber was sich im Bereich des Gebäudemanagement noch ergeben wird, dass man von 50 Gebäuden, die derzeit die Gemeinden gemeinsam haben, in Zukunft nur mehr 30 brauchen wird und die sind dann ausgelastet. Die anderen fallen in verschiedenen Schritten von der Kostenseite weg. Damit wird die Gemeinde wieder effizienter. Da ist auch ein Riesen-Potential der Effizienzsteigerung im Bereich EDV-Hardware, Software, Drucker usw. drinnen. Nicht bewertet, aber das Potential Winterdienst, gemeinsame Straßenerhaltung oder gar Raumplanung – jedenfalls 400.000 Euro. Es wird in der Steiermark rund 130 neue Gemeinden geben. Wenn ich nur mit 100 das hochrechne, sind das 40 Millionen Euro Effizienzpotential. Das ist ganz gering angesetzt. Was das Land nicht zahlen muss, der Bund nicht mitzahlt, der Steuerzahler, sondern was einfach an Potential für die zukünftigen Gemeinden da sein wird. Daher ist es ein historischer Tag, noch einmal schönen Dank allen, die dabei waren, aber vor allem der Reformpartnerschaft insgesamt und ohne da Namen zu nennen, aber auch der Bevölkerung, die in manchen Phasen dann den richtigen Anstoß auch den Funktionären gegeben hat, dass das gelungen ist. Ich bin überzeugt davon, dass das Schaffen von Neuem eine wahnsinnige Entwicklungsdynamik auslöst. Schauen wir unsere Leaderregionen an, die es jetzt seit 15 Jahren gibt. Das ist neues Terrain, aber da sind wir in der Steiermark wahrscheinlich jetzt Österreichsieger, weil wir mit diesem neuen Terrain Unglaubliches an Dynamik geschaffen haben und diese neuen Gemeinden sind für mich ein Symbol der Neupositionierung (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Time, Zeit.“*) und auch der Neugeburt unserer Heimat. Der Ausdruck Heimat passt besser zu den Reformpartnern als zur FPÖ. Danke und ich bitte um Annahme. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.59 Uhr*)

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Klubobmann Mag. Dr. Georg Mayer, MBL.

LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL (14.59 Uhr): Danke schön, Herr Präsident! Geschätzte Kollegen, werte Zuhörer, die noch verblieben sind!

Kollege Gruber, jetzt muss ich ein bisschen auf dich replizieren. Interessante Rede, die du da gehalten hast. Aber jetzt waren wir uns zumindest in der bisherigen Legislaturperiode immer einig, oder ihr wart euch einig, dass eigentlich der Lambert Schönleitner der Hauspopulist ist in diesem Haus. Also irgendetwas muss euch einmal recht sein, ja. Sind es jetzt wir oder ist es der Lambert? Kollege Gruber überlegt euch das einmal, vielleicht geht ihr in eine interne Abstimmung darüber.

Zum Zweiten, Kollege Gruber: Vielleicht könntest du einmal zuhören, weil ich glaube, zu dem Zeitpunkt, wo meine Kollegen gesprochen haben, hast du gerade nicht aufgepasst. Da haben wir genau das gesagt und es macht auch die Argumentation so schlüssig, du bist gerade in bisschen in einen Müll hineingetappt. Das macht ja unsere Argumentation so schlüssig, wir sind nicht gegen die Reformen. Ich sage es hier noch einmal: Ich erinnere nur daran, wir haben mitgestimmt bei den Verfassungsreformen „Verkleinerung Landtag, Abschaffung Proporz“, Kollege Gruber. Haben wir alles mitgestimmt, Reformen. Wir sind nicht gegen Reformen, wenn es vor Ort demokratisch abläuft, wenn es eine Volksbefragung gibt, wenn die Gemeinderäte dafür stimmen. Sogar der Kollege Amesbauer hat es heute zugegeben, er hat mitgestimmt; er hat mitgestimmt, weil es sinnvoll war in dieser Gemeinde. Wir sind aber dagegen – und das habt ihr heute schon gesehen heute, ich brauche das jetzt nicht noch einmal erklären, ich fange jetzt nicht noch einmal von vorne an mit der Argumentation –, wenn mit der Dampfwalze drübergefahren wird. Jetzt frage ich mich heute, wir haben heute schon oft von einem Hund gehört, der mit dem Schwanz wedelt oder ob der Schwanz mit dem Hund wedelt, es ist ganz interessant. Die Frage ist nämlich, wedelt jetzt heute hier der Schwanz mit dem Hund oder der Hund mit dem Schwanz? Für mich ist das heute noch nicht so klar, wer jetzt mit wem wedelt. Das darf ich euch schon sagen, geschätzte Kollegen von Rot und Schwarz. Aber eines bin ich mir sicher: Bei den nächsten kommenden Wahlen, wir wissen, wir haben die Europawahl, wir haben in nicht allzu ferner Entfernung die Landtagswahlen, da wird auf jeden Fall der Hund, der Schwanz sehr kräftig, damit wir es richtig sagen, der Schwanz mit dem Hund der selbsternannten Reformpartnerschaft von ÖVP und SPÖ wedeln. Darauf könnt ihr euch vorbereiten, geschätzte Kollegen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Beim Kollegen Kröpfl gibt es wenig zu replizieren, da war nämlich wenig oder gar nichts in der Wortmeldung.

Ich möchte noch auf den Kollegen Drexler kommen, damit wir ein wenig die Juristenschiene legen. Lieber Kollege Drexler, ganz kurz, bitte um kurze Aufmerksamkeit, das ist eine direkte Ansprache Herr Kollege Drexler, kurze Aufmerksamkeit, du hast, glaube ich, mit dem

Lambert Schönleitner schon eine Wette laufen. Der Inhalt der Wette ist mir jetzt nicht bekannt, aber ich würde sagen, ich biete dir eine Wette an. Und zwar hast du gesagt, du bist ganz fix der Überzeugung, dass dieser Gesetzestext nicht verfassungswidrig ist. Ich biete dir jetzt, auch wenn man das in der Adventzeit nicht unbedingt macht, die Wette an, zumindest mit dem gleichen Inhalt, wir werden uns über den geeigneten Wetteinsatz dann unterhalten, biete ich dir an, dass ich mir ganz sicher bin, dass dieser Gesetzestext verfassungswidrig ist. Zu dem komme ich aber dann später. Geschätzte Kollegen, Sie wissen es, wir haben in diesem Landtag unzählige Dringliche Anfragen von Seiten der FPÖ gehabt, von Seiten der Grünen, von Seiten der KPÖ, diese Gemeindereform betreffend. Wir haben schon vor eineinhalb Jahren gesagt: Bitteschön, legt einmal die Sachen auf den Tisch, damit wir uns hier darüber unterhalten können. Wie man heute merkt – und man merkt das auch an den Gesichtern und an der regen Teilnahme der SPÖ-Abgeordneten z.B. –, ihre Argumente sind ausgetauscht, geschätzte Kollegen. Pro und kontra, wie es sich gehört in einem anständigen Parlament sind hier abgewogen worden und viele Sachen sind für mich nach wie vor jedoch im Dunkeln. Das ist bei den Dringlichen so geblieben und das ist auch heute so.

Ein Faktum ist, dass von der selbsternannten Reformpartnerschaft über die Gemeinden drübergefahren wird. Über die Gemeinden, über Funktionäre und über die Menschen letztendlich vor Ort. Ihr respektiert weder Beschlüsse, noch respektiert ihr die Gemeinderäte, noch Befragungen der Bevölkerung vor Ort, wodurch – wir formulieren es so hart – heute genau das passiert. Für uns ist heute ein schwarzer Tag der direkten Demokratie in der Steiermark. Es bleibt auch ziemlich dunkel, wenn man dann in diesem berühmten Ausschuss, von dem wir heute schon gehört haben, wenn man dann einmal nachfragt: Ja, was ist denn jetzt die Kosten-Nutzenrechnung dieser Gemeindezusammenlegungen? Da haben wir wieder einmal nachgefragt beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter und haben genau die gleichen Antworten bekommen, die wir in all unseren Dringlichen Anfragen vorher bekommen haben: „Ja, das kann man nicht beziffern, das wissen wir nicht so genau.“ Das Gleiche gilt z.B. auch bei der Fusionsprämie und darüber haben wir uns heute noch nicht unterhalten. Da steht einmal im B-VG die Fusionsprämie wird 200.000 Euro sein pro Fusion und dann steht wieder die Fusionsprämie wird 200.000 Euro pro Gemeinde sein. Also nicht einmal da wisst ihr Bescheid, wie hoch jetzt diese Fusionsprämie ist (*LTA*bg. *Karl Lackner*: „Genau wissen wir das.“) Dann sage ich nur, ein echtes Meisterstück vermute ich in dieser Gemeindestrukturreform. Jetzt kommen wir zurück zur Gesetzmäßigkeit. Jetzt ist leider der Kollege Drexler weg, denn das wäre jetzt der essentielle Teil unserer Wette gewesen, aber

vielleicht liest er es im Protokoll nach. Kommen wir zur Gesetzmäßigkeit dieser Vorlage. Sie wissen ja, es wurde schon mehrfach gesagt, da stehen ganz massive Widersprüche zur Österreichischen Bundesverfassung hier im Raum mit diesem Gesetzestext. Das vermute jetzt nicht nur ich, sondern das vermuten zahlreiche andere Juristen im Land. Es gibt Gutachten, die das auch noch unterstreichen und zwar wird gegen Gesetze, Baugesetze der Österreichischen Bundesverfassung verstoßen durch diesen Gesetzestext, B-VG. Da gibt es insgesamt fünf Baugesetze. Jetzt darf ich eine kurze Einführung geben, vielleicht kann dann der Kollege Schwarz wieder ein bisschen etwas lernen, diesmal im öffentlichen Recht, die Einführungsvorlesung hat er damit schon fast beschritten im Landtag. Es gibt im Wesentlichen fünf Baugesetze, das sind einmal das demokratische Prinzip, das republikanische, das bundesstaatliche, das rechtsstaatliche und das liberale Prinzip. Das sind die fünf Baugesetze der Österreichischen Bundesverfassung im B-VG. Jetzt verstößt dieser Gesetzestext zumindest gegen zwei dieser Baugesetze, nämlich gegen das demokratische Prinzip, weil hier einfach Volksbefragungen, und das wissen wir, ignoriert werden und der Verstoß gegen das rechtsstaatliche Prinzip, weil die Kriterien in eurem § 1 in eurem Gesetz festgelegt werden, die einfach nicht beachtet werden bei Gemeinden, die zwangsfusioniert werden. Zusätzlich, und das ist noch nicht alles, kommt dann noch in Betracht, dass bei eurem Gesetz gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen wird. Zusätzlich noch, und da sind wir jetzt bei §§ 2, 3, 4, fünften verfassungsmäßig widersprechenden Gesetzesregelungen, nämlich dem Staatsgrundgesetz, kommt noch in Betracht, dass Eigentumsrechte verletzt werden, wenn nämlich eine Gemeinde in die andere eingegliedert wird. Geschätzte Kollegen von Rot und Schwarz, all das steht im Raum; (*LTA*bg. Mag. Rinner: „Danke für die Vorlesung.“) massive Verfassungswidrigkeiten eures Gesetzes hier und das muss natürlich noch überprüft werden. Das können weder der Kollege Drexler noch ich machen, das haben wir schon einmal gesagt, das muss durch den Verfassungsgerichtshof geschehen. Geschätzte Kollegen von Rot und Schwarz, seien Sie sich sicher, das wird auch durch den Verfassungsgerichtshof geschehen. Aber auch das scheint Ihnen völlig egal zu sein. Danke schön für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ – 15.06 Uhr*)

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Herr LTA

bg. Siegfried Tromaier.

LTAbg. Tromaier (*15.07 Uhr*): Werter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, werter Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen!

Ich versuche einmal im Gegensatz zu anderen Vorrednerinnen, Vorrednern nicht populistisch zu agieren und zwar zwei Beispiele aus dem Bezirk Weiz, um darauf hinzuweisen, wie man wirklich Demokratie leben kann: Wir haben das Beispiel Weiz und die Gemeinde Krottendorf, welche sich am Anfang sehr schwer getan haben sich zu fusionieren, zu vereinigen und siehe da, heute am Abend gibt es eine öffentliche Fusionsveranstaltung, wo beide Gemeinden die Bewohnerinnen/Bewohner einladen und beide zusammen ein Konzept präsentieren. Dieses Beispiel zeigt aber, dass das auch im Zuge der Diskussion im Endeffekt wirklich freiwillig gemacht wurde.

Jetzt, werte Kolleginnen und Kollegen, ein Beispiel aus meiner Heimatgemeinde: Ich wohne in Hirnsdorf und wir sind im Kulmland und haben dort versucht, diese acht Gemeinden – Pischelsdorf, Hirnsdorf, Gersdorf a.d.Feistritz, Reichendorf, Oberrettenbach, Rohrbach, Hilstern und Rezrut – zu vereinen, eben das Kulmland zu einer Gemeinde zu formen. Das ist uns eigentlich, leider muss ich sagen, nicht gelungen. Was haben wir dann gemacht aus Hirnsdorf? Wir haben im Hirnsdorfer Gemeinderat darüber diskutiert, dass wir Kulmland noch immer offen haben können und haben dann gesagt, wir bewegen uns in Richtung Hartberg hinüber, sogar in einen anderen Bezirk, und versuchen mit den Gemeinden Blaindorf und Siegersdorf, St. Johann bei Herberstein und Kaibing wirklich auch eine Fusion zu machen. Siehe da, auch Kaibing, wo Bürgermeister Lind tätig ist – auch in der Gemeindeinitiative die Unterschriften an den Landeshauptmann, Landeshauptmannstellvertreter überreicht hat gegen diese Fusionsfälle –, also auch die Gemeinde Kaibing unter Bürgermeister Lind hat mitgestimmt, dass sich diese fünf Gemeinden zusammenschließen als erster Schritt und wir eine Fusion dort beginnen. Kollege Böhmer war oft mit dabei und wir führen auch laufend noch die Gespräche. Wir sind guter Hoffnung, dass sich diese Gemeinden zusammenschließen können. Was ist jetzt da interessant dabei an dieser Lösung? Was mich, meine Person und meine Gemeinde betrifft, die Gemeinde Hirnsdorf wird den Bezirk wechseln von Weiz auf Hartberg. Auch das haben wir mitbeschlossen, um eine Lösung zusammenzubringen, zu treffen. Wir haben aber auch in Hirnsdorf einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss gefasst, dass wir trotz dieser Fusion mit der Gemeinde Pischelsdorf, Reichendorf und Rohrbach Kulm weiter Fusionsgespräche führen, versuchen auch diese acht Gemeinden zu einer größeren zusammenzuführen. Ob das gelingt, kann ich nicht sagen, aber wir sind dabei, wir sind in Gesprächen, haben das auch gefasst – vielleicht auch, aber nicht populistisch gemeint. Der Bezirksobmann, Kollege Hafner von der FPÖ, Gemeinderat, wie gesagt Bezirksobmann der FPÖ in Weiz, ein guter

Freund von mir – ist auch im Eisschützenverein tätig, bin auch dort Obmann – hat den Beschluss mitgefasst, dass Gersdorf und Oberrettenbach sich vereinigen und eine Fusion gründen. Auch das in Richtung der FPÖ. Ich finde es wirklich schade hier in diesem Haus den ganzen Tag da zuhören zu müssen, wo man wirklich nur versucht das Eigene hervorzuheben und nicht versucht das Ganze zu sehen und eigentlich immer nur auf den anderen hin hackt. Das ist eigentlich des Hauses nicht würdig. Ich würde mir eine andere Diskussion hier wirklich vorstellen. In diesem Sinne sage ich danke und herzliches Glückauf. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.11 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Frau Klubobfrau Ing. Jungwirth. Bitte darum.

LTabg. Ing. Jungwirth (15.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Es sind ja sehr interessante Wortmeldungen gekommen. Auf einige Punkte möchte ich schon gerne eingehen, die hier gesagt wurden, auch wenn es schon eine Zeit lang her ist und die Debatte schon länger geht. Wichtig ist, Herr Klubobmann Kröpfl, der jetzt nicht da ist, hat darüber gesprochen, dass es in Trofaiach so gut gelaufen sei und wollte darstellen, dass wir hier, keine Ahnung, eine widersprüchliche Meinung vertreten. Ich kann dazu nur sagen, gerade in Trofaiach ist es ja genauso gelaufen, wie wir es uns vorstellen. Hier wurden vier Gemeinden vorgeschlagen, es gab in allen vier Volksbefragungen; eine Gemeinde, nämlich Vordernberg, hat dagegen gestimmt und wurde dann auch nicht einbezogen in die Zusammenführung der Gemeinden. Also genau das, was wir immer sagen: Bevölkerung fragen, Beschlüsse respektieren und dann wird das Ganze einigermaßen – unter Führungszeichen – „natürlich reibungsfrei ablaufen“. Man sieht auch, der Gemeinderat arbeitet ja schon sehr konstruktiv und da bewegt sich ja tatsächlich etwas. Also wirklich ein Positivbeispiel und auch aus unserer Sicht etwas, was man nur unterstützen kann, wenn es so läuft.

Der nächste Punkt: Kollege Lackner hat gesagt, dass die Diskussionsbereitschaft bei SPÖ und ÖVP so groß, so stark ausgeprägt gewesen ist und viele Angebote gemacht wurden, Diskussionen mit BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen geführt, gerade im Ennstal gab es erst am letzten Sonntag ein Angebot von Seiten der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, nämlich mit den regionalen Abgeordneten zu sprechen oder der Wunsch mit den regionalen Abgeordneten zu sprechen. Konkret angesprochen waren Kollege Persch,

Lackner, Wöhry und Schönleitner. Gekommen ist nur der Lambert, alle anderen haben verweigert. Also ehrlich gesagt, da muss ich mich schon fragen, wie weit es her ist mit der Diskussionsbereitschaft? Die nächste interessante Wortmeldung, Gabriele Kolar. (*LTA*bg. Kaufmann: „Was ist das jetzt?“) Du hast mir vorgeworfen, als Grazerin so frech zu sein, für die Regionen zu sprechen, was ich mich traue. Also, ich wundere mich da wirklich sehr, wobei, wenn man es sich genau anschaut, dann ist es vielleicht nicht einmal so verwunderlich, wenn gerade du so einen Blickwinkel hast, denn genau dich erlebe ich als Regionensprecherin und nicht als eine Landtagsabgeordnete, die für das ganze Land spricht. Denn so verstehe ich meine Funktion, auch wenn ich eine Grazerin bin – abgesehen davon, dass ich mich sehr wohl aus der Stadt hinaus bewege und zwar sehr, sehr häufig –, verstehe ich mich in meiner Funktion als Sprecherin für das ganze Land und nicht nur für den Bezirk Graz. Also ich glaube, da haben wir ein bisschen ein unterschiedliches Verständnis davon, was ein Landtag ist. Das ist nämlich keine Regionenversammlung. (*LTA*bg. Kolar: „Aber die Regionensprecher haben manchmal mehr Ahnung über ihre Regionen.“) Die RegionensprecherInnen haben vielleicht manchmal und in bestimmten Themen mehr Ahnung von ihrer Region, aber selbst da habe ich dann Zweifel, ob das auf das ganze Land zum Darüberlegen ist. Da gibt es sehr unterschiedliche Regionen, die zum Teil sehr unterschiedliche Positionen haben könnten. Ich spreche bewusst im Konjunktiv.

So, und noch eine Person ist mir wichtig konkret anzusprechen, nämlich Kollege Max Lercher, der gemeint hat, dass wir die große Entscheidung boykottieren. Es gäbe einen Masterplan der kommen werde. Bis jetzt ist das ein Geheimplan. Tut mir leid, ich habe noch nichts davon bemerkt, dass es einen Masterplan gäbe für die Regionen. Das Ziel sei, den demografischen Entwicklungen entgegenzuwirken. Da kann ich nur sagen, falls es diesen Geheimplan tatsächlich gibt: Gratulation, wunderbar, dann haben Sie zugehört, was ich Ihnen hier herinnen schon so oft gesagt habe, nämlich dass der Trend zur Sanierung, von dem dauernd die Rede war, ein Trend ist. Ich habe Ihnen schon erklärt, was ein Trend ist. Ein Trend wird gemacht; ein Trend wird gestärkt und unterstützt durch Aktivitäten und politische Entscheidungen. Wenn Sie jetzt einen Masterplan entwickeln, der der demografischen Entwicklung entgegenwirken soll, dann haben Sie offensichtlich verstanden, was ich Ihnen schon oft gesagt habe. Freut mich. Schön. Noch etwas hat er gesagt, dass dieser Prozess uns in der Demokratie in diesem Land weiterbringen wird. Das finde ich auch interessant, weil das Demokratieverständnis, das wir haben, offensichtlich ein unterschiedliches ist. Mir

kommt halt vor, das Demokratieverständnis von SPÖ und ÖVP fußt hauptsächlich auf den Vokabeln „Macht und Postenschacher“ statt „Respekt“.

Gut, aber jetzt noch zu ein paar anderen Dingen, die mir grundsätzlich wichtig sind im Zusammenhang. Weil es so oft gesagt oder behauptet wird, wir würden uns als prinzipielle Verweigerer gegen die Reform darstellen. Ich muss jetzt zu einem Mittel greifen, das würde ich so etwas wie paradoxe Intervention nennen, was ich da jetzt tue. Ich gehe davon aus, dass zumindest einige wesentliche Akteurinnen und Akteure, sind wahrscheinlich eher die Männer, hier im Haus, die wissen, wovon ich jetzt dann spreche und das bewusst bis jetzt noch nie in Treffen geführt wurde, weil es nämlich genau das bestärkt und unterstützen würde, was ich jetzt gerade versuche Ihnen zu erklären. Es gab am 16.06.2011 in der Wirtschaftskammer einen Beschluss, im Wirtschaftsparlament, und zwar eine Resolution der Wählergruppe des steirischen Wirtschaftsparlaments zur Gemeindereform in der Steiermark. Da wurde von allen Wählergruppen gemeinsam ein Papier unterzeichnet und eingebracht und beschlossen und auch von mir unterschrieben und mitgetragen, das sich genau mit dem Thema Gemeindestrukturreform beschäftigt hat. Und da wurde eigentlich schon ein sehr hohes Ziel, wenn nicht gerade vorgegeben, aber formuliert. Da ging es genau um die Reform der Strukturen in der Steiermark und um Effizienz u. dgl. – also ähnlich Ziele, wie Sie sie haben, aber der Punkt ist, es war ein Prozess beschrieben. Und zwar ein Prozess, wie dieser Weg zu beschreiten ist. Ich habe das deswegen unterschrieben, weil es der Prozess ist, den auch ich vorgeschlagen hätte bzw. den wir eigentlich die ganze Zeit formulieren. Ich finde es lustig, dass genau die ÖVP, die normalerweise mit dem Wirtschaftsbund oder der Wirtschaftskammer ja besonders eng ist, dass man schon bei der Wirtschaftskammer quasi von einer Vorfeldorganisation sprechen kann, die da instrumentalisiert wird, dass man dann eigentlich nicht diesem Prozess, so wie er hier aufgesetzt wurde, folgt. Ich sage es Ihnen gerne im Detail, wie es aussieht. Da steht 1.) politische Willensbildung und Außerstreitstellung der Reformnotwendigkeit der konkreten Ansatzpunkte auf möglichst breiter Basis im Landtag. Also zuerst in den Landtag – Willensbildung und breite Basis. Wenn breite Basis heißt, dass es nur zwei Parteien betrifft, dann haben wir ein unterschiedliches Verständnis von diesem Wort. Danach 2.) Einrichtung einer Expertenkommission zur Erstellung einer klaren Prozessskizze zur Umsetzung auf den Ebenen Gemeindebezirke, Land inklusive einer Zeitschiene der Umsetzung bis 2014 (Finanzausgleich Neu). Auch das steht da drinnen und zwar eben als Punkt 2) und nicht zuerst hinausgehen und präsentieren und alle vor den Kopf stoßen. Punkt 3.) Einbindung aller – ich

betone es – aller betroffenen Akteure durch das Land Steiermark. „Alle“ bedeutet auch die Bevölkerung in meinem Verständnis. Und 4.) rasche und klare Entscheidungsfindung durch die Steiermärkische Landesregierung – zum Schluss, als Letztes. So, also dieses Papier habe ich unterzeichnet und damit sehen Sie auch ganz klar und deutlich und einmal mehr sei hier gesagt: Wir verwehren uns nicht gegen Reformen. Uns ist es wichtig, dass sie in einer Form ablaufen, dass die Menschen mitgenommen werden auf diesem Weg, dass ihr Wille respektiert wird und dass man nicht einfach hergeht und über sie darüber fährt und ihnen erklärt, wie schön die Welt noch werden wird, wenn sie doch bloß den eigenen Ideen folgen. Ich denke, dass es wesentlich sinnvoller ist, gemeinsam eine neue Welt zu entwickeln, denn dann ist die tragfähiger. So, weil wir schon vom Masterplan gesprochen haben, auch wir haben einen Masterplan, den ich jetzt als Entschließungsantrag einbringen möchte.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

I. dem Landtag einen "Masterplan für steirische Regionen" vorzulegen, der insbesondere folgende Eckpunkte umfasst:

1. Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in der Steiermark mit klarer Zielgebietspriorität für Abwanderungsregionen
2. Investitionsprogramm für zukunftsorientierte Energietechnologien, speziell im Fotovoltaik-, Windenergie- und Biomassebereich im ländlichen Raum
3. Umschichtung von Teilen des Tourismusbudgets, um nachhaltige Projekte in der Land- und Forstwirtschaft zu unterstützen – Verdoppelung des Biolandbaus bis 2020 in der Steiermark
4. Neuregelung der Vergabe von Bedarfszuweisungsmitteln an Gemeinden nach dem Vorbild Salzburgs (nachvollziehbare Mittelvergabe durch klare Vergabe-Richtlinien)
5. Absicherung von Kleinschulen und Familienklassen als wesentliches Fundament regionaler Lebensqualität
6. Verankerung eines Verschlechterungsverbots für Bahninfrastruktur und Taktichte im steirischen Gesamtverkehrskonzept - Schaffung einer Nahverkehrsabgabe mit dem Ziel, den Öffentlichen Verkehr in den Regionen nach Schweizer Vorbild auszubauen
7. Novelle des Raumordnungsgesetzes mit dem Ziel, regionale wohnortnahe Standortqualität zu stärken und neue Megaeinkaufszentren, die Kaufkraft aus den Regionen bzw. Zentren absaugen, zu unterbinden.
8. Investitionen in Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum

9. Sicherstellung einer am Bedarf orientierten Gesundheitsversorgung in den Regionen (insbesondere dem drohenden Ärztemangel im niedergelassen Bereich am Land entgegenwirken),
- II. Steirische Interessen mit Nachdruck und diplomatischem Geschick nach dem Vorbild anderer Bundesländer gegenüber der Bundesregierung zu vertreten, um
- a. einen zeitgemäßen Finanzausgleich auf Basis klarer Aufgabenorientierung zu realisieren, und
 - b. eine Totalreform der Kommunalsteuerregelung zu verankern, die das Steueraufkommen nicht mehr ausschließlich an den Betriebsstandort bindet.

Ich ersuche um Annahme und Danke. (*Beifall bei den Grünen – 15.22 Uhr*)

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Herr Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (15.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich sehr herzlich für die bisherige Debatte bedanken. Es zeigt, dass wir miteinander reden können. Selbstverständlich möchte ich auch aus meiner Sicht, heute an diesem für die Steiermark zweifellos sehr wichtigen Tag, ein paar Anmerkungen machen. Darf ich zunächst eine Vorbemerkung machen zum Herrn Abgeordneten Lambert Schönleitner. Ich wollte das Vormittag schon spontan tun, habe mich aber im Zaum gehalten, weil mich dieser Satz, ich zitiere wörtlich: „Herr Voves und Herr Schützenhöfer flüchten permanent vor der Bevölkerung und die Menschen unterstützen sie nicht mehr.“, trifft. Erstens trifft mich das, zweitens stimmt es nicht. Wissen Sie, wenn einer wie ich gerade noch so oft zuhause ist, dass man Hemden wechselt und Tag und Nacht im Lande unterwegs ist, dann trifft einen der Vorwurf, dass man nicht wüsste, was die Menschen wollen. Ich sage Ihnen etwas, Sie sind, Sie werden es wissen, Ennstaler Abgeordneter. Sie sind Abgeordneter des großen Bezirkes Liezen. Ich war in den letzten Tagen dreimal in diesem Bezirk. Ich war am Freitag, wenn Sie es so wollen, in der Höhle des Löwen – in Rohrmoos-Untertal haben wir auf der Hochwurzen die neue Gondel eröffnet, Hunderte Leute, viele Mandatarinnen und Mandatare, vor allem aus den Kommunen, Menschen, die zu mir gekommen sind und gesagt haben: „Machen Sie weiter so!“ Bürgermeister, die mit mir ein Gespräch führen wollten und das haben wir nachher gemacht. Alle waren da, Sie, Herr Abgeordneter Schönleitner waren

nicht das, Sie waren nicht bei den Menschen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Ich war am Sonntag in der Ramsau, wo ZDF, ORF, norwegisches Fernsehen, finnisches Fernsehen den Skiweltcup der Nordischen in alle Welt übertragen haben, diese traumhaften Bilder werden dem Tourismusland Steiermark nützen. Tausende Leute und mit vielen habe ich gesprochen, insbesondere auch über die Gemeindestrukturreform. Rote Abgeordnete waren da, schwarze Abgeordnete waren da, Sie waren nicht da. Am Sonntag gibt es scheinbar für die Grünen keine Überstundenzuschläge. Also wo waren Sie? Sie waren nicht bei den Menschen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ verbunden mit Heiterkeit*) Sie waren vielleicht bei der Gemeindeinitiative und haben sich schadenfreudemäßig im stillen Kämmerlein irgendwelche Aktionen ausgedacht. Gestern war ich in Bad Aussee und habe das Narzissenbad eröffnet. Hunderte Leute, großartige Leute, Demonstrationen nicht vor Ort, aber dann an der Straße. Ich bin glücklich als Tourismusreferent, dass es dieses Narzissenbad gibt und ich habe dort Professor Max Taucher, Sie werden ihn kennen und Sie werden nicht wissen, dass das ein Freund von mir ist – er weiß es nicht immer (*Allgemeine Heiterkeit*) – ein Freund, weil ich mit ihm gemeinsam, wie im Übrigen auch mit Reinhard Hohenberg in der Jugendbewegung begonnen habe, und ich habe ihm dort ausdrücklich gedankt, weil er viel geleistet hat für dieses Projekt „Narzissenbad“. Es waren wieder die roten und schwarzen Abgeordneten da, Sie nicht! Sie sind nicht bei den Menschen, das ist der Punkt. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Vielleicht hat er keine Einladung erhalten.“*) (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Entschuldigen Sie, weil, es ist zu viel der Ehre für Sie, aber es war mir ein Herzensanliegen das zu sagen. Sie können mir viel vorwerfen. Wo gehobelt wird, fallen Späne. Ich arbeite ordentlich, ich mache Fehler, aber Sie sind ein Alleswisser, der alles kann und in Wahrheit keine Ahnung von der Realität des Lebens hat. Das sage ich Ihnen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Der im Übrigen das Geschäft der Freiheitlichen besorgt. Die Nationalratswahl hat es schon gezeigt. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Das macht schon ihr, keine Sorge. Das Monopol habt ihr schon selbst. Er ist der Hauspopulist.“*) So, jetzt habe ich mich erfangen, jetzt komme ich zum Punkt. Kollege Mayer, Sie sind jetzt ein bisschen oben. Wissen Sie was. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Ich bin immer gleich.“*) Nein, Sie sind nicht immer gleich. Jetzt sage ich Ihnen was: Ich war ganz oben, ich war ganz unten, ich bin jetzt in der Mitte. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Wir waren schon ganz unten.“*) Bremsen Sie sich ein, Sie fallen schneller als Sie es glauben. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Meine Damen und Herren, das ist ja der Neid derer, die in diesen Reformzug nicht eingestiegen sind. Wir sind uns auch nicht immer sicher in jeder einzelnen Debatte, das sage ich Ihnen. Ich habe es Ihnen oft genug gesagt, mir

schlottern oft genug die Knie, weil es schwierig ist. Aber ich sage Ihnen, dieser Franz Voves und der Hermann Schützenhöfer sind 2010 angetreten, und wir haben gesagt, wir machen das jetzt anders. Wir ordnen die Steiermark neu, in der Politik, in der Verwaltung, in den Gemeinden. Wir wagen substanzielle Reformen, wir ändern nachhaltig die Strukturen, die zuletzt der alte Krainer 1968 – das sind 45 Jahre, was die Gemeinden anlangt – geändert hat und wir wissen, und es tut uns bis in die Fingerspitzen weh, dass es schwieriger ist Lasten zu verteilen, als Zuwächse zu vergeben. Aber das ist doch die große Herausforderung, vor der wir stehen, dabei sozial gerecht zu bleiben. Wir kennen den Widerstand, wir kennen die Demonstrationen. In Wien wird auch demonstriert, die aber demonstrieren weil es Stillstand gibt. Bei uns weiß man wenigstens warum demonstriert wird und wir können das, was wir machen, auch tatsächlich erklären. Aber glauben Sie mir, das sage ich in diesem einen Punkt, wir sind alle nur Menschen. Das zeigt schon Wirkung, die Einschlüge werden tiefer und öfter. Das ist nicht angenehm. Ich stelle mich da nicht her, ich bin nicht gescheiter, als alle anderen, aber ich sage Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade weil ich gesagt habe, ich bin in Rohrmoos. Wie lange hat das gedauert, bis man dort zu einer Tourismusorganisation gekommen ist, Rohrmoos und Schladming? Ramsau haben wir noch immer nicht dabei, weil, das ist eine ganz andere Welt. Freunde, gleichzeitig sehe ich als Tourismusreferent wie die von Passau bis nach Wien, Deutschland, Österreich, Bayern, Oberösterreich, Niederösterreich eine gemeinsame Donaustrategie machen und wir sagen: „Der Skiberg, das ist was ganz anderes als der gleich neben mir.“ So haben wir das auch in den Gemeinden immer wieder erlebt. Ich bitte Sie um eines: Wenn wir von diesen Gemeindestrukturen reden, machen Sie einen Blick auf die europäische Landkarte und suchen Sie Österreich. Ich leihe Ihnen meine Lesebrille, Sie werden es nicht finden ohne Lupe. Und in diesem Land geht es jetzt darum, dass wir die Strukturen so ändern, dass der ländliche Raum überlebt, dass die Gemeinden gestärkt werden. Wir wollen niemanden schwächen, wir wollen den ländlichen Raum stärken und die Gemeinden stark machen, damit sie Zukunft haben. Das ist doch der Hintergrund dessen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Dann kommt die Frage der Identität. Ja, wo haben Sie denn Ihre Identität? Die Identität entsteht in der Familie, sie entsteht im Dorf, sie entsteht im Verein, bei der Feuerwehr, beim Sportverein, beim Musikverein, da entsteht die Identität, nicht in einem Amt. Zerlach bleibt Zerlach, weil mein Freund der Bürgermeister von Zerlach heute so lange da war. Kirchbach bleibt Kirchbach, aber Amt gibt es eben nur mehr eines. Oder die Frage des Geldes: Ja, da fallen Ausdrücke, die nicht fallen sollen. Tut mir leid mit dem Ferialpraktikanten - es rutscht mir auch manchmal was raus, aber das haben wir doch

immer gesagt, dass das schnelle Geld nicht zu haben ist und dass alle Zahlen, auch die vom Joanneum Research, die sind viel zu niedrig, manche sind viel zu hoch. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich 120 Millionen Bedarfszuweisungsmittel für 287 Gemeinden habe, habe ich pro Gemeinde mehr, als wenn ich 542 Gemeinden habe mit 120, erstens. Zweitens: Alle Gemeinden, die es auf sich genommen haben zu überlegen, was bedeutet das für uns, wenn die Verwaltung erheblich effizienter wird, schlanker wird, professioneller wird, wenn wir manche Zusammenlegen können, haben wir die Erfahrung gemacht, dass das in jedem Fall finanziell, mittelfristig, erst recht langfristig, sich entsprechend auswirkt. Darum ist es gegangen und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich Ihnen sagen, wir diskutieren drei Jahre. Wir haben über alles geredet, wir haben über alles sehr oft geredet und immer wieder geredet und es ist manches schon zerredet worden. Manche der Diskussionspartner waren am Anfang klar. Haben dann begonnen einen Slalom zu fahren und sind heute wieder dort, wo sie am Anfang waren. Wir lassen uns von niemandem vorwerfen Gespräche nicht geführt zu haben. Wir haben kein Gespräch verweigert. Wir haben verhandelt bis zum Umfallen und die Hand bleibt ausgestreckt, weil es auch 2014 ein Jahr gibt, in dem wir 2015 entsprechend vorbereiten sollen, müssen und werden und daher geht der Vorwurf des Darüberfahrens ganz sicher ins Leere. 306 Freiwillige – nicht wenige, die per Gesetz beschlossen werden – wollen, dass es per Gesetz kommt, weil sie selber nicht beschließen wollen. Und dann gibt es Verweigerer, das müssen wir zur Kenntnis nehmen, aber ich bitte Sie auch zur Kenntnis zu nehmen, um mit Willi Brand zu sprechen: „Nach langer Debatte müssen die, die dafür gewählt worden sind, jetzt entscheiden.“ Wir müssen zusammenführen, was zusammen gehört. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass die Vorteile überwiegen. Ich sage es noch einmal: Schlanke Verwaltung, professionelle Verwaltung; Gemeinden, die in der Lage sind, ohne Hilfe des Landes oder der Nachbargemeinden, ihre Aufgaben, die ihnen gesetzlich überantwortet sind, zu erfüllen. Echte Gemeindeautonomie damit also. Die Mittel werden gebündelt, die Stärkung des ländlichen Raums und die Stärkung auch der Bewirtschaftung, Gewerbegebiete, Raumordnung, Tourismus. Ich möchte Ihnen sagen, es war Zeit nach 45 Jahren. Damals, der alte Krainer hat 1004 Gemeinden übernommen und 567 übergeben und in den letzten 45 Jahren ist kaum etwas geschehen. Damals sind 85 % per Gesetz und 15 % freiwillig erfolgt, heute ist es nahezu umgekehrt. Wir wollen, dass die, die bisher noch nicht bereit waren mitzutun, dass wir die doch noch ins Boot bekommen. Ich kenne euch alle, die hinten sitzen. Ich weiß, dass es einige gibt, da hat es keinen Sinn, da muss man dann eben abstimmen. Aber ich weiß, dass es

auch einige gibt, die bereit sind diese Bereitschaft, die wir gezeigt haben, darf ich auch einfordern. Ich möchte sagen und komme schon zum Schluss, in diesem Diskussionsprozess sind in der Kommunikation, sind in manch anderen Fragen vielleicht auch Fehler gemacht worden. Ich entschuldige mich, wenn mir das passiert ist, wenn dies den Beamten von uns passiert ist bei den damaligen Gesprächen der Bezirkshauptmannschaft. Nehmen Sie aber auch zur Kenntnis, dass ich sehr gut weiß, dass manche, die alles von uns gefordert haben, denen wir die Besten der Besten der Abteilung geschickt haben, die fast hinausgeworfen haben, das Wort abgeschnitten haben, nicht bereit waren in die Debatte einzutreten, davon ist nicht die Rede. Wir nehmen das zur Kenntnis, solange es nicht handgreiflich wird, aber viel hat da oder dort nicht gefehlt. Es gibt in der Sprache und es gibt in der Haltung Grenzüberschreitungen. Wenn eine Grenze überschritten ist, dann ist sie überschritten. Bis hierher und nicht weiter. Irgendwann muss auch Schluss sein. Ich danke Doris Kampus, Wolfgang Wlattnig, Hofrat Kindermann, Frau Boandl-Haunold, Martin Latzka, um einige ganz wenige der vielen Wichtigen aus den Büros und Abteilungen genannt zu haben. Ich danke meinen Abgeordneten, wenn ich das heute auch einmal tun darf, die von Anfang an eingebunden waren, die Tag und Nacht Gespräche geführt haben, die versucht haben zu überzeugen, aber da gehören auch immer welche dazu, die bereit sind auf Argumente einzugehen. Ich danke ganz besonders meinem Klubobmann, dem Präsidenten insbesondere auch des Gemeindebundes. Das war für dich die härteste Gesetzeswerdung deines Lebens wahrscheinlich – für mich im Übrigen auch. Erwin hat uns kritisch begleitet, immer hart verhandelt, zeigt aber auch bei Sturm Flagge. Etwas, was heute fast ausgestorben ist. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und schlussendlich, meine Damen und Herren, danke ich dem Regierungspartner, der Sozialdemokratie. Wir wissen auch nicht, wie das dann ausgeht. Vielleicht haben Sie Ihre Schadenfreude, aber eines sage ich Ihnen: Ich bin lange in der Politik, ich bin froh jetzt in einer Phase zu leben, wo wir zu dem, was wir gemeinsam ausgemacht haben, tatsächlich auch stehen. Das, was wir machen, erfordert Mut. Mut kann man nicht kaufen. Mut hat man oder man hat ihn nicht. Das, was wir machen, heißt den Widerstand der eigenen Klientel zu überwinden. Aber ich denke, ob und wann immer uns das gedankt wird, wir machen für die Zukunft des Landes das Richtige. Wenn das in der Politik auf allen Ebenen wieder einst oben steht, dann hätten auch die Parteien, wie unsere beiden, auf Bundesebene oder sonst wo noch nicht ausgedient. Ich danke Ihnen sehr herzlich, dass Sie mitmachen und danke ganz besonders dir, Landeshauptmann Franz Voves. Ein steirisches

Glückauf für die Zukunft dieses Landes und vor allem der Gemeinden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.40 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung, Herr Landeshauptmann Mag. Franz Voves. Bitte.

Landeshauptmann Mag. Voves *(15.41 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Kollege Schützenhöfer, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages, geschätzte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Sie heute zu dieser wichtigen Entscheidung natürlich in den Landtag gekommen sind!

Es war für mich heute klar, dass ich Kollegen Schützenhöfer ganz eindeutig den Vortritt lasse. Die ÖVP und er als Gemeindereferent haben zwei Drittel der Gemeinden in der Steiermark zu betreuen und zu begleiten. Ich kann nur gleich vorweg dem Kollegen Schützenhöfer tiefsten Respekt aussprechen, und allen Abgeordneten der Steirischen ÖVP, dass es gelungen ist, so viele ÖVP-Gemeinden auf den Weg mitzunehmen. Ich weiß, wie du gekämpft hast, Hermann; ich weiß, wie offen und ehrlich du auf diese Dinge zugegangen bist, bis zur Hochwurzen-Geschichte. Du hast dich all diesen Gesprächen immer gestellt und bis zum Schluss, und der Schluss ist ja noch gar nicht so richtig da, wirst du immer die Hand entgegenstrecken und versuchen, auch noch heute Zweifler noch weiterhin bis 01.01.2015 ins Boot zu bekommen. Ich möchte dir dafür wirklich ein großes Kompliment machen und dir herzlichen Dank sagen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Es wurde schon so viel gesagt und ich kann nur all das unterstreichen, was jetzt Kollege Schützenhöfer ausgeführt hat, dass ich mich nur auf ein paar grundsätzliche Bemerkungen beschränken möchte. Meine Damen und Herren, ich bin der tiefen Überzeugung, dass im 21. Jahrhundert nur mutige Politik bei den Menschen auf Zeit ankommen wird. Jene politischen Parteien, die glauben, nur ihre interne Klientel befriedigen zu müssen, das sind leider unsere beiden Parteien auch auf Bundesebene, die werden mittel- bis langfristig keine Chance haben, denn die Menschen im 21. Jahrhundert, in einer globalen Welt, in einer Welt Europas, verlangen zu Recht zukunftsweisende, mutige, auch Reformschritte der politischen Parteien, die gerade an der Regierung sind und so gesehen bin auch ich unglaublich stolz mit meinem Team, der Sozialdemokratie in der Steiermark, dass ich in diesen Jahren mit an Bord sein darf. Wir sind diese Strukturreform angegangen, um wirklich für nächste Generationen Zukunft, das heißt Handlungsspielräume, wieder zu

eröffnen und ich darf Ihnen wirklich noch einmal vor Augen führen und klar unterstreichen, diese Gemeindestrukturreform dient ausschließlich dazu, Heimat in der Region für die Menschen zu erhalten. Wir hatten bis dato bereits an die 300 Gemeinden, die keinen Haushaltsausgleich mehr zusammenbringen, die Haushaltsabgänge haben. Wir werden an die 300 Gemeinden bald haben, die Bevölkerungsabgang haben und jetzt haben Sie heute die Ausführungen vernommen von Walter Kröpfl für den Bereich z.B. dessen, was sich um die Stadt Deutschlandsberg, mit Bad Gams, Trahütten usw. abspielen wird und wie von der Gemeinde selbst, den Gemeindeverantwortlichen selbst, die aktiv dieses Thema angegangen sind, diese Synergieeffekte in Zahlen bewertet werden, was die ergeben. Das sind unglaubliche Vorteile. Wenn man es aktiv angeht – und das haben viele getan, da gibt es viele Beispiele, einige davon wurden heute dargelegt – dann ist das bei Weitem mehr, als die Joanneum-Research-Studien, die uns seinerzeit 40 Millionen vor Augen geführt hat. Es wird wesentlich mehr sein, das nicht sich das Land spart, wie das immer dargestellt wurde, sondern das für Investitionen in den Gemeinden, für Mehrdienstleistungsprodukte, für die Bürgerinnen und Bürger, zur Verfügung stehen wird, das heißt, es sind unglaubliche Beträge, ich beziffere sie mit zumindest 80 bis 100 Millionen Euro. Der Kollege Tschernko hat diesen Betrag heute genannt, die pro Jahr unseren neuen Einheiten mehr zur Verfügung stehen werden. 100 Millionen Euro pro Jahr, die wir sonst liegen gelassen hätten. Ich glaube, daher war es der richtige, der eindeutig richtige Weg, denn diese Millionen werden in die örtliche Wirtschaft investiert werden und werden helfen, Arbeitsplätze in der Region zu erhalten. Das wurde heute angesprochen. Daher wird diese Strukturreform von größtem Erfolg für das Leben der Menschen vor Ort in den Regionen sein. Die Landespolitik wird sich aber auf diese neuen Einheiten auch natürlich mit ihren Programmen entsprechend konzentrieren und all das, was über Regionalkonferenzen und damit über die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an das Land, an die Regierung herangetragen wird, an Leuchtturmprojekten, an den ganz großen, impulsgebenden Projekten, wir werden unsere Gelder aus den einzelnen Ressorts natürlich auch schwerpunktmäßig darauf konzentrieren, fokussieren, damit wir impulsgebend, wertschöpfend Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze erhalten in der Region. Wir sind nicht angetreten, um zu zerstören. (*LTAbg. Schönleitner: „Ja, weil dieses Bild draußen niemand versteht. Das glaub niemand mehr.“*) Herr Kollege Schönleitner, Sie lächeln schon wieder, Ihnen hat der Kollege Schützenhöfer jetzt endlich das einmal vor Augen geführt, wer Sie wirklich sind. Sie sind der „Strache 2“ hier in diesem Landtag. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Und daher komme ich schon zum Schluss. Wir haben acht Jahre, acht Jahre an diesem

Prozess gearbeitet. Wir haben über REGIONEXT leider feststellen müssen, dass Kooperationen da oder da, wie es der Erwin Dirnberger gesagt hat, sehr gut funktionieren, aber im Großen betrachtet, über die gesamte Steiermark gesehen, bei Weitem nicht das an Effekten gebracht hat, was wir uns alle erwartet haben. Daher sind wird diesen Schritt der Gemeindefusionen gegangen. Aber das bitte noch einmal betont, in einem Prozess des wirklichen Zugehens, des Argumente Austauschens, dort, wo man leider gar nicht bereit war, Argumente auszutauschen, sondern gleich die Bevölkerung informiert hat, dort habe ich mir dann letztendlich auch keine anderen Ergebnisse erwartet und jetzt hängt es ausschließlich davon ab, nicht vom Land das Einsparungspotential bekannt zu geben, sondern von den neuen, autonomen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Dann wird es abhängen in den neuen, großen Einheiten, in größeren Einheiten, welche Synergiepotenziale erkennt man gemeinsam und wie aktiv geht man daran heran, diese Synergiepotenziale auch zu leben. Es können noch mehr wie 80 bis 100 Millionen werden und versuchen Sie, die Älteren jedenfalls, das in Schillingen zu sehen, was das jährlich für wirklich unglaubliche Beträge für unsere steirischen Gemeinden sind. Auch ich möchte abschließend wirklich unserem Team, das uns begleitet hat, Doris Kampus, Herren Wlattnig, Kindermann, unserer Mag. Boandl-Haunold, unserem Herrn Mag. Latzka wirklich ganz großes Dankeschön aussprechen und dem gesamten Team. Das, was Ihr da erledigt habt, das ist Geschichte auch im positivsten Sinne, eine unglaubliche Leistung, vielen herzlichen Dank und der Erfolg ist in großem Umfang auch diesem wunderbaren Team zuzuschreiben. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Meine Damen und Herren, letztlich werden es 90 % der betroffenen, der involvierten Gemeinden sein, die auf Basis von Gemeinderatsbeschlüssen zu diesen Fusionen gekommen sind. Wir sollten aber alle gemeinsam uns sehr bemühen, dass wir auch die 10 % bis 01.01.2015 weiter überzeugen. Meine Damen und Herren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Sie zur Zeit die Sache ganz anders sehen, Sie haben weiterhin meine große Wertschätzung, meinen Respekt, das ist Demokratie, aber es ist letztlich auch das, was wir in der Landesverantwortung glauben, unbedingt im Sinne einer guten Zukunft für die Menschen in den Regionen in der Steiermark machen zu müssen. Ein herzliches steirisches Glück auf und herzlichen Dank Ihnen allen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.52 Uhr)*

Präsident Breithuber: Danke schön, ich gehe in der Rednerliste weiter. Die nächste Wortmeldung ist die Frau Abgeordnete Kollegin Manuela Khom. Bitte.

LTabg. Khom (15.52 Uhr): Geschätzte Damen und Herren!

Bevor es diese Regierung gegeben hat, hat es für mich im Bezirk und darüber hinaus, und damit auch im Vorraum St. Lambrecht, schon lange die Diskussion gegeben, dass eigentlich Gemeinden zusammengelegt gehören, weil eigentlich sind sie doch zu klein und eigentlich müsste es doch passieren, aber es wäre gut, wenn das Land das macht, denn von oben nach unten ist es einfacher. Im Jahre 2010 hat die Landesregierung gesagt: „Wir machen das jetzt.“ Und einer meiner Bürgermeister, der immer gefordert hat, das Land möge das endlich machen, hat mir dann erklärt, das ist ja ganz schrecklich, jetzt machen die da oben eine Gemeindezusammenlegung, wo sie keine Ahnung haben, wo wir herunter hin wollen und wo wir zusammen passen. Liebe Frau Klubobfrau, weil du gesagt hast, es wurde nicht reagiert. Ich bin der Meinung, dass sehr wohl reagiert wurde. Denn die Regierung hat dann gesagt: „Na gut, dann machen wir einen Phasenplan. Dann gibt es diese Freiwilligenphase, wo unsere Bürgermeister uns bekannt geben wollen, wo sie glauben, was der richtige Weg ist, wo sich unsere Verantwortlichen in den Gemeinden darüber einigen, wo wäre für sie eine gute Zukunft für ihre Gemeinde.“ Der gleiche Bürgermeister hat dann wieder zu mir gesagt: „So eine Trotteln, jetzt sollen wir uns selber abschaffen.“ Also ich weiß nicht genau, wohin man denn will, man will eine Veränderung, aber dann doch nicht, wenn es einen selber betrifft. Und wenn es darum geht, unsere Gesprächspartner ernst zu nehmen, dann haben wir das in weiten Bereichen immer getan. Ich gestehe aber auch ganz ehrlich, wenn ich den einen oder anderen getroffen habe, der mir dann gesagt hat „oh wie schrecklich, dann sind wir tot, weil unsere Gemeinde gibt es dann nicht mehr, und das Gemeindeamt, das so wichtig ist, wird geschlossen“, habe ich dann manchmal gefragt: „Wann warst du denn das letzte Mal im Gemeindeamt?“ Manchmal war das Jahre her. Außer man hat einen guten Kontakt, so wie bei mir in der Gemeinde, weil sich vieles verändert hat, weil die Aufgaben der Gemeinde andere geworden sind und weil auch das Umfeld ein anderes geworden ist. Wir leben in einer globalen Welt und nicht in jeder braucht man die Gemeinde, wir haben Internet, wir haben ein Telefon. (LTabg. Amesbauer, BA: „Die Aufgaben sind mehr geworden.“) Wir sind viel, viel mobiler und du hast Recht, die Aufgaben der Bediensteten sind viel mehr geworden und darum ist es auch gut, zusammen zu legen. Ich sage euch auch warum. Bei mir in der Gemeinde sitzt dann ein Bediensteter oder eine Bedienstete, niemand kann von ihr/ihm verlangen, dass sie alle Bereiche gut abdecken kann. Und wenn ich Verwaltung bündle, dann kann ich spezialisieren und dann kann ich gut abdecken, nämlich für meinen Bürger. Dann kann ich ihm das anbieten, was er braucht und da sollte man einmal überlegen, wenn es um

Veränderungen geht und wenn ich dann höre, es geht nicht, weil, dann wird bei uns nicht mehr Schnee geschoben. In ganz Österreich wird Schnee geschoben, aber bei uns wird dann auf einmal nicht mehr Schnee geschoben und ich habe viele von diesen Dingen in meiner eigenen Gemeinde erlebt, wo man gesagt hat: „Identitätsverlust – die Vereine werden zugrunde gehen.“ Jetzt weiß ich nicht, meine Damen und Herren, ich bin in vielen Vereinen und das hat mit der Gemeindegrenze nichts zu tun, ich bin in Vereinen, die gehen nur über Teile meiner Gemeinde, ich bin in Vereinen, die gehen über die ganze Gemeinde und ich bin in Vereinen, die gehen darüber hinaus. Es geht um den Inhalt des Vereins. Er ist Musikant bei einem Musikverein, weil er gerne Musik macht und nicht, weil irgendwo die Gemeindegrenze ist. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wichtig ist, da gibt es einen Gesangsverein, und das könntest du bei dir auch machen, bei mir daheim fünf Lokale mieten und 1000 Noten hinlegen, ich werde niemanden haben. Ich muss Vereine bieten, wo ich sie habe und ich habe ganz viele Musikvereine, ob in der Realität, wenn es um ein Konzert geht, spielen fünf Nachbarn mit, weil alleine sind sie nicht spielfähig und das muss man auch sehen in Zukunft, wohin werden wir uns entwickeln. Wenn es dann immer heißt, es gibt keine Gespräche, ich habe alle Gespräche geführt, aber nicht alle sprechen mit mir. Ich hatte heute auch schon so ein Erlebnis. Einer meiner Bürgermeister des Bezirkes, nicht anwesend, er ist ein strikter Gegner der Strukturreform. Was auch okay ist. Es muss nicht jeder einer Meinung sein. Er hat mich bei sich zu Hause zu einer Bürgerversammlung eingeladen, da war der Lambert da oder der Peter Samt, plötzlich alle die, die genau wissen, wie das bei uns im Bezirk Murau ist. Es hat fast kein einziges Ja gegeben, es hat fast bedauerlicherweise keine fachlichen Inhalte gegeben, aber ich bin hin gegangen zu diesem Gespräch. Ich habe dem Herrn Bürgermeister halt „Grüß Gott“ gesagt und die Hand geben wollen, da hat er gesagt, mir gibt er die Hand nicht, mit mir redet er nicht. Ich hoffe, dass sich das wieder verändern wird und dass er weiß, dass in der Verantwortung eines Bürgermeisters Gespräche in alle Richtungen zu führen sind. Das hoffe ich sehr, weil, das ist das, was ich unter Benehmen gelernt habe. Die Frau Professor Jungwirth sagt den gemeinsamen Weg zu gehen; ich gebe dir Recht, den gemeinsamen Weg hätten viele Gemeinden gehen sollen, manche haben es leider nicht geschafft, weil sie sind da verharret, wo ihr Bürgermeister verharret ist. Denn in meinem Bezirk ist es so, immer da, wo es Volksbefragungen oder Volksabstimmungen gegeben hat, sind die genauso ausgegangen, wie der Bürgermeister es vorher gesagt hat, wie sie ausgehen werden. Das ist auch für mich nicht nachvollziehbar, wenn die Menschen diesen Bürgermeister oder diese Bürgermeisterin gewählt haben, wenn sie dem oder der das Vertrauen schenken und wenn sie dem dann das

glauben, wenn er sagt, das ist ein guter Weg für unsere Gemeinde und da gehen sie dann auch mit. Ich kann das nachvollziehen, wie es ausgeht, weil es leider der eine oder andere Verantwortliche nicht geschafft hat, die Gesamtheit zu sehen. Wir reden immer nur von denen, die nicht wollen – 80 % all unserer Gemeinden, die betroffen sind, haben freiwillig diesem Weg zugestimmt und werden freiwillig mitgehen, und das war auch nicht immer einfach. Meine Ersten waren die aus der Krakau, die haben sich zusammen getan und die haben gesagt: Ja, wie bewirtschaften wir das? Das war sicherlich nicht einfach dem Bürgermeister aus Krakaudorf zu sagen: „Ich schließe dir die Schule, es gibt nur eine gemeinsame.“ Er hätte sagen können, wir „wurschteln“ noch ein bisschen – zwei, drei Jahre schaffe ich das schon, dann habe ich keine Schüler mehr. Aber er hat die Verantwortung übernommen und gesagt: „Ja, wir schließen heute. Wir machen eine gemeinsame, wenn es dann in Zukunft in diesem Krakautal auch noch eine Schule gibt, weil wir wollen, dass dieses Krakautal auch in Zukunft noch ein lebendiges Tal ist.“ Das waren nicht einfache Entscheidungen und ich habe das heute sehr bedauerlich gefunden, wenn man sagt, da gibt es Gemeinden, die entscheiden, dort kommt die Schule, dort kommt das Gemeindeamt, dort kommt der Kindergarten, das ist ein Fleckerlteppich. Aus dem Mund von denen, die sagen, wir wollen, dass die vor Ort entscheiden. Dann sollte man das auch respektieren, was die entschieden haben. Bei mir hat es viele Gemeinden gegeben, (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) die diesen Weg ganz bewusst gegangen sind. Ich komme aus der Gemeinde Laßnitz bei Murau, das ist ganz neben Murau. Wenn Sie zu mir kommen, fahren Sie nach St. Ägidy, Sie glauben, Sie sind in Murau und wir haben jahrelang gestritten, ob eine Geschäftsansiedelung rechts oder links von der Straße gebaut wird, die Straße ist nämlich die Gemeindegrenze. Viele Dinge haben wir verloren, weil wir gestritten haben und viele Dinge haben wir nicht entwickelt, weil jeder von uns wollte ja ein Gewerbegebiet, übrigens alle meine 34 Gemeinden haben das in ihrem Zukunftsprogramm. Nur wir wissen, wenn bei jedem einzelnen Gemeindegebiet, das wir jetzt haben, ein derartiger Raum ausgewiesen wird, dass wir den dann auch mit Infrastruktur bestücken müssen. Und das ist doch wesentlich besser zu bündeln und zu sagen, wie bewirtschaften wir diese Gemeinde. Wo wird das Industriegebiet sein, wo werden wir den Handel ansiedeln und wo haben wir Wohnsitzgemeinden. So kann man eine Gemeinde gut bewirtschaften. Nur dazu braucht man den Mut, sich das neue Bild vorzustellen und ich bin sehr, sehr froh darüber, dass 80 % der betroffenen 306 Gemeinden mutig sind, dass sie sagen: „Wir werden diesen Weg gehen“, und ehrlich gesagt, war ich heute sehr traurig, wenn der Herr Schönleitner sagt, wir sind nicht in der Lage, die Menschen

mitzunehmen. Wenn 80 % der Menschen mitgehen, dann glaube ich, sind wir auf einem guten Weg. Und wenn der Kollege Kogler sagt, das ist der Niedergang der Demokratie, wenn 80 % derer, die betroffen sind, mitgehen, dann weiß ich nicht, wo ist der Niedergang der Demokratie. Und all jene, die mir täglich E-Mails schreiben, ich möge endlich nach meinem Gewissen entscheiden und ich möge doch endlich nicht immer diesen Parteigehorsam haben: Ich kann Sie beruhigen, ich habe ihn nicht, den Parteigehorsam. Du brauchst nicht schauen, du weißt das. Ich bin davon überzeugt, dass das Reform ist und dass wir diesen Weg gehen werden und einige können im Moment leider nicht mitgehen. Sie werden zum Verfassungsgerichtshof gehen, ja, aber ich bitte euch trotzdem zu schauen, wie würde es denn gehen, weil vielleicht finden Sie ja einen Weg, und Frau Klubobfrau, du hast gesagt, Reformen sind normalerweise Verbesserungen, diese ist es nicht. Es wird darauf ankommen, wie jene, die Verantwortung haben in diesem Land, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, und Herr Murgg, das habe ich von Ihnen heute nicht besonders gut gefunden, wenn Sie sagen, Sie müssen sich in Acht nehmen vor den Gemeinderäten, weil das, was sie versprechen, geben sie Ihnen nicht. Das war nicht fair jenen gegenüber, die Verantwortung tragen in den einzelnen Gemeinden. Weil die schauen ganz genau, wie sie entscheiden für ihre Gemeinde und was brauchen sie und wohin gehen sie, und die werden das auch in Zukunft machen und weil die wollen, dass es besser wird in diesem Land, wird es eine Reform sein, nämlich eine Verbesserung in diesem Land. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.03 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke auch für diese Wortmeldung.

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur Behandlung der **Dringlichen Anfragen:**

Es wurde am Dienstag, den 10. November 2013 um 10.08 Uhr von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer betreffend „Rotes Gratkorn – Rote Zahlen – Rote Pleitegemeinde – Rote Pleiteserie setzt sich fort“ eingebracht. Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Peter Samt das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbeschränkung von 20 Minuten gilt. Ich weise nur noch für diejenigen Damen und Herren, die nicht mit den Vorgängen im normalen Fall vertraut sind, dass wir jetzt die zwei Dringlichen Anfragen abwickeln und dann zu den weiteren

Wortmeldungen und dann erst zur Beschlussfassung des vorherigen Tagesordnungspunktes kommen. Herr Abgeordneter, ich bitte dich um deine Ausführungen.

LTabg. Samt (16.04 Uhr): Danke, Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

„Missstände in Gratkorn, Amtsleiterin entlassen“ als eine der Überschriften, mit denen wir uns heute beschäftigen oder „SPÖ-Gemeinde im Prüfvisier, Bürgermeister will Justiz einschalten, toter Ortschef bezahlt die Rechnungen, rechtswidrige Abschlüsse, Manipulationen, Finanzdesaster in Gratkorn, das zur Einleitung dieser von uns zu begründenden Dringlichen Anfrage, die auch an dem heutigen Tag keine Weihnachtsstimmung aufkommen lässt und die berechtigte Frage nach „Rotem Gratkorn – Rote Pleitegemeinde“, nach den Finanzdesastern, die wir in den abgelaufenen Jahren schon erlebt haben. Ich erinnere Sie – zwar nicht gern, aber trotzdem: Fohnsdorf, Zeltweg, Trieben, Pölfing-Brunn, um nur die aktuellen und akuten Fälle, die wir schon bearbeitet haben hier in diesem Hohen Haus, in Erinnerung zu rufen. Auch hier erleben wir das, dass diese Geschichte mit der Entwicklung der Marktgemeinde Gratkorn, der finanziellen Entwicklung im Wesentlichen schon seit Längerem bekannt ist. Seit Längerem gibt es schon eine auffällige Entwicklung bei den Schulden bzw. bei Haftungen. Laut aktuellen Medienberichten, in dem Fall von der Kleinen Zeitung vom 13.11.2013, muss die Gemeinde, um Überleben zu können, in den kommenden fünf Jahren rund 20 Millionen Euro aufbringen, um die notwendigen Tilgungen an die insgesamt 52 offenen Darlehen und Verbindlichkeiten und Leasingschulden decken zu können. Die Marktgemeinde Gratkorn, meine Damen und Herren, kämpft derzeit mit 38 Millionen Euro aushaftenden offenen Krediten, 10 Millionen Leasingverpflichtungen und weitere 4,5 Millionen Euro aus der laufenden Gebarung. Die üblichen Haftungen, die, wie jeder, der in Gemeinden tätig ist, weiß, in Millionenhöhe sind, will ich hier gar nicht erwähnen. Bekannt ist, Gemeindegelder wurden und sind in großem Stil auch zum FC Gratkorn, der ja einige Höhenflüge hinter sich hatte und jetzt wieder am Boden der Realität, nämlich in der Auflösung gelandet ist schlussendlich, umgeleitet worden. Hier ermittelt bereits auch die Staatsanwaltschaft. Und seit einiger Zeit, meine Damen und Herren, kritisiert die Gemeindeaufsicht die Gemeinde Gratkorn schon heftig. Es wird hier von rechtswidrig gesprochen, von sorglos, grob mangelhaft und unwirtschaftlich, das wird ja jetzt positiv, wie wir gehört haben, im Zuge der Gemeindestrukturreform in Zukunft vermeiden wollen, weil ja

größere Einheiten besser wirtschaften können. Zu dem vielleicht die Information, Gratkorn ist eine Grazer Umlandgemeinde, die sozusagen zum Speckgürtel von Graz gehört und hat eine Einwohnerzahl von 7.319 Einwohnern, also eine kleine Gemeinde, die nicht wirtschaften kann, ist es offensichtlich nicht. Außerdem, wie jeder weiß, es hat die Gemeinde Gratkorn relativ viel und vor allem einen großen Industriebetrieb auf seiner Gemeindefläche stehen, der ja für erhebliche Einnahmen eigentlich sorgen müsste. Üppig investiert, wissen wir, hat die Gemeinde Gratkorn in den letzten Jahren, und dafür auch großzügige Darlehen aufgenommen, aber schlussendlich, und das hat auch die Aufsichtsbehörde festgestellt, bei der administrativen und, man höre und staune, politischen Kontrolle versagt. Der Haushalt hat dann schlussendlich 2005 schon zu kippen begonnen, aber durch interessante Manipulationen der Rechnungsabschlüsse wurde diese Geschichte bis 2012 verschleiert. Man hat also hier über ein Sub-Konto, sehr spannender Ausdruck für mich als Gemeindeaufsichtsfunktionär, mit einem Rahmen von drei Millionen über die Buchhaltung Löcher gestopft. Die Frage, die sich hier stellt, ist nach Untreue, Amtsmissbrauch und wie ich schon gesagt habe, auch hier ermittelt die Staatsanwaltschaft seit geraumer Zeit und auch Bürgermeister Kupfer, der nach dem Tod von Elmar Fandl im Jahr 2009 den Bürgermeisterposten übernommen hat, will die Justiz jetzt einschalten, wie er in einem Interview erklärt hat. Der Gemeinderat hat in der Zwischenzeit die Kündigung der Amtsleiterin beschlossen, der Grund: Schwerwiegende Vorwürfe, die die gesamte Administration betreffen. So kritisiert das auch der Bericht der Aufsichtsbehörde. Zuvor hat die Gemeindeaufsicht nicht nur der Politik, sondern auch der Verwaltung, insbesondere der Verwaltung, grobe Mangelhaftigkeit und unwirtschaftliches Agieren vorgehalten, obwohl die Verwaltung, man lese und staune, als Wirtschaftstreibender ist das für mich auch spannend, ein ISO-Zertifikat hat, hat ganz offensichtlich das Qualitätsmanagement dort nicht gegriffen oder nichts geholfen. Es gibt Dokumente, auf denen Eingangsdaten fehlen, es gibt Abläufe und Zuständigkeiten, die nicht geklärt wurden und es gibt Listen, wie z. B. Zahlungsrückstände, die unvollständig oder lückenhaft gewesen sind. Dem Buchhalter, das hat man über die Medien verfolgen können, wurde nach Auftauchen der Millionenrückstände gekündigt und im Sommer dann gab die Finanzreferentin der Marktgemeinde Gratkorn w.o.; „Schlampereien“, die in der Gemeinde passiert sind wie Gelder für Reparaturen, sind z. B. nicht an die beauftragte Baufirma geflossen, sondern sind als Förderungen beim Verein gelandet oder Kanalisationsbeiträge in der Höhe von 1,5 Millionen Euro sollen nachgelassen worden sein und das, obwohl die Gemeinde im Jahr 1999 einen Gemeinderatsbeschluss gefasst hat, dass es keine

Vergünstigungen, zu egal wem hin, geben soll und darf. Wie ich schon gesagt habe, ist vor allem das üppige Fließen von Geldern an den Sportverein ein Thema, das also auch die Aufsichtsbehörde sehr stark interessiert hat und so hat man z.B. festgestellt, dass die Sanierung des Kunstrasens des FC Gratkorn mit einem Geld aus einem Darlehen, das eigentlich für den Bau einer Lärmschutzwand gedacht war, einfach hier dazu hergenommen haben. Tatsächlich hat die Lärmschutzwand nur ein Viertel der Kosten, die tatsächlich beantragt worden sind, beim Darlehen ausgemacht. Der Rest, wie man sich vorstellen kann, eine relativ große Summe, nämlich 300.000 Euro, ist in Richtung des Fußballrasens geflossen, was also für die Fußballfunktionäre des FC Gratkorn, die ziemlich ident waren mit der Gemeindeführung vom damaligen Zeitpunkt, sehr positiv erschienen ist. In diesem Zusammenhang taucht dann noch das auf, dass die Auszahlung dieses Betrages mit dem Bankcode des Bürgermeisters stattgefunden hat, und zwar Monate nach seinem Tod. Außerdem stießen die Prüfer auf Scheckbücher und Blankoschecks, die von der Gemeindegemeinschaft ausgefüllt waren und ausgestellt waren, deren Verwendungen bis heute nicht restlos geklärt sind. Im Gemeindeamt vermutet man, dass damit Förderungen auf direktem Weg ausbezahlt worden sind, also eine ziemlich vage Geschichte. Die Gemeindebediensteten in der Marktgemeinde Gratkorn haben ein sehr gutes Leben, das muss man neidlos zugestehen. Man hat also festgestellt, dass manche Bedienstete nicht nur 15 Gehälter beziehen, sondern auch eine eigene Motivationszulage erhalten haben. Den Prüfern, so steht es im Bericht, ist es also unerklärlich. Weil ich früher gerade gehört habe, zukunftsweisend, also wenn das zukunftsweisende Modelle sind, ich glaube, die schauen sicher anders aus. Damit konfrontiert und damit sind wir jetzt in der Realität, sagt z. B. der Bürgermeister Kupfer von der SPÖ, dass er nicht mehr wisse, warum man die Zuwendung „Motivationszulage“ genannt hat, es würde sich aber nur um eine gängige Mehrarbeitszulage, also eine Überstundenpauschale oder so handeln. Keine Ahnung, wie das titulierte wird. Aber es ist für mich schon spannend, wenn man sich über das Problem unterhält, wie das Ding heißt und warum es überhaupt ausbezahlt wird und warum es das überhaupt gibt. Wie sorglos man in der Gemeinde mit vielen Dingen umgegangen ist, zeigt sich auch in der Tatsache, dass es einen Unterschriftenstempel des Bürgermeisters gegeben hat oder gibt, der in der Gemeinde sozusagen rund gelaufen ist. Die Gemeindeaufsicht hat gefordert, dass dieser Stempel unverzüglich einzukassieren ist. Der Bürgermeister hat natürlich sofort gesagt: „Ja, haben wir gemacht, aber Missbrauch hat es nicht gegeben.“ Er betont, und das finde ich jetzt schon ziemlich spannend, getäuscht worden zu sein und hatte keine Ahnung von allen diesen

Dingen. Lapidare Anmerkung auf die Frage: An Rücktritt denkt der Bürgermeister nicht. Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass ich Ihnen erklären muss, dass ein Bürgermeister Amtsperson ist und als solcher klare Vorgaben und Aufgaben im Sinne der Gesetze wahrzunehmen hat, insbesondere in seiner Gemeinde. Wenn so ein Bürgermeister behauptet, keine Ahnung zu haben, dann – meiner Meinung nach, und ich glaube, das ist auch eine Rechtsmeinung, die vertretbar ist, entbindet ihn das nicht vor dem Gesetz, von seinen Verpflichtungen, wenn Unwissenheit den einfachen Bürger schon nicht vor dem Gesetz schützt, dann gilt das ganz und insbesondere natürlich auch für eine Amtsperson und in weiterer Folge für einen Bürgermeister. Diese Bemerkung, wie, „ich habe keine Ahnung“ oder „ich habe meinem Vorgänger, dem Buchhalter, der Amtsleitung“ oder wem auch immer „vertraut“, ist also meiner Meinung nach doch eine reine Schutzbehauptung, die hier, ich würde auch sagen, für einen amtierenden Bürgermeister nicht besonders würdig erscheint. Fatal sind auf jedem Fall die direkten Verstrickungen von Sportvereinsfunktionären und Gemeindevorständen und Gemeinderäten, die gleichzeitig sozusagen per Gemeinderatsbeschluss dafür sorgen, dass der Sportverein, wo möglicherweise der Obmann der Bürgermeister ist, auch noch Geld bekommt, und die hier ohne Rücksicht auf irgendwelche Befangenheiten, die es ja möglicherweise in der Gemeindeordnung gibt, mit abstimmen und dafür sorgen, dass die Mehrheiten entsprechend zustimmen. Es kann also nicht sein, meine Damen und Herren, dass man uns jetzt einfach weismacht, man hatte keine Ahnung. Verantwortlichkeiten sind heranzuziehen, Verantwortlichkeiten in dem Fall von einem Bürgermeister, sind hier ein zu verlangen. Es hilft nichts, er wurde in dieses Amt gewählt und er hat natürlich auch dafür zu sorgen, dass er dieses richtig und gesetzeskonform ausübt. Es kann aber auch nicht sein, meine Damen und Herren, dass der Gratkorn Bürger jetzt die Zeche für das alles zahlt, für eine vollkommen verfehlte und skandalöse Finanzpolitik und das, meine Damen und Herren, das sei in aller Klarheit hier gesagt, das hat eindeutig die hiesige SPÖ mit ihren Mehrheiten in Gratkorn verursacht. Die Schulden, die jetzt hier angehäuft wurden, sollen durch ein hartes Sparpaket abgebaut werden, das eindeutig in Richtung Belastungen der Gemeindebevölkerung geht, in einer Form von Reduzierungen von Leistungen der Gemeinde, in Form von Verkauf von Eigentum der Gemeinde, in drastischen Erhöhungen von Kanal- und Abwasser- und Wassergebühren, wie sie in dem Reformpapier, das uns mittlerweile vorliegt, auch schon dargestellt sind. Ich rede hier von drastischen Erhöhungen in der Größenordnung von ca. 50 % und mehr; und alles das zahlt der Bürger. Alles das, was hier offensichtlich politisch verbockt wird, wird aufgerechnet, der

Gemeindegürger, Steuerzahler, auch hier in der Steiermark, wird das berappen müssen – ein bewährtes Prinzip, meine Damen und Herren. Diese Missstände machen aber sehr deutlich, dass sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landesebene die zuständigen Kontrollmechanismen versagt haben. Welche Maßnahmen seitens der Landesregierung, insbesondere jetzt des fachlich zuständigen Regierungsmitgliedes, zur Sanierung der Finanzgebarung der Marktgemeinde Gratkorn getroffen werden, ist Inhalt dieser Anfrage und sind uns hier zurzeit noch nicht bekannt und bedürfen einer Klärung. Ich komme daher zur Anfrage selbst.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen die Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer wie folgt:

1. Wie hoch beziffern Sie als ressortzuständiges Regierungsmitglied den Gesamtschuldenstand der Marktgemeinde Gratkorn sowie der gemeindeeigenen bzw. ausgelagerten Gesellschaften der Gemeinde?
2. Wie hoch waren die Hilfszahlungen bzw. andere Geldleistungen wie Bedarfszuweisungen, die seitens des Landes in den Jahren 2010, 2011, 2012 und 2013 der Marktgemeinde Gratkorn übermittelt wurden?
3. Bestehen seitens der Gemeinde Gratkorn Haftungen für Verbindlichkeiten des örtlichen Fußballklubs FC Gratkorn? Wenn ja,
4. in welcher Höhe?
5. Ist es richtig, dass der Großteil von 400.000 Euro eines von der Marktgemeinde Gratkorn für die Errichtung einer Lärmschutzwand aufgenommenen Darlehens in der Höhe von 500.000 Euro ohne notwendige aufsichtsbehördliche Genehmigung des veränderten Verwendungszweckes für die Erneuerung eines neuen Kunstrasens des örtlichen Sportplatzes verwendet wurden?
6. Halten Sie angesichts der offensichtlich falsch vorgelegten Darlehensnachweise in der Marktgemeinde Gratkorn eine vermehrte Kontrolle der tatsächlichen Verwendungszwecke von genehmigten Darlehen in steirischen Gemeinden für sinnvoll?
7. Wenn nein, warum nicht?
8. Wie viele und welche Mitglieder des Gemeinderates waren im Vereinsvorstand des FC Gratkorn tätig?
9. Liegt angesichts der offensichtlich personellen Verknüpfung zwischen dem Gemeindevorstand der Marktgemeinde Gratkorn und des örtlichen Fußballvereines FC Gratkorn eine Befangenheit im Sinne des § 58 Stmk. Gemeindeordnung 1967 vor?
10. Wenn ja, welche Maßnahmen wurden diesbezüglich eingeleitet?

11. Seit wann waren personelle Überschneidungen in den Vorständen der Gemeinde und des örtlichen Fußballvereines der Gemeindeaufsicht bekannt und welche Schritte wurden aus diesem Grund eingeleitet?
12. Gemäß dem Bericht der Gemeindeaufsicht wurde mindestens ein Darlehen zweckentfremdet und offene Rechnungen mit Bankcode des bereits verstorbenen Bürgermeisters beglichen und Blankoschecks, über deren Verbleib scheinbar jegliche Aufzeichnungen fehlen, von der Gemeindeg Spitze ausgestellt. Wie beurteilen Sie, als politisch verantwortlicher Gemeindeferent der Landesregierung diese Unregelmäßigkeiten?
13. Ist es richtig, dass die Bediensteten der Gemeinde Gratkorn neben dem 15. Monatsgehalt auch noch eine 14 Mal ausbezahlte Überstundenpauschale, sogenannte Motivationszulagen in unterschiedlichsten Höhen und ohne Rechtfertigung, gewährt wurden?
14. Wie beurteilen Sie diese Vorgangsweise hinsichtlich der Vorgabe an alle Gemeinden, ihren Haushalt wirtschaftlich, sparsam, zweckmäßig und den landesgesetzlichen Grundlagen entsprechend zu führen?
15. Welche Maßnahmen wurden von Ihnen bislang ergriffen, um den aufgezeigten Missständen seitens der Gemeindeführung entgegen zu wirken?
16. War Ihnen bekannt, dass seitens der Gemeindeführung wiederholt Bilanzen manipuliert wurden, um dadurch die finanzielle Schieflage der Gemeinde zu verschleiern?
17. Wenn ja, was haben Sie dagegen unternommen?
18. Welche Maßnahmen wurden und werden künftig von Ihnen ergriffen, um den Sanierungsprozess der Finanzgebarung von Gratkorn sicher zu stellen?
19. Warum wurde trotz der routinemäßigen Prüfung der Gemeindeaufsicht im Jahr 2010 nicht das volle Ausmaß der finanziellen Diskrepanzen erkannt?
20. Warum hat die Gemeindeaufsicht nicht spätestens nach den eindeutigen Warnungen der Oppositionsparteien eine umfassende Überprüfung der Haushaltsgebarung der Gemeinde durchgeführt?
21. Werden Sie angesichts des grob fahrlässigen Agierens der Gemeindeführung einen Regierungskommissär in Gratkorn einsetzen, um eine ordnungsgemäße Besorgung der Aufgaben der Gemeinde zu gewährleisten?
22. Wenn nein, warum nicht?

23. Glauben Sie ernsthaft, dass der Gemeinderat von Gratkorn nach seiner bisherigen Erfolgsbilanz im Stande sein wird, ein tragfähiges Sanierungskonzept auf den Weg zu bringen? (*Ausgesprochen hoher Lärmpegel. – LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Herr Präsident!“*)
24. Sehen Sie angesichts der entgleisten Finanzsituation in Gratkorn, aber auch in anderen steirischen Gemeinden die Notwendigkeit gegeben, die Prüfkompetenzen des Landesrechnungshofes auf die Gemeinden mit unter 10.000 Einwohnern auszuweiten?
25. Wenn nein, warum nicht?

Ich bitte um die Beantwortung unserer Fragen. Dankeschön. (*Beifall bei der FPÖ – 16.23 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke. Ich erteile zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage das Wort dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (16.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Kollegin Edlinger, Kollege Kurzmann, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren!

Die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Peter Samt und Mag. Dr. Georg Mayer, MBL beantworte ich wie folgt:

Zur Frage 1: Die Marktgemeinde Gratkorn wies per 31.12.2011 offene mittel- und langfristige Verbindlichkeiten aus Leasingverpflichtungen in der Höhe von rund 9,5 Millionen Euro und aus Darlehen in der Höhe von 36,75 Millionen Euro, somit insgesamt mittel- und langfristige Verbindlichkeiten in der Höhe von 46,25 Millionen Euro aus. Die Marktgemeinde Gratkorn hat keine gemeindeeigenen bzw. ausgelagerten Gesellschaften.

Zur Frage 2: Es wird darauf verwiesen, dass die Marktgemeinde Gratkorn in den Jahren 2010 bis 2013 keine Hilfszahlungen vom Land Steiermark erhielt. Die Marktgemeinde Gratkorn erhielt aus Bedarfszuweisungsmitteln im Jahr 2010 608.106 Euro im Jahr 2011 282.553 Euro im Jahr 2012 282.553 Euro und im Jahr 2013 bisher 247.533 Euro.

Zu den Fragen 3 und 4: Der Aufsichtsbehörde sind Haftungen für Verbindlichkeiten des örtlichen Fußballklubs „FC-Gratkorn“ der Marktgemeinde Gratkorn nicht bekannt.

Zur Frage 5: Ja

Zu den Fragen 6 und 7: Die Kontrolle der tatsächlichen Verwendungszwecke von genehmigten Darlehen in steirischen Gemeinden erfolgt schon jetzt regelmäßig und stichprobenartig im Rahmen von Gebarungsprüfungen.

Zur Frage 8: Nach Feststellungen der Aufsichtsbehörde im Prüfbericht waren der verstorbene Bürgermeister Elmar Fandl, seinerzeit Präsident des FC Gratkorn und die Gemeindegassierin, Frau Margarete Schenkirsch, gleichzeitig Kassierin des FC Gratkorn.

Zu den Fragen 9 und 10: Wie zu Frage 8 beantwortet, waren der ehemalige Bürgermeister Elmar Fandl und die mittlerweile zurückgetretene Gemeindegassierin auch im Vereinsvorstand tätig. Eine personelle Verknüpfung zwischen dem derzeitigen Vorstand der Marktgemeinde und dem Vorstand des FC Gratkorn ist nicht bekannt.

Zu Frage 11: Der Aufsichtsbehörde wurden diese Überschneidungen erst im Rahmen der Gebarungsprüfung der Marktgemeinde Gratkorn bekannt. Die Marktgemeinde Gratkorn wurde im Prüfungsbericht aufgefordert, zukünftig auf etwaige Befangenheitsgründe besonders zu achten.

Zu Frage 12: Die Marktgemeinde Gratkorn wurde im Rahmen der Gebarungsprüfung von der Aufsichtsbehörde aufgefordert, die Verwendung von Blankoschecks unverzüglich einzustellen.

Zu den Fragen 13 und 14: Ja, es wurde der Marktgemeinde Gratkorn dringend empfohlen, die Auszahlung eines 15. Bezuges in Zukunft restriktiv zu überdenken.

Zur Frage 15: Entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen in der Bundesverfassung und der Steiermärkischen Gemeindeordnung hat die Aufsichtsbehörde dem Bürgermeister der Marktgemeinde Gratkorn den umfassenden Gebarungsprüfungsbericht am 5. November 2013 zur unverzüglichen Vorlage an den Gemeinderat übermittelt. Der Bürgermeister der Marktgemeinde Gratkorn hat gemäß dieser Bestimmungen in Art. 119a des B-VG und in § 87 der Gemeindeordnung über die auf Grund des Überprüfungsergebnisses getroffenen Maßnahmen innerhalb von drei Monaten der Aufsichtsbehörde und dem Gemeinderat zu berichten. Überdies wurde der Prüfbericht an die Staatsanwaltschaft Graz übermittelt.

Zu den Fragen 16 und 17: Nein. Die Aufsichtsbehörde wurde erst im Rahmen der durchgeführten Gebarungsprüfung auf die Manipulationen in der Buchhaltung der Marktgemeinde Gratkorn aufmerksam.

Zu Frage 18: Es wird davon ausgegangen, dass die Marktgemeinde Gratkorn den detaillierten und umfangreichen Aufforderungen und Empfehlungen des Prüfberichtes Folge leisten wird. Es darf auch auf das Beispiel der in den Jahren 2010/2011 umfassend geprüften

Stadtgemeinde Zeltweg verwiesen werden, die nach erfolgter Gebarungsprüfung entsprechende Maßnahmen setzte, was in einer Nacheinschau der Aufsichtsbehörde im Jänner 2013 bestätigt werden konnte. Der Bürgermeister der Marktgemeinde Gratkorn hat bei der Gemeindeabteilung um Amtshilfe bei der Bewältigung der zu Tage getretenen Probleme ersucht. Die Abteilung 7 – Fachabteilung Gemeinden, Wahlen und ländlicher Wegebau, wird diese Amtshilfe im Rahmen der Möglichkeiten leisten.

Zu Frage 19: Die in der Buchhaltung der Marktgemeinde Gratkorn vorgefundenen Manipulationen waren umfangreich und schwierig nachweisbar, sodass diese anlässlich der routinemäßigen Überprüfung der Gebarung durch die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung nicht entdeckt wurden. Es darf in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass sämtliche Organe der Gemeinde, insbesondere der Prüfungsausschuss der Marktgemeinde Gratkorn, zum Zeitpunkt der damaligen Prüfung eine ordnungsgemäße Gebarung konstatierten.

Zu Frage 20: Die Gemeindeaufsicht hat sofort reagiert. Die Aufsichtsbehörde wurde mit Schreiben des Bürgermeisters der Marktgemeinde Gratkorn vom 11.12.2012 über mögliche Malversationen in der Buchhaltung der Marktgemeinde informiert. Der Prüfungsausschuss der Marktgemeinde Gratkorn wurde ebenfalls am 11.12.2012 vom Bürgermeister der Marktgemeinde über Verfehlungen in der Kassaführung informiert. Ab diesem Zeitpunkt – und nicht vorher – gab es Hinweise auf Unregelmäßigkeiten. Frühere eindeutige Warnungen – wie Sie in ihrer Anfrage anführen – sind mir nicht bekannt. So forderte der Obmann des Prüfungsausschusses erst am 12.12.2012 einen Sondergemeinderat und einen Kassasturz. Zwei Tage nach der Information durch den Bürgermeister, am 13.12.2012, führte die Aufsichtsbehörde vor Ort eine Amtskontrolle durch. Der Bürgermeister der Marktgemeinde Gratkorn hat mit Schreiben vom 14.12.2012 um Prüfung der Gebarung der Marktgemeinde durch die Aufsichtsbehörde ersucht. Diesem Ersuchen ist die Abteilung 7 – Fachabteilung Gemeinden, Wahlen und ländlicher Wegebau in meinem Auftrag mit Schreiben vom 17.12.2012 unmittelbar nachgekommen.

Zu den Fragen 21, 22 und 23: Die Einsetzung eines Regierungskommissärs gem. § 103 Gemeindeordnung setzt die Auflösung des Gemeinderates – somit die Auflösung des demokratisch gewählten Vertretungskörpers – voraus. Die Auflösung erfolgt mittels Bescheid der Landesregierung, der bei den Gerichtsbehörden des öffentlichen Rechts bekämpfbar ist. Es sind daher gerade bei diesem stärksten Eingriff in die Gemeindeselbstverwaltung und in das passive Wahlrecht jedes Gemeinderatsmitgliedes dieser Gemeinde die entsprechenden

Bestimmungen der Bundesverfassung und der Gemeindeordnung genauestens einzuhalten. Die Auflösung des Gemeinderates soll im Ausnahmefall dann erfolgen, wenn durch andere gegen die Gemeinde ergriffenen Aufsichtsmaßnahmen ein nachhaltiger Erfolg nicht erzielt werden konnte. Unter Beachtung dieses Verhältnismäßigkeitsprinzips wurde die Marktgemeinde Gratkorn in 72 Punkten aufgefordert, Maßnahmen zur Herstellung einer ordnungsgemäßen Besorgung der Aufgaben der Marktgemeinde zu setzen. Entsprechend der bisherigen Ausführungen in meiner Beantwortung hat die Marktgemeinde gemäß § 87 Gemeindeordnung binnen drei Monaten über die getroffenen Maßnahmen zu berichten. Es ist festzuhalten, dass die Aufsichtsbehörde im Falle der Notwendigkeit auch das schärfste Mittel der Gemeindeaufsicht – also die Auflösung des Gemeinderates – einsetzt. In diesem Zusammenhang darf ich die zuletzt betroffenen Gemeinden Fohnsdorf und Pölfing-Brunn in Erinnerung rufen. Es ist aber in jedem Fall das dafür vorgesehene rechtsstaatliche Verfahren einzuhalten. Eine Auflösung des Gemeinderates ... – ich glaube immer, er sagt ja, aber dabei telefoniert er, er glaubt, er stimmt mir zu, der Antwort. Es ist aber in jedem Fall das dafür vorgesehene rechtsstaatliche Verfahren einzuhalten. Eine Auflösung des Gemeinderates auf Zuruf jener Parteien, die selbst jahrelang durch Gemeinderäte ihrer Fraktion im eigentlichen Kontrollorgan der Gemeinde – dem Gemeinderat – oder im Prüfungsausschuss vertreten waren, wird es unter meiner Aufsicht nicht geben!

Zu den Fragen 24 und 25: Der Landesrechnungshof ist nach der Landesverfassung das Kontrollorgan des Landtages, sodass die Regelung über eine Ausweitung der Prüfungskompetenzen des Landesrechnungshofes Aufgabe des Landtages ist. Kann ich nicht eingreifen. Soweit mir bekannt ist, sind mehrere Anträge zu diesem Thema dem dafür eingesetzten Unterausschuss Landesverfassung und Wahlrecht zugewiesen. Ich gehe davon aus, dass die Abgeordneten des Landtages, es gab ja heute den Hinweis des ÖVP-Klubobmannes, diese Thematik ausreichend diskutieren werden. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.34 Uhr).*

Präsident Majcen: Danke für die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die **Wechselrede** zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Geschäftsordnung § 68 Abs. 5 hin, die die Redezeiten begrenzt bzw. beschränkt. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Samt.

LTabg. Samt (16.35 Uhr): Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Regierungsmitglieder!

Herr Landeshauptmannstellvertreter, danke für die offene und ausführliche Beantwortung dieser, unserer Anfrage. Ich fasse zusammen: 46,25 Millionen Euro an aushaftenden Schulden, wie auch immer das heurige Jahr ausschauen wird, vom Rechnungsabschluss werden wir nächstes Jahr wissen, wenn ich es richtig verstanden habe, dann ist mit Einlangen im Anfang November dieses Jahres, drei Monate, das heißt, im Februar muss die Marktgemeinde Ihnen Bericht erstatten bzw. der Aufsichtsbehörde. Vielleicht in dem Zusammenhang finde ich es dann schon spannend, oder auch spannend, dass man bei dem Prüfbericht als Hauptaussage festgestellt hat, dass diese Geschichte mit dem Sub-Konto bei dieser Bank, der als Vorgabe Einnahmen seitig verbucht wurde, bis in das Jahr 2006 zurück geht, das Resümee ist daraus, dass die Rechnungsabschlüsse eigentlich seit 2005 bis dato rechtswidrig sind. Schon allein aus diesem Grund glaube ich, ist es sehr sinnvoll, dass wir hier doch weitreichende Maßnahmen, auch wenn Sie, wie Sie erklärt haben, die Diskussion bereits seit längerer Zeit anhält, um eben auch kleinere Gemeinden als wie 10.000-Einwohner-Einheiten vom Landesrechnungshof prüfen lassen zu können, wir trotzdem jetzt aufgrund dieser Informationen einen Entschließungsantrag einbringen möchten, aber zuvor noch einmal zu der Beantwortung vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter.

Wir sehen das auch so, dass das letzte anzustrebende Mittel der Regierungskommissär ist, ist auch nicht etwas, was wir jetzt explizit gefordert haben. Wir sehen durchaus ein, dass die Gemeinde jetzt zumindest die Zeit haben sollte, dieses Papier, das vorliegt, dieses Sanierungskonzept, in den geforderten Punkten der Aufsichtsbehörde hier einmal zumindest durchziehen sollte oder zumindest auch die Frage stellen sollte, ob das überhaupt machbar ist, ob die Gemeinde es schafft, hier eine Sanierung durchzuführen. Nach den Beispielen, die wir in der abgelaufenen und in der laufenden Periode ja behandelt haben, wissen wir, dass das zum Teil ja nicht der Fall war. Ich erinnere nur an Pölfing-Brunn, da haben wir immerhin eineinhalb Jahre lang – von dem Moment an, wo wir gewusst haben, es wird gar nichts mehr gehen – hier gestanden und gesagt: „Wir müssen eingreifen, wir müssen einen Regierungskommissär hinschicken“, bis Sie es dann endlich auch tatsächlich durchgeführt haben. Also ich hoffe jetzt an dieser Stelle, dass wir hier nicht wieder eineinhalb Jahre stehen müssen und sagen müssen, es wäre gescheit, hier endlich die Handbremse zu ziehen. Ich hoffe auch als Gemeindepolitiker, der ich bin, dass die Gemeinde es schafft, das durchzuziehen, aber ich glaube, und das ist auch eine Sache, die sich bei vielen anderen

Dingen bereits herausgestellt hat, dass die politischen Verstrickungen auch in dieser Gemeinde hier ziemlich stark sind und dass im Hintergrund doch einige Kräfte wirken, die nicht unbedingt angetan davon sind, dass man hier frohlocken darf, wenn ich so sagen darf, ein weihnachtlicher Ausdruck fast, schön langsam kommt bei mir Weihnachtsstimmung auf, dass man hier annehmen kann, dass also hier alles in absehbarer Zeit wieder eitel Wonne sein wird. Wie gesagt, über 46 Millionen Euro Schulden, ich kann mir ungefähr vorstellen, wie hoch der ordentliche Haushalt dieser Gemeinde sein wird, damit wird man doch einige Zeit brauchen. Ich glaube nicht, dass man in fünf Jahren das schafft, das wird wahrscheinlich doch um einiges länger dauern, nur ich bin strikt dagegen, dass laufend solche Dinge dann auf Kosten und auf Köpfen der Gemeindebevölkerung ausgetragen werden und die immer, immer wieder für politisches Versagen die Zeche zahlen.

Es ist daher nur logisch, dass wir jetzt einen Entschließungsantrag einbringen, der die Prüfung der Gebarung der Marktgemeinde Gratkorn durch den Rechnungshof, die Kompetenzen des Landesrechnungshofes aufwertet, betreffen, mit der klaren Begründung, dass eben die Marktgemeinde Gratkorn bei ca. 7.500 Einwohnern laut dem Bericht, den wir vorliegen haben, hier jetzt einen Gesamtschuldenstand, wie wir heute gehört haben, nicht von 38,5 sondern von 46,25 Millionen Euro hat, das bedeutet, dass die Gemeinde tatsächlich mit dem Rücken an der Wand, also in einer prekären Lage ist und in einer prekären Situation. Laut Landesverfassungsgesetz 2010 Art. 50 Abs. 1z, Zahl 8, kontrolliert der Landesrechnungshof die Gebarung von Gemeinden, die vom Land Mittel erhalten, sofern sich das Land vertraglich eine solche Kontrolle vorbehalten hat. Ansonsten unterliegt die Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes nur Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern. Damit ist auch das klar gestellt. Somit kann die gesamte Gebarung der Gemeinde mit unter 10.000 Einwohnern praktisch nicht, nämlich nur anhand der Summe einzelner Fälle, in denen Mitteln vom Land geflossen sind und sich diese ausdrücklich das Recht auf Kontrolle vorbehalten, geprüft werden. Selbst der Bundesrechnungshof hat diesbezüglich mehr Prüfkompetenz als der Landesrechnungshof. Gemeinden unter 10.000 Einwohner kann der Bundesrechnungshof dann prüfen, wenn ihn die Landesregierung mit einem begründeten Ersuchen oder der Landtag dazu beauftragt. In jedem Jahr dürfen nur zwei derartige Ersuchen durch die Landesregierung und zwei durch den Landtag gestellt werden. Solche Ersuchen sind nur hinsichtlich jener Gemeinde zulässig, die im Vergleich mit anderen Gemeinden über eine auffällige Entwicklung bei Schulden oder Haftungen verfügen. Insgesamt dürften also auch

durch den Bundesrechnungshof nur maximal vier steirische Gemeinden pro Jahr geprüft werden. Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, dass Gratkorn solch ein Fall ist.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung möge gem. Art. 127 Abs. 7 letzter Satz B-VG, § 19 R-HG, Abs. 1 mit dem begründeten Ersuchen an den Rechnungshof herantreten, eine Gebarungsprüfung des Haushaltes der Markgemeinde Gratkorn durchzuführen und
2. die Steiermärkische Landesregierung möge umgehend den Entwurf einer Novelle der Landesverfassung erarbeiten und dem Landtag zur Beratung vorlegen, mit dem die Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes auf die selbständige Prüfung von Gemeinden mit unter 10.000 Einwohnern erweitert wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Ihre Zustimmung. (*Beifall bei der FPÖ – 16.42 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung, Kollege Abgeordneter Schönleitner.

LTAbg. Schönleitner (*16.43 Uhr*): Danke, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung!

Ich mache es nur ganz kurz, denn es soll ja dann bei der Gemeindestrukturreform relativ rasch weiter gehen. Bemerkenswert ist schon Eines, wir haben in der Steiermark, das muss man einfach auch wieder hier österreichweit vergleichen, denn, wenn wir dauernd behaupten, wir wären so weit vorne, dann muss man auch die Frage stellen, wie ist es in der Realität so. In den letzten Jahren haben wir wirklich in einem Riesenausmaß Pleitestände gehabt, das waren SPÖ-Gemeinden, das stimmt, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie betrifft es nicht so, aber es ist ersichtlich, dass wir hier im österreichweiten Vergleich eine Liste an Pleiten erlebt haben im kommunalen Bereich, die natürlich dem Landtag als Kontrollorgan nicht egal sein kein, weil es ja darum geht, das Geld jenen Gemeinden quasi zur Verfügung zu stellen, die ordentlich wirtschaften und was jetzt passiert, das ist seit Trieben so, seit Fohnsdorf, seit Pölfing-Brunn, auch seit Zeltweg, dass wir hier letztendlich Bedarfszuweisungsmittel aufwenden müssen, um diese Pleite-Gemeinden de facto abzufangen. Man muss schon irgendwann einmal fragen ab einem gewissen Punkt, warum ist das ausgerechnet in der Steiermark der Fall. Der Bundesrechnungshof, der soeben auch vom Kollegen Samt angesprochene, hat ja in der Vergangenheit mehrmals auch die Tätigkeit der steirischen Gemeindeaufsicht geprüft und erstmals 2004 drei in der Reihe Steiermark festgestellt, dass

die Steiermark im Bereich der Prüfungen der Kommunen freundlich ist, vor allem was den Prüfintervall anbelangt, was die Prüfqualität anbelangt und dass eigentlich unsere Gemeindeaufsicht de facto nicht dem Standard entspricht, den eine moderne Prüfungseinheit hier haben müsste. Wichtig wäre – und das ist in all diesen Fällen, die uns vorliegen, das ist jetzt in Gratkorn auch wieder gleich –, dass früh genug, wenn Unregelmäßigkeiten entstehen, wenn Missstände entstehen, der Gemeindeaufsicht, natürlich auch mitgeteilt wird, da stimmt etwas nicht, da greifen wir ein. Wir haben in Trieben gesehen, es hat Jahre gedauert, trotzdem, dass es Warnungen gegeben hat, auch von der Opposition, es ist in Fohnsdorf eigentlich jede Warnung vom Tisch gewischt worden, der Landeshauptmann hat sogar noch interveniert mit Briefen, dass dort de facto Investitionen stattfinden sollen. Der Bundesrechnungshof sagt uns immer wieder, eben schon seit 2004, in der Folge im Rechnungshofbericht Fohnsdorf 2011, dass in der Steiermark bei der Gemeindeaufsicht, das heißt aber für mich nicht, bei den zuständigen Beamtinnen und Beamten, sondern natürlich bei den zuständigen Referenten, ÖVP und SPÖ, hier einiges im Argen liegt und wir keine Kontrollqualität im kommunalen Bereich auf die Reihe bringen. Es ist schon beachtlich, dass immer wieder – Kollege Samt hat es schon gesagt, wir haben es in unserem Entschließungsantrag drinnen, wo die Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes eingefordert wird – sachlich eingefordert wird, begründete Anträge, ich darf nur daran erinnern, weil das ist heute noch nicht gefallen, dass alle österreichischen Landesrechnungshofdirektoren eine Resolution gefasst haben an die Länder, damit diese bundesverfassungsrechtliche Ermächtigung, nämlich die Prüfkompetenz für die Gemeinden, ähnlich zu implementieren landesgesetzlich, in der Steiermark offenbar auf taube Ohren stößt. (*LTA*bg. Mag. Drexler: „*Nein, wir werden das machen.*“) Mich würde schon interessieren, Herr Klubobmann Drexler, wann wird es so weit sein, vielleicht können Sie dann noch einmal heraus kommen, dass Sie als zuständiger Obmann des Verfassungsausschusses den Unterausschuss einberufen, den wir ja beschlossen haben und de facto diese Verhandlungen in die Zielgerade führen. Es geht nämlich nicht um mehr oder weniger, sondern man muss schon einmal sagen, wie um den gerechten Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel. Es ist letztendlich ungerecht, wenn Gemeinden wie Gratkorn, die über die SAPPI de facto eine hervorragende Einnahmensituation haben, die haben ja ein Kommunalsteueraufkommen, da können die anderen Gemeinden nur davon träumen, genau jene sind, die dann die Landesmittel de facto wieder verbrauchen. Ich glaube, hier braucht es wirklich einmal eine Regelung auf Landesebene und ein Vorgehen, was glaubwürdig ist und glaubwürdig ist sicher nicht, wenn

man dauernd sagt, wir werden dann schon machen, aber in Wirklichkeit geschieht eigentlich nichts. Ich möchte auch sagen, dass der Fall Gratkorn, und Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben die Prüfungsaufsicht in Ihrer Fragebeantwortung erwähnt, dass die Grünen, das kann ich Ihnen belegen, ich hab hinten sogar die Daten liegen, schon sehr früh auf derartige Ungereimtheiten und Missstände hier aufmerksam gemacht haben und im ersten Moment, wie nämlich der zuständige Bürgermeister Kupfer in den Prüfungsausschuss gegangen ist und gesagt hat, offenbar ist da irgendein Problem, er hat so getan, als wäre er noch völlig unwissend, uns fehlen etliche Millionen, dass wir im ersten Moment von unserem Prüfungsausschussobmann Martin Holzer, der dort den Vorsitz hat, die Gemeindeaufsicht zusätzlich informiert haben, offenbar hat der Bürgermeister das im gleichen Moment, wenige Stunden oder vielleicht einen Tag vorher gemacht und wir auch, und das ist auch wichtig, wenn es um Transparenz geht, natürlich die Öffentlichkeit, und speziell die Gratkorer Bevölkerung informiert haben, denn sonst wäre ja die ganze Geschichte heute noch nicht öffentlich und wir könnten nichts tun. Das mit dem Regierungskommissär sehe ich so, also vereinfacht gesagt, wenn das stimmt, was mir bekannt ist, dass nämlich hier de facto über Aufträge an Firmen, speziell ganz konkret im Straßenbaubereich, im Baubereich und auch bei einer Reinigungsfirma überhöhte Leistungen verrechnet wurden, wie offenbar, ist noch nicht bewiesen, bislang gilt die Unschuldsvermutung, aber alles, was wir erfahren haben, auch von Personen, die involviert waren, hat es geheißen, dass hier bewusst über erhöhte Aufträge Gelder an den FC Gratkorn gelenkt wurden. Herr Landeshauptmannstellvertreter, das wäre aus meiner Sicht schon ein Grund, dass Ihre Gemeindeaufsicht, und das ist schon länger bekannt, nicht erst seit wenigen Monaten, seitdem dieser Bericht fertig ist oder ich glaube, es sind noch gar nicht mehrere Monate, sondern schon länger, da wäre es schon gut gewesen, wenn Sie sehr früh die Staatsanwaltschaft informiert hätten über den Sachverhalt, unabhängig, ob es dann so ist oder nicht, aber ich glaube, hier ist ausgesprochen lange zugewartet worden und hier ist es doch offensichtlich so gewesen, dass es System war. Man sagt de facto: „Wir bringen der Gemeinde eine Leistung“ – sei es eine Asphaltierung, sei es ein Bauprojekt, sei es die Reinigung, Leistungen in der Gemeinde gewesen, die ausgelagert waren und in Wirklichkeit ist ein ganz großer Anteil systematisch, das war ein rotes System in Gratkorn, offenbar in Richtung des Fußballvereins gegangen und das würde schon, damit komme ich schon zum Ende meiner Ausführungen, das würde schon eines erforderlich machen, dass man nicht dauernd sagen kann, der gegenwärtige Bürgermeister hat ja gar nichts davon gewusst, das war

alles sein Vorgänger, der ist völlig unwissend gewesen. Sie wissen, dass er lange im Vorstand war, Sie wissen, dass auch der Vizebürgermeister schon sehr lange Verantwortung trägt und wenn das in diesem Ausmaß passiert ist, wie es uns bekannt ist, wie es in Gratkorn passiert ist, dann wären Sie, glaube ich, gut beraten, sehr schnell hier de facto einen Regierungskommissär einzusetzen, um zu schauen, damit nicht noch mehr öffentliches Geld irgendwo versenkt wird. Trieben, Fohnsdorf, Zeltweg, jetzt Gratkorn, Pöfing-Brunn – alle diese Fälle waren, unser Herr Landeshauptmann hat es einmal in diese Richtung gesagt, Kriminalfälle, da kann man nichts machen. Aber ich glaube, die Steiermark muss sich schon fragen, und auch die Gemeindeaufsicht und die Landesregierung als Kontrollorgan, wenn ich eine derartige Reihe an Kriminalfällen habe und derartig oft es möglich ist, offenbar mit krimineller Energie hier die Gemeindehaushalte zu schädigen, dann stimmt unser eigenes Kontrollsystem nicht und dann sollten wir mutig sein und möglichst rasch diese Kontrolle dem Landesrechnungshof in seinen Möglichkeiten, dass er von sich aus prüfen kann, übertragen.

Ich darf nun den Grünen Entschließungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt einbringen.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Dem Landtag binnen drei Monaten ein umfassendes Maßnahmenpaket vorzulegen, welches sicherstellt, dass auf kommunaler Ebene zeitgemäß Kontrollstandards verankert werden.
2. Dem Landtag zu berichten, inwieweit die Empfehlungen des Rechnungshofes Reihe Steiermark 2004/3 und Reihe Steiermark 2011/3, die Gemeindekontrolle betreffend, umgesetzt wurden.
3. Dem Landtag den Prüfbericht der Gemeindeaufsicht zur Gemeinde Gratkorn in vollem Umfang offen zu legen.
4. Die Blockadehaltung gegen eine gesetzliche Verankerung des Kontrollrechts für den Landesrechnungshof bei Gemeinden unter 10.000 Einwohnern aufzugeben.

Ich ersuche um Annahme des Antrages. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 16.52 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Ich komme, nachdem keine weitere Wortmeldung hier vorliegt, zur Abstimmung über die beiden Entschließungsanträge.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 2376/3 betreffend Prüfung der Gebarung der Marktgemeinde Gratkorn durch den

Rechnungshof – Kompetenzen des Landesrechnungshofes aufwerten – ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe. Danke.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden gegen die Stimmen der ÖVP und der SPÖ.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 2376/2 betreffend „Rot-Schwarzes-Kontrollversagen zu Lasten ordentlich wirtschaftender Gemeinden“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Auch dieser Entschließungsantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden, mit dem gleichen Ergebnis wie vorher.

Meine Damen und Herren, am 13. Dezember 2013 um 11.26 Uhr, wurde von Abgeordneten der KPÖ eine **Dringliche Anfrage** an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves betreffend „Ausgliederung des Notarzdienstes“ eingebracht.

Ich erteile Frau Klubobmann Landtagsabgeordneter Claudia Klimt-Weithaler das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise auf die Redezeitbegrenzungen. Bitte, Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler.

LTAbg. Klimt-Weithaler (16.53 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter – nicht da, die Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde die Redezeit für die Begründung sicher nicht ausnutzen. Ich möchte nur folgende einführende Worte zu unserer Dringlichen Anfrage sprechen. Es ist vorige Woche ein, meiner Meinung nach, brisantes E-Mail an alle Landtagsklubs, an die Mitglieder der Landesregierung ebenso wie an alle Mitglieder des Gesundheitsausschusses und auch der Ersatzmitglieder des Gesundheitsausschusses ergangen und selbstverständlich auch an Sie, Herr Landeshauptmann und an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer. Was ist der Inhalt dieses E-Mails? Es handelt sich um einen Offenen Brief der Arbeitsgemeinschaft für Notfallmedizin, mit der dringenden Bitte, sich ihres Themas anzunehmen. Worum geht es, was ist das Thema dieser Arbeitsgemeinschaft? Kurz zum Inhalt: Es wurden vor ca. eineinhalb Jahren Pläne bekannt, so steht es da drinnen, dass das steirische Notarztsystem in ein noch näher zu definierendes Institut beim Land Steiermark eingeordnet werden soll. Soweit, so gut. Jetzt

betont die Arbeitsgemeinschaft, und das finde ich interessant, in diesem Schreiben, dass sie immer, einerseits im Hinblick auf die Effizienz und andererseits natürlich auch im Hinblick auf die Verbesserung der Qualität ihrer Arbeit, in zahlreichen Gesprächen, die eben stattgefunden haben mit den Verantwortungsträgern, auch wenn es unterschiedliche Standpunkte gab, sich immer sehr konstruktiv gezeigt haben, das behaupten die Arbeitsgemeinschaft und ich. Die Gespräche, die bis dato stattgefunden haben, haben aber zu keinem Ergebnis geführt und richtet sich diese Arbeitsgemeinschaft mit folgender Befürchtung an uns und ich darf aus diesem Schreiben zitieren: „Nun erhaltene Informationen veranlassen die Arbeitsgemeinschaft zur Befürchtung, dass noch dieser Tage eine zumindest teilweise Ausgliederung der persönlichen Besetzung des Notarzdienstes aus den Agenden der Krankenanstaltenträger an das Rote Kreuz – Landesverband Steiermark, als vom Land beauftragte private Trägerorganisation, beschlossen werden soll.“ Also das ist eine Information, die an diese Arbeitsgruppe gelangt ist und die für sie eine Befürchtung darstellt. Jetzt sagt die Arbeitsgruppe weiter, also diese Arbeitsgemeinschaft weiter: „Die geplante dienstrechtliche Stellung entzieht sich zum jetzigen Zeitpunkt völlig der Kenntnis der Arbeitsgemeinschaft, es steht jedoch zu befürchten, dass der Zweck vordergründig der Ersparnis und Einbehaltung des Krankenanstaltenarbeitszeitgesetzes in Notarztätigkeit als Nebenbeschäftigung im Rahmen des privaten Trägers ratifiziert wird.“ So, also das heißt, das sind Sachen, die uns da mitgeteilt wurden. Jetzt muss ich dazu sagen, dass ich, wenn ich so etwas lese, mir dann schon darüber Gedanken mache, was ist denn da eigentlich passiert, wenn eine Arbeitsgruppe offensichtlich immer wieder in Gesprächen mit den zuständigen Verantwortungsträgern steht und dann aber her geht, und sozusagen an einen Landtag einen Aufruf richtet? Da muss ja irgendetwas offensichtlich in der Kommunikation nicht gut funktioniert haben, formuliere ich jetzt einmal. Ich muss auch ganz ehrlich sagen, bei mir haben diese Zeilen schon ein „reformpartnerschaftliches Déjà-vu“ ausgelöst, nämlich in folgendem Punkt, dass der Betroffene offensichtlich feststellen muss, was die Landesregierung entschieden hat oder dass die Landesregierung vor hat, etwas zu entscheiden, was z. B. – haben wir schon gehabt – ihre Schule betrifft, was z. B. die Gesundheitsabteilung in ihrem Bezirk oder in ihrer Gemeinde betrifft, also das Krankenhaus oder was ihre Gemeinde betrifft und sie erfahren es aus den Medien oder sie erfahren es über Umwege oder sie erfahren es eben zufällig. Jetzt wurde heute bei der noch gar nicht abgeschlossenen Diskussion über die Gemeindestrukturreform schon sehr viel über die Gangart, die die sogenannte Reformpartnerschaft, weil sie sich in dieser Konstellation

zusammengefügt hat, immer wieder an den Tag legt, schon sehr viel diskutiert. Auch sehr heiß diskutiert. Ich halte diese Situation jetzt wieder für ein Beispiel, wo es offensichtlich nicht geklappt hat mit den Betroffenen im Vorfeld zu reden oder den Betroffenen auch zu sagen: „Moment einmal, das stimmt vielleicht gar nicht.“ Ich weiß es nicht, was die Fakten jetzt eigentlich sind, ich möchte aber dazu Folgendes erwähnen. Im Fall der Arbeitsgemeinschaft für Notfallmedizin ist es in Wahrheit nämlich so, kurz bevor, also wo es um diese mögliche Ausgliederung geht, sie diese Informationen bekommen haben, gab es eine gemeinsame Sitzung, nämlich jene des vom Land eingerichteten Beirates des Instituts für Notfallmedizin, wo eben sowohl die Arbeitsgruppe drinnen sitzt, aber natürlich auch die Verantwortungsträger, die zuständigen, und bei dieser Sitzung wurde über diese mögliche Ausgliederung kein Wort verloren. Ich weiß nicht, ob es bis zum heutigen Tag noch nicht geschehen ist, aber es ist ganz sicher bis Freitag so gewesen, dass es auf dieses Schreiben auch keine offizielle Information gegeben hat bzw. die Arbeitsgruppe mit der Arbeitsgemeinschaft kein Kontakt aufgenommen wurde. Das hat man mir glaubhaft versichert, obwohl die Arbeitsgemeinschaft oder Vertreter dieser Arbeitsgemeinschaft mehrmals nachgefragt haben. Diese Tatsache macht es für mich dann schon verständlich, dass sich die Arbeitsgruppe nun entschließt, direkt an den Landtag heran zu treten und sich eben mit diesem Schreiben an uns wendet. Es liegen diesem Schreiben, also diejenigen, die es gelesen haben, werden das wissen, auch sehr genau die Standpunkte dieser Arbeitsgemeinschaft bei, die werde ich jetzt nicht referieren, die können Sie auch gerne, falls Sie dieses Email noch nicht gelesen haben, nachlesen. Sie haben es ja, wie gesagt, fast alle bekommen. Meines Wissens nach hat noch niemand auf dieses E-Mail geantwortet, sollte das nicht so sein, dann bitte ich, mich zu berichtigen. Wir haben uns jedenfalls aufgrund dieses Schreibens die derzeitige Situation in der Steiermark angeschaut und haben uns die Frage gestellt, wie funktioniert das eigentlich genau? Wie funktioniert das Notarztwesen in der Steiermark, wie leiten die Notärztinnen und Notärzte ihren Dienst? Gibt es genug von dieser Berufsgruppe und wie ist die arbeitsrechtliche Situation? Ich darf Ihnen dazu Folgendes berichten: Es ist das Notarztwesen in der Steiermark, ebenso wie in anderen Bundesländern auch, z.B. Niederösterreich, an die Krankenanstalten angeschlossen. Das System funktioniert medizinisch offensichtlich sehr gut und hat den Vorteil, dass die Notärzte und Notärztinnen auch in das Krankenhaussystem eingebunden sind. Das Wichtige daran ist, dass nämlich nur durch diese Anbindung die nötige Praxis und auch die nötigen Fallzahlen für die Notärzte/Notärztinnen zu machen sind, das heißt, nur wenn sie genügend Arbeit in diesem

Bereich haben, sind sie auch wirklich auf Grund ihrer Leistung und ihrer Qualität von Bestand, weil sie eben ständig mit dieser Situation auch in Kontakt sind. (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder*: „Ist das nicht wie in kleinen Krankenhäusern?“) Bisher haben die Notärztinnen und Notärzte ihren Dienst zusätzlich zu ihrem normalen Journaldienst gemacht, es gibt eine Obergrenze von maximal 72 Stunden pro Woche und die haben sie als Bereitschaftsdienst geleistet. Damit überschreiten sie aber häufig die gesetzliche Höchstarbeitszeit und die geltenden Ruhezeitbestimmungen. Sie erinnern sich vielleicht noch, bei der letzten Landtagssitzung gab es eine Debatte, wo es genau um diese Ruhebestimmungen und Arbeitszeitbestimmungen gegangen ist. Wenn man sich jetzt die Situation genau anschaut und auch nach diesen Gesetzen vorgeht, dann stellt man fest, würde der Notarzdienst arbeitsrechtlich einwandfrei etwa im Rahmen eines Journaldienstes organisiert werden, dann wären zwangsläufig zusätzliche Notärzte/Notärztinnen notwendig. Das sind jetzt einmal, soweit wir das recherchieren konnten, die Fakten und die derzeitige Situation in der Steiermark. Jetzt könnte man natürlich aufgrund dieser Situation vermuten, dass genau jener Kostenfaktor, also dass man eigentlich zusätzliche Notärztinnen/Notärzte brauchen würde, das Land scheut. Wir wissen alle, wir haben diese große Überschrift „Wir müssen sparen“, wir kriegen ein Kürzungspaket nach dem anderen verordnet und da liegt die Vermutung nahe, dass man jetzt nicht unbedingt ausbauen will, aber, ich stelle das jetzt einmal in den Raum, was mir nicht ganz klar ist bei dieser eventuell geplanten Ausgliederung, es würde sich bei der arbeitsrechtlichen Situation für die Notärzte und Notärztinnen ja nicht wirklich etwas ändern. Also auch nicht, wenn sie zukünftig beim Roten Kreuz angesiedelt werden. Die GKK sagt dazu nämlich Folgendes: Die notärztliche Tätigkeit kann nicht im Rahmen eines freien Dienstvertrages, sondern aus sozialversicherungsrechtlichen Gründen nur im Rahmen einer Anstellung erfolgen. Das heißt, wie gesagt, durch eine Ausgliederung würde das Land praktisch seine Verantwortung nur in einen anderen Bereich schieben und ich gehe einmal davon aus, dass das nicht im Sinne der Verantwortungsträger sein kann. Wenn es jetzt also zu einer Ausgliederung kommt, dann besteht die reale Gefahr, so wie es hier von dieser Arbeitsgemeinschaft in diesem Brief auch geschrieben wurde, dass es in Zukunft weniger qualifizierte Notärzte und Notärztinnen in der Steiermark gibt, die zur Verfügung stehen.

Deshalb, erklärter Herr Landeshauptmann, weil Sie für diesen Bereich auch zuständig sind, darf ich Ihnen nun folgende Dringliche Anfrage stellen.

1. Wann und wie werden Sie sicherstellen, dass der Notarzdienst in der Steiermark arbeitsrechtlich einwandfrei in den Krankenhausbetrieb integriert wird und
2. sind Sie bereit, zur Lösung des Problems ernsthafte und gleichberechtigte Verhandlungen mit den VertreterInnen der NotärztInnen und anderen, an der primären Versorgung von NotfallpatientInnen beteiligten Berufsgruppen sowie den involvierten Organisationen mit dem Ziel zu führen, die Qualität des Notarzdienstes in der Steiermark zu halten und noch weiter zu verbessern?

Ich bitte um Beantwortung. *(Beifall bei der KPÖ – 17.05 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für die Anfrage an Herrn Landeshauptmann. Ich bitte um Beantwortung.

Landeshauptmann Mag. Voves (17.05 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Klubobfrau!

Ich darf gleich vorweg beruhigen, ich möchte versuchen, diese Befürchtungen, die Befürchtungen sind, wirklich zu entkräften. Ich teile Ihre Auffassungen als politischer Referent in dieser sensiblen Angelegenheit voll und ganz.

Die Abgeordneten der KPÖ greifen mit dieser Dringlichen Anfrage ein Thema auf, das durch aktuelle Entwicklungen durchaus eine gewisse Brisanz erlangt hat. Tatsächlich hat das Arbeitsinspektorat nämlich die Bereitschaftszeiten unserer Notärzte, soweit sie aus dem Bereich der KAGes kommen, arbeitszeitrechtlich anders beurteilt, als in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Das steirische Notarztwesen in seiner heutigen Ausprägung geht auf eine Vereinbarung zwischen Landeshauptmann Josef Krainer II und dem damaligen KAGes Vorstandsdirektor Prof. Kraft-Kinz zurück. Seit dem Jahre 1978 haben die Arbeitsinspektorate dieses System trotz jährlich wiederkehrender Kontrollen in allen steirischen KAGes-Spitälern immer akzeptiert und als gesetzeskonform betrachtet; ohne dass es nun zu einer Änderung der gesetzlichen Grundlagen gekommen wäre, scheint dies plötzlich anders zu sein. Im Kern geht es darum, dass Ärzte, die bereit sind, in ihrer Freizeit als Notärzte zur Verfügung zu stehen, während ihrer Einsatzbereitschaft diverse Aufenthaltsräume in den KAGes-Spitälern nutzen und dort auch schlafen. Kommt es zum Einsatz, werden sie alarmiert und fahren mit dem vom Roten Kreuz bereitgestellten Notarztrettungswagen zum Einsatzort. Genau diese Zeit, die sie in den Bereitschaftsräumen der Spitäler verbringen, wird nun von den Arbeitsinspektoraten plötzlich nicht als

Rufbereitschaft, sondern als Arbeitsbereitschaft bewertet. Damit handelt es sich um Arbeitszeit im Sinne des Arbeitszeitgesetzes, was in manchen Fällen tatsächlich zu Überschreitungen der höchstzulässigen Arbeitszeit führen kann. Ausgelöst wurde diese Diskussion durch eine Überprüfung des Arbeitsinspektorates im Landeskrankenhaus Hartberg, wo derartige Arbeitszeitüberschreitungen festgestellt wurden. Mittlerweile liegen ähnliche Überprüfungsergebnisse auch von anderen steirischen Spitälern vor und wie ich höre, auch von anderen Bundesländern. Generell ist dazu festzuhalten, dass die neue Auslegungs- und Interpretationspraxis des Arbeitsinspektorates auch juristisch nicht unumstritten ist. Im konkreten Anlassfall in Hartberg kommt dazu, dass zum Beispiel die vom Arbeitsinspektorat festgestellten Arbeitszeiten der Ärzte mit der Realität nicht übereinstimmen, sodass auch von einem falschen Sachverhalt ausgegangen wurde. Aber, unabhängig von allen juristischen Fragen in diesem Zusammenhang bleibt jedenfalls aber das generelle Problem, dass es notwendig sein wird, arbeitszeitmäßig überlasteten Ärzten in unseren Spitälern – auch zum Wohle der Patientinnen und Patienten – menschenwürdige Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen anbieten zu müssen. Diesem Generalauftrag würde das Land, auch in seiner Funktion als Spitalsbetreiber, keinesfalls nachkommen, wenn man das Notarztwesen auf das Rote Kreuz oder einen anderen Betreiber auslagert. Zwar wurde diese Variante als eine mögliche Reaktion auf die neue Rechtsinterpretation durch das Arbeitsinspektorat geprüft, von mir als politischem Referenten aber sowohl in Hinblick auf ihre rechtliche Umsetzbarkeit als auch auf das generelle Problembewältigungspotential als untauglich befunden. Ich darf Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier in diesem Hause versichern, dass diese Variante für mich keine denkbare Option darstellt, weil das Notarztwesen einen wichtigen Bestandteil in der Versorgungskette der Patientinnen und Patienten darstellt und daher sowohl organisatorisch als auch medizinisch höchstmögliche Professionalität erfordert. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Die sinnvollste Lösung – sowohl aus juristischer als auch aus medizinischer und sanitätsdienstlicher Sicht – wäre daher die formelle Beauftragung der KAGes mit der Durchführung des Notarztwesens bei gleichzeitiger Sicherstellung, dass allfällige Mehrkosten gegenfinanziert werden. Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang berichten, dass entsprechende Gespräche mit den KAGes-Vorständen bereits geführt wurden und dort im Auftrag von Vorstandsdirektor Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Tscheliessnigg bereits an konkreten Konzepten gearbeitet wird.

Ihre Anfrage beantworte ich daher wie folgt:

Zur Frage 1: Wie schon ausgeführt, hat es bereits Gespräche gegeben und es wird in der KAGes selbst an Konzepten gearbeitet, die in Zukunft sicherstellen sollen, dass der Notarzdienst arbeitsrechtlich einwandfrei in den Krankenhausbetrieb integriert werden kann. Die Frage, bis wann diese Konzepte tatsächlich umgesetzt werden, lässt sich im Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit beantworten. Tatsache ist aber, dass wir durch die aktuellen Aktivitäten des Arbeitsinspektorates ein relativ enges zeitliches Korsett haben.

Zur Frage 2: Unter der Prämisse, dass das Notarztwesen auch künftig im Spitalsbetrieb integriert sein soll, scheint es mir nicht vernünftig, wenn das Land die von Ihnen geforderten Verhandlungen mit allen im Notarztwesen tätigen Berufsgruppen führt. Aus meiner Sicht scheint es vielmehr Sinn zu machen, die KAGes damit zu beauftragen, Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen, diese Aufgabe auf höchstem medizinischen Niveau mit professionellen Kräften der eigenen Häuser zu gewährleisten. Sollte es darüber hinaus aus Sicht bestimmter Interessensvertretungen oder Berufsgruppen einen Gesprächsbedarf mit dem Land geben, stehe ich als Landeshauptmann, als zuständiger Referent, ohnehin immer zur Verfügung. Das reicht. Ich darf mich hier auch an die Kollegin Edlinger-Ploder richten. Es ist klar, wenn das zu einem Mehrbedarf führt, dann haben wir budgetmäßig an anderer Stelle dafür entsprechend Sorge zu tragen, aber im Kern teile ich Ihre Auffassung, dass wir das nur an die KAGes angebunden organisieren sollten und nicht anders. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.12 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Landeshauptmann. Es scheint so zu sein, als wäre die Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler noch nicht zufrieden. Sie hat sich also zu Wort gemeldet und ich erteile ihr das Wort.

LTAbg. Klimt-Weithaler *(17.13 Uhr)* Danke, Herr Präsident, danke, Herr Landeshauptmann für die Beantwortung!

Jetzt habe ich schon geglaubt, lieber Walter Kröpfl, ich brauch mich nur bedanken, *(LTAbg. Kröpfl: „Aha, Sie wollen sich nur bedanken.“)* aber ich bedanke mich jetzt einmal für die ausführlichen und klaren Worte, das ist ja hier in diesem Hause etwas ganz Besonderes, wenn der Herr Landeshauptmann und ich einmal einer Meinung sind. *(LTAbg. Kröpfl: „Da kommt es immer auf die Fragestellung an.“)*

Aber was jetzt die Beantwortung Ihrer Frage oder die Beantwortung unserer Fragen anbelangt: Sie sagen, es sind bereits, oder es laufen bereits Gespräche, Sie werden sich jetzt

sozusagen überlegen, wie das sichergestellt werden kann. Es sind die Vorstände der KAGes, bzw. es wurden Gespräche mit den Vorständen der KAGes geführt, das halte ich alles für super und jetzt habe ich mich schon gefreut, dass unser Entschließungsantrag, den ich an dieser Stelle dann auch einbringen werde, wo wir eben fordern, dass es sozusagen diese gemeinsamen Verhandlungen gibt, dass der abgestimmt wird hier in diesem Haus, positiv. (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Der ist obsolet.“*) Leider ist die Kollegin Lechner-Sonnek nicht da, vor so einer Begründung schauen wir uns dann ja immer an, irgendwann wird ja die Ingrid ein Buch darüber schreiben, welche Begründungen die sogenannten Reformpartner haben, um einen Antrag von der Opposition abzulehnen und unter dem Kapitel „ist obsolet“ finden sich ja schon einige unserer Anträge. (*LTAvg. Lackner: „Die Begründung ist selbstredend.“*) Ich werde Ihnen jetzt aber den Gegenbeweis antreten, warum das nicht obsolet ist. Sie haben gesagt, Herr Landeshauptmann, diese Gespräche finden statt, Sie wollen da die KAGes mit einbinden, alles super, aber wir fordern ja, aber wir fragen ja in unserer Anfrage nach und hätten gerne, dass dann auch diejenigen, die sich jetzt mit dieser Problematik über Jahre auch hindurch auseinandersetzen, die dazu auch Etwas zu sagen haben, und die ja nicht irgendwer sind, also Entschuldigung, diese Arbeitsgemeinschaft arbeitet ja seit ewigen Zeiten und ich glaube schon, dass es genau wieder so eine Vorgehensweise ist, die Experten und Expertinnen, die lässt man außen vor. Ich verstehe nicht, warum Sie, wenn wir da einer Meinung sind und Sie ohnehin vorhaben, dass man das ändert, dass man das wieder „im stillen Kämmerlein“ untereinander ausredet. In dem Fall macht dann die KAGes dann sozusagen einen Vorschlag, der wahrscheinlich, nehme ich einmal an, auch von den Kosten her mit der Landesregierung gut abgesprochen ist und dann wird man das so durchführen. Wieso sind Sie nicht bereit, Sie Herr Landeshauptmann, wo Sie immer sagen: „Ich rede mit jedem“, und wo auch Ihr Kollege, der Herr Landeshauptmannstellvertreter immer sagt: „Ich strecke immer die Hand aus.“ Warum strecken Sie in dem Fall nicht die Hand aus und warum laden Sie die nicht ein und lassen sie mitreden? Es bleibt Ihnen überlassen, wie Sie es letztendlich machen. Aber ihnen von vornherein zu erklären: „Ich halte es nicht für sinnvoll, dass man die Betroffenen einbindet“, das kann ich nicht nachvollziehen. Und auch noch einen Satz zu Ihrer Erklärung auch, was das Arbeitsinspektorat betrifft: Also Sie haben gesagt, es ist so, dass das eben in dem Belang so gemacht wurde und jetzt plötzlich das Arbeitsinspektorat aber da offensichtlich nach anderen Kriterien handelt. Das ist uns in unserer Recherche auch aufgefallen, aber ich nehme doch wohl an, dass Ihnen als Sozialdemokrat unbenommen ist, dass Sie das, was sozusagen

das Arbeitsinspektorat da jetzt feststellt, dass Sie das auch annehmen, auch wenn es unterschiedliche juristische Meinungen gibt und Sie haben ja gesagt, das werden Sie tun, das hoffe ich auch sehr.

Ich bringe jetzt dennoch diesen Entschließungsantrag ein, der nicht obsolet ist. Wenn Sie ihn genau durchlesen, dann wissen Sie, dass ist nicht aufgrund eines Gespräches oder einer Beauftragung des KAGes-Vorstandes sozusagen damit unser Entschließungsantrag sich in Luft auflöst. Ich beantrage hiermit:

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert ernsthafte und gleichberechtigte Verhandlungen mit den VertreterInnen der NotärztInnen und anderen an der primären Versorgung von NotfallpatientInnen beteiligten Berufsgruppen sowie in den involvierten Organisationen zu führen und sicherzustellen, dass die notwendige Reform des Notarztdienstes so ausgestaltet wird, dass sowohl die Qualität des Notarztdienstes in der Steiermark gehalten werden und noch weiter verbessert werden kann, als auch die arbeitsrechtlichen Bestimmungen dauerhaft eingehalten werden können und dem Landtag darüber hinaus über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten. Ich bitte um Annahme dieses Entschließungsantrages. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 17.17 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Frau Abgeordnete. Herr Landeshauptmann hat sich zu Wort gemeldet. Herr Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Mag. Voves (17.17 Uhr): Sehen Sie, Frau Klubobfrau, das unterscheidet uns. Sie suchen bei all den Dingen dann immer noch nach nicht gelösten Dingen, obwohl alles gelöst ist in dem Fall. Sie fühlen sich kompetenter als der Professor Tscheliessnigg. *(LTAvg. Klimt-Weithaler: „Nein.“)* Ich nicht – ich nicht, das unterscheidet uns. *(LTAvg. Klimt-Weithaler: „Nein, das unterscheidet uns nicht.“)* Also, wenn ich den Herrn Professor Tscheliessnigg mit seiner Erfahrung und jetzt Vorstandsdirektor der KAGes ersuche, mit seinen Ärzten mit dieser Arbeitsgemeinschaft Gespräche zu führen, dann, Claudia, überlass ich es zuerst einmal dem Profi. Das ist bei Ihnen alles so schwer, der Herr Schönleitner auch. Ihr wisst das alles noch viel besser, oder ich bilde mir das nicht ein, dass ich die Qualitätskriterien der Schwarzen Sulm beantworten kann, ich habe Betriebswirtschaft studiert. Da kenne ich mich nicht so aus. Dass Sie sich jetzt wieder da herstellen und sagen, der Professor Tscheliessnigg, die KAGes, medizinische Leitung, das ist zu wenig für die Arbeitsgemeinschaft, wenn es dann noch ein Problem gibt, Frau Kollegin, dann werde ich die

Arbeitsgemeinschaft gerne zu mir einladen, wenn es dann noch ein Problem gibt. Aber Sie fühlen sich ja erhabener und wissender immer als die wirklichen Profis. Ich vertraue dem Herrn Professor Tscheliessnigg, dass er eine tolle Lösung mit der Arbeitsgemeinschaft uns vorlegt und sollte es dann noch Probleme geben, dann höre ich mir beide Seiten an – gemeinsam. So ist der normale Vorgang, aber man wird eben immer oberbelehrt da in diesem Haus. Das ist ja hervorragend. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.19 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke. Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Ich komme daher zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 2246/2 „Absicherung des hochqualitativen Notarztdienstes in der Steiermark“.

Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe. Danke.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden gegen die Stimmen von ÖVP und SPÖ.

Damit, meine Damen und Herren, kehren wir zurück zum ursprünglichen Tagesordnungspunkt. Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Herrn Landesrates Dr. Kurzmann. Herr Landesrat, bitte um deine Ausführungen.

Landesrat Dr. Kurzmann *(17.20 Uhr)*: Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann, Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Die nächste, wichtige Wahl in Österreich findet am 25. Mai 2014 statt, das ist schon die Wahl zum Europäischen Parlament. Sie wissen, dass die Normredezeit im Europäischen Parlament drei Minuten beträgt, das heißt, man kann davon ausgehen, dass man wichtige Dinge auch in drei Minuten sagen kann und ich werde mich bemühen, dem einigermaßen nahe zu kommen. Ich möchte zuerst mit einer Bemerkung beginnen, weil ich versprochen habe, darauf einzugehen, und zwar gibt es eine offene E-Mail, meine Damen und Herren, die Sie alle bekommen haben von einer überparteilichen Bürgerinitiative „Wir für Weißenbach“ und ich habe einem Anrufer versprochen, dass ich zumindest den Beginn dieser E-Mail den Abgeordneten in Erinnerung rufe, nicht, weil ich mir darüber Illusionen mache, dass Sie Ihr Stimmverhalten ändern werden. Wir wissen alle, dass es zwar keinen Klubzwang, aber

Absprachen gibt, aber ich möchte trotzdem das in Erinnerung rufen und zwar, ich zitiere wörtlich: „Sie, die Abgeordneten dieses Hauses, sollen am 17. Dezember 2013 dem eingebrachten Gemeindestrukturreformgesetz der Reformpartner über Zwangsfusionen Ihre Zustimmung geben. Als demokratisch von der steirischen Bevölkerung gewählte Mandatare möchten wir am 17. an Sie appellieren, diesen einschneidenden Schritt für die Bevölkerung der betroffenen Gemeinden in Bezug auf Ihre Stimmabgabe mit Ihrem Gewissen und Ihrem Demokratieverständnis und dem auferlegten Klubzwang nochmals gründlich zu überdenken.“ Dann geht es in dieser Tonart weiter. Ich weiß, dass das keine Änderung bringen wird, ich wollte aber dass dieses Schreiben, das Sie alle erhalten haben, Sie auch erreicht. Meine Damen und Herren, auch dort, wo in der Bevölkerung eine Befragung stattgefunden hat, was die Gemeindefusionen betrifft, dort gab es ein klares Ergebnis, das wissen wir, ich komme allerdings zu einem anderen Schluss als Herr Klubobmann Walter Kröpfl, der uns heute eine Meinungsumfrage bekannt gegeben hat. Ich kenne diese Umfrage nicht, mir liegt aber die Auswertung einer Statistik der Gemeindeinitiative vom 15.10.2013 vor, und wenn man sich das anschaut, wo es in einer Gemeinde eine Bürgerbefragung, eine Volksabstimmung gegeben hat, dann sprechen diese Zahlen ganz eindeutig für sich. Die Bürgerinitiative, Gemeindeinitiative hat am 15.10.2013 eine solche Statistik zur Verfügung gestellt, wonach in 94 Gemeinden abgestimmt wurde, 83 Gemeinden haben sich damals sehr deutlich für die Eigenständigkeit ausgesprochen, 11 Gemeinden für die Fusion. Gestern habe ich in einer renommierten Tageszeitung eine andere Statistik nachgelesen, in 103 Gemeinden hätte es solche Abstimmungen gegeben, Ausgang ähnlich: Gegen die Zusammenlegung 89 %, 14 % für die Fusionen. Also dort, wo offensichtlich der Bevölkerung das ein echtes Anliegen ist – und ich kann Ihnen diese Statistik gerne zur Verfügung stellen. Es sind die Volksbefragungen, die Volksabstimmungen, sehr deutlich mit manchmal bis zu 88 %, etwa in Großradl oder in anderen Orten, das ist ganz offen, ich erspare es mir, die Liste jetzt vorzulesen, ausgegangen und das wird, und ich glaube, das kann man nicht einfach so wegwischen, als wäre es die Reaktion von ein paar beleidigten Bürgermeistern oder einigen beleidigten oder übergangenen Gemeinderäten sein, sondern dort scheint offensichtlich auch die Bevölkerung, die Mehrheit der Gemeindebevölkerung anderer Meinung zu sein, als die Mehrheitsparteien in diesem Haus. Meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Gruber hat heute Hannes Amesbauer kritisiert, weil er eine andere Meinung vertreten hat als Sie, Herr Abgeordneter. Ich bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, wir Freiheitlichen haben in Sachfragen oft andere Zugänge als Sie. (LTAbg. Detlef Gruber: „Das geht umgekehrt genauso.“) Gilt umgekehrt genauso. Ich

glaube, da sollten wir uns gegenseitig nicht Majestätsbeleidigung vorwerfen, wenn ein junger Abgeordneter sehr forsch einmal argumentiert. (*Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ*) Es ist ja in unserer Bundesverfassung Gott sei Dank das Recht auf die freie Meinungsäußerung gegeben, Herr Abgeordneter, das wir alle respektieren. Schon im Jahr 1848 haben bekanntlich, weil der Herr Klubobmann Drexler immer wieder gern historische Vergleiche zitiert, Studenten, Arbeiter und Bürger gemeinsam in der 48er-Revolution für diese Meinungsfreiheit und Redefreiheit gekämpft. Meine Damen und Herren, die Freiheitliche Partei tritt, und Sie wissen das, für mehr direktdemokratische Elemente ein, nicht, weil sie, wie Sie vermuten, uns mehr Wahlerfolge, oder sonst etwas erhoffen, sondern weil ich der Überzeugung bin, dass wir in einer Art Sinnkrise der Parteiendemokratie stecken. Wenn Sie die Wahlergebnisse oder überhaupt die Beteiligung bei den Kommunalwahlen in Innsbruck anschauen, wenn Sie die Beteiligung bei den Kommunalwahlen in Graz anschauen, wo nur mehr 53 % der Gemeindebürger überhaupt teilnehmen, dann muss man sich die Frage stellen, wie sehr fühlt sich die Bevölkerung überhaupt noch von der Politik angesprochen? Ich glaube, dass das eine Gefahr für das demokratische System in unserem Lande überhaupt ist. Vierte Anmerkung, meine Damen und Herren, ich habe nur zwei oder drei Mal bei den Herren Landeshauptleuten wirklich interveniert wegen dieser Gemeindefusionen und zwar genau dann, wenn freiheitliche Bürgermeister sich an mich gewendet haben. Das war einmal im Falle von Peter Müller aus St. Marein bei Neumarkt der Fall, wo ich gebeten habe, auch andere Fusionslösungen ins Auge zu fassen, wie die von Ihnen vorgegebene. Das Gleiche war beim Bürgermeister Erich Reiter aus Bad Gams im Bezirk Liezen. Ich habe für mich den Eindruck gewonnen, dass Sie sich auf eine Paketlösung geeinigt haben, die Sie nicht mehr aufschnüren wollten. Das ist aber in der Bevölkerung durchaus als mangelnde Kompromissbereitschaft verstanden worden. Ich habe dann für mich persönlich den Eindruck gehabt, Sie haben beide gesagt, das ist mühsam genug, der Zweck heiligt die Mittel, ziehen wir das einfach durch. Meine Damen und Herren, heute schon mehrfach diskutiert, die Sanierung des Haushaltes Steiermark wird über die Gemeindefusionen natürlich nicht gelingen. Sie haben das auch nicht unterstellt. Eine Maßnahme, um wirklich unserer Steiermark, den ländlichen Raum weiter zu bringen und dort die Ausdünnung zu verhindern, wäre aber, meine Damen und Herren, wirklich die Infrastruktur in den betroffenen Gemeinden zu stärken. Mehr Budget auch für den Straßenbau wieder zur Verfügung zu stellen und das, was wir uns in der Steiermark nicht leisten können, ist, eine Arbeitsplatzoffensive, meine Damen und Herren, da müsste aber der Impuls ganz sicher von

der Bundesregierung, von der neuen Bundesregierung ausgehen. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich weiß, dass Sie sich von dieser neuen Bundesregierung wahrscheinlich genau so wenig oder noch weniger erwarten als ich, es wird also bloß ein Wunsch an das Christkind bleiben, dass diese neue Bundesregierung eine Arbeitsplatzoffensive startet, aber Sie kennen auch den Ausspruch „die Hoffnung stirbt zuletzt“. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 17.29 Uhr)*

Präsident Majcen: Meine Damen und Herren, die mir noch vorliegenden Wortmeldungen sind storniert. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der SPÖ und ÖVP mit der Einl.Zahl 2347/5 betreffend „Gesetz über die Neugliederung der Gemeinden des Landes Steiermark – Steiermärkisches Gemeindestrukturreformgesetz“ zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat die mehrheitliche Zustimmung gefunden, ist daher beschlossen gegen die Stimmen von FPÖ, Grün und KPÖ.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich lasse abstimmen über den Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 2347/4 betreffend „Masterplan für steirische Regionen – Demokratische Entwicklung aktiv gestalten“. Wenn Sie diesem Entschließungsantrag zustimmen, dann bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden, gegen die Stimmen von SPÖ und ÖVP.

Meine Damen und Herren, ich komme damit zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Gemeinden über den Antrag, Einl.Zahl 2322/1, der Abgeordneten Lambert Schönleitner, Ing. Sabine Jungwirth und Ingrid Lechner-Sonnek, betreffend Finanzielle Auswirkungen der Gemeindefusionen endlich offenlegen und damit Gesetze einhalten (§ 18 Abs. 3 GeoLT).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Lambert Schönleitner. Herr Abgeordneter, bitte um die Berichterstattung.

LTabg. Schönleitner (17.30 Uhr): Danke, Herr Präsident.

Ich darf ganz kurz in formeller Hinsicht den Schriftlichen Bericht des Ausschusses Gemeinden bringen bezüglich finanzieller Auswirkungen der Gemeindefusionen endlich offenlegen und damit Gesetze einhalten. Der Ausschuss Gemeinden hat in seinen Sitzungen vom 03.12.2013 und 11.12.2013 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss Gemeinden stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden zum Antrag mit der Einl.Zahl 2322/1 der Abgeordneten Lambert Schönleitner, Ing. Sabine Jungwirth und Ingrid Lechner-Sonnek, betreffend „Finanzielle Auswirkungen der Gemeindefusionen endlich offenlegen und damit Gesetze einhalten“ wird zur Kenntnis genommen. (17.31 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für diesen Antrag bzw. für die Berichterstattung. Es liegt mir keine Wortmeldung vor, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich komme daher zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Berichterstatters zu Tagesordnungspunkt 3 die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mit Mehrheit angenommen, gegen die Stimmen von Grün, FPÖ und KPÖ.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist die Tagesordnung erschöpft. Ich bitte Sie noch um einen kurzen Moment um Aufmerksamkeit. Die heutige Sitzung war die letzte Sitzung vor dem Weihnachtsfest und dem Jahreswechsel und ich nehme daher die Gelegenheit wahr, den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung und auch den Damen und Herren Abgeordneten dieses Hauses, den Damen und Herren der Direktion des Landtages Steiermark, den Landtagsklubs und den Damen des Stenografendienstes an dieser Stelle die besten Wünsche für die bevorstehenden Festtage auszusprechen. Wir wünschen Ihnen, ich wünsche Ihnen Glück, Erfolg und Gesundheit für das kommende Jahr 2014.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft, wir sehen uns voraussichtlich am 21. Jänner 2014. Die Einladung wird auf schriftlichem, d. h. auf elektronischem Wege erfolgen. Herzlichen Dank. Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall)

Ende 17.33 Uhr